



Beteiligungsbericht 2018 der Kreisstadt Unna

(Anlage 6 zum kommunalen Gesamtabchluss 2018)

Inhaltsverzeichnis

I. Allgemeiner Teil	2
1. Gesetzliche Grundlage des Beteiligungsberichtes	2
2. Aufbau des Beteiligungsberichtes	2
3. Beteiligungsportfolio der Kreisstadt Unna zum 31.12.2018	3
3.1 Veränderungen im Berichtsjahr.....	3
3.2 Beteiligungsportfolio zum 31.12.2018	4
3.3 Anteile am gezeichneten Kapital der unmittelbaren und mittelbaren Beteiligungen der Kreisstadt Unna	6
II. Unternehmensbezogener Teil.....	8
1. Gesellschaften ohne fremde Anteilseigner	8
1.1 Unna Marketing - Gesellschaft für Veranstaltungen und Stadtmarketing mbH ..	9
1.2 Stadtbetriebe Unna	22
1.3 Wirtschaftsbetriebe der Stadt Unna GmbH	71
2. Gesellschaften mit fremden Anteilseignern	84
2.1 Partnerschaft Deutschland GmbH.....	84
3. Beteiligungen der Wirtschaftsbetriebe der Stadt Unna GmbH	99
3.1 Stadtwerke Unna GmbH	100
3.2 Logistikzentrum RuhrOst GmbH	121
4. Beteiligungen auf Kreisebene	131
4.1 Unnaer Kreis-Bau- und Siedlungsgesellschaft mbH.....	132
4.2 Verkehrsgesellschaft Kreis Unna mbH.....	143
4.3 Wirtschaftsförderungsgesellschaft für den Kreis Unna mbH.....	152
5. Sparkasse UnnaKamen	165
5.1 Sparkassenzweckverband des Kreises Unna, der Kreisstadt Unna, der Stadt Kamen, der Stadt Fröndenberg und der Gemeinde Holzwickede	166
5.2 Sparkasse UnnaKamen	168
Information nach Artikel 13 Datenschutz-Grundverordnung	207

I. Allgemeiner Teil

1. Gesetzliche Grundlage des Beteiligungsberichtes

Auf Grundlage des Gesetzes zur „Einführung des Neuen Kommunalen Finanzmanagements für Gemeinden im Land NRW“ haben Gemeinden einen Beteiligungsbericht nach § 117 der Gemeindeordnung NRW (GO NRW) und § 52 der Gemeindehaushaltsverordnung NRW (GemHVO) aufzustellen.

Die Gemeinde hat im Beteiligungsbericht ihre wirtschaftliche und nichtwirtschaftliche Betätigung unabhängig davon, ob verselbständigte Aufgabenbereiche dem Konsolidierungskreis des Gesamtabchlusses angehören, zu erläutern. In den §§ 107 bis 115 GO NRW sind die rechtlichen Voraussetzungen für die wirtschaftliche und nicht-wirtschaftliche Betätigung sowie privatrechtlichen und öffentlich-rechtlichen Beteiligungen der Gemeinde festgelegt. Neben diesen Vorschriften finden für die wirtschaftliche Betätigung der Kommune die maßgeblichen Paragraphen der folgenden Gesetze Anwendung: EigVO NRW, HGB, GmbHG, AktG, SpkG NRW.

Der Beteiligungsbericht ist jährlich bezogen auf den Abschlusstag des Gesamtabchlusses fortzuschreiben und gemäß § 49 GemHVO als Anlage dem Gesamtabchluss beizufügen. Dabei sind im Bericht die Bilanzen und Gewinn- und Verlustrechnungen der Beteiligungen in einer Zeitreihe abzubilden, die das abgelaufene Geschäftsjahr, das Vorjahr und das Vorvorjahr umfasst. Dem Bericht ist eine Übersicht über die gemeindlichen Beteiligungen unter Angabe der Höhe der Anteile an jeder Beteiligung in Prozent beizufügen.

2. Aufbau des Beteiligungsberichtes

Der Beteiligungsbericht gliedert sich in zwei Teile auf: einen allgemeinen und einen unternehmensbezogenen Teil.

Im allgemeinen Teil werden Hinweise zum Beteiligungsbericht gegeben sowie das gesamte Beteiligungsportfolio der Kreisstadt Unna veranschaulicht und die jeweiligen Anteile am gezeichneten Kapital der unmittelbaren und mittelbaren Beteiligungen mit aufgezeigt.

Der zweite Teil des Beteiligungsberichtes befasst sich mit den unternehmensbezogenen Daten der jeweiligen Beteiligung. Dabei werden alle unmittelbaren Beteiligungen sowie die über die Wirtschaftsbetriebe der Stadt Unna GmbH beteiligten wesentlichen Unternehmen mit einbezogen. Zu den einzelnen Betrieben werden allgemeine Geschäftsangaben sowie die jeweiligen Lageberichte der Geschäftsführung, des Vorstandes bzw. der Betriebsleitung dargestellt.

Entsprechend den Anforderungen aus § 117 GO NRW in Verbindung mit § 52 GemHVO werden zu den wesentlichen Beteiligungen, d.h. Wirtschaftsbetriebe der Stadt Unna GmbH, Stadtwerke Unna GmbH sowie Stadtbetriebe Unna (Sondervermögen), Kennzahlen unter der jeweiligen Rubrik angegeben.

3. Beteiligungsportfolio der Kreisstadt Unna zum 31.12.2018

3.1 Veränderungen im Berichtsjahr

Das Beteiligungsportfolio der Kreisstadt Unna umfasst insgesamt 27 unmittelbare und mittelbare Beteiligungen sowie eine eigenbetriebsähnliche Einrichtung (Sondervermögen der Kreisstadt Unna). Seit der letzten Berichterstattung haben sich folgende Änderungen im Beteiligungsportfolio ergeben:

Der Rat der Kreisstadt Unna hat in seiner Sitzung am 31.01.2018 dem Erwerb von 10 Geschäftsanteilen an der Partnerschaft Deutschland GmbH zugestimmt. Die Partnerschaft Deutschland GmbH fungiert als Berater der öffentlichen Hand und unterstützt hierbei insbesondere bei Realisierungs- und Beschaffungsvarianten. Ziel der Beratung ist es, eine verbesserte Verwaltungsarbeit sowie mehr Infrastrukturprojekte zu ermöglichen. Hierfür bietet die GmbH eine ganzheitliche Strategie- und Organisationsberatung sowie Unterstützung bei der Konzeptionierung und Implementation komplexer Modernisierungs- und Beschaffungsprojekte an. Zudem berät sie in allen Phasen von Investitionsvorhaben.

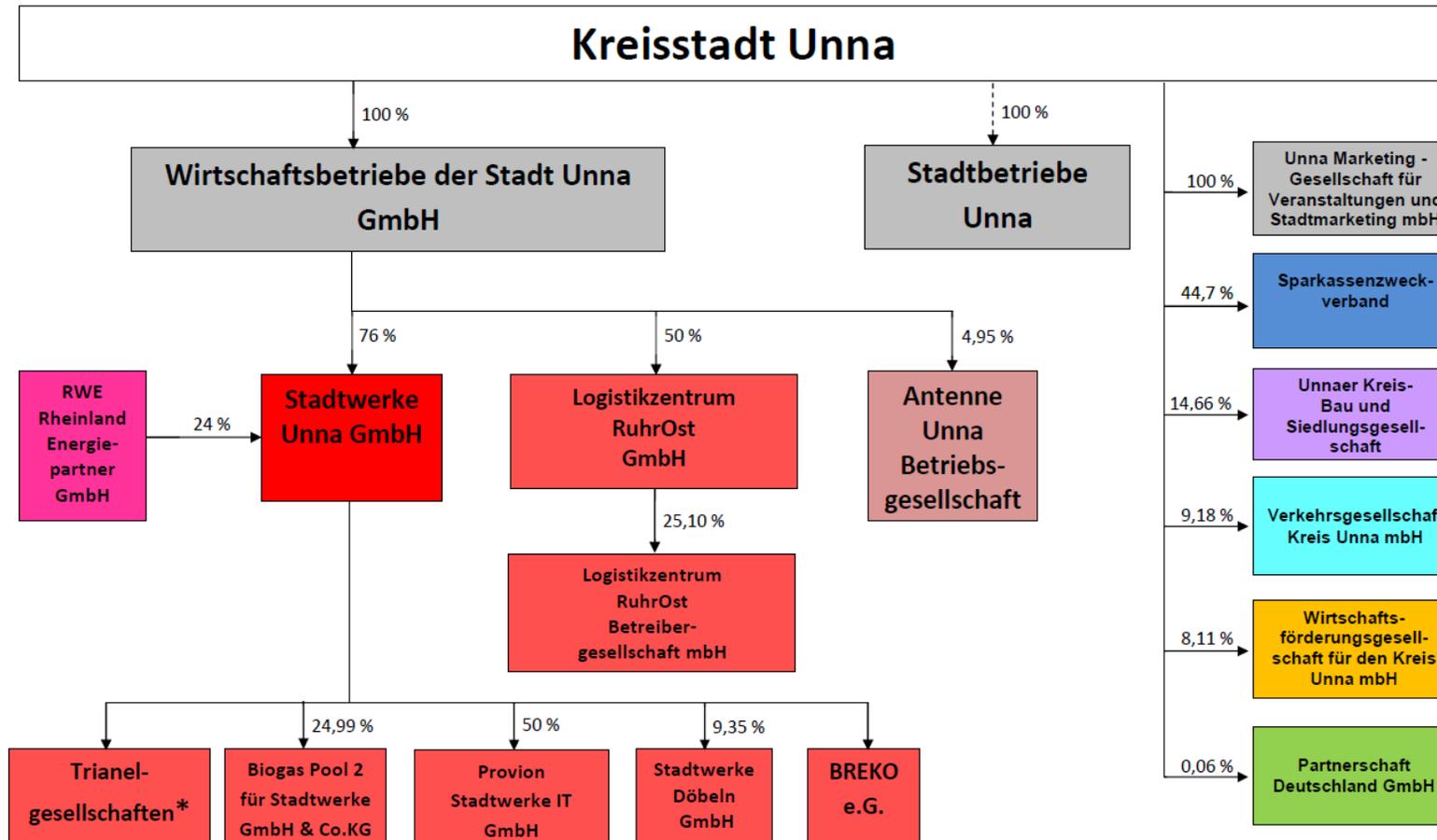
In seiner Sitzung am 12.04.2018 hat der Rat der Kreisstadt Unna einer mittelbaren Beteiligung über die Stadtwerke Unna GmbH an der BREKO-Einkaufsgemeinschaft eG zugestimmt. Ziel dieses Beitrittes ist es, das Glasfasernetz in Unna fortlaufend zu erweitern und ein weiteres wirtschaftliches Standbein für die Stadtwerke Unna GmbH aufzubauen.

Des Weiteren wurde im Berichtsjahr die VKU-Verkehrsdienst GmbH auf die Verkehrsgesellschaft Kreis Unna mbH (VKU) zum 01.08.2018 verschmolzen. Aufgrund einer wesentlichen Änderung im Arbeitnehmerüberlassungsgesetz, wodurch eine personenbezogene Arbeitnehmerüberlassung grundsätzlich nur noch für die Dauer von 18 Monaten zulässig ist, war die Verschmelzung auf die VKU erforderlich.

In seiner Sitzung am 12.06.2018 hat der Rat der Kreisstadt Unna der Gründung der Trianel Energieprojekte GmbH & Co. KG (TEP) nebst der Trianel Energieprojekte VerwaltungsgmbH als Komplementärin zugestimmt. Diese Beteiligung erfolgt mittelbar über die Stadtwerke Unna GmbH. Ziel der TEP ist es, durch den Kauf von Gesellschaften (Share-Deal), Projekte marktüblich und innerhalb kurzer Entscheidungszeiträume zu realisieren, weiter zu entwickeln und zur Baureife bzw. Inbetriebnahme zu führen.

In gleicher Sitzung hat der Rat der Kreisstadt Unna genehmigt, die Trianel-Geschäftsanteile an der GESY Green Energy Systems GmbH zu veräußern. Nachdem sich bereits für das Jahr 2017 frühzeitig ein defizitäres Ergebnis abzeichnete, hat die Trianel GmbH sämtliche Möglichkeiten zur Kosteneinsparung geprüft und letztlich entschieden, die Kooperation mit GESY zum 31.12.2017 zu beenden. Da die Trianel GmbH selbst über einen eigenen Vertrieb in der Direktvermarktung verfügt und da die Geschäftsaktivität der GESY auf absehbare Zeit Defizite erwarten lassen, ist es aus Sicht der Trianel GmbH folgerichtig, mit Beendigung der Kooperation auch sämtliche Geschäftsanteile zu veräußern oder diese Beteiligung auf andere Weise aufzugeben. Diesbezüglich wurden bereits seit Sommer 2017 Verhandlungen zum Verkauf geführt. Anfang 2018 konnte dann eine Einigung zwischen der Trianel GmbH und den fünf weiteren GESY Gesellschaftern herbeigeführt werden.

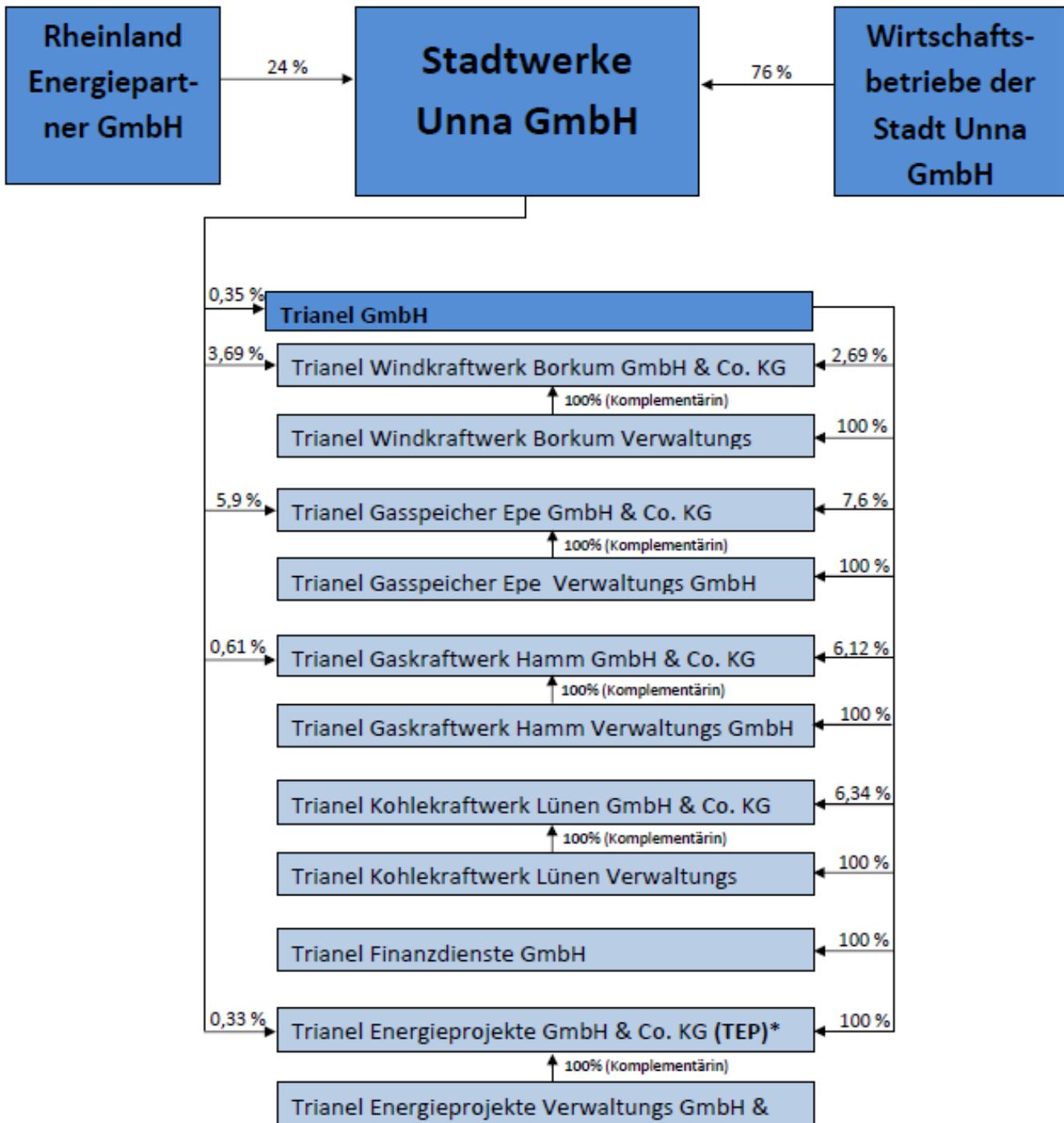
3.2 Beteiligungsportfolio zum 31.12.2018



* gesondertes Schaubild (2.)

Stand 31.12.2018

Beteiligungen der Stadtwerke Unna GmbH an den Trianelgesellschaften



* gesondertes Schaubild (3.)

3.3 Anteile am gezeichneten Kapital der unmittelbaren und mittelbaren Beteiligungen der Kreisstadt Unna

3.3.1 Gesellschaften ohne fremde Anteilseigner

Bezeichnung des Unternehmens	Nennwert der Beteiligung in €	Beteiligung am gez. Kapital	
		in %	in €
Stadtbetriebe Unna	600.000,00	100,00	600.000,00
Unna Marketing-Gesellschaft für Veranstaltungen und Stadtmarketing mbH	28.800,00	100,00	28.800,00
Wirtschaftsbetriebe der Stadt Unna GmbH	4.650.000,00	100,00	4.650.000,00

3.3.2 Gesellschaften mit fremden Anteilseigner

Bezeichnung des Unternehmens	Nennwert der Beteiligung in €	Beteiligung am gez. Kapital	
		in %	in €
Partnerschaft Deutschland GmbH	1.770.000,00	0,06	1.000,00

3.3.3 Beteiligungen über die Wirtschaftsbetriebe der Stadt Unna GmbH

Bezeichnung des Unternehmens	Nennwert der Beteiligung in €	Beteiligung am gez. Kapital	
		in %	in €
Stadtwerke Unna GmbH	6.140.000,00	76,00	4.666.400,00
Logistikzentrum RuhrOst GmbH	100.000,00	50,00	50.000,00
Antenne Unna Betriebsgesellschaft mbH & Co. KG	250.000,00	4,95	12.362,63
Beteiligung der Antenne Unna Betriebsgesellschaft mbH & Co. KG			
Antenne Unna Verwaltungsgesellschaft mbH	26.000,00	100,00	26.000,00
Beteiligungen der Stadtwerke Unna GmbH			
Provision Stadtwerke IT GmbH	50.000,00	50,00	25.000,00
Biogas Pool 2 für Stadtwerke GmbH & Co. KG	1.200.001,00	29,35	300.000,00
Stadtwerke Döbeln GmbH	2.219.650,00	9,35	207.600,00
Trianel Gasspeicher Epe GmbH & Co. KG	14.000.000,00	5,90	826.000,00
Trianel Windkraftwerk Borkum GmbH & Co. KG	18.324.382,31	3,69	704.428,04
Trianel Gaskraftwerk Hamm GmbH & Co. KG	42.299.003,00	0,61	258.741,00
Trianel GmbH	20.152.575,00	0,35	66.503,50

Trianel Energieprojekte GmbH & Co. KG	15.000.000,00	0,33	49.125,24
BREKO e.G.			500,00
Beteiligung der Logistikzentrum RuhrOst GmbH			
Logistikzentrum RuhrOst Betreibergesellschaft mbH	207.600,00	25,10	50.000,00

Auf eine Ausführung der Enkelgesellschaften der Stadtwerke Unna GmbH wird aus Wesentlichkeitsgründen verzichtet.

3.3.4 Beteiligungen auf Kreisebene

Bezeichnung des Unternehmens	Nennwert der Beteiligung in €	Beteiligung am gez. Kapital	
		in %	in €
Unnaer Kreis- Bau- und Siedlungsgesellschaft mbH	2.600.000,00	14,66	381.150,00
Verkehrsgesellschaft Kreis Unna mbH	3.856.100,00	9,18	353.910,00
Wirtschaftsförderungsgesellschaft für den Kreis Unna mbH	3.032.500,00	8,11	245.800,00
Beteiligungen der Verkehrsgesellschaft Kreis Unna mbH			
Westfälische Verkehrsgesellschaft mbH	2.214.500,00	14,29	316.360,00
Tarifgemeinschaft Münsterland/Ruhr Lippe GmbH	28.000,00	3,57	1.000,00
Beteiligungen der Wirtschaftsförderungsgesellschaft für den Kreis Unna mbH			
Technopark Kamen GmbH	105.000,00 €	24,00	25.200,00 €
LÜNTEC Technologiezentrum Lünen GmbH	511.291,88 €	24,00	122.710,05 €
Wirtschaftsförderungszentrum Lünen	52.000,00 €	16,00	8.320,00 €
Technopark und Wirtschaftsförderung Schwerte GmbH	1.600.000,00 €	14,25	228.000,00 €
newPark Planungs- und Entwicklungsgesellschaft mbH	100.000,00 €	10,00	10.000,00 €

II. Unternehmensbezogener Teil

1. Gesellschaften ohne fremde Anteilseigner

Im ersten Kapitel werden die Unternehmen dargestellt, bei denen die Kreisstadt Unna alleiniger Gesellschafter ist. Hierzu zählen folgende Unternehmen:

- Unna Marketing-Gesellschaft für Veranstaltungen und Stadtmarketing mbH
- Stadtbetriebe Unna
- Wirtschaftsbetriebe der Stadt Unna GmbH



1.1 Unna Marketing - Gesellschaft für Veranstaltungen und Stadtmarketing mbH

Anschrift:	Kontakt:	Gründung:
Parkstraße 44 59425 Unna	Telefon: 02303 96805-0 Fax: 02303 96805-21 E-Mail: info@unna-Marketing.de Internet: www.unna-marketing.de	Gesellschaftsvertrag vom: 29.10.1982 in der Fassung vom: 07.07.2016

Öffentlicher Zweck/Beteiligungsziel
<p>Die Gesellschaft verfolgt den Zweck, das kulturelle und soziale Leben der Kreisstadt Unna, insbesondere durch Unterstützung der örtlichen Kulturträger, zu fördern.</p> <p>Die Gesellschaft organisiert und veranstaltet größere Ereignisse im Stadtgebiet von Unna. Diese sind derzeit:</p> <ul style="list-style-type: none"> • das Stadtfest, • Un(n)a Festa Italiana, • Weihnachtsmarkt, • Wochenmarkt, • Autobazar, • Kirmessen sowie • diverse Kulturveranstaltungen und Konzerte. <p>Zudem gehören gesellschaftliche Traditionspflege und Erhaltung des stadthistorischen Erbes zu ihren Aufgaben.</p> <p>Darüber hinaus übernimmt die Gesellschaft das Gebäudemanagement sowie die Verwaltung für das Gebäude der Erich-Göpfert Stadthalle im Rahmen eines Dienstleistungsvertrages in der jeweils gültigen Fassung.</p> <p>Weitere Veranstaltungen bzw. auch Märkte können zukünftig von der Gesellschaft durchgeführt werden, wenn dadurch der Gesellschaftszweck gefördert wird. Die Gesellschaft kann auch beratende und organisatorische Hilfestellungen bei Drittveranstaltern im Stadtgebiet Unna leisten.</p> <p>Der Gesellschaft obliegt die Aufgabe des Stadtmarketing mit den Schwerpunkten</p> <ul style="list-style-type: none"> • Stadtwerbung, • Tourismusförderung und • Umsetzung des Stadtmarketinghandbuchs.

Gesellschafter	Anteile am Stammkapital in	
	%	€
Kreisstadt Unna	100,00	28.800,00
	100,00	28.800,00

Organe der Gesellschaft
Geschäftsführer
Gesellschafterversammlung

Geschäftsführung
Horst Bresan

Vergütung der Geschäftsführung			
Gemäß Punkt 3.3.4 des Public Corporate Governance Kodexes der Kreisstadt Unna ist die Vergütung bzw. sind die Bezüge der Mitglieder der Geschäftsführung im Beteiligungsbericht aufgeteilt nach Fixum, erfolgsbezogenen Komponenten und Sachleistungen auszuweisen.			
Erfolgsabhängige Bezüge	Sachleistungen	Erfolgsunabhängige Bezüge	Gesamtbezüge
0,00 €	0,00 €	134.053,19 €	134.053,19 €
Herr Bresan hat auf Grund seines Beamtenstatusses einen Pensionsanspruch gegenüber der Kreisstadt Unna. Entsprechend führt die Kreisstadt Unna jährlich einen Betrag der Pensionsrückstellung zu. Für das Geschäftsjahr 2018 beläuft sich der Betrag auf 16.993,00 €.			

Anzahl der Mitarbeiter (ohne Geschäftsführer)	2018	2017
Angestellte		
in Vollzeit	9	9
in Teilzeit	0	0
Auszubildende	5	5
Aushilfen	29	31
Gesamt	43	45

Gesellschafterversammlung		
Die Gesellschafterversammlung umfasst 14 Mitglieder. Folgende Mitglieder waren für die Kreisstadt Unna in der Gesellschafterversammlung vertreten:		
Lfd. Nr.	Fraktion	Ordentliches Mitglied
1.	SPD	RM Volker König
2.	SPD	RM Susanne Herzog
3.	SPD	RM Ingrid Kroll
4.	SPD	RM Heike Gutzmerow
5.	SPD	RM Klaus Tibbe
6.	CDU	RM Jessika Tepe
7.	CDU	RM Christa Gosing
8.	CDU	RM Wolf-Rüdiger Schmidt
9.	CDU	RM Rudolf Fröhlich
10.	GRÜNE	RM Michael Sacher
11.	GRÜNE	RM Ines-Carola Nieders-Mollik
12.	FLU	RM Klaus Göldner
13.	LINKE	RM Petra Ondrejka-Weber
14.		BM Werner Kolter

Bilanz der letzten drei Geschäftsjahre

	2018	2017	2016
	in €	in €	in €
Aktiva:			
A. Anlagevermögen			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	244	944	1.644
II. Sachanlagen	45.048	67.669	93.691
Summe Aktiva	45.292	68.613	95.335
B. Umlaufvermögen			
I. Vorräte	13.550	15.657	8.430
II. Forderungen	255.116	212.467	222.906
III. Kassenbestand	73.247	113.947	72.095
Summe Umlaufvermögen	341.913	342.071	303.431
C. Rechnungsabgrenzungsposten	-	-	-
Summe Aktiva	387.206	410.684	398.766
Passiva:			
A. Eigenkapital			
I. Gezeichnetes Kapital	28.800	28.800	28.800
II. Kapitalrücklage	31.518	31.518	31.518
III. Gewinnrücklage	-	-	-
IV. Gewinn-/Verlustvortrag	117.016	48.016	46.779
V. Jahresüberschuss/ Jahresfehlbetrag	- 48.732	69.000	1.237
Summe Eigenkapital	128.602	177.334	108.334
B. Rückstellungen	139.723	109.489	136.079
C. Verbindlichkeiten	118.880	123.861	154.353
D. Rechnungsabgrenzungsposten	-	-	-
Summe Passiva	387.206	410.684	398.766

Gewinn- und Verlustrechnung der letzten drei Geschäftsjahre

	2018	2017	2016
	in €	in €	in €
Umsatzerlöse	1.098.245	1.361.958	1.179.187
sonstige betriebliche Erträge	422.598	508.023	436.724
Materialaufwand	- 28.229	- 20.189	- 37.336
Personalaufwand	- 864.694	- 860.476	- 856.629
Abschreibungen	- 33.715	- 32.655	- 53.856
Sonstige betriebliche Aufwendungen	- 645.051	- 889.715	- 671.251
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	550	2.054	2.989
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-	-	-
Ergebnis nach Steuern	50.296	69.000	- 172
Sonstige Steuern	1.564	-	1.409
Erträge aus Verlustübernahme	-	-	-
Jahresüberschuss/ Jahresfehlbetrag (-)	- 48.732	69.000	1.237

Kassenkredit

Zum Bilanzstichtag 31.12.2018 wurde der Kreisstadt Unna ein Kassenkredit in Höhe von 105.000,00 € (Vorjahr: 105.000,00 €) zur Verfügung gestellt.

Zuschuss

Zur Wahrnehmung öffentlicher Aufgaben im Rahmen der Daseinsfürsorge und insbesondere zur Förderung des kulturellen Lebens hat die Gesellschaft im Geschäftsjahr 2018 einen Zuschuss in Höhe von 420.000,00 € erhalten.

Unna Marketing

Gesellschaft für Veranstaltungen und Stadtmarketing mbH

Lagebericht für das Geschäftsjahr 2018

A. Wirtschaftsbericht

Geschäfts- und Rahmenbedingungen:

Die Unna Marketing – Gesellschaft für Veranstaltungen und Stadtmarketing mbH gliederte erstmals mit dem Geschäftsjahr 2016 ihre Aufgaben in eine wirtschaftliche und eine kulturelle Sparte. Diese Darstellung erfolgte im Einklang mit den Ausführungsverordnungen des Vertrages über die Arbeitsweise der Europäischen Union und wird auch im Berichtsjahr fortgesetzt.

Für die Durchführung ihrer kulturellen Aufgaben erhält die Gesellschaft von der Kreisstadt Unna einen Zuschuss, der entsprechend der Vorgabe des Zuschussgebers Verwendung findet. Im Gesellschaftsvertrag haben die Gesellschafter den besonderen Auftrag und die öffentliche Zweck- und Zielsetzung der Gesellschaft insofern begründet, dass kulturelle und soziale Leben der Kreisstadt Unna insbesondere durch die Unterstützung der örtlichen Kulturträger zu fördern.

Bedingt durch die Großveranstaltung „Un(n)a Festa Italiana“, die im 2jährigen Rhythmus stattfindet, sowie durch einige Sondereffekte bei Wiederholungsveranstaltungen mit höherem Umsatz- und Kostenanteil, nicht zuletzt aber durch die wegen der baulichen Ertüchtigungsmaßnahmen in der Stadthalle Unna verursachten zeitlichen Einschränkungen, treten im Berichtsjahr teilweise erhebliche Abweichungen zum Vorjahr auf.

Für das Hallengeschäft ist die umfassende Brandschutzsanierung im laufenden Betrieb belastend. Trotz großzügiger Baufenster konnten nicht alle Gewerke im geplanten Zeitstrahl beendet werden, so dass immer wieder die belegungsfreie Zeit für Zwischenarbeiten genutzt werden musste. Hierbei konnte der Geschäftsbetrieb nicht im optimalen Rhythmus agieren. Kurzfristige Einmietung konnten nicht zugelassen werden. Die Messen tendieren weiterhin schwächer, was der guten konjunkturellen Lage und den weiterhin vollen Auftragsbüchern auf der Ausstellerseite geschuldet ist. Allerdings scheint aber auch das Marketinginstrument Messe selbst an Attraktivität zu verlieren. Im Gesamtwert fällt das auf den Bereich Stadthalle entfallende Umsatzvolumen gegenüber dem Referenzjahr 2016 um TEUR -45 und gegenüber dem Vorjahr TEUR -60 geringer aus.

Die baulichen Ertüchtigungsmaßnahmen werden die Stadthalle langfristig stabilisieren. Nach Fertigstellung der Arbeiten wird das Veranstaltungszentrum wieder seine Rolle als wertvolles Instrument des lokalen Stadtmarketings im interkommunalen Wettbewerb um die Konkurrenzfähigkeit, die Beliebtheit und Sympathiewerte Unnas voll ausspielen können. Hotellerie, Gastronomie, Einzelhandel, Verkehrsdienstleister und Stadttourismus werden davon partizipieren. So sichert die Stadthalle auch diese Arbeitsplätze in Unna ab. Wissen vermehrt sich, wenn man es teilt: die Stadthalle ist Bühne und Börse für KnowHow-Austausch, sie dient der

Netzwerkbildung, sie sorgt für Wissensmehrung. 80 % der Veranstaltungen haben lokale Bedeutung für Stadt und Kreis Unna.

Trotz fast fünf Monaten Bautätigkeit fanden 2018 in der Stadthalle 131 Veranstaltungen (i. Vj. 174) statt, davon 95 (i. Vj. 101) mit einem Flächenbedarf von mehr als 1000 m². Mit Auf- und Abbau- oder Umbau- und Probetagen ist die Stadthalle 2018 an rund 190 Tagen (i. Vj. 280) in Bewegung. Der größte Ausfall an Veranstaltungen entfiel auf den Bereich Schule/Bildung, insbesondere in der aktiven Zeit zu Beginn des Schuljahres 2018/19, Veranstaltungen im Bereich Kultur und Gesellschaft konnten zumeist terminlich umgelegt werden.

Die Belegung der Stadthalle teilt sich im Jahr 2018 wie folgt auf		
Schule und Bildung	25,2 %	(i. Vj. 42,0 %)
Messen/Tagungen/Feiern	40,5 %	(i. Vj. 30,4 %)
Kulturelle Veranstaltungen	34,3 %	(i. Vj. 27,6 %)

Die Erlöse aus den Großveranstaltungen ohne Wochenmarkt liegen geringfügig unter dem Ergebnis des Referenzjahres 2016, dies begründet sich in wetterbedingten Umsatzzwankungen. Die Großveranstaltungen stellen weiterhin die größte Umsatzgruppe der Gesellschaft dar, im Jahr 2018 waren vor allem das Stadtfest und der Weihnachtsmarkt stärkste Umsatzträger.

Der Wochenmarkt Mitte bleibt auf hohem Niveau nahezu stabil. Veränderungen ergeben sich durch Geschäftswechsel oder reisende Händler mit wechselnden Märkten. Die Nachbesetzung freier Marktflächen gelingt weiterhin sehr zeitnah. Dieser Trend wird sich auch im folgenden Jahr fortsetzen. Im Berichtsjahr war der Wochenmarkt vollständig verbucht.

Zur Erfüllung ihrer Aufgaben beschäftigt die Gesellschaft in 2018 durchschnittlich 43 Mitarbeiter/innen, von denen 29 als geringfügig oder kurzfristig Beschäftigte eingesetzt werden. Die Gesellschaft ist ein aktiver Ausbildungsbetrieb, so werden weiterhin junge Menschen über Praktikum und Ausbildung an das Berufsleben herangeführt. Auf diese Weise sichert auch die Stadthalle den Zugang der Wirtschaft zu qualifizierten Fachkräften. Der Aufwand für Personal ist aufgrund des neuverhandelten Vertrages für den Geschäftsführer sowie eines längeren krankheitsbedingten Ausfalls eines Mitarbeiters nur geringfügig gestiegen.

Ertragslage der Gesellschaft:

Die Gesellschaft erzielte im Geschäftsjahr 2018 ein Jahresüberschuss von TEUR 49. Hervorzuheben ist in diesem Zusammenhang, dass die Gesellschaft einen Betrag zu den Sanierungskosten in der Stadthalle i.H.v. TEUR 60 geleistet hat, der das Ergebnis 2018 dementsprechend belastet.

Die Umsatzerlöse sanken im Verhältnis zum Vorjahr um TEUR 264 auf TEUR 1.098. Die sonstigen betrieblichen Erträge fielen um TEUR 85 geringer aus. Der Personalaufwand liegt bei TEUR 865 nur knapp über dem Vorjahreswert. Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen sind um TEUR 245 auf TEUR 645 gesunken. Die Veränderungen der GuV-Posten bzw. Verschiebung innerhalb der GuV-Posten resultieren im Wesentlichen aus der in 2018 nicht durchgeführten Veranstaltung Festa Italiana sowie die baulichen Ertüchtigungsmaßnahmen in der Stadthalle Unna. Für die kulturelle Arbeit der Gesellschaft zahlt die Kreisstadt Unna einen Zuschuss, diese wird unter den sonstigen betrieblichen Erträgen ausgewiesen.

Finanzlage der Gesellschaft:

Zur Wahrnehmung öffentlicher Aufgaben im Rahmen der Daseinsfürsorge und insbesondere der Förderung des kulturellen Lebens in der Stadt Unna hat sich die Gesellschafterin Kreisstadt Unna per Ratsbeschluss verpflichtet, der Gesellschaft im Geschäftsjahr 2018 einen Zuschuss in Höhe von TEUR 420 zu zahlen. Der Gesamtaufwand der Gesellschaft beläuft sich auf TEUR 1.572 (i. Vj. 1.803). Die Gesellschaft finanziert sich somit zu 70,0 % (i. Vj. 75,5 %) über eigene betriebliche Aktivitäten. Bei etwa 60.000 Einwohnern in der Kreisstadt Unna liegt der Gesamtzuschussbedarf für die Gesellschaft somit bei rund 7 € (i. Vj. 8 €) pro Jahr und Einwohner.

Das Eigenkapital der Gesellschaft wird mit TEUR 129, im Vorjahr TEUR 177, ausgewiesen. Die Eigenkapitalquote beträgt im Verhältnis zur Bilanzsumme 33 %, im Vorjahr 43 %.

Im Geschäftsjahr wurde ein Cash-Flow aus laufender Geschäftstätigkeit von TEUR -31 (i.Vj. TEUR +49) erwirtschaftet.

Des Weiteren betrug der Cash-Flow aus Investitionstätigkeit TEUR -10 (i.Vj. TEUR -6) und aus Finanzierungstätigkeit TEUR 0 (i.Vj. TEUR -1).

Die Zahlungsfähigkeit der Gesellschaft war, wie in den Vorjahren, jederzeit und in vollem Umfang gegeben. Eingehende Rechnungen werden unverzüglich nach Prüfung beglichen. Kredite für die Aufrechterhaltung der Zahlungsfähigkeit wurden im Geschäftsjahr, wie bereits in den Vorjahren, nicht in Anspruch genommen.

Vermögenslage der Gesellschaft:

Die Bilanzsumme ist im Geschäftsjahr von TEUR 411 auf TEUR 387 gesunken.

Die Aktiva bestehen zum Stichtag hauptsächlich aus TEUR 342 Umlaufvermögen (i.Vj. TEUR 342) und TEUR 45 Sachanlagen (i.Vj. TEUR 69). Die wesentlichen Positionen im Umlaufvermögen sind Forderungen gegen die Kreisstadt Unna mit TEUR 166 (i.Vj. TEUR 117) sowie Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten mit TEUR 73 (i. Vj. TEUR 114).

Die Passivseite besteht mit TEUR 129 (i.Vj. TEUR 177) aus Eigenkapital, TEUR 140 (i.Vj. TEUR 109) aus Rückstellungen und TEUR 90 (i.Vj. TEUR 94) aus Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen.

Die Veränderungen der Forderungen und Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sind überwiegend begründet durch die Stichtagsbetrachtung der Bilanz.

Fazit:

Aufgrund der guten Geschäftsentwicklung und der Eckpunkte der Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage sowie unter Berücksichtigung der Tatsache, dass sich die Gesellschafterin Kreisstadt Unna durch Beschluss des Rates verpflichtet hat, der Gesellschaft zur Wahrnehmung ihres kulturellen Auftrages einen Zuschuss zu zahlen, ist die Geschäftssituation der Unna Marketing – Gesellschaft für Veranstaltungen und Stadtmarketing mbH als gesichert zu bewerten.

Ausgesprochen positiv ist die von der Gesellschaft beeinflusste Wertschöpfungskette zu sehen. Bei einem durchschnittlichen Umsatz von ca. 29 Euro pro Kopf bei rund 600.000 Besu-

chern bei allen Veranstaltungen der Gesellschaft summiert sich der durch die Arbeit der Gesellschaft initiierte **Gesamtumsatz Dritter in Unna auf über 17 Mio. Euro** für das Berichtsjahr.

Diese Umsätze werden in der Kreisstadt Unna direkt vor Ort unmittelbar bei den Leistungsträgern und Dienstleistern wie Einzelhandel, Gastronomie, Hotellerie und Verkehrsdienstleistungen etc. erzielt, stärken somit deren Umsatzquote und sichern Arbeitsplätze.

B. Nachtragsbericht

Vorgänge von besonderer Bedeutung für die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft haben sich nach dem Bilanzstichtag nicht ereignet.

C. Prognose- Chancen- und Risikobericht

Die Gesellschaft stellt ihre Aufgaben in einer wirtschaftlichen und einer kulturellen (EU-konformen) Kostenstellenrechnung dar.

Prognosebericht:

Der Wirtschaftsplan 2019, den die Gesellschafterversammlung in ihrer Sitzung am 04.12.2018 einstimmig festgestellt hat, weist ein Ergebnis von TEUR 0 aus.

Für das Geschäftsjahr 2019 wurde eine solide Planung unter Berücksichtigung der zu erwartenden aktuellen Entwicklungen vorgenommen. Die Umsätze wurden weitestgehend linear um 2,5% angehoben, für die Löhne und Gehälter berücksichtigt der Wirtschaftsplan eine voraussichtliche Tarifsteigerung von 3,2% sowie Stellenanpassungen, auf der sonstigen Aufwandsseite wurde die allgemeine Teuerungsrate berücksichtigt.

EU-konforme Sparte

- **Förderung des kulturellen Angebotes und der lokalen kulturellen Qualitäten**
- **„Erlebnisstadt Unna“ als regionale Stadtmarke durch Entwicklung des kulturtouristischen Potenzials Unnas**
- **Bewahrung von Traditionsveranstaltungen als historisches Erbe**
- **Sicherheit bei Großveranstaltungen als Qualitätskriterium**
- **Förderung eines stadtgeschichtlichen Bewusstseins**

Aufgrund der regionalen Tätigkeit der Gesellschaft, das kulturelle und soziale Leben der Kreisstadt Unna, insbesondere durch Unterstützung der örtlichen Kulturträger, zu fördern, steht die kulturelle Tätigkeit der Gesellschaft im Einklang mit den Ausführungen des Vertrages über die Arbeitsweise der Europäischen Union. Dabei tragen Veranstaltungen mit besonderer inhaltlicher und organisatorischer Qualität das positive Image Unnas in die Region.

Für die Programmplanung der großen wie auch kleineren Veranstaltungen der Gesellschaft gilt als zentraler Ansatz neben dem inhaltlichen Anspruch die spartenübergreifende Einbindung möglichst vieler kulturschaffender Bürgerinnen und Bürger Unnas. Für das Stadtfest 2019 wird ein Anteil von mehr als 50 Programmstunden „Made in Unna“ angestrebt.

Das Programmangebot der großen Veranstaltungen begeistert Gäste aus der gesamten Region. Ein Schwerpunkt der qualitativen Entwicklung bildet neben der Un(n)a Festa Italiana

auch in 2019 der Unnaer Weihnachtsmarkt, der sich zunehmender Beliebtheit bei auswärtigen Besuchern aber auch bei interessanten Ausstellern erfreut.

Die Langzeitwirkungen positiver Erlebnisse auf den Unnaer Festen und die damit verbundenen hohen Sympathiewerte Unnas bei den Besucherinnen und Besuchern sind enorm. Für alle Veranstaltungen gilt es, diese speziellen Unnaer Qualitäten als Angebotsgrundlage zu erhalten und mit dem strategischen Stadtmarketing zu verknüpfen.

Die Sicherheit auf Veranstaltungen mit einer zeitgleichen Anwesenheit von mehr als 5.000 Menschen ist unverändert ein wichtiger und kostenintensiver Planungsteil von Veranstaltungen. Nachrichten über Todesfälle auf Veranstaltungen durch Anschläge verunsichern Besucherinnen und Besucher. Vor diesem Hintergrund spiegelt ein sorgfältig erarbeitetes und abgestimmtes Sicherheitskonzept auch die Professionalität und den Anspruch einer Veranstaltung wider. In der Besuchsentscheidung für Gäste gewinnt die Sicherheit auf Veranstaltungen zunehmend an Bedeutung.

Die Wahrung des historischen Bewusstseins für die Geschichte und die Geschichten Unnas ist eine weitere, inhaltlich wertvolle Aufgabe der Gesellschaft, die beispielsweise in Zusammenarbeit mit den Gästeführerinnen und Gästeführer der Stadt Unna fortentwickelt wird oder auf interkommunaler Ebene in Projekten wie die Salzroute am Hellweg mündet. Der künftige Radschnellweg 1 bietet als wichtiges Infrastrukturprojekt der NRW-Landesregierung Chancen für weitere identitätsstiftende interkommunale Projekte.

Diese EU-konforme Arbeit der Gesellschaft unterstützt die Kreisstadt Unna auch im Jahr 2019 durch einen Zuschuss.

Wirtschaftliche Sparte

- ***Dienstleistungsbetrieb des multifunktionalen Kultur- und Veranstaltungszentrum***
- ***Beratung und Dienstleitungen für externe Veranstalter***
- ***Wertschöpfungskette für den lokalen Handel und Gewerbe***
- ***Unnaer Wochenmärkte: Nahversorger und „Szene-Treff“***
- ***Ausbau stadttouristischer Angebote***

Die Kreisstadt Unna hat die Gesellschaft durch einen Dienstleistungsvertrag mit der Bewirtschaftung und Vermarktung des Kultur- und Veranstaltungszentrums Erich Göpfert Stadthalle beauftragt. Das Zentrum ist eines der wichtigsten Infrastruktureinrichtungen dieser Art in der Region.

Es trägt ein überaus positives Image als multifunktionales modernes Kultur-, Kongress- und Veranstaltungszentrum. Die Erich-Göpfert-Stadthalle stärkt somit Unnas überdurchschnittliches Gesamtimage als lebenswertes attraktives Mittelzentrum in der Region Östliches Ruhrgebiet.

Die Durchführung eigenverantwortlicher Veranstaltungen und Veranstaltungsbeteiligungen mit gewinnorientierter Zielsetzung ist für die wirtschaftliche Sparte der Gesellschaft nicht ohne Bedeutung, hierzu mietet sie die notwendigen Räume von der Kreisstadt Unna an. Auf die sich abzeichnende Nachfragetendenz bei den Messen soll auch weiterhin durch neue Themen und andere Veranstaltungszyklen reagiert werden. Allerdings unterliegt das Marketinginstrument „Messe und Ausstellung“ derzeit im Allgemeinen eine abnehmende Besucher-

frequenz. Auch in diesem Segment wirkt sich die ungebremsste Entwicklung des Onlinehandels aus.

Seit 2017 unterzieht die Kreisstadt Unna das Gebäude einer umfassenden baulichen Ertüchtigung, um den aktuellen Anforderungen an ein sicheres Veranstaltungszentrum auch künftig gerecht zu werden. Die Ausführungsplanung sieht in 2019 zwei Bauzeitfenster von insgesamt 4 Monaten Dauer vor. Betroffen sind auch die Verwaltungsbüros der Gesellschaft, für die eine Übergangslösung gefunden werden konnte. Die Umsatzmöglichkeiten der Gesellschaft werden jedoch durch diese Modernisierungsphase auch im Wirtschaftsjahr 2019 eingeschränkt.

Die Unnaer Großveranstaltungen erfreuen sich seit vielen Jahren einer anhaltend guten Besuchergunst und sind somit ein wichtiger Frequenzbringer und als Wirtschaftsfaktor unverzichtbarer Bestandteil einer attraktiven und intakten Innenstadt. Gleiche Ergebnisse sind mit normalen Werbekampagnen kaum erreichbar, würden hingegen ein Vielfaches der eingesetzten Mittel erfordern.

Das Einwerben vielfältiger Aussteller mit möglichst attraktiven Angeboten hingegen gestaltet sich schwierig. Dabei zeichnet sich ab, dass nicht zuletzt durch die Deckelung des kommunalen Zuschusses die Aufwendungen zur Finanzierung der Veranstaltungen durch Standmieten bereits heute im obersten Bereich liegen und häufig auf Ausstellerseite Anlass zu Preisverhandlungen um Nachlässe geben.

Der Anspruch an wichtige Qualitätskriterien von Veranstalterseite trifft dabei jedoch oftmals auf Unverständnis beim mobilen Handel. Einige Kommunen in der Region sind bereits dazu übergegangen, die Kosten der Veranstaltungen über Zuschüsse oder durch Nachlässe im Bereich der Auflage- und Genehmigungsgebühren zu reduzieren. Auf diese Weise soll die Besucherfrequenz in den Innenstädten durch das Einwerben attraktiver Aussteller unterstützt werden.

Die positive Fortentwicklung der Unnaer Innenstadt und die unaufgeregte aber stetige Positionierung der Erlebnisstadt Unna in der östlichen Metropolregion Ruhr wird auch weiterhin eine wichtige Vermarktungsgrundlage für den Erfolg der Gesellschaft sein.

Die Wochenmärkte in Unna-Mitte mit ihrem umfassenden Angebot an Frische, Vielfalt und Qualität und sind innerstädtischer und generationenübergreifender Treffpunkt der Unnaer und ihrer Gäste. Dabei verbinden eine ganz besondere Marktatmosphäre, die Individualität, Kompetenz und Freundlichkeit der Händler Menschen unterschiedlichen Alters, Geschlecht und Herkunft. Der Imagewandel der Unnaer Wochenmärkte als Einrichtung der Lebensmittelversorgung zum Image- und Frequenzträger der Innenstadt ist voll gelungen. Auch der stationäre Einzelhandel weiß die Markttag zu schätzen.

Diese Entwicklung wird trotz geringer finanzieller Spielräume gefestigt und mit geeigneten Marketinginstrumenten unterstützt. Weitere Tendenzen wie Ganztags- oder Nachmittagsmärkte muss aufmerksam verfolgt werden. In diesem Zusammenhang ist jedoch der häufigste Grund zur Einrichtung einer Veränderung der Betriebszeiten oftmals die sinkende Kaufkraft während der etablierten Öffnungszeiten. Davon ist der Markt in Unna Mitte insbesondere wegen der Öffnungszeit bis 14.00 Uhr bislang nicht wirklich betroffen.

Im Städtetourismus liegen enorme Wachstumspotentiale, die mittel- und langfristig für das Ruhrgebiet und damit auch für Unna gehoben werden müssen. Sie führen zwar nicht zu direkten wirtschaftlichen Effekten bei der Gesellschaft, sind aber als Impulsgeber für Dienst-

leister der ersten und zweiten Umsatzstufe und den Ausbau von Arbeitsplätzen in der lokalen Tourismuswirtschaft von großer Bedeutung. Aber Tourismus bewirkt noch weiteres: Eine attraktive Freizeitinfrastruktur sowie überdurchschnittliche Gastronomie-, Kultur- und Einkaufserlebnisse stärken als Standortfaktor das Binnenimage und den Freizeitwert Unnas sowie unmittelbar und sofort die Lebensqualität der Unnaer.

Erlebnisberichte von Besuchern und entsprechende Medienberichte über das „Ausflugsziel Unna“ verstärken diesen Imagewandel. Das so gewonnene Imageplus wird die Wettbewerbsfähigkeit Unnas im interkommunalen Vergleich und Wettstreit um die besten Fachkräfte stärken und Impulsgeber für den Zuzug junger Familien sein. Eine flankierende Baulandoffensive der Kreisstadt Unna könnte als Treiber diesen Effekt deutlich verstärken.

Die wirtschaftliche Sparte von Unna Marketing wird ausschließlich aus eigenen betrieblichen Aktivitäten finanziert.

Chancen- und Risikobericht

Die Gesellschaft führt ein aktives Risikomanagementsystem, welches regelmäßig überarbeitet und den zu erwarteten Ereignissen angepasst wird.

Mit diesem System können die Eintrittswahrscheinlichkeit von über 60 Einzelrisiken für die Gesellschaft bewertet werden, ihre Auswirkungen beurteilt und die möglichen Gegenmaßnahmen eingeleitet werden.

Die Gesellschaft führt eine Kosten- und Spartenrechnung, die zwischen den Aufgabenkreisen von begünstigten und somit im Sinne der EU zuschussfähigen Aufgaben (kulturelle Sparte) und der wirtschaftlichen Betätigung (wirtschaftliche Sparte) der Gesellschaft unterscheidet.

Die Vermietung und Vermarktung der Erich-Göpfert-Stadthalle erfolgt durch die Gesellschaft im Namen und auf Rechnung der Kreisstadt Unna. Die Gesellschaft erzielt in diesem Zusammenhang ausschließlich aus den unterschiedlichen Dienstleistungsangeboten rund um den Betrieb des Hauses Umsätze, die somit in einer Abhängigkeit von einer erfolgreichen Vermarktung der Halle stehen. Die Miet- und Mietnebenerlöse werden direkt bei der Eigentümerin Kreisstadt Unna verbucht.

Ein sich veränderndes, zunehmend trendorientiertes Ausgeh-, Freizeit- und Konsumverhalten beeinflusst hingegen die gesamte Veranstaltungswirtschaft und somit die wirtschaftliche Betätigung der Gesellschaft. Der Wandel hat verschiedene Ursachen: Die Bevölkerungszahl geht zurück, plurale Lebensstile nehmen zu, die Digitalisierung findet zunehmend im Lebensalltag statt, das Durchschnittsalter steigt, die Konsumbereitschaft verändert sich („Luxese“), Gesundheitstrends fördern andere Lebenseinstellungen, die Tendenz zum Social-Cocooning nimmt zu.

In der zeitnahen Anpassung an den gesamtgesellschaftlichen Wandel und dessen Folgen liegen gleichzeitig aber auch Chancen für die Gesellschaft. Dies erfordert frühzeitige, vorausschauende und wirksame Entscheidungen, um auch künftig Unna als die attraktive und aktive Kultur- und Erlebnisstadt in der Region positionieren zu können.

Konkrete Prognosen zum Konsumverhalten der Endverbraucher werden durch diverse politische und wirtschaftliche Einflüsse sowie immer kurzweiligere Entwicklungszyklen erschwert. Und auch die Auswirkungen zunehmend differenter Medienmeldungen führen mitunter zu

kaum vorhersehbaren und einzuschätzenden Entwicklungen. In der Veranstaltungsbranche überwiegt wie auch schon im Vorjahr aktuell eine abwartende Stimmung zur allgemeinen Umsatzentwicklung (Ergebnis regelmäßiger Befragung des Europäischen Verbandes der Veranstaltungs-Centren).

Aufgrund der räumlichen Lage Unnas am Rande der Metropolregion Ruhr verkehrsbegünstigt durch drei Fernstraßen mit zwei Autobahnkreuzen und drei Zu- bzw. Abfahrten, Flughäfen und Bahnhof sind die Möglichkeiten als Standort für mehrtägige Kongress- und Tagungsveranstaltungen ausbaufähig. Allerdings besteht im Bereich der Übernachtungsmöglichkeiten ab der 3-Sterne-Kategorie weiterhin ein für die Größe Unnas absolut zu geringes Hotelangebot. Die Marktchancen entsprechender Projektierungen sind günstig wie selten zuvor, bedürfen aber belastbarer Marktanalysen. Positiv zu werten sind in diesem Zusammenhang die Auswirkungen des Umsatzverhaltens von Übernachtungsgästen auf die örtliche Gastronomie, den Einzelhandel und Freizeiteinrichtungen. Auch sie tragen zur Vitalität der Innenstadt bei und sind ein wertvoller Baustein zur Stabilisierung der innerstädtischen Entwicklung.

Die großen Außenveranstaltungen stehen regelmäßig in enger Abhängigkeit zu einer gemäßigten Witterungslage und einem ordentlichen Konsumverhalten der Besucherinnen und Besucher. Lokale Unwetter und außergewöhnliche Ereignisse können zum sofortigen Abbruch von Veranstaltungen und damit zu negativen finanziellen Auswirkungen für die Gesellschaft führen. Auch haben Nachrichten über Anschläge auf Veranstaltungen Einfluss auf das Ausgeh- und Freizeitverhalten von Menschen. Hierin liegt ein gewisses Umsatzrisiko für die Gesellschaft, welches jedoch bei der finanziellen Veranstaltungsplanung eine vertretbare Berücksichtigung findet. Bedingt durch die in 2019 stattfindende Großveranstaltung Un(n)a Festa Italiana sinkt dieses Risiko.

Die Sicherheitsrisiken von Großveranstaltungen werden in abgestimmten Konzepten behandelt und bewertet. Festgelegte Standards sind aber kaum von den Veranstaltern beeinflussbar, verursachen aber zusätzliche Kosten und drücken somit auf die Ertragsquote. So sind spätestens nach den Ereignissen auf dem Berliner Weihnachtsmarkt im Dezember 2016 zusätzliche Maßnahmen in das zentrale Sicherheitskonzept eingeflossen und bei den folgenden Großveranstaltungen umgesetzt worden. Die Schlussphase der juristischen Aufarbeitung der Loveparade-Katastrophe von 2010 steht noch aus. Und so fehlt es auch weiterhin an einer gesetzlichen Regelung zur Durchführung von Großveranstaltungen.

Die Umsätze aus Eigenveranstaltungen in der Stadthalle, insbesondere den eigenen Messen bergen ein weiteres von den allgemeinen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen beeinflusstes Umsatzrisiko für die Gesellschaft.

Der Kreisstadt Unna wird in den nächsten Jahren weiterhin das neue umfassende Brandschutzkonzept für die Erich-Göpfert-Stadthalle umsetzen. Im Ergebnis wird damit der bisherige Nutzungs- und Angebotsumfang zukunftssicher hergerichtet. Die Umsetzung der Maßnahmen im laufenden Betrieb wird Einfluss auf die zu erwartenden Umsätze sowohl für die Eigentümerin wie auch die Gesellschaft haben. Häufigere Umbauanforderungen für die verschiedenen Veranstaltungsformate werden, zu einer nicht unerheblichen Arbeitsbelastung der Gesellschaft und Kostenbelastung bei der Kreisstadt führen.

Für die Gesellschaft existiert ein umfassendes IT-Sicherheitskonzept, das auch die rotierende Erneuerung von Hard- und Software erfasst. Zudem wird die Gesellschaft bei Fragen rund um die Thematik des erweiterten Datenschutzes umfassend beraten, die Umsetzung

der EU-DSGVO ist abgeschlossen. Ein betriebsinterner Ausschuss für Arbeitsschutz befasst sich mit den Themenfeldern Arbeitssicherheit und Gesundheitsschutz für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Gesellschaft. Notwendige Risikovorkehrungen werden zeitnah getroffen und fließen in die laufenden Arbeitsprozesse ein.

Zusammenfassend sind für die Gesellschaft als größte Risiken zu nennen:

- die künftige gesamtkonjunkturelle Lage
- die baulichen Maßnahmen in der Erich Göpfert Stadthalle- lokale Unwetterlagen für die Außenveranstaltungen
- die sicherheitsrelevanten Auflagen für Großveranstaltungen
- das durch Eigenveranstaltungen bedingte Geschäftsrisiko,
- das durch die Dichte der vorhandenen Veranstaltungsflächen bedingte rege Veranstaltungsangebot in der gesamten Region Dortmund/Unna/Hamm,
- die Folgen einer zunehmend schwierigeren Finanzierbarkeit kommunaler Haushalte,
- das Einwerben von Zuwendungen Dritter.

Unna, 27. Mai 2019

gez. Horst Bresan

Geschäftsführer

1.2 Stadtbetriebe Unna

Anschrift:	Kontakt:	Gründung:
Viktoriastraße 12 59425 Unna	Telefon: 02303 2003-0 Fax: 02303 2003-74 E-Mail: info@stadtbetriebe-unna.de Internet: www.stadtbetriebe-unna.de	Grundsatzbeschluss des Rates der Kreisstadt Unna vom: 21.12.1994 in der Fassung vom: 26.04.2018

Öffentlicher Zweck/Beteiligungsziel
<p>Die Stadtbetriebe Unna werden nach Maßgabe der Satzung, den Vorschriften der GO NRW und in entsprechender Anwendung der EigVO NRW als organisatorisch und wirtschaftlich eigenständige Einrichtung ohne eigene Rechtspersönlichkeit geführt.</p> <p>Der Gegenstand der Stadtbetriebe Unna ist die Durchführung der Aufgaben für folgende Bereiche:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Abwasserwirtschaft • Gewässer (einschließlich Hochwasserschutzanlagen) • Straßenunterhaltung • Abfallwirtschaft • Duale Systeme • Straßenreinigung • Grünflächenpflege • Städtische Friedhöfe

Organe der Gesellschaft
<p>Betriebsleitung Betriebsausschuss Rat der Kreisstadt Unna</p> <p>Die Zuständigkeiten richten sich nach der Gemeindeordnung, der Eigenbetriebsverordnung, der Hauptsatzung, der Zuständigkeitsordnung des Rates und der Betriebssatzung.</p>

Betriebsleitung
<p>für den kaufmännischen Bereich: Frank Peters für den technischen Bereich: Ferdinand Blex</p>

Vergütung der Geschäftsführung				
Gemäß Punkt 3.3.4 des Public Corporate Governance Kodexes der Kreisstadt Unna ist die Vergütung bzw. sind die Bezüge der Mitglieder der Geschäftsführung im Beteiligungsbericht aufgeteilt nach Fixum, erfolgsbezogenen Komponenten und Sachleistungen auszuweisen.				
Mitglied	Erfolgsabhängige Bezüge	Sachleistungen	Erfolgsunabhängige Bezüge	Gesamtbezüge
Peters	0,00 €	0,00 €	87.247,24 €	87.247,24 €
Blex	0,00 €	0,00 €	83.412,90 €	83.412,90 €
Herr Peters hat auf Grund seines Beamtenstatusses einen Pensionsanspruch gegenüber der Kreisstadt Unna. Entsprechend führt die Kreisstadt Unna jährlich einen Betrag der Pensionsrückstellung zu. Für das Geschäftsjahr 2018 beläuft sich der Betrag auf 20.746,00 €.				

Betriebsausschuss			
Der Betriebsausschuss besteht aus 18 Mitgliedern. Folgende Mitglieder waren im Betriebsausschuss vertreten:			
Lfd. Nr.	Fraktion	Ordentliches Mitglied	Stellvertretendes Mitglied
1.	SPD	RM Klaus Tibbe	RM Heike Gutzmerow
2.	SPD	RM Bernd Dreisbusch	RM Wolfgang Ahlers
3.	SPD	RM Renate Nick	RM Peter Glowalla
4.	SPD	RM Volker König	RM Annette Thomae
5.	SPD	sB Heinz Steffen	sB Klaus-Jürgen Sievert
6.	SPD	RM Djawad Tadayyon	RM Anja Kolar
7.	SPD	RM Michael Tietze	RM Brigitte Wass
8.	CDU	RM Bernhard Albers	RM Frank-Holger Weber
9.	CDU	RM Rolf-Dieter Beyersdorf	RM Wolf-Rüdiger Schmidt
10.	CDU	RM Werner Clodt	RM Gabriele Meyer
11.	CDU	RM Erich Kreß	RM Gerhard Heckmann
12.	CDU	sB Dominik Mickler	sB Klemens Splittgerber
13.	GRÜNE	sB Michael Griesohn-Kluth	RM Michael Sacher
14.	GRÜNE	RM Ismet Sacit Soyubey	RM Karl Dittrich
15.	FDP	sB Günter Schmidt	sB Michael Baumhoff
16.	LINKE	sB Axel Weber	sB Meinhard Trennhaus
17.	Fraktionslos	RM Christian Roß	RM Christoph Tetzner
18.	Fraktionslos	RM Jörg Hißnauer	RM Franz-Josef Klems (FLU)

Vergütung des Betriebsausschusses
<p>Gemäß Punkt 2.7.2 des Public Corporate Governance Kodexes der Kreisstadt Unna sind die Gesamtbezüge des Aufsichtsrates/ Betriebsausschusses und die Vergütungssätze der Aufsichts-/ Betriebsausschussmitglieder individualisiert im Beteiligungsbericht auszuweisen.</p> <p>Die Ratsmitglieder erhalten für die Ausübung ihres Mandates eine monatliche Pauschale. Mit dieser Pauschale sind die Tätigkeiten im Betriebsausschuss abgegolten.</p> <p>Die sachkundigen Bürger erhalten eine Aufwandsentschädigung in Form eines Sitzungsgeldes.</p>

Anzahl der Mitarbeiter (ohne Betriebsleitung)	2018	2017
Angestellte		
in Vollzeit	70	69
in Teilzeit	17	17
Beamte		
in Vollzeit	5	5
in Teilzeit	0	0
Auszubildende	0	0
Aushilfen	0	0
Gesamt	92	91

Bilanz der letzten drei Geschäftsjahre

	2018	2017	2016
	in €	in €	in €
Aktiva:			
A. Anlagevermögen			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	17.123	10.756	21.768
II. Sachanlagen	95.095.194	92.738.543	90.143.558
III. Finanzanlagen	0	351	351
Summe Aktiva	95.112.317	92.749.650	90.165.677
B. Umlaufvermögen			
I. Vorräte	75.843	80.494	78.374
II. Forderungen	624.274	709.352	1.396.330
III. Kassenbestand	479.019	500.934	510.607
Summe Umlaufvermögen	1.197.136	1.290.780	1.985.311
C. Rechnungsabgrenzungsposten	51.889	32.340	55.456
Summe Aktiva	96.361.342	94.072.770	92.206.444
Passiva:			
A. Eigenkapital			
I. Stammkapital	600.000	600.000	600.000
II. Kapitalrücklage	9.125.361	7.607.836	7.003.594
III. Bilanzgewinn	2.170.185	1.717.546	1.906.678
Summe Eigenkapital	11.895.546	9.925.382	9.510.272
B. Sonderposten für Investitionszuschüsse zum Anlagevermögen	11.136.590	11.286.039	10.287.427
C. Empfangene Ertragszuschüsse	2.717.303	2.953.365	3.213.388
D. Rückstellungen	4.541.151	4.947.567	5.342.248
E. Verbindlichkeiten	61.534.195	60.564.768	59.618.223
F. Rechnungsabgrenzungsposten	4.536.557	4.395.649	4.234.886
Summe Passiva	96.361.342	94.072.770	92.206.444

Kennzahlen

Vermögens-, Finanz- und Kapitalstruktur	2018	2017	2016
Anlagenintensität	98,7%	98,6%	97,8%
Eigenkapitalquote	12,3%	10,6%	10,3%
Fremdkapitalquote	73,3%	89,4%	89,7%
Anlagendeckungsgrad	12,5%	10,7%	10,6%
Investitionen	2018	2017	2016
	in T€	in T€	in T€
Investitionsvolumen	4.947	6.217	5.339

Gewinn- und Verlustrechnung der letzten drei Geschäftsjahre

	2018	2017	2016
	in €	in €	in €
Umsatzerlöse	29.489.186	29.259.347	28.353.822
Andere aktivierte Eigenleistungen	291.623	317.177	321.638
sonstige betriebliche Erträge	1.292.959	1.372.400	2.010.886
Materialaufwand	- 16.704.912	- 16.369.066	- 15.587.245
Personalaufwand	- 4.935.267	- 5.007.732	- 4.874.048
Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	- 2.583.382	- 3.612.928	- 3.476.175
Sonstige betriebliche Aufwendungen	- 1.996.203	- 2.046.358	- 2.361.583
Erträge aus Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	129	360	287
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	501	-	28.778
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	- 1.642.882	- 1.761.622	- 1.886.890
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0	- 407	-
Ergebnis nach Steuern	3.211.754	2.151.169	2.529.470
Sonstige Steuern	- 9.161	- 10.362	- 10.474
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	3.202.593	2.140.807	2.518.996
Gewinnvortrag	161.676	180.980	163.807
Einstellung in Rücklagen	- 1.194.084	- 604.241	- 776.125
Bilanzgewinn	2.170.185	1.717.546	1.906.678

Verwendung des Jahresergebnis 2018

Zum Zeitpunkt der Erstellung des Beteiligungsberichtes war über die Verwendung des Jahresergebnisses der Stadtbetriebe Unna noch nicht beschlossen.

Kassenkredit

Zum Bilanzstichtag 31.12.2018 hat die Kreisstadt Unna der Stadtbetriebe Unna einen Kassenkredit von 6.020.000,00 € zur Verfügung gestellt.

Lagebericht der Betriebsleitung Jahresabschluss 2018

I Grundlagen des Unternehmens

I.1 Gründung des Eigenbetriebes

Der Rat der Stadt Unna hat am 16.06.1994 die Umgründung des Regiebetriebes Stadtbetriebe in eine entsprechend den Vorschriften der Eigenbetriebsverordnung NRW geführte eigenbetriebsähnliche Einrichtung (im Folgenden kurz Eigenbetrieb) zum 01.01.1995 beschlossen.

I.2 Gegenstand und Organisation des Eigenbetriebes

I.2.1 Gegenstand

Der Gegenstand der Stadtbetriebe Unna ist in zwei grundsätzliche Kategorien zu gliedern. In einen originären Aufgabenkreis, in dem die Aufgaben durch die Stadtbetriebe Unna eigenverantwortlich abgewickelt und im Wesentlichen über Gebühreneinnahmen finanziert werden und einen Auftragsbereich, wo Dezernate der Stadtverwaltung Unna als Auftraggeber Leistungen der Stadtbetriebe Unna in Anspruch nehmen und dafür grundsätzlich kostendeckende Entgelte erbringen. Darüber hinaus nimmt der Betrieb Aufgaben im steuerpflichtigen Drittbereich wahr.

Mit der Änderung der Betriebssatzung der Stadtbetriebe Unna (Vorlage Nr. 0072/04, Ratsbeschluss vom 16.12.2004) wurden der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung Stadtbetriebe Unna die gesamten Aufgaben der Abwasserwirtschaft, Abfallentsorgung, Duales System, Straßenreinigung, Friedhöfe und Hochwasserschutz übertragen. Seitdem gliedern sich die Aufgabenbereiche wie folgt:

Originärer Bereich

- Abwasserwirtschaft
- Abfallwirtschaft
- Straßenreinigung (seit 01.01.2012 ohne Winterdienst)
- Städtische Friedhöfe
- Gewässerunterhaltung
- Hochwasserschutz

Auftragsbereich

- Straßenunterhaltung
- Grünflächenunterhaltung
- Winterdienst (seit 01.01.2012)
- Sonstige diverse Einzelaufträge

Steuerpflichtiger Drittbereich

- Leistungen im Rahmen Duale Systeme
- Grabpflege
- Sonstige Leistungen an Dritte

I.2.2 Organisation

Organe der Stadtbetriebe Unna sind die Betriebsleitung, der Betriebsausschuss Stadtbetriebe Unna und der Rat der Kreisstadt Unna.

Die Aufbauorganisation sieht seit 1995 eine Gliederung in Hilfsbetriebe und Leistungsbereiche vor. Entsprechend ist die Kostenrechnung gegliedert.

<u>Verwaltung</u>	<u>Allg. Dienste</u>	<u>Originärer Bereich</u>	<u>Auftragsbereich Stadt</u>	<u>Drittbereich</u>
Kfm. Bereich	Werkstatt	Abwasserwirtschaft Abfallwirtschaft Straßenreinigung Städtische Friedhöfe Gewässerunterhaltung Hochwasserschutz	Straßenunterhaltung Grünflächenpflege Winterdienst Sonstige Auftragsleistungen	Duale Systeme Grabpflege Sonstige Leistungen an Dritte

II. Wirtschaftsbericht

II.1 Geschäftsverlauf

II.1.1 Allgemeines zur Erfolgsrechnung

Die Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzeptes der Kreisstadt Unna für die Jahre 2015 bis 2020, die vom Rat der Kreisstadt Unna in seiner Sitzung am 27. November 2014 beschlossen wurde, ging seinerzeit davon aus, dass unter Berücksichtigung der bisherigen Erfolgsplanungen sowie der in der Vergangenheit erzielten Verbesserungen in den Jahren 2015 und 2016 von einer gemittelten Ergebnisabführung in Höhe von 600 T€ ausgegangen werden könne.

Die Produktpalette der Stadtbetriebe Unna sei breit und gut aufgestellt. Angesichts der in den einzelnen Teilsegmenten zu erbringenden Leistungen stelle sich die Frage nach Wettbewerbsvorteilen durch Größenwachstum. Im Rahmen interkommunaler Zusammenarbeit könnten sich durch größere Verbünde Vorteile ergeben, die es auszuloten gelte. Darüber hinaus seien die künftigen Investitionsnotwendigkeiten im Gebäudebereich unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten zu wägen. In Analogie der Rückführung von Teilen der Straßenverwaltung in den Kernbereich der Verwaltung könne geprüft werden, ob nicht auch andere Bereiche der heutigen Auftragsverwaltung in den Kernhaushalt zurückgeführt werden könnten.

Es werde damit gerechnet, dass personelle und sachliche Synergien – vor allem in der Binnenstruktur – gehoben werden könnten, z. B. geringere Prüfungsgebühren, Ersparnisse in der Verwaltung oder in der räumlichen Unterbringung.

Zunächst sollten im Jahr 2015 Untersuchungsaufträge erteilt werden, mit deren Ergebnissen 2016 zu rechnen sei. Auf der Basis einer anschließenden Beschlussfassung im Rat könnten im Anschluss die daraus resultierenden praktischen Prozesse angestoßen werden. Aus der Umsetzung werde ab 2017 mit Verbesserungen gerechnet, die eine Stabilisierung der veranschlagten Ergebnisabführung von 600 T€ ermöglichen.

Darüber hinaus sollten durch eine Neubewertung des Anlagevermögens und eine Anpassung der handelsrechtlichen Abschreibungssätze an die gebührenrechtlichen Sätze ab 2017 weitere Verbesserungen von jährlich 400 T€ erzielt werden können.

Damit ergaben sich für die Jahre 2015 bis 2020 nachfolgende Ergebnisabführungen:

	2015	2016	2017	2018	2019	2020
Ergebnisabführung	600 T€	600 T€	1.000 T€	1.000 T€	1.000 T€	1.000 T€

Der am 22. Oktober 2015 im Rat der Kreisstadt Unna eingebrachte Nachtragsplanentwurf zum Doppelhaushalt 2015 / 2016 (Vorl.-Nr. 0430/15) mit der Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzeptes 2015 – 2020, der vom Rat der Kreisstadt Unna in seinen Sitzungen am 26. November 2015 und 17. Dezember 2015 beschlossen wurde, ging in seinem Haushaltssicherungsvorschlag 1 davon aus, dass aufgrund der Ausweisung eines Gewinns von rd. 954 T€ im testierten Jahresergebnis der Stadtbetriebe Unna für das Jahr 2013 und der Ausweisung eines Gewinns von über 1.600 T€ im Entwurf des vorliegenden Jahresabschlusses 2014 es durchaus realistisch sei, mit einer dauerhaften Ergebnisabführung in Höhe von 1.200 T€ pro Jahr zu rechnen.

Damit ergaben sich gemäß den Veranschlagungen im Nachtrag 2015 / 2016 der Kreisstadt Unna für die Jahre 2015 bis 2020 nachfolgende Ergebnisabführungen:

	2015	2016	2017	2018	2019	2020
Ergebnisabführung neu	1.580 T€	1.200 T€				

Dabei war folgende Veränderung zu beachten: Bis einschließlich der Veranschlagung im Haushaltsplan 2015 / 2016 der Kreisstadt Unna bezog sich die veranschlagte Ergebnisabführung der Stadtbetriebe Unna des jeweiligen Haushaltsjahres auf das gleichlautende Wirtschaftsjahr der Stadtbetriebe Unna.

Mit dem beschlossenen 1. Nachtrag 2015 / 2016 wurde dieser Gleichklang aufgegeben.

Die Veranschlagung im Haushaltsjahr 2015 der Kreisstadt Unna bezog sich auf die Ergebnisabführungen der Wirtschaftsjahre 2013 und 2014 der Stadtbetriebe Unna und ab dem Haushaltsjahr 2016 der Kreisstadt Unna jeweils auf das vorangegangene Wirtschaftsjahr der Stadtbetriebe Unna.

Damit erhöhte sich die Ergebnisabführung gegenüber den Festsetzungen im Doppelhaushalt 2015 / 2016 in den Jahren 2015 und 2016 von jeweils 600 T€ auf jeweils 1.200 T€ und in den Jahren 2017 bis 2019 von jeweils 1.000 T€ auf jeweils 1.200 T€.

Die Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzeptes der Kreisstadt Unna für die Jahre 2017 bis 2020, die vom Rat der Kreisstadt Unna in seiner Sitzung am 01. Dezember 2016 beschlossen wurde, ging davon aus, dass unter Berücksichtigung der bisherigen Erfolgsplanungen sowie der in der Vergangenheit erzielten Verbesserungen in den Jahren 2015 und 2016 von einer gemittelten Ergebnisabführung in Höhe von 1.200 T€ ausgegangen werden könne.

Damit ergaben sich für die Wirtschaftsplanjahre 2016 bis 2021 der Stadtbetriebe Unna nachfolgende Ergebnisabführungen:

	2016	2017	2018	2019	2020	2021
Ergebnisabführung	1.200 T€					

Der Wirtschaftsplan 2018 wies einen Planüberschuss in Höhe von 1.247 T€ (davon Saldo Gewinn Originärer Bereich in Höhe von 4.458 T€ abzüglich Verlust Auftragsbereich in Höhe von 3.220 T€ in Höhe von 1.238 T€) aus und erfüllte damit die Vorgabe des Haushaltssicherungskonzeptes für 2018.

Wesentliche Ursachen für die geplante Zielerreichung in 2018 war die Ausweitung des bilanziellen Überschusses im Bereich Abwasserwirtschaft auf 5.000 T€.

Mittelfristig muss weiterhin davon ausgegangen werden, dass die Belastungen aus der Zahlungsübernahme für die Kreisstadt Unna für die Niederschlagswassergebühren Straßen weiter steigen werden. Der Rückgang in 2014, der auf den Wegfall der Straßenbaulast für die Ortsdurchfahrten der Landes- und Kreisstraßen zurückzuführen war, konnte in dieser Form nicht fortgeschrieben werden; in den kommenden Jahren ist mit steigenden Zahlungsverpflichtungen aufgrund steigender Niederschlagswasser-Gebühren zu rechnen.

Im Wirtschaftsjahr 2018 wurde insgesamt ein vorläufiger Jahresüberschuss lt. Gewinn- und Verlustrechnung in Höhe von 3.202.592,68 € erwirtschaftet.

Gesamtbetrieb

Bereich	Plan 2018	Ergebnis 2018	Ergebnis 2017
Originärer Bereich	+ 4.458.000,00 €	+ 6.169.741,28 €	+ 4.749.740,68 €
Auftragsbereich	- 3.220.000,00 €	- 2.927.013,00 €	- 2.808.314,66 €
Drittbereich	+ 9.000,00 €	- 40.135,60 €	+ 19.304,23 €
Gesamt	+ 1.247.000,00 €	3.202.592,68 €	1.922.121,79 €

Von diesem vorläufigen Jahresüberschuss sollen der Allgemeinen Rücklage die Passive Rechnungsabgrenzung Friedhof in Höhe von 133.528,27 € und der zweckgebundenen Rücklage Risikovorsorge Winterdienst 116.396,56 € zugeführt werden. Ohne Berücksichtigung des Verlusts des steuerlichen Drittbereichs in Höhe von 40.135,60 €, der nach 2019 vorge tragen werden soll, verbliebe so ein Jahresgewinn in Höhe von 2.992.803,45 €.

Zur Stärkung der Eigenkapitalausstattung des Eigenbetriebes wäre eine Zuführung zur Allgemeinen Rücklage in Höhe von 2.922.803,45 € angezeigt.

Aufgrund der Ratsbeschlüsse zum Kernhaushalt der Kreisstadt Unna und dem genehmigten Haushaltssicherungskonzept ist es jedoch erforderlich, – wie zu den Jahresabschlüssen 2013, 2014, 2015, 2016 und 2017 – einen möglichst hohen Betrag als Gewinn an den Kernhaushalt der Kreisstadt Unna abzuführen.

Wegen der bestehenden besonderen Problematik des Ententeiches im Bornekamp (Undichtigkeiten, Verschlammung, Teich im Hauptschluss) und des Teiche des Hochwasserrückhaltebeckens Bornekamp II (Verschlammung) schlägt die Betriebsleitung in Abstimmung mit der Kreisstadt Unna vor, für die Sanierung des Ententeiches im Bornekamp, für die im Rahmen des Jahresabschlusses 2016 400.000,00 € in eine zweckgebundene Rücklage eingestellt wurden, weitere 500.000,00 € und für die Entschlammung des Hochwasserrückhaltebeckens Bornekamp II, deren Kosten sich auf rd. 900 T€ belaufen werden und für die im Rahmen der Jahresabschlüsse 2016 und 2017 Teilbeträge in Höhe von 155.000,00 € bzw. 300.841,12 € in eine zweckgebundene Rücklage eingestellt wurde, einen weiteren Teilbetrag in Höhe von 444.158,88 € einzustellen.

Aufgrund vom o.g. verbleibenden Jahresgewinn in Höhe von 2.992.803,45 € und den weiteren Zuführungen zu der zweckgebundenen Rücklage Teich Bornekamp in Höhe von 500.000,00 € und für das Hochwasserrückhaltebecken Bornekamp II in Höhe von 444.158,88 € verbleibt ein Betrag in Höhe von 2.048.644,57 €, der an den Haushalt der Kreisstadt Unna abgeführt werden soll. Gegenüber den Vorgaben des Haushaltssicherungskonzeptes wird damit ein überplanmäßiger Betrag in Höhe von 848.644,57 € abgeführt.

Passt man das Ergebnis des Geschäftsjahres 2018 um die Zuführung der Passiven Rechnungsabgrenzung Friedhof zur Allgemeinen Rücklage in Höhe von 133.528,27 € und die Zuführung zur Risikovorsorge Winterdienst in Höhe von 116.396,56 € an, um eine bessere Vergleichbarkeit mit den Vorjahren zu ermöglichen, ergibt sich folgender Vergleich zum Erfolgsplan 2018 und zum Ergebnis 2017:

Gesamtbetrieb

Bereich	Plan 2018	Ergebnis 2018	Ergebnis 2017
Originärer Bereich	+ 4.458.000,00 €	+ 6.036.213,01 €	+ 4.749.740,68 €
Auftragsbereich	- 3.220.000,00 €	- 3.043.409,56 €	- 2.808.314,66 €
Drittbereich	+ 9.000,00 €	- 40.135,60 €	+ 19.304,23 €
Gesamt	+ 1.247.000,00 €	+ 2.952.667,85 €	+ 1.922.121,79 €

Das obige Ergebnis des Gesamtbetriebes hat sich gegenüber der Planung um 1.705,7 T€ und gegenüber dem Jahresergebnis 2017 um 1.030,6 T€ verbessert. Gegenüber der Planung ergaben sich Verbesserungen im Originären Bereich um 1.578,2 T€ und im Auftragsbereich um 176,6 T€, während sich im Drittbereich Verschlechterungen um 49,1 T€ ergaben. Gegenüber 2017 ergaben sich Verbesserungen im Originären Bereich um 1.286,5 T€, während sich im Auftragsbereich Verschlechterungen um 235,1 T€ und im Drittbereich um 20,8 T€ ergaben.

Das laut Wirtschaftsplan 2018 mit einem Gesamtüberschuss von 1.247 T€ prognostizierte Ergebnis konnte damit deutlich übertroffen werden. Begründet ist dies im Wesentlichen in den gegenüber der Planung erzielten Verbesserungen von insgesamt 1.705,7 T€ in den Bereichen Abwasserwirtschaft (+ 1.321,6 T€), Grünflächenpflege (+ 189,2 T€) – davon 188,9 T€ lfd. Grünflächenpflege –, Hochwasserschutz (+ 171,3 T€), städtische Friedhöfe (+ 47,8 T€), Abfallwirtschaft (+ 26,9 T€), Sonstige Auftragsleistungen Stadt (+ 25,1 T€), Gewässerunterhaltung (+6,0 T€) und Straßenreinigung (+ 4,6 T€), denen Verschlechterungen in den Bereichen steuerpflichtiger Drittbereich (- 49,1 T€) und Straßenunterhaltung (- 37,7 T€) – davon – 43,9 T€ lfd. Straßenunterhaltung – gegenüberstehen.

Begründet liegt die deutliche Verbesserung des Jahresergebnisses 2018 zu einem großen Teil in der Anpassung der bilanziellen Abschreibung an die kalkulatorische Abschreibung im Bereich Abwasserwirtschaft im Rahmen des Jahresabschlusses 2018 sowie der Auflösung von Altrückstellungen.

Die Abschreibung wird vom Restbuchwert errechnet, der Abschreibungssatz für das Kanalvermögen betrug handelsrechtlich bislang 2,00 v. H., die Abschreibung erfolgte über 50 Jahre. Im Rahmen des Jahresabschlusses 2018 wurde dieser Abschreibungssatz an den kalkulatorischen Abschreibungssatz in Höhe von 1,49 v. H. angepasst, sodass die handelsrechtliche Abschreibung ebenfalls über 67 Jahre erfolgt.

Der Auflösung von Altrückstellungen in Höhe von insgesamt 441,7 T€ entfiel die auf die Bereiche Dienste (107,0 T€), Abwasserwirtschaft (179,3 T€), Friedhöfe (35,0 T€), Straßenun-

terhaltung (25,0 T€) und Grünflächenpflege (95,4 T€). Die Auflösung von Altrückstellungen in den Gebührenbereichen Abwasserwirtschaft und Friedhöfe in Höhe von insgesamt 214,3 T€ wurde den Gebührenausgleichsverbindlichkeiten Abwasserwirtschaft und Friedhöfe zugeführt.

Im Einzelnen haben sich die Ergebnisse in den Sparten wie folgt entwickelt:

Bereich	Planung	Ergebnis	Ergebnis	Veränderungen	
	2018	2018	2017	Ergebnis 2018 zu	Ergebnis
	€	€	€	Planung	2017
				2018	2017
	€	€	€	€	€
Straßenunterhaltung	+ 0	- 43.900	+ 52.087	- 43.900	- 95.987
Drittbereich	+ 9.000	- 40.135	- 19.304	- 49.135	- 20.831
Verschlechterungen	+ 9.000	- 84.035	+ 32.783	- 93.035	- 116.818
Abwasserwirtschaft	+ 5.000.000	+ 6.321.647	+ 4.800.714	+ 1.321.647	+ 1.520.933
Abfallwirtschaft	+ 18.000	+ 44.861	+ 50.652	+ 26.861	- 5.791
Straßenreinigung	+ 15.000	+ 19.571	+ 28.023	+ 4.571	- 8.452
Städtische Friedhöfe *	- 83.000	- 35.197	- 29.585	+ 47.803	- 5.612
Gewässerunterhaltung	- 131.000	- 124.962	- 38.533	+ 6.038	- 86.429
Hochwasserschutz	- 361.000	- 189.707	- 61.530	+ 171.293	- 128.177
Komm. Anteil	- 3.107.200	- 3.101.026	- 3.001.863	+ 6.174	- 99.163
Straßenunterhaltung					
Grünflächenpflege	+ 0	+ 188.893	+ 218.626	+ 188.893	- 29.733
Komm. Anteil	- 112.800	- 112.464	- 112.373	+ 336	- 91
Grünflächenpflege					
Winterdienst *	+ 0	+ 0	+ 0	+ 0	+ 0
Sonstige Auftragsleistungen	+ 0	+ 25.087	+ 35.208	+ 25.087	- 10.121
Stadt					
Verbesserungen	+ 1.238.000	+ 3.036.703	+ 1.889.339	+ 1.798.703	+ 1.147.364
Gesamt	+ 1.247.000	+ 2.952.668	+ 1.922.122	+ 1.705.668	+ 1.030.546

* nach Rücklagenzuführung Friedhöfe 2017 und 2018 und Winterdienst 2017 und 2018

II.1.2 Verwaltung und Dienste (vor Verrechnung)

Bereich	Plan 2018	Ergebnis 2018	Ergebnis 2017
Verwaltung, Rechnungswesen, Controlling	- 1.575.000,00 €	- 1.512.272,87 €	- 1.477.767,13 €
Zentrale Dienste	- 410.000,00 €	- 184.233,07 €	- 212.663,18 €
Gesamt	- 1.985.000,00 €	- 1.696.505,94 €	- 1.690.430,31 €

Bereich Verwaltung

Das Ergebnis des Bereiches Verwaltung vor Verrechnung hat sich gegenüber der Planung um 62,7 T€ verbessert und gegenüber dem Ergebnis 2017 um 34,5 T€ verschlechtert.

Wesentliche Verbesserungen gegenüber der Wirtschaftsplanung ergeben sich beim Personalaufwand (- 154,8 T€), den Umsatzerlösen (+ 3,2 T€), beim Materialaufwand einschließlich innerbetrieblicher Leistungsverrechnung (- 2,9 T€), dem Zinsaufwand (- 1,0 T€) und den

sonstigen Steuern (- 0,2 T€), die durch Verschlechterungen bei den sonstigen betrieblichen Aufwendungen (+ 59,0 T€), den Erlösen aus innerbetrieblicher Leistungsverrechnung (- 26,4 T€), bei den sonstigen betrieblichen Erträgen (+ 11,6 T€), den Abschreibungen (+ 1,4 T€) sowie den sonstigen Zinsen und ähnlichen Erträgen (- 1,0 T€) entsprechend reduziert werden.

Die Verschlechterungen gegenüber 2017 resultieren im Wesentlichen aus gesunkenen sonstigen betrieblichen Erträgen (- 14,5 T€), gestiegenen sonstigen betrieblichen Aufwendungen (+ 12,4 T€), gestiegenem Personalaufwand (+ 10,3 T€), gestiegenen Abschreibungen (+ 1,9 T€) und gesunkenen Umsatzerlösen (- 1,0 T€), die durch Verbesserungen bei den Erlösen aus innerbetrieblicher Leistungsverrechnung (+ 4,1 T€), beim Materialaufwand einschließlich innerbetrieblicher Leistungsverrechnung (- 1,1 T€) und dem Zinsaufwand (- 0,4 T€), entsprechend reduziert werden.

Bereich Zentrale Dienste

Das Ergebnis des Bereiches Zentrale Dienste vor Verrechnung hat sich gegenüber der Planung um 225,8 T€ und gegenüber dem Ergebnis 2017 um 34,5 T€ verbessert.

Verbesserungen gegenüber der Wirtschaftsplanung ergeben sich bei den sonstigen betrieblichen Erträgen (+ 108,3 T€), den sonstigen betrieblichen Aufwendungen (- 56,0 T€), dem Materialaufwand einschließlich innerbetrieblich. Leistungsverrechnung (- 34,8 T€), dem Personalaufwand (- 23,0 T€), den Abschreibungen (- 13,8 T€), den Umsatzerlösen (+ 4,2 T€) sowie den sonstigen Steuern (- 0,1 T€), die durch Verschlechterungen bei den Erlöse aus innerbetrieblicher Leistungsverrechnung (- 14,4 T€) reduziert werden.

Die Verbesserungen gegenüber 2017 resultieren im Wesentlichen aus gesunkenen sonstigen betrieblichen Aufwendungen (- 79,1 T€), gesunkenen Abschreibungen (- 0,3 T€) und gesunkenen sonstigen Steuern (- 0,3 T€), die durch Verschlechterungen bei den sonstigen betrieblichen Erträgen (- 27,6 T€), den Erlösen aus innerbetrieblicher Leistungsverrechnung (- 16,2 T€), dem Materialaufwand einschließlich innerbetrieblicher Leistungsverrechnung (+ 6,4 T€), dem Personalaufwand (+ 0,9 T€) und den Erträgen aus Ausleihungen des Finanzanlagevermögens (- 0,2 T€) vermindert werden.

II.1.3 Originärer Bereich

Bereich	Plan 2018	Ergebnis 2018	Ergebnis 2017
Abwasserwirtschaft	+ 5.000.000,00 €	+ 6.321.646,59 €	+ 4.800.713,94 €
Abfallwirtschaft	+ 18.000,00 €	+ 44.860,95 €	+ 50.651,92 €
Straßenreinigung	+ 15.000,00 €	+ 19.571,31 €	+ 28.023,02 €
Städtische Friedhöfe *	- 83.000,00 €	- 35.196,82 €	- 29.584,81 €
Gewässerunterhaltung	- 131.000,00 €	- 124.961,73 €	- 38.533,48 €
Hochwasserschutz	- 361.000,00 €	- 189.707,29 €	- 61.529,91 €
Gesamt	+ 4.458.000,00 €	+ 4.749.740,68 €	+ 4.749.740,68 €

* nach Rücklagenzuführung Friedhöfe 2017 und 2018

Bereich Abwasserwirtschaft

Die vom Rat am 14. Dezember 2017 beschlossene Gebührenkalkulation sah für das Wirtschaftsjahr 2018 ein jahresbezogenes ausgeglichenes Ergebnis vor; der bilanzielle Überschuss sollte sich auf 5.000 T€ belaufen.

Der gebührenrechtliche Überschuss 2018 in Höhe von 736.498,39 € wurde der Gebührenausgleichsverbindlichkeit Abwasser zugeführt und wird im Rahmen der Gebührenkalkulationen 2020, 2021 und 2022 aufgelöst werden.

Die Ausweisung eines bilanziellen Überschusses von 6.321,6 T€ (+ 1.321,6 T€ gegenüber der Planung) ist im Wesentlichen auf zusätzliche Verschlechterungen (Differenz zwischen kalkulatorischen und bilanziellen Werten) bei den Abschreibungen (1.014,7 T€) – siehe auch Lagebericht Seite 5 –, den Zinsen (276,5 T€), den Auflösungen aus Investitionszuschüssen (39,7 T€) und sonstiger Art (17,5 T€) – hauptsächlich aufgrund niedriger sonstiger betrieblicher Aufwendungen – zurückzuführen, denen zusätzliche Verschlechterungen bei den Auflösungen von Kanalschlussbeiträgen (18,3 T€) und den Umlagen (8,5 T€) gegenüberstehen.

Im Vergleich mit dem bilanziellen Ergebnis 2017 in Höhe von 4.800,7 T€ ergibt sich eine Verbesserung in Höhe von 1.520,9 T€, die im Wesentlichen auf zusätzliche Verbesserungen (Differenz zwischen kalkulatorischen und bilanziellen Werten) bei den Abschreibungen (1.264,4 T€) und den Zinsen (315,3 T€) zurückzuführen ist, denen zusätzliche Verschlechterungen sonstiger Art (26,6 T€) – hauptsächlich aufgrund niedriger Erlöse aus Anlagenabgang und Auflösung von Rückstellungen –, bei den Auflösungen aus Investitionszuschüssen (17,6 T€) und der Auflösung von Kanalschlussbeiträgen (10,3 T€) und den Umlagen (4,3 T€) gegenüberstehen.

Bereich Abfallwirtschaft

Die vom Rat am 14. Dezember 2017 beschlossene Gebührenkalkulation sah für das Wirtschaftsjahr 2018 ein jahresbezogenes ausgeglichenes Ergebnis vor; der bilanzielle Überschuss sollte sich auf 18 T€ belaufen.

Der gebührenrechtliche Überschuss 2018 in Höhe von 629.191,81 € wurde der Gebührenausgleichsverbindlichkeit Abfall zugeführt und wird im Rahmen der Gebührenkalkulationen 2020, 2021 und 2022 aufgelöst werden.

Die Ausweisung eines bilanziellen Überschusses von 44,9 T€ (+ 26,9 T€ gegenüber der Planung) ist auf zusätzliche Verbesserungen (Differenz zwischen kalkulatorischen und bilanziellen Werten) sonstiger Art (38,7 T€) – hauptsächlich aufgrund von Erlösen aus Anlagenabgang – und bei den Abschreibungen (1,2 T€) zurückzuführen, denen zusätzliche Verschlechterungen bei den Zinsen (8,2 T€) und den Umlagen (4,8 T€) gegenüberstehen.

Die Verschlechterung des bilanziellen Ergebnisses um 5,8 T€ gegenüber dem Vorjahr (von + 50,7 T€ in 2017 auf + 44,9 T€ in 2018) ist auf zusätzliche Verschlechterungen (Differenz zwischen kalkulatorischen und bilanziellen Werten) bei den Umlagen (5,1 T€), den Abschreibungen (1,0 T€) und beim Zinsaufwand (0,8 T€) zurückzuführen, denen zusätzliche Verbesserungen sonstiger Art (1,1 T€) – hauptsächlich aufgrund von Erlösen aus Anlagenabgang – gegenüberstehen.

Bereich Straßenreinigung

Die vom Rat am 14. Dezember 2017 beschlossene Gebührenkalkulation sah für das Wirtschaftsjahr 2018 ein jahresbezogenes ausgeglichenes Ergebnis vor; der bilanzielle Überschuss sollte sich auf 15 T€ belaufen.

Der gebührenrechtliche Überschuss 2018 in Höhe von 37.034,62 € wurde der Gebührenausgleichsverbindlichkeit Straßenreinigung zugeführt und wird im Rahmen der Gebührenkalkulationen 2020, 2021 und 2022 aufgelöst werden.

Der bilanzielle Überschuss 2018 erhöht sich gegenüber der Planung um 4,6 T€ (von 15 T€ auf 19,6 T€); die Verbesserung des bilanziellen Ergebnisses ist auf zusätzliche Verbesserungen (Differenz zwischen kalkulatorischen und bilanziellen Werten) bei den Zinsen (3,6 T€), den Umlagen (3,8 T€) und sonstiger Art (0,4 T€) – hauptsächlich aufgrund von Erlösen aus abgeschriebenen Forderungen – zurückzuführen, denen zusätzliche Verschlechterungen bei den Abschreibungen (3,2 T€) gegenüberstehen.

Die Verschlechterung des bilanziellen Ergebnisses um 8,4 T€ gegenüber dem Vorjahr (von + 28,0 T€ in 2017 auf + 19,6 T€ in 2018) ist auf zusätzliche Verschlechterungen (Differenz zwischen kalkulatorischen und bilanziellen Werten) bei den sonstigen betrieblichen Erträgen – Teilauflösung von Rückstellungen – (5,9 T€), bei den Zinsen (2,2 T€) und bei den Umlagen (1,5 T€) zurückzuführen, denen zusätzliche Verbesserungen bei den Abschreibungen (1,0 T€) und sonstiger Art (0,2 T€) gegenüberstehen.

Bereich Friedhof

Im Bereich Friedhofswesen hatten sich in den vergangenen Jahren aufgrund des sich verändernden Bestattungsverhaltens erhebliche Unterdeckungen ergeben. Der Betriebsausschuss Stadtbetriebe Unna hatte sich in seiner Sitzung am 29. April 2008 intensiv mit den Perspektiven der Friedhofskultur (Bestattungskultur im Wandel, neue Grabarten, Bestattungszahlen, Verhältnis von Erd- zu Urnenbestattungen) auseinandergesetzt und die Einrichtung eines interfraktionellen Arbeitskreises Friedhöfe beschlossen.

Die neue Friedhofssatzung und die neue Friedhofsgebührensatzung (Vorlage Nr. 0011/09 und 0012/09) sind in den Sitzungen des Betriebsausschusses Stadtbetriebe Unna am 19. Mai 2010 und des Rates der Kreisstadt Unna am 20. Mai 2010 ohne Gegenstimmen empfohlen bzw. beschlossen worden. Die neuen Gebührenstrukturen sind damit nach ihrer Bekanntmachung am 01. Juni 2010 in Kraft getreten.

Die Fortschreibung erfolgte durch Beschluss der Friedhofsgebührensatzung 2011 durch den Rat der Kreisstadt Unna in seiner Sitzung am 16. Dezember 2010, durch Beschluss der Friedhofsgebührensatzung 2012 in der Ratssitzung am 15. Dezember 2011, durch Beschluss der Friedhofsgebührensatzung 2013 in der Ratssitzung am 29. November 2012, durch Beschluss der Friedhofsgebührensatzung 2014 in der Ratssitzung am 19. Dezember 2013, durch Beschluss der Friedhofsgebührensatzung 2015 in der Ratssitzung am 18. Dezember 2014, durch Beschluss der Friedhofsgebührensatzung 2016 in der Ratssitzung am 17. Dezember 2015, durch Beschluss der Friedhofsgebührensatzung 2017 in der Ratssitzung am 22. Dezember 2016 sowie durch Beschluss der Friedhofsgebührensatzung 2018 in der Ratssitzung am 14. Dezember 2017.

Der Wirtschaftsplan 2018 berücksichtigte – ausgehend von den Ergebnissen der Vorjahre und unter Berücksichtigung des Ratsbeschlusses – eine gebührenrechtliche Kostendeckung von 100 v. H. sowie einen grünpolitischen Anteil von 110 T€ und prognostizierte ein bilanzielles Plandefizit in Höhe von 83 T€.

Aufgrund der gegenüber der Planung höheren Bestattungszahlen (568 statt 515) sowie dem Anstieg bei den Graberwerben (314 statt 301), den Verlängerungen (2.482 statt 2.082 Jahre) und den Trauerfeiern (280 statt 245) ging die Berichterstattung im Rahmen des Finanzberichts zum 30. Juni 2018 (Vorlage Nr. 1.275/18) davon aus, dass insgesamt von einem ausgeglichenen Gebührenhaushalt oder einer leichten Überdeckung ausgegangen werden könne.

Nach den Daten zum 31. Oktober 2018 – Erstellung Wirtschaftsplanentwurf 2019 – war davon auszugehen, dass sich die Zahl der Bestattungen auf ca. 527, die Zahl der Graberwerbe auf ca. 299, die Verlängerungsjahre auf ca. 2.615 Jahre und die Zahl der Trauerfeiern auf ca. 266 verringern würden.

Aufgrund der auch monatlich sehr starken Fluktuation im Friedhofswesen sei davon auszugehen, dass zum Jahresende insgesamt von einem ausgeglichenen Gebührenhaushalt bzw. einem leichten Gebührenüberschuss ausgegangen werden könne. Dieser Gebührenüberschuss würde der Gebührenausgleichsverbindlichkeit zugeführt werden.

Das tatsächliche gebührenrechtliche Ergebnis 2018 im Bereich Friedhofswesen beläuft sich auf 230.540,82 € und verbessert sich damit gegenüber der Planung (0 T€) um 230,5 T€, was im Wesentlichen auf Verbesserungen beim Personalaufwand (- 152,5 T€), bei den Umsatzerlösen (+ 61,1 T€), bei den sonstigen betrieblichen Erträgen (+ 47,1 T€) – davon Auflösungen von Rückstellungen 35,0 T€ -, den sonstigen betrieblichen Aufwendungen (- 32,4 T€), bei den Umlagen (- 32,0 T€), den kalkulatorischen Zinsen (- 21,3 T€), den Erlösen aus innerbetrieblicher Leistungsverrechnung (+ 10,3 T€), den aktivierten Eigenleistungen (+ 2,6 T€) und den sonstigen Zinsen und ähnlichen Erträgen (+ 0,5 T€) zurückzuführen ist, denen Verschlechterungen beim Materialaufwand einschließlich innerbetrieblicher Leistungsverrechnung (+ 120,0 T€) und den kalkulatorischen Abschreibungen (+ 9,3 T€) gegenüberstehen.

Die Zahl der Bestattungen, der Verlängerungen und der Graberwerbe hat sich gegenüber den Erwartungen zum 31. Oktober 2018 zwar geringfügig verschlechtert, während sich die Zahl der Trauerfeiern geringfügig erhöht hat, jedoch sind im Vergleich zu den Planzahlen 2018 die Grabenzerbe rückläufig, während die Planzahlen der Bestattungen, Verlängerungen und Trauerfeiern überschritten wurden - Graberwerbe (295 statt 301), Bestattungen (518 statt 515), Verlängerungen (2.591 Jahre statt 2.082 Jahre) und Trauerfeiern (267 statt 245) -, insgesamt beliefen sich die Verbesserungen bei den Umsatzerlösen auf 61,1 T€.

Der gebührenrechtliche Überschuss 2018 in Höhe von 230.540,82 € wurde der Gebührenausgleichsverbindlichkeit Friedhöfe zugeführt und wird im Rahmen der Gebührekalkulationen 2020, 2021 und 2022 aufgelöst werden.

Das bilanzielle Defizit 2018 reduzierte sich gegenüber der Planung um 41,1 T€ (von 83 T€ auf 41,9 T€); die Verbesserung des bilanziellen Ergebnisses ist auf zusätzliche Verbesserungen (Differenz zwischen kalkulatorischen und bilanziellen Werten) bei der passiven Rechnungsabgrenzung (37,4 T€), den Erlösen aus abgeschriebenen Forderungen (10,9 T€), den Abschreibungen (6,1 T€) und den sonstigen betrieblichen Erträgen (2,6 T€) zurückzuführen.

führen, denen zusätzliche Verschlechterungen bei den Umlagen (8,4 T€), den Zinsen (6,3 T€) und dem Materialaufwand einschließlich innerbetrieblicher Leistungsverrechnung (1 ,2 T€) gegenüberstehen.

Die Verschlechterung des bilanziellen Ergebnisses um 8,5 T€ gegenüber dem Vorjahr (von - 33,4 T€ in 2017 auf - 41,9 T€ in 2018) ist auf zusätzliche Verschlechterungen (Differenz zwischen kalkulatorischen und bilanziellen Werten) bei den sonstigen betrieblichen Erträgen (17,7 T€) - hauptsächlich bei den Erlösen aus Anlagenabgang und aus der Auflösung von Rückstellungen - den Zinsen (10,9 T€), den Abschreibungen (1 ,8 T€) und den Umlagen (1,5 T€) zurückzuführen, denen zusätzliche Verbesserungen bei der passiven Rechnungsabgrenzung (19,8 T€), den Erlösen aus abgeschrieben Forderungen (1,9 T€) und sonstiger Art (1,7 T€) gegenüberstehen.

Das bilanzielle Ergebnis 2018 im Bereich Friedhofswesen (einschließlich der Sparte Ehrengräber und jüdischer Friedhof) beläuft sich auf - 35,2 T€ und verbessert sich damit gegenüber der Planung (- 83,0 T€) um 47,8 T€. Dies ist im Wesentlichen auf Verbesserungen beim Personalaufwand (- 152,5 T€), bei den Umsatzerlösen (+ 120,3 T€), bei den sonstigen betrieblichen Erträgen (+ 39,9 T€), den sonstigen betrieblichen Aufwendungen (- 32,2 T€), den Umlagen (- 24,7 T€), dem Zinsaufwand (- 15,0 T€), den Erlösen aus innerbetrieblicher Leistungsverrechnung (+ 8,4 T€), den aktivierten Eigenleistungen (+ 2,6 T€) und den sonstigen Zinsen und ähnlichen Erträgen (+ 0,5 T€) zurückzuführen, denen Verschlechterungen beim Gebührenabschluss (- 230,5 T€), beim Materialaufwand einschließlich innerbetrieblicher Leistungsverrechnung (+ 114,6 T€) und den Abschreibungen (+32 T€) gegenüberstehen.

Die Verschlechterungen im Gebührenabschluss 2018 in Höhe von 230,5 T€ ergeben sich daraus, dass die Wirtschaftsplanung eine Entnahme aus der Gebührenausgleichsverbindlichkeit in Höhe von 90.000,00 T€ vorsah, im Rahmen des Gebührenabschlusses 2018 der Gebührenausgleichsverbindlichkeit sowohl planmäßig ein Betrag in Höhe von 90.000,00€ entnommen, als auch der gebührenrechtliche Überschuss 2018 in Höhe von 230.540,82 € zugeführt wurde, saldiert 140.540, 82 €.

Gegenüber dem bilanziellen Ergebnis 2017 in Höhe von - 29,6 T€ im Bereich Friedhofswesen (einschließlich der Sparte Ehrengräber und jüdischer Friedhof) verschlechtert sich das bilanzielle Ergebnis 2018 um 5,6 T€ auf - 35,2 T€. Dies ist im Wesentlichen auf Verschlechterungen beim Gebührenabschluss (- 201,4 T€), dem Materialaufwand einschließlich innerbetrieblicher Leistungsverrechnung (+ 112,0 T€), den sonstigen betrieblichen Erträgen (- 44,9 T€), den Umlagen (+ 7,8 T€), den aktivierten Eigenleistungen (- 5,9 T€), den Abschreibungen (+ 2,7 T€) und den sonstigen Steuern (+ 0,1 T€) zurückzuführen, denen Verbesserungen bei den Umsatzerlösen (+ 198,1 T€), dem Personalaufwand (- 96,1 T€), den sonstigen betrieblichen Aufwendungen (- 46,4 T€), den Erlösen aus innerbetrieblicher Leistungsverrechnung (+ 27,1 T€), dem Zinsaufwand (- 1,0 T€) sowie den sonstigen Zinsen und ähnlichen Erträgen (+ 0,5 T€) gegenüberstehen.

Die Verschlechterungen beim Gebührenabschluss gegenüber dem Vorjahr in Höhe von 201 ,4 T€ ergeben sich daraus, dass im Rahmen des Gebührenabschlusses 2017 der Gebührenausgleichsverbindlichkeit planmäßig ein Betrag in Höhe von 149.686,26 € entnommen als auch der gebührenrechtliche Überschuss 2017 in Höhe von 88.875,79 € zugeführt wurde, saldiert 60.810,47 €, während im Rahmen des Gebührenabschlusses 2018 der Gebührenausgleichsverbindlichkeit sowohl planmäßig ein Betrag in Höhe von 90.000,00 € entnommen, als auch der gebührenrechtliche Überschuss 2018 in Höhe von 230.540,82 € zu-

geführt wurde, saldiert 140.540,82 €. Die Summe beider Salden beläuft sich auf 201.351,29 €.

Bereich Gewässerunterhaltung

Ausgehend von einer Planunterdeckung für den Bereich Gewässerunterhaltung in Höhe von 131 T€ beläuft sich das Jahresergebnis 2018 auf - 125,0 T€ und verbessert sich damit um 6,0 T€.

Dies ist im Wesentlichen auf Verbesserungen bei den sonstigen betrieblichen Erträgen (+ 32,4 T€), beim Personalaufwand (- 3,5 T€), den sonstigen betrieblichen Aufwendungen (-2,1 T€) und den Umlagen (- 0,6 T€) zurückzuführen; dem stehen Verschlechterungen beim Materialaufwand einschließlich innerbetrieblicher Leistungsverrechnung (+ 31,0 T€) und den Erlösen aus innerbetrieblicher Leistungsverrechnung (— 1,6 T€) gegenüber.

Gegenüber dem Jahresergebnis 2017 in Höhe von - 38,5 T€ ergibt sich eine Verschlechterung von insgesamt 86,4 T€, die im Wesentlichen auf Verschlechterungen beim Materialaufwand einschließlich innerbetrieblicher Leistungsverrechnung (+ 65,6 T€), bei den sonstigen betrieblichen Erträgen (- 17,2 T€), beim Personalaufwand (+ 5,2 T€) und den Umlagen (+ 1,6 T€) zurückzuführen ist, denen Verbesserungen bei den Erlösen aus innerbetrieblicher Leistungsverrechnung (+ 3,1 T€) und bei den sonstigen betrieblichen Aufwendungen (- 0,1 T€) gegenüberstehen.

Bereich Hochwasserschutz

Ausgehend von einer Planunterdeckung für den Bereich Hochwasserschutz in Höhe von 361 T€ beläuft sich das Jahresergebnis auf - 189,7 T€ und verbessert sich damit um 171,3 T€.

Dies ist im Wesentlichen auf Verbesserungen beim Materialaufwand einschließlich innerbetrieblicher Leistungsverrechnung (- 97,7 T€), beim Zinsaufwand (- 36,8 T€), bei den Abschreibungen (- 24,7 T€), den Umlagen (- 5,4 T€), bei den sonstigen betrieblichen Erträgen (+ 4,8 T€), den sonstigen betrieblichen Aufwendungen (- 1,7 T€) und beim Personalaufwand (- 0,4 T€) zurückzuführen, denen Verschlechterungen bei den sonstigen Steuern (+ 0,2 T€) gegenüberstehen.

Gegenüber dem Jahresergebnis 2017 in Höhe von - 61,5 T€ ergibt sich eine Verschlechterung von 128,2 T€, die auf Verschlechterungen bei den sonstigen betrieblichen Erträgen (- 61,8 T€), den Abschreibungen (+ 44,8 T€), beim Materialaufwand einschließlich innerbetrieblicher Leistungsverrechnung (+ 9,0 T€), den sonstigen betrieblichen Aufwendungen (+ 6,8 T€), beim Zinsaufwand (+ 4,7 T€) und den Umlagen (+ 1,1 T€) zurückzuführen ist.

Zusammengefasst beläuft sich das Ergebnis für die Bereiche Gewässerunterhaltung und Hochwasserschutz auf - 314,7 T€ und bedeutet damit eine Verbesserung um 177,3 T€ gegenüber den Planzahlen 2018 (- 492,0 T€) bzw. eine Verschlechterung um 214,6 T€ gegenüber dem Ergebnis 2017 in Höhe von - 100,1 T€.

II.1.4 Auftragsbereich Stadt

Bereich	Plan 2018	Ergebnis 2018	Ergebnis 2017
Straßenunterhaltung	+ 0,00 €	- 43.899,87 €	+ 52.087,24 €
Anteile Kreisstadt Unna	- 3.107.200,00 €	- 3.101.026,15 €	- 3.001.862,60 €
Straßenunterhaltung gesamt	- 3.107.200,00 €	- 3.144.926,02 €	- 2.949.775,36 €
Grünflächenpflege	+ 0,00 €	+ 188.892,73 €	+ 218.628,71 €
Anteil Kreisstadt Unna	- 112.800,00 €	- 112.463,66 €	- 112.373,12 €
Grünflächenpflege gesamt	- 112.800,00 €	+ 76.429,07 €	+ 106.252,59 €
Winterdienst *	+ 0,00 €	+ 0,00 €	+ 0,00 €
Sonstige Auftragsleistungen	+ 0,00 €	+ 25.087,39 €	+ 35.208,11 €
Gesamt	- 3.220.000,00 €	- 3.043.409,56 €	- 2.808.341,66 €

* nach Rücklagenzuführung 2017 und 2018

Bereich Straßenunterhaltung

Das beeinflussbare Ergebnis im Bereich der Straßenunterhaltung hat sich gegenüber der Planung verschlechtert. Ausgehend von einem Plandefizit 2018 in Höhe von 0 T€ ergaben sich bei einem Ergebnis in Höhe von - 43,9 T€ Verschlechterungen in gleicher Höhe. Die Verschlechterungen ergaben sich beim Materialaufwand einschließlich innerbetrieblicher Leistungsverrechnung (+ 138,0 T€), den Erlösen aus innerbetrieblicher Leistungsverrechnung (- 62,4 T€) und bei den sonstigen betrieblichen Aufwendungen (+ 1,8 T€), denen Verbesserungen bei den Abschreibungen (- 50,0 T€), beim Personalaufwand (- 48,0 T€), den Umlagen (- 31,6 T€), den sonstigen betrieblichen Erträgen (+ 25,3 T€), dem Zinsaufwand (- 2,0 T€), den Umsatzerlösen (+ 0,6 T€), den aktivierten Eigenleistungen (+ 0,4 T€) und den sonstigen Steuern (- 0,4 T€) gegenüberstehen.

	Plan 2018	Ergebnis 2018	Ergebnis 2017
Straßenunterhaltung	+ 0,00 €	+ 43.899,87 €	+ 52.087,24 €

Gegenüber dem Vorjahr ergibt sich eine Verschlechterung von insgesamt 96,0 T€, davon entfallen auf Verschlechterungen beim Materialaufwand einschließlich innerbetrieblicher Leistungsverrechnung 102,9 T€, bei den Erlösen aus innerbetrieblicher Leistungsverrechnung 34,1 T€, den Umsatzerlösen 0,5 T€ und den aktivierten Eigenleistungen 0,3 T€, denen Verbesserungen beim Personalaufwand von 18,3 T€, den sonstigen betrieblichen Erträgen von 16,1 T€, den sonstigen betrieblichen Aufwendungen von 6,5 T€, den Abschreibungen von 0,8 T€ und bei den Umlagen von 0,1 T€ gegenüberstehen.

Der Wirtschaftsplan 2018 weist im Bereich Straßenunterhaltung (Anteile Kreisstadt Unna) ein Defizit in Höhe von 3.107,2 T€ aus. Die Stadtbetriebe Unna leisten hier für die Kreisstadt Unna die durch die Stadtbetriebe Unna nicht beeinflussbaren Zahlungen für die Niederschlagswassergebühren Straße in Höhe von 2.978,1 T€ (2.907,5 T€ Niederschlagswassergebühren zuzüglich 70,6 T€ Umlagen) und den kommunalen Anteil Straßenreinigung in Höhe von 129,1 T€ (126 T€ Anteil Straßenreinigung zuzüglich 3,1 T€ Umlagen).

Das Ergebnis im Bereich Straßenunterhaltung (Anteile Kreisstadt Unna) für 2018 beläuft sich auf - 3.101,0 T€ und verbessert sich gegenüber der Planung um 6,2 T€, was im Wesentlichen auf Verbesserungen bei den Umlagen zurückzuführen ist. Gegenüber dem Vorjahr

ergibt sich eine Verschlechterung um 99,2 T€ - während sich die Niederschlagswassergebühren um 94,6 T€ erhöhen, steigen die Umlagen gegenüber dem Vorjahr um 4,6 T€.

	Plan 2018	Ergebnis 2018	Ergebnis 2017
Niederschlagswassergebühren Kreisstadt Unna	- 2.907.500,00 €	- 2.907.094,24 €	- 2.812.468,52 €
Kommunaler Anteil Straßenreinigung Kreisstadt Unna	- 126.000,00 €	- 126.000,00 €	- 126.000,00 €
Umlagen Verwaltung / Dienste	- 73.700,00 €	- 67.931,91 €	- 63.393,98 €
Anteile Kreisstadt Unna gesamt	- 3.107.200,00 €	- 3.101.026,15 €	- 3.001.862,60 €

Bereich Grünflächenpflege

Das beeinflussbare Ergebnis im Bereich der Grünflächenpflege konnte gegenüber der Planung verbessert werden. Ausgehend von einem Plandefizit 2018 in Höhe von 0 T€ konnten bei einem Ergebnis in Höhe von + 188,9 T€ Verbesserungen in gleicher Höhe erzielt werden. Diese Verbesserungen ergeben sich aus gestiegenen Umsatzerlösen (+ 199,2 T€), gesunkenem Personalaufwand (- 123,2 T€), gestiegenen sonstigen betrieblichen Erträgen (+ 94,0 T€), gesunkenen Abschreibungen (- 20,2 T€), gesunkenen Umlagen (- 14,5 T€), gesunkenen sonstigen betrieblichen Aufwendungen (- 9,5 T€), gesunkenem Zinsaufwand (- 3,9 T€), gesunkenen sonstigen Steuern (- 0,6 T€) und gestiegenen aktivierten Eigenleistungen (+ 0,3 T€), denen Verschlechterungen beim Materialaufwand einschließlich innerbetrieblicher Leistungsverrechnung (+ 262,3 T€) und bei den Erlösen aus innerbetrieblicher Leistungsverrechnung (- 14,2 T€) gegenüberstehen.

Gegenüber dem Vorjahr ergibt sich eine Verschlechterung von 29,7 T€; diese entfällt im Wesentlichen auf Verschlechterungen beim Materialaufwand einschließlich innerbetrieblicher Leistungsverrechnung (+ 109,5 T€), bei den sonstigen betrieblichen Erträgen (- 90,0 T€) und den aktivierten Eigenleistungen (- 1,2 T€), denen Verbesserungen bei den Umsatzerlösen (+ 103,1 T€), den Abschreibungen (- 45,6 T€), den sonstigen betrieblichen Aufwendungen (- 13,1 T€), dem Personalaufwand (- 6,2 T€), den Erlösen aus innerbetrieblicher Leistungsverrechnung (+ 1,9 T€), dem Zinsaufwand (- 0,7 T€), den Umlagen (- 0,3 T€) und den sonstigen Steuern (- 0,1 T€) gegenüberstehen.

Das Ergebnis im Bereich Grünflächenpflege (Anteil Kreisstadt Unna), in dem die Stadtbetriebe Unna die Kostenanteile der Kreisstadt Unna für die Nutzung des Süd- und Westfriedhofs als öffentliche Park- und Grünanlage finanzieren, beläuft sich auf - 112,5 T€ und verbessert sich gegenüber der Planung (- 112,8 T€) um 0,3 T€; gegenüber dem Vorjahr (-112,4 T€) ergibt sich eine Verschlechterung um 0,1 T€. Die Veränderungen ergeben sich jeweils aus den Umlagen.

Bereich Winterdienst

Aufgrund deutlich erhöhter Aufwendungen für den Winterdienst im Wirtschaftsjahr 2010 ergab sich im Rahmen des Jahresabschlusses 2010 trotz der Auflösung einer 2007 gebildeten Winterdienstrückstellung eine Unterdeckung in Höhe von 290.834,02 €.

Im Rahmen der Umstellung der Finanzierung des Winterdienstes von der Gebührenfinanzierung auf eine Grundsteuerfinanzierung im Rahmen des Wirtschaftsplanes 2012 wurde diese Unterdeckung in die Kalkulation einbezogen und sollte durch eine jeweils hälftige Berücksichtigung in den Wirtschaftsjahren 2012 und 2013 abgebaut werden; darüber hinaus hatte sich der Rat der Kreisstadt Unna seinerzeit dafür ausgesprochen, eine Risikovorsorge für zukünftige Starkwinter anzusparen.

Der gebührenrechtliche Abschluss 2011 wies einen Überschuss im Bereich Winterdienst in Höhe von 52.817,24 € aus. Aufgrund der Beschlüsse des Rates der Kreisstadt Unna vom 10. November 2011, die Finanzierung des Winterdienstes ab dem Wirtschaftsjahr 2012 von einer Gebührenfinanzierung auf eine Grundsteuerfinanzierung umzustellen (Vorlage Nr. 0381/11 und Vorlage Nr. 0381/11/1), konnte dieser Überschuss nicht mehr der Gebührenausgleichsverbindlichkeit Straßenreinigung (bis 2010: Rückstellung Straßenreinigung) zugeführt werden. Der Überschuss in Höhe von 52.817,24 € wurde daher zweckgebunden in die Rücklage Risikovorsorge Winterdienst eingestellt.

Der Bereich Winterdienst wies für 2012 unter Berücksichtigung einer Zuführung zur zweckgebundenen Rücklage Risikovorsorge Winterdienst in Höhe von 120,2 T€ einen Überschuss in Höhe von 145,4 T€ aus. Dieser Überschuss wurde aufgrund des Beschlusses des Rates der Kreisstadt Unna vom 15. Juni 2014 (Vorlage Nr. 0914/14) ebenfalls der zweckgebundenen Rücklage Risikovorsorge Winterdienst zugeführt.

Die Veranschlagung 2013 sah vor, den zweiten Teil des Defizits 2010 in Höhe von 145 T€ abzudecken. Bereits nach Auswertung der Daten des 1. Halbjahres 2013 war nicht mehr davon auszugehen, dass dieses Ziel erreicht werden könnte. Aufgrund der zahlreichen Winterdiensteinsätze war allenfalls eine geringe Überdeckung zu erwarten, die der zweckgebundenen Rücklage Risikovorsorge Winterdienst zugeführt werden sollte.

Der Bereich Winterdienst wies für 2013 unter Berücksichtigung einer Zuführung zur zweckgebundenen Rücklage Risikovorsorge Winterdienst in Höhe von 30.322,58 € ein ausgeglichenes Ergebnis aus. Gegenüber der Wirtschaftsplanung 2013 bedeutete dies eine Verschlechterung um 145 T€.

Die Veranschlagungen des Wirtschaftsplanes 2014 sahen daher die Abdeckung des Restdefizits 2010 in Höhe von 145 T€ vor.

Im Wirtschaftsjahr 2014 konnte unter Berücksichtigung einer Zuführung zur zweckgebundenen Rücklage Risikovorsorge Winterdienst in Höhe von 66.724,07 € ein Überschuss von 145.417,01 € erzielt werden; damit war der Verlustvortrag aus 2010 vollständig ausgeglichen.

Die Veranschlagungen des Wirtschaftsplanes 2015 sahen folglich keine Defizitabdeckung vor; der Grundsteueranteil von 25 v. H. — Punkten des Hebesatzes der Grundsteuer B konnte ab 2015 auf 18 v. H. — Punkte reduziert werden. Unter Veranschlagung von Entgelten in Höhe von 375 T€ sah der Wirtschaftsplan 2015 ein ausgeglichenes Ergebnis vor. Der Bereich Winterdienst wies für 2015 - unter Berücksichtigung einer Zuführung zur zweckgebundenen Rücklage Risikovorsorge Winterdienst in Höhe von 138.957,15 € - ein ausgeglichenes Ergebnis aus.

Für 2016 wies der Bereich Winterdienst - ohne Berücksichtigung einer Zuführung zur zweckgebundenen Rücklage Risikovorsorge Winterdienst in Höhe von 87.468,42 € - einen Überschuss in Höhe von 87,5 T€ aus.

Gegenüber der Wirtschaftsplanung 2016 bedeutete dies eine Verbesserung um 87,5 T€ und war auf Verbesserungen beim Materialaufwand einschließlich innerbetrieblicher Leistungsverrechnung (- 87,5 T€), den Umlagen (- 53,6 T€), den Umsatzerlösen (+ 22,0 T€), den sonstigen betrieblichen Aufwendungen (- 19,9 T€), dem Zinsaufwand (- 14,3 T€) und den Abschreibungen (- 8,6 T€) zurückzuführen, denen Verschlechterungen bei den Erlösen aus innerbetrieblicher Leistungsverrechnung (- 118,5 T€) gegenüberstanden.

Die Überdeckung in Höhe von 87.468,42 € wurde der zweckgebundenen Rücklage Risikovorsorge Winterdienst zugeführt, so dass der Bereich Winterdienst insgesamt ein ausgeglichenes Ergebnis auswies.

Für 2017 wies der Bereich Winterdienst - ohne Berücksichtigung einer Zuführung zur zweckgebundenen Rücklage Risikovorsorge Winterdienst - einen Überschuss in Höhe von 85,2 T€ aus.

Gegenüber der Wirtschaftsplanung 2017 bedeutet dies eine Verbesserung um 85,2 T€ und war auf Verbesserungen beim Materialaufwand einschließlich innerbetrieblicher Leistungsverrechnung (- 101,0 T€), den Umlagen (- 35,6 T€), den Abschreibungen (-21,9 T€), den sonstigen betrieblichen Aufwendungen (- 17,4 T€), dem Zinsaufwand (- 15,2 T€) und den Umsatzerlösen (+ 8,7 T€) zurückzuführen, denen Verschlechterungen bei den Erlösen aus innerbetrieblicher Leistungsverrechnung (- 114,6 T€) gegenüberstanden.

Ursprünglich war vorgesehen, diesen Überschuss des Bereiches zusätzlich als Gewinn an die Kreisstadt Unna abzuführen - siehe Vorlage Nr. 1276/18 -, jedoch wurde im Rahmen des Beschlusses über den Jahresabschluss 2017 der Stadtbetriebe Unna durch den Betriebsausschuss einstimmig empfohlen, den Überschuss des Winterdienstes der zweckgebundenen Rücklage Winterdienst zuzuführen. Dieser Empfehlung ist der Rat der Kreisstadt Unna - siehe Vorlage Nr. 1.276/18/1 - in seiner Sitzung am 27. September 2018 einstimmig gefolgt.

Die Überdeckung in Höhe von 85.157,17 € wurde der zweckgebundenen Rücklage Winterdienst zugeführt, so dass der Bereich Winterdienst insgesamt ein ausgeglichenes Ergebnis auswies.

Für 2018 weist der Bereich Winterdienst - ohne Berücksichtigung einer Zuführung zur zweckgebundenen Rücklage Risikovorsorge Winterdienst - einen Überschuss in Höhe von 116,4 T€ aus.

Gegenüber der Wirtschaftsplanung 2018 bedeutet dies eine Verbesserung um 116,4 T€ und ist auf Verbesserungen beim Materialaufwand einschließlich innerbetrieblicher Leistungsverrechnung (- 145,8 T€), den Umlagen (- 369 T€), den Abschreibungen (-19,6 T€), den sonstigen betrieblichen Erträgen (+ 18,0 T€), den sonstigen betrieblichen Aufwendungen (- 10,0 T€), dem Zinsaufwand (- 5,1 T€) und den Umsatzerlösen (+ 1,8 T€) zurückzuführen, denen Verschlechterungen bei den Erlösen aus innerbetrieblicher Leistungsverrechnung (- 120,8 T€) gegenüberstehen.

Vergleicht man das Ergebnis Winterdienst 2018 - vor Sonderrücklagenzuführung - in Höhe von 116,4 T€ mit dem Ergebnis Winterdienst 2017 - vor Sonderrücklagenzuführung - in Höhe von 85,2 T€, ergibt sich eine Verbesserung um 31 ,2 T€.

Diese Verbesserung ist auf Verbesserungen bei den sonstigen betrieblichen Erträgen (+ 18,0 T€), beim Materialaufwand einschließlich innerbetrieblicher Leistungsverrechnung (- 14,3 T€), bei den Umsatzerlösen (+ 4,1 T€), bei den Umlagen (- 4,1 T€), dem Zinsaufwand (- 0,9 T€) und bei den Abschreibungen (- 0,7 T€) zurückzuführen, denen Verschlechterungen bei den Erlösen aus innerbetrieblicher Leistungsverrechnung (- 5,5 T€) und den sonstigen betrieblichen Aufwendungen (+ 5,4 T€) gegenüberstehen.

Die zweckgebundene Rücklage Risikovorsorge Winterdienst wies zum 31. Dezember 2017 einen Stand in Höhe von 641.905,53 € aus. Nach dem Beschluss zum Doppelhaushalt 2019/2020 der Kreisstadt Unna sollen dieser Rücklage im Jahr 2020 70 T€ und in den Jahren 2021 bis 2023 jeweils 110 T€ entnommen werden (siehe Vorlage Nr. 1.408/18 und Vorlage Nr. 1.351/18/2), wodurch die Zahlungen des 18 v. H Punkte-Anteils der Kreisstadt an die Stadtbetriebe Unna für den Winterdienst der kommenden Jahre entsprechend reduziert werden. Der verfügbare Bestand der zweckgebundenen Rücklage für den Winterdienst beläuft sich daher zum 31.12.2017 auf 241.905,53 €.

Die mit Ratsbeschluss vom 27. September 2018 erfolgte Zuführung in Höhe von 85.157,17 € und die beabsichtigte Zuführung zur zweckgebundenen Rücklage Winterdienst aus der Überdeckung des Jahres 2018 in Höhe von 116.396,56 € sollen eine entsprechende Deckung bei einem Starkwinter ermöglichen. Der verfügbare Bestand der zweckgebundenen Rücklage Winterdienst zum 31.12.2018 beläuft sich auf 443.459,26 T€.

Bereich Sonstige Auftragsleistungen

Der Bereich Sonstige Auftragsleistungen weist für 2018 eine Überdeckung in Höhe von 25,1 T€ aus. Gegenüber der Wirtschaftsplanung 2018 bedeutet dies eine Verbesserung um 25,1 T€ und ist auf Verbesserungen beim Materialaufwand einschließlich innerbetrieblicher Leistungsverrechnung (- 39,2 T€), bei den Umlagen (- 4,9 T€) und bei den sonstigen betrieblichen Aufwendungen (- 1,5 T€) zurückzuführen, die durch Verschlechterungen bei den Umsatzerlösen (- 20,5 T€) reduziert werden.

Verglichen mit dem Ergebnis 2017 in Höhe von 35,2 T€ bedeutet dies eine Verschlechterung um 10,1 T€ und ist auf Verschlechterungen bei den Umsatzerlösen (- 30,0 T€) zurückzuführen, denen Verbesserungen beim Materialaufwand einschließlich innerbetrieblicher Leistungsverrechnung (- 16,9 T€), bei den Umlagen (- 2,9 T€) und bei den sonstigen betrieblichen Aufwendungen (- 0,1 T€) gegenüberstehen.

II.1.5 Drittbereich

Bereich	Plan 2018	Ergebnis 2018	Ergebnis 2017
Duale Systeme	+ 7.000,00 €	- 39.649,80 €	- 20.854,95 €
Grabpflege	+ 1.000,00 €	+ 3.419,29 €	+ 2.785,35 €
Sonstige Leistungen an Dritte	+ 1.000,00 €	- 3.905,09 €	- 1.234,63 €
Gesamt	+ 9.000,00 €	- 40.135,60 €	- 19.304,23 €

Bereich Duale Systeme

Der Jahresabschluss 2018 weist für den Bereich Duale Systeme eine Unterdeckung in Höhe von 39,6 T€ aus; dies bedeutet gegenüber der Planung 2018 eine Verschlechterung von

46,6 T€ und gegenüber dem Ergebnis 2017 eine Verschlechterung von 18,8 T€. Die Verschlechterung gegenüber der Planung ist im Wesentlichen auf gestiegenen Personalaufwand (+ 55,8 T€), gestiegenen Materialaufwand einschließlich innerbetrieblicher Leistungsverrechnung (+ 54,6 T€), gesunkene Umsatzerlöse (- 18,3 T€), gestiegene sonstige betriebliche Aufwendungen (+ 3,2 T€), gestiegene Umlagen (+ 0,8 T€) und gesunkene sonstige betriebliche Erträge (- 0,1 T€) zurückzuführen, denen Verbesserungen bei den Erlösen aus innerbetrieblicher Leistungsverrechnung (+ 70,3 T€), den Abschreibungen (- 10,6 T€), dem Zinsaufwand (- 1,9 T€), bei den Steuern vom Einkommen und Ertrag (- 3,0 T€) und den sonstigen Steuern (- 0,4 T€) gegenüberstehen.

Die Verschlechterung gegenüber dem Jahresergebnis 2017 ist auf gesunkene sonstige betriebliche Erträge (- 21,4 T€), gesunkene Erlöse aus innerbetriebl. Leistungsverrechnung (- 15,4 T€), gestiegenen Personalaufwand (+ 11,1 T€) und gesunkene Umsatzerlöse (- 6,3 T€) zurückzuführen, denen Verbesserungen beim Materialaufwand einschließlich innerbetrieblicher Leistungsverrechnung (- 20,2 T€), den Abschreibungen (- 10,0 T€), den sonstigen betrieblichen Aufwendungen (- 3,8 T€), den Umlagen (- 0,7 T€), den Zinsen und ähnlichen Aufwendungen (- 0,5 T€) sowie den sonstigen Steuern (- 0,2 T€) gegenüberstehen.

Bereich Grabpflege

Aufgrund der negativen Entwicklung der vergangenen Jahre (2007: - 39 T€, 2008: - 29 T€) hatte der in der Sitzung des Betriebsausschusses Stadtbetriebe Unna am 29. April 2008 gebildete interfraktionelle Arbeitskreis Friedhof in seiner Sitzung am 02. September 2008 zugestimmt, im Bereich der Grabpflege keine neuen Dauergrabpflegeverträge abzuschließen und die bestehenden Jahrespflegeverträge zum 31. Dezember 2008 zu kündigen. Hiermit sollte versucht werden, die in den vergangenen Jahren deutlich angestiegenen Verluste zu reduzieren oder ganz abzubauen. Die Ergebnisse haben sich seitdem wie folgt entwickelt: 2009: - 14 T€, 2010: - 1 T€, 2011: + 10 T€, 2012: + 8,4 T€, 2013: + 5,6 T€, 2014: + 3,5 T€, 2015: + 1,6 T€, 2016: + 8,3 T€, 2017: + 2,8 T€, 2018: + 3,4 T€. Damit wird gegenüber dem Planansatz (+ 1 T€) eine Verbesserung um 2,4 T€ und gegenüber dem Ergebnis 2017 eine Verbesserung um 0,6 T€ erzielt.

Die Verbesserungen gegenüber der Planung sind auf gesunkenen Personalaufwand (- 10,6 T€), gesunkenen Materialaufwand einschließlich innerbetrieblicher Leistungsverrechnung (- 8,8 T€), gesunkene Umlagen (- 3,9 T€), und gesunkene Abschreibungen (- 0,2 T€) zurückzuführen, denen Verschlechterungen bei den Erlösen aus innerbetrieblicher Leistungsverrechnung (- 11,9 T€), bei den Umsatzerlösen (- 8,3 T€) und den sonstigen betrieblichen Aufwendungen (+ 0,9 T€) gegenüberstehen.

Die Verbesserungen gegenüber dem Vorjahr ergeben sich im Wesentlichen aus gesunkenem Personalaufwand (- 3,4 T€) und gestiegenen Erlösen aus innerbetrieblicher Leistungsverrechnung (+ 3,1 T€), denen Verschlechterungen bei den Umsatzerlösen (- 1,6 T€), beim Materialaufwand einschließlich innerbetrieblicher Leistungsverrechnung (+ 1,3 T€), den sonstigen betrieblichen Aufwendungen (+ 1,1 T€), den sonstigen betriebliche Erträgen (- 0,9 T€), den aktivierten Eigenleistungen (- 0,6 T€) und den Umlagen (- 0,4 T€) gegenüberstehen.

Die Entwicklung dieses Bereiches ist in den kommenden Wirtschaftsjahren verstärkt zu beobachten, um eine Stabilisierung zu erreichen.

Bereich Sonstige Leistungen an Dritte

Der Bereich Sonstige Leistungen an Dritte weist für 2018 eine Unterdeckung in Höhe von 3,9 T€ aus und verschlechtert sich damit gegenüber der Planung 2018 (+ 1 T€) um 4,9 T€. Gegenüber dem Ergebnis 2017 (- 1,2 T€) bedeutet dies eine Verschlechterung um 2,7 T€.

Die Verschlechterungen gegenüber der Planung sind im Wesentlichen auf gesunkene Umsatzerlöse (- 4,4 T€) und gestiegene sonstige betrieblichen Aufwendungen (+ 4,1 T€) zurückzuführen, denen Verbesserungen beim Materialaufwand einschließlich innerbetrieblicher Leistungsverrechnung (- 2,9 T€) und bei den Umlagen (- 0,7 T€) gegenüberstehen.

Die Verschlechterungen gegenüber dem Vorjahr ergeben sich im Wesentlichen aus gestiegenen sonstige betrieblichen Aufwendungen (+ 3,1 T€), gesunkenen Umsatzerlösen (- 0,4 T€) und gestiegenen Umlagen (+ 0,1 T€), denen Verbesserungen beim Materialaufwand einschließlich innerbetrieblicher Leistungsverrechnung (- 0,5 T€) und den Steuern vom Einkommen und Ertrag (- 0,4 T€), gegenüberstehen.

Insgesamt ist festzustellen, dass sich die Umsatzerlöse im Bereich Sonstige Leistungen an Dritte in den letzten Jahren erheblich reduziert haben. Beliefen sie sich im Wirtschaftsjahr 2008 noch auf 121 T€, sanken sie in 2009 auf 88 T€ und in 2010 auf 58 T€. Nach einer kurzfristigen Verbesserung in 2011 auf 72 T€ sanken sie in 2012 auf 51 T€, in 2013 auf 49,7 T€, in 2014 auf 37,2 T€, in 2015 auf 13,8 T€, in 2016 auf 5,1 T€, in 2017 auf 2,0 T€ und in 2018 auf 1,6 T€.

II.2 Lage

II.2.1 Ertragslage

a) Aufwendungen und Erträge

Die Aufwendungen und Erträge* im Wirtschaftsjahr 2018 stellen sich wie folgt dar:

	Verwaltung / Dienste €	Originärer Bereich €	Auftrags- bereich €	Dritt- bereich €
Umsatzerlöse	7.425,84	26.390.500,84	3.254.034,55	226.019,57
Umsatzerlöse ILV	255.657,25	2.801.133,71	1.323.601,58	118.896,36
Gebührenabschluss	0,00	- 522.296,20	0,00	0,00
Bestandsveränderungen	0,00	0,00	0,00	0,00
aktivierte Eigenleistungen	0,00	290.939,00	684,00	0,00
Sonstige betriebliche Erträge	112.432,40	1.037.726,20	142.401,32	399,98
Beteiligungserträge	0,00	0,00	0,00	0,00
Erträge Ausleihungen	129,00	0,00	0,00	0,00
Zinsen und ähnliche Erträge	0,00	501,32	0,00	0,00
Erträge gesamt	375.644,49	29.998.504,87	4.720.721,45	345.315,91
Materialaufwand Lieferungen	11.600,13	296.599,34	145.952,24	26.659,00
Materialaufwand Leistungen	17.196,17	11.682.633,83	4.615.134,09	25.533,49
Materialaufwand Leistungen ILV	77.966,94	2.935.633,90	1.314.823,40	170.864,66
Personalaufwand Lohn/Gehalt	848.519,09	2.124.879,00	739.817,33	79.417,77
Personalaufwand Soz. Aufwand	145.185,82	420.241,28	158.300,93	14.039,38
Personalaufwand				
Altersversorgung	130.615,38	216.217,06	50.511,56	7.522,04
Abschreibungen	35.551,00	2.381.739,25	156.638,00	9.453,75
Sonstiger betrieblicher Aufwand	803.106,17	1.037.476,95	135.443,09	20.203,74
Zinsen und ähnlicher Aufwand	0,00	1.636.781,27	5.995,94	104,49
Steuern vom Einkommen				
und Ertrag	0,00	0,00	0,00	0,00
Sonstige Steuern	2.409,73	3.329,99	3.421,67	0,00
Aufwendungen gesamt	2.072.150,43	22.735.531,87	7.326.038,25	353.798,32
Zwischensumme	- 1.696.505,94	7.262.973,00	- 2.605.316,80	- 8.482,41
Umlagen	1.696.505,94	- 1.226.759,99	- 438.092,76	- 31.653,19
Jahresergebnis 2017 *	0,00	+ 6.036.213,01	- 3.043.409,56	- 40.135,60

* nach Rücklagenzuführung Passive Rechnungsabgrenzung Friedhöfe und Winterdienst

b) Entwicklung der Ergebnisse

	Ergebnis 2017 nach Rücklagen- zuführung ¹ €	Ergebnis 2017 nach Gewinn- abführung ² €	Ergebnis 2018 nach Rücklagen- zuführung ³ €	Ergebnis 2018 nach Gewinn- abführung ⁴ €
Abwasserwirtschaft	+ 4.800.713,94	+ 4.800.713,94	+ 6.321.646,59	+ 6.321.646,59
Abfallwirtschaft	+ 50.651,92	+ 50.651,92	+ 44.860,95	+ 44.860,95
Straßenreinigung	+ 28.023,02	+ 28.023,02	+ 19.571,31	+ 19.571,31
Städtische Friedhöfe	- 29.584,81	- 29.584,81	- 35.196,82	- 35.196,82
Gewässerunterhaltung	- 38.533,48	- 38.533,48	- 124.961,73	- 124.961,73
Hochwasserschutz	- 61.529,91	- 61.529,91	- 189.707,29	- 189.707,29
Summe Originärer Bereich	+ 4.749.740,68	+ 4.749.740,68	+ 6.036.213,01	+ 6.036.213,01
Straßenunterhaltung	+ 52.087,24	+ 52.087,24	- 43.899,87	- 43.899,87
Kommunale Anteile	- 3.001.862,60	- 3.001.862,60	- 3.101.026,15	- 3.101.026,15
Grünflächenpflege	+ 218.625,71	+ 218.625,71	+ 188.892,73	+ 188.892,73
Kommunaler Anteil	- 112.373,12	- 112.373,12	- 112.463,66	- 112.463,66
Winterdienst	+ 0,00	+ 0,00	+ 0,00	+ 0,00
Sonstige Auftragsleistungen	+ 35.208,11	+ 35.208,11	+ 25.087,39	+ 25.087,39
Summe Auftragsbereich	- 2.808.314,66	- 2.808.314,66	- 3.043.409,56	- 3.043.409,56
Duale Systeme	- 20.854,95	- 20.854,95	- 39.649,80	- 39.649,80
Grabpflege	+ 2.785,35	+ 2.785,35	+ 3.419,29	+ 3.419,29
Sonstige Drittleistungen	- 1.234,63	- 1.234,63	- 3.905,09	- 3.905,09
Summe Drittbereich	- 19.304,23	- 19.304,23	- 40.135,60	- 40.135,60
Gesamt	+ 1.922.121,79	+ 1.922.121,79	+ 2.952.667,85	+ 2.952.667,85
Verlustabdeckung		0,00		0,00
Einstellung in die Allgemeine Rücklage zur Stärkung der Eigenkapitalausstattung		- 270.712,95		0,00
Zuführung zur Rücklage Ententeich Bornekamp		0,00		- 500.000,00
Zuführung zur Rücklage HRB Bornekamp II		- 300.713,07		- 444.158,88
Zuführung zur Rücklage Weiterentwicklung Stadtbetriebe Unna		- 170.000,00		0,00
Gewinnabführung		- 1.555.870,12		- 2.048.644,57
Gesamtergebnis		- 19.304,23		- 40.135,60

¹ nach Einstellung in die Rücklagen in Höhe von 134 T€ (Passive Rechnungsabgrenzung Friedhof) und 85 T€ (Winterdienst) – Vorlage Nr. 1.276/18/1

² nach zusätzlicher Gewinnabführung und Einstellung in die Allgemeine Rücklage in Höhe von 271 T€ und zweckgebundene Rücklagen in Höhe von 301 T€ (Teich Hochwasserrückhaltebecken Bornekamp II) und 170 T€ (Weiterentwicklung Stadtbetriebe Unna) – Vorlage Nr. 1.276/18/1

³ nach Einstellung in die Rücklagen in Höhe von 134 T€ (Passive Rechnungsabgrenzung Friedhof) und 116 T€ (Winterdienst)

⁴ nach zusätzlicher Gewinnabführung und Einstellung in die zweckgebundenen Rücklagen in Höhe von 500 T€ (Ententeich Bornekamp) und 444 T€ (Teich Hochwasserrückhaltebecken Bornekamp II)

Siehe auch Erläuterungen unter Punkt II.1.1 Allgemeines zur Erfolgsrechnung.

c) Mitarbeiterinnen/Mitarbeiter und Personalkosten

Im Jahresdurchschnitt betrug die Zahl der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter:

	2017	2018
Tarifbeschäftigte	91	91
Beamtinnen / Beamte	5	5
Gesamt	96	96

Die Zahl der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ist damit im Jahresdurchschnitt gegenüber dem Vorjahr um fünf gestiegen.

Die Personalkosten haben sich wie folgt entwickelt:

	Wirtschaftsjahr 2018 €	Wirtschaftsjahr 2017 €	Veränderung €
• Löhne	2.203.911,21	2.301.895,34	- 97.984,13
• Gehälter	1.280.321,63	1.230.995,09	+ 49.326,54
• Beamtenbesoldung	339.030,36	323.088,58	+ 15.941,78
• Rückstellung für Altersteilzeit	- 139.809,00	- 85.029,24	- 54.779,76
• Rückstellung für Lebensarbeitszeit	6.713,70	33.616,54	- 26.902,84
• Aushilfsvergütungen	12.800,31	12.517,76	+ 282,55
• Übrige	15.140,98	13.291,19	+ 1.849,79
• Alimentationsrückstellungen	11.644,00	11.644,00	+ 0,00
• Urlaubs- / Gleitzeitrückstellung	62.880,00	- 2.124,00	+ 65.004,00
• Soziale Abgaben	1.142.633,45	1.167.836,43	- 25.202,98
<u>davon</u>			
Sozialer Aufwand gesamt	(737.767,41)	(718.376,29)	(+ 19.391,12)
Altersversorgung gesamt	(404.866,04)	(449.460,14)	(- 44.594,10)
Beihilferückstellungen	(28.999,00)	(35.056,00)	(- 6.057,00)
Pensionsrückstellung	(136.972,00)	(183.917,00)	(- 46.945,00)
Summe Personalkosten	<u>4.935.266,64</u>	<u>5.007.731,69</u>	<u>- 72.465,05</u>

II.2.2 Finanzlage

a) Strukturbilanz

Aktiva	31.12.2016 T€	31.12.2017 T€	31.12.2018 T€	+ / – Vj. T€
<u>Langfristig gebundenes Vermögen</u>				
Immaterielle Vermögensgegenstände	22	11	17	+ 6
Sachanlagen	90.144	92.739	95.095	+ 2.356
Finanzanlagen	0	0	0	0
Anlagevermögen	90.166	92.750	95.112	+ 2.362
Langfristige Kundenforderungen	46	47	44	- 3
	90.212	92.797	95.156	+ 2.359

Kurzfristig gebundenes Vermögen

Vorräte	78	80	76	- 4
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	189	231	265	+ 34
Forderungen gegen die Kreisstadt Unna	1.088	424	323	- 101
Sonstige Vermögensgegenstände	73	8	10	+ 2
Geldmittel	511	501	479	- 22
Aktiver Rechnungsabgrenzungsposten	55	32	52	+ 20
	1.994	1.276	1.205	- 71

Gesamtvermögen

	92.206	94.073	96.361	+ 2.288
--	---------------	---------------	---------------	----------------

Passiva

	31.12.2016	31.12.2017	31.12.2018	+ / - Vj.
	T€	T€	T€	T€

Wirtschaftliches Eigenkapital

Stammkapital	600	600	600	+ 0
Allgemeine Rücklagen	5.536	5.670	6.074	+ 404
Zweckgebundene Rücklagen	1.467	1.937	3.051	+ 1.114
Bilanzgewinn	181	162	121	- 41

bilanzielles Eigenkapital

	7.784	8.369	9.846	+ 1.477
--	--------------	--------------	--------------	----------------

Sonderposten für Investitionszuschüsse
des Anlagevermögens
Empfangene Ertragszuschüsse

	10.287	11.286	11.137	- 149
	3.213	2.953	2.717	- 236

	21.284	22.608	23.700	+ 1.092
--	---------------	---------------	---------------	----------------

Langfristiges Fremdkapital (> 5 Jahre)

Verbindlichkeiten Kreditinstitute	40.723	39.191	35.376	- 3.815
Sonstige Verbindlichkeiten	229	279	219	- 60
Passiver Rechnungsabgrenzungsposten	4.235	4.396	4.537	+ 141

	45.187	43.866	40.132	- 3.734
--	---------------	---------------	---------------	----------------

Mittelfristiges Fremdkapital (1 < Jahre > 5)

Sonstige Verbindlichkeiten – Gebührenaussgleich	2.639	2.907	3.359	+ 452
Sonstige Rückstellungen	1.783	1.493	1.316	- 177
Verbindlichkeiten Kreditinstitute	10.116	9.670	10.762	+ 1.092
Sonstige Verbindlichkeiten	215	146	162	+ 16

	14.753	14.216	15.599	+ 1.383
--	---------------	---------------	---------------	----------------

Kurzfristiges Fremdkapital (< 1 Jahr)

Steuerrückstellungen	0	0	0	+ 0
Sonstige Rückstellungen	3.559	3.455	3.225	- 230
Sonstige Verbindlichkeiten - Gebührenaussgleich	941	1.111	1.182	+ 71
Verbindlichkeiten Kreditinstitute	3.068	2.946	2.844	- 120
Erhaltene Anzahlungen	190	192	189	- 3
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	1.317	739	1.047	+ 308
Verbindlichkeiten gegenüber der Kreisstadt Unna	153	3.285	6.237	+ 2.952
Sonstige Verbindlichkeiten	28	99	157	+ 58
Gewinnausschüttung an die Kreisstadt Unna	1.726	1.556	2.049	+ 493

	10.982	13.383	16.930	+ 3.547
--	---------------	---------------	---------------	----------------

Gesamtkapital

	92.206	94.073	96.361	+ 2.288
--	---------------	---------------	---------------	----------------

b) Kapitalflussrechnung gemäß DRS 21

	2017		2018	
	T€	T€	T€	T€
Periodenergebnis	+ 1.537		+ 2.009	
+/- Abschreibungen/Zuschreibungen auf Gegenstände des Anlagevermögens	+ 3.613		+ 2.583	
+/- Zunahme/Abnahme der Rückstellungen	- 394		- 406	
+/- Sonstige zahlungswirksame Aufwendungen/Erträge	- 640		- 647	
-/+ Zunahme/Abnahme der Vorräte, der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Aktiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzu- ordnen sind	+ 8		+ 52	
+/- Zunahme/Abnahme der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Passiva, die nicht der In- vestitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	+ 272		+ 850	
-/+ Gewinn/Verlust aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens	+ 20		+ 0	
+/- Zinsaufwendungen/Zinserträge	+ 1.761		+ 1.643	
-/+ Ertragsteuerzahlungen	0		0	
= Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit		+ 6.177		+ 6.084
+ Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Sachanlagevermögens	+ 0		+ 0	
- Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen	- 6.217		- 4.946	
+ Erhaltene Zinsen	+ 0		+ 0	
= Cashflow aus der Investitionstätigkeit		- 6.217		- 4.946
+ Einzahlungen aus Eigenkapitalzuführungen von Gesellschaftern des Mutterunternehmens	+ 604		+ 1.162	
- Auszahlungen aus Eigenkapitalherabsetzungen an Gesellschafter des Mutterunternehmens	- 1.726		- 1.200	
+ Einzahlungen aus der Begebung von Anleihen und der Aufnahme von (Finanz-)Krediten	+ 839		+ 0	
- Auszahlungen aus der Tilgung von Anleihen und (Finanz-)Krediten	- 2.932		- 2.816	
+ Einzahlungen aus erhaltenen Zuschüssen/Zuwendungen	+ 1.378		+ 261	
- Gezahlte Zinsen	- 1.768		- 1.652	
= Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit		- 3.605		- 4.245
Zahlungswirksame Veränderungen des Finanzmittelfonds (Summe Cashflow aus lfd. Geschäftstätigkeit, Investitions- tätigkeit und Finanzierungstätigkeit)		- 3.645		- 3.107
+ Finanzmittelfonds am Anfang der Periode		+ 1.211		+ 2.434
= Finanzmittelfonds am Ende der Periode		- 2.434		- 5.541

¹ Der Deutsche Rechnungslegungsstandard Nr. 21 „DRS 21“, welcher im Rahmen der Erstellung von Konzernabschlüssen zu beachten ist, wurde bereits am 8. April 2014 bekannt gemacht. Die erstmalige Anwendung war verpflichtend für Geschäftsjahre, die nach dem 31. Dezember 2014 begannen.

c) Investitionen

Folgende Neuinvestitionen (einschließlich Anlagen im Bau) wurden 2018 getätigt:

Entwicklung des Sachanlagevermögens und der immateriellen Vermögensgegenstände

€

Buchwert des Sachanlagevermögens und der immateriellen Vermögensgegenstände 01.01.2018 **92.749.299,00**

Zugang 2018		
	• Immaterielle Wirtschaftsgüter	17.857,00
	• Grundstücke	83.084,00
	• Technische Anlagen und Maschinen	114.327,00
	• Abwassersammlungsanlagen	3.247.758,00
	• Spezialfahrzeuge	110.141,00
	• Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	160.006,00
	• Anlagen im Bau	<u>1.213.228,00</u>
	Summe Zugänge	<u>4.946.401,00</u>

Umbuchungen 2018		
	• Immaterielle Wirtschaftsgüter	0,00
	• Grundstücke	0,00
	• Technische Anlagen und Maschinen	0,00
	• Abwassersammlungsanlagen	5.480.422,00
	• Spezialfahrzeuge	- 113.117,00
	• Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	113.117,00
	• Anlagen im Bau	<u>- 5.480.422,00</u>
	Summe Umbuchungen	<u>0,00</u>

Abgang 2018		
	• Immaterielle Wirtschaftsgüter	0,00
	• Grundstücke	- 69.089,00
	• Technische Anlagen und Maschinen	0,00
	• Abwassersammlungsanlagen	0,00
	• Spezialfahrzeuge	- 211.583,00
	• Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	- 7.580,00
	• Anlagen im Bau	0,00
	Summe Abgänge	<u>- 288.252,00</u>

Buchwert vor Abschreibungen 2018 **97.407.448,00**

Abschreibungen 2018 - 2.583.382,00

Abschreibungen Abgang 2018 288.251,00

Buchwert des Sachanlagevermögens und der immateriellen Vermögensgegenstände 31.12.2018 **95.112.317,00**

Im Wirtschaftsjahr 2019 sind Investitionen in Höhe von 13.177 T€ geplant.

II.2.3 Vermögenlage:

a) Eigenkapital und Liquidität

Bilanzsumme 31.12.2018 **96.361.342,28 €**

Stammkapital	600.000,00 €
Allgemeine Rücklage	6.074.264,95 €
abzgl. Verlustvortrag	0,00 €
Bilanzgewinn Drittbereich	121.540,71 €
Zweckgebundene Rücklagen	3.051.096,06 €
Kanalanschlussbeiträge	2.717.303,39 €
Investitionszuschüsse	11.136.590,00 €

wirtschaftliches Eigenkapital ¹ **23.700.795,11 €**

¹ nach Gewinnabführung in Höhe von 2.048,6 T€

Eigenkapitalquote somit **24,6 v. H.**

Jahresbezogen konnte die Liquidität im Wirtschaftsjahr 2018 durch die Inanspruchnahme von Kassenkrediten der Kreisstadt Unna jederzeit sichergestellt werden. An 365 Tagen wurden Kassenkredite der Kreisstadt Unna in Anspruch genommen, Kassenkredite an die Kreisstadt Unna wurden nicht gewährt.

Es wurden im abgelaufenen Wirtschaftsjahr keine Kredite aufgenommen. Damit betragen die gesamten Darlehensverbindlichkeiten (ohne Zinsabgrenzung) per 31.12.2018 48.855 T€. Der Schuldenstand hat sich damit gegenüber dem 31.12.2017 (51.671 T€) um 2.816 T€, gegenüber dem 31.12.2016 (53.764 T€) um 4.909 T€, gegenüber dem 31.12.2015 (56.779 T€) um 7.924 T€, gegenüber dem 31.12.2014 (51.226 T€) um 2.371 T€, gegenüber dem 31.12.2013 (49.207 T€) um 352 T€ vermindert. Gegenüber dem 31.12.2012 (51.910 T€) verringerte sich der Schuldenstand um 3.055 T€, gegenüber dem 31.12.2011 (54.645 T€) um 5.790 T€, gegenüber dem 31.12.2010 (57.490 T€) um 8.635 T€, gegenüber dem 31.12.2009 (59.094 T€) um 10.239 T€ und gegenüber dem 31.12.2008 (61.725 T€) um 12.870 T€.

a) Rücklagen / Rückstellungen / Gebührenausgleichsverbindlichkeiten

Die Bestände haben sich seit 2010 wie folgt entwickelt:

Abwasserwirtschaft	Gebührenrücklage	Rückstellung Gebühr	Gebührenausgleichs- verbindlichkeit
Stand 31.12.2010	89.067,41 €	548.045,79 €	
Umbuchung	0,00 €	- 548.045,79 €	+ 548.045,79 €
planmäßiger Verbrauch 2011	0,00 €	0,00 €	- 172.565,00 €
Zuführung 2011	0,00 €	0,00 €	+ 772.741,93 €
Stand 31.12.2011	89.067,41 €	0,00 €	1.148.222,72 €
planmäßiger Verbrauch 2012	0,00 €	0,00 €	- 187.740,00 €
Zuführung 2012	0,00 €	0,00 €	+ 222.229,14 €
Stand 31.12.2012	89.067,41 €	0,00 €	1.182.711,86 €
planmäßiger Verbrauch 2013	0,00 €	0,00 €	- 320.160,00 €
Zuführung 2013	0,00 €	0,00 €	+ 388.364,13 €
Stand 31.12.2013	89.067,41 €	0,00 €	1.250.915,99 €
planmäßiger Verbrauch 2014	0,00 €	0,00 €	- 320.160,00 €
Zuführung 2014	0,00 €	0,00 €	+ 426.767,32 €
Stand 31.12.2014	89.067,41 €	0,00 €	1.357.523,31 €
planmäßiger Verbrauch 2015	0,00 €	0,00 €	- 320.816,00 €
Zuführung 2015	0,00 €	0,00 €	+ 134.379,26 €
Stand 31.12.2015	89.067,41 €	0,00 €	1.171.086,57 €
planmäßiger Verbrauch 2016	0,00 €	0,00 €	- 320.759,44 €
Zuführung 2016	0,00 €	0,00 €	+ 741.546,26 €
Stand 31.12.2016	89.067,41 €	0,00 €	1.591.873,39 €
planmäßiger Verbrauch 2017	0,00 €	0,00 €	- 395.787,87 €
Zuführung 2017	0,00 €	0,00 €	+ 632.920,92 €
Stand 31.12.2017	89.067,41 €	0,00 €	1.829.006,44 €
planmäßiger Verbrauch 2018	0,00 €	0,00 €	- 620.969,38 €
Zuführung 2018	0,00 €	0,00 €	+ 736.498,39 €
Stand 31.12.2018	89.067,41 €	0,00 €	1.944.535,45 €

Abfallwirtschaft	Gebührenrücklage	Rückstellung Gebühr	Gebührenausgleichs- verbindlichkeit
Stand 31.12.2010	180.997,76 €	3.627,64 €	
Umbuchung	0,00 €	- 3.627,64 €	+ 3.627,64 €
planmäßiger Verbrauch 2011	0,00 €	0,00 €	0,00 €
Zuführung 2011	0,00 €	0,00 €	+ 40.347,40 €
Stand 31.12.2011	180.997,76 €	0,00 €	43.975,04 €
planmäßiger Verbrauch 2012	0,00 €	0,00 €	0,00 €
Zuführung 2012	0,00 €	0,00 €	+ 40.253,16 €
Stand 31.12.2012	180.997,76 €	0,00 €	84.228,20 €
planmäßiger Verbrauch 2013	0,00 €	0,00 €	- 43.975,04 €
Zuführung 2013	0,00 €	0,00 €	+ 583.962,63 €
Stand 31.12.2013	180.997,76 €	0,00 €	624.215,79 €
planmäßiger Verbrauch 2014	0,00 €	0,00 €	- 19.927,37 €
Zuführung 2014	0,00 €	0,00 €	+ 36.867,78 €
Stand 31.12.2014	180.997,76 €	0,00 €	641.156,20 €
planmäßiger Verbrauch 2015	0,00 €	0,00 €	- 20.325,79 €
Zuführung 2015	0,00 €	0,00 €	+ 275.872,67 €
Stand 31.12.2015	180.997,76 €	0,00 €	896.703,08 €
planmäßiger Verbrauch 2016	0,00 €	0,00 €	- 290.000,00 €
Zuführung 2016	0,00 €	0,00 €	+ 605.131,68 €
Stand 31.12.2016	180.997,76 €	0,00 €	1.211.834,76 €
planmäßiger Verbrauch 2017	0,00 €	0,00 €	- 293.962,63 €
Zuführung 2017	0,00 €	0,00 €	+ 622.326,12 €
Stand 31.12.2017	180.997,76 €	0,00 €	1.540.198,25 €
planmäßiger Verbrauch 2018	0,00 €	0,00 €	- 300.000,00 €
Zuführung 2018	0,00 €	0,00 €	+ 629.191,81 €
Stand 31.12.2018	180.997,76 €	0,00 €	1.869.390,06 €

Straßenreinigung	Gebührenrücklage	Rückstellung Gebühr	Gebührenausgleichs- verbindlichkeit
Stand 31.12.2010	0,00 €	0,00 €	
planmäßiger Verbrauch 2011	0,00 €	0,00 €	0,00 €
Zuführung 2011	0,00 €	0,00 €	0,00 €
Stand 31.12.2011	0,00 €	0,00 €	0,00 €
planmäßiger Verbrauch 2012	0,00 €	0,00 €	0,00 €
Zuführung 2012	0,00 €	0,00 €	+ 50.203,58 €
Stand 31.12.2012	0,00 €	0,00 €	50.203,58 €
planmäßiger Verbrauch 2013	0,00 €	0,00 €	0,00 €
Zuführung 2013	0,00 €	0,00 €	+ 116.326,47 €
Stand 31.12.2013	0,00 €	0,00 €	166.530,05 €
planmäßiger Verbrauch 2014	0,00 €	0,00 €	- 17.045,00 €
Zuführung 2014	0,00 €	0,00 €	+ 34.856,49 €
Stand 31.12.2014	0,00 €	0,00 €	184.341,54 €
planmäßiger Verbrauch 2015	0,00 €	0,00 €	- 16.579,00 €
Zuführung 2015	0,00 €	0,00 €	+ 159.787,33 €
Stand 31.12.2015	0,00 €	0,00 €	327.549,87 €
planmäßiger Verbrauch 2016	0,00 €	0,00 €	- 66.453,02 €
Zuführung 2016	0,00 €	0,00 €	+ 148.021,80 €
Stand 31.12.2016	0,00 €	0,00 €	409.118,65 €
planmäßiger Verbrauch 2017	0,00 €	0,00 €	- 101.309,52 €
Zuführung 2017	0,00 €	0,00 €	+ 34.822,52 €
Stand 31.12.2017	0,00 €	0,00 €	342.631,65 €
planmäßiger Verbrauch 2018	0,00 €	0,00 €	- 100.000,00 €
Zuführung 2018	0,00 €	0,00 €	+ 37.034,56 €
Stand 31.12.2018	0,00 €	0,00 €	279.666,21 €

Friedhofswesen	Gebührenrücklage	Rückstellung Gebühr	Gebührenausgleichs- verbindlichkeit
Stand 31.12.2012	0,00 €	0,00 €	0,00 €
planmäßiger Verbrauch 2013	0,00 €	0,00 €	0,00 €
Zuführung 2013	0,00 €	0,00 €	+ 257.066,13 €
Stand 31.12.2013	0,00 €	0,00 €	257.066,13 €
planmäßiger Verbrauch 2014	0,00 €	0,00 €	0,00 €
Zuführung 2014	0,00 €	0,00 €	- 51.693,61 €
Stand 31.12.2014	0,00 €	0,00 €	205.372,52 €
planmäßiger Verbrauch 2015	0,00 €	0,00 €	0,00 €
Zuführung 2015	0,00 €	0,00 €	+ 135.219,13 €
Stand 31.12.2015	0,00 €	0,00 €	340.591,65 €
planmäßiger Verbrauch 2016	0,00 €	0,00 €	- 102.686,26 €
Zuführung 2016	0,00 €	0,00 €	+ 129.568,00 €
Stand 31.12.2016	0,00 €	0,00 €	367.473,39 €
planmäßiger Verbrauch 2017	0,00 €	0,00 €	- 149.686,26 €
Zuführung 2017	0,00 €	0,00 €	+ 88.875,79 €
Stand 31.12.2017	0,00 €	0,00 €	306.662,92 €
planmäßiger Verbrauch 2018	0,00 €	0,00 €	- 90.000,00 €
Zuführung 2018	0,00 €	0,00 €	+ 230.540,82 €
Stand 31.12.2018	0,00 €	0,00 €	447.203,74 €

Winterdienst	Zweckgebundene Rücklage
Stand 31.12.2010	0,00 €
planmäßiger Verbrauch 2011	0,00 €
Zuführung 2011	+ 52.817,24 €
Stand 31.12.2011	52.817,24 €
planmäßiger Verbrauch 2012	0,00 €
Zuführung 2012	+ 265.616,07 €
Stand 31.12.2012	318.433,31 €
planmäßiger Verbrauch 2013	0,00 €
Zuführung 2013	+ 30.322,58 €
Stand 31.12.2013	348.755,89 €
planmäßiger Verbrauch 2014	0,00 €
Zuführung 2014	+ 66.724,07 €
Stand 31.12.2014	415.479,96 €
planmäßiger Verbrauch 2015	0,00 €
Zuführung 2015	+ 138.957,15 €
Stand 31.12.2015	554.437,11 €
planmäßiger Verbrauch 2016	0,00 €
Zuführung 2016	+ 87.468,42 €
Stand 31.12.2016	641.905,53 €
planmäßiger Verbrauch 2017	0,00 €
Zuführung 2017	0,00 €
Stand 31.12.2017	641.905,53 €
planmäßiger Verbrauch 2018	0,00 €
Zuführung 2017	+ 85.157,17 €
Zuführung 2018	+ 116.396,56 €
Stand 31.12.2018	843.459,26 €
planmäßiger Verbrauch 2019	0,00 €
Stand 31.12.2019	843.459,26 €
planmäßiger Verbrauch 2020	- 70.000,00 €
Stand 31.12.2020	773.459,26 €
planmäßiger Verbrauch 2021	- 110.000,00 €
Stand 31.12.2021	663.459,26 €
planmäßiger Verbrauch 2022	- 110.000,00 €
Stand 31.12.2022	553.459,26 €
planmäßiger Verbrauch 2023	- 110.000,00 €
Stand 31.12.2023	443.459,26 €

Ententeich Bornekamp	Zweckgebundene Rücklage
Stand 31.12.2015	0,00 €
planmäßiger Verbrauch 2016	0,00 €
Zuführung 2016	+ 400.000,00 €
Stand 31.12.2016	400.000,00 €
planmäßiger Verbrauch 2017	0,00 €
Zuführung 2017	+ 0,00 €
Stand 31.12.2017	400.000,00 €
Außerplanmäßiger Verbrauch 2018	- 32.428,37 €
Zuführung 2018	+ 500.000,00 €
Stand 31.12.2018	867.571,63 €

Teich HRB Bornekamp II	Zweckgebundene Rücklage
Stand 31.12.2015	0,00 €
planmäßiger Verbrauch 2016	0,00 €
Zuführung 2016	+ 155.128,05 €
Stand 31.12.2016	155.128,05 €
planmäßiger Verbrauch 2017	0,00 €
Zuführung 2017	+ 300.713,07 €
Stand 31.12.2017	455.841,12 €
planmäßiger Verbrauch 2018	0,00 €
Zuführung 2018	+ 444.158,88 €
Stand 31.12.2018	900.000,00 €

Weiterentwicklung Stadtbetriebe Unna	Zweckgebundene Rücklage
Stand 31.12.2016	0,00 €
planmäßiger Verbrauch 2017	0,00 €
Zuführung 2017	+ 170.000,00 €
Stand 31.12.2017	0,00 €
planmäßiger Verbrauch 2018	0,00 €
Zuführung 2018	+ 170.000,00 €
Stand 31.12.2018	170.000,00 €

Bei den Gebührenrücklagen handelt es sich um die satzungsmäßigen Rücklagen für die Bereiche Abwasser- und Abfallwirtschaft sowie Straßenreinigung, die vor dem 01. Januar 1999 gebildet wurden.

In den Rückstellungen Gebühren wurden in den Vorjahren Rückstellungen für die Vorwegnahme zukünftiger Mindererlöse in den Gebührenbereichen ausgewiesen. Aufgrund einer Stellungnahme des Instituts der Wirtschaftsprüfer sind diese Rückstellungen im Bilanzposten „Sonstige Verbindlichkeiten“ auszuweisen. Die Bestände der Rückstellung Abwasser in Höhe von 548.045,79 € und Abfall in Höhe von 3.627,64 € wurden daher im Rahmen des Jahres-

abschlusses 2011 in den Bilanzposten „Sonstige Verbindlichkeiten“ umgebucht und werden seitdem dort nachgewiesen.

In der Sparte Abwasserwirtschaft ergab sich - unter Berücksichtigung einer planmäßigen Entnahme in Höhe von 620.969,39€ - eine gebührenrechtliche Überdeckung in Höhe von 736.498,39 €, die der Gebührenausgleichsverbindlichkeit Abwasser zugeführt wurde. Zum 31. Dezember 2018 beläuft sich die Gebührenausgleichsverbindlichkeit Abwasser auf insgesamt 1.944.535,45 €.

In der Sparte Abfallwirtschaft ergab sich - unter Berücksichtigung einer planmäßigen Entnahme in Höhe von 300.000,00 € - eine gebührenrechtliche Überdeckung in Höhe von 629.191 ,81 €, die der Gebührenausgleichsverbindlichkeit Abfall zugeführt wurde. Zum 31. Dezember 2018 beläuft sich die Gebührenausgleichsverbindlichkeit Abfall auf insgesamt 1.869.390,06 €.

In der Sparte Straßenreinigung ergab sich - unter Berücksichtigung einer planmäßigen Entnahme in Höhe von 100.000,00€ - eine gebührenrechtliche Überdeckung in Höhe von 37.034,56 €, die der Gebührenausgleichsverbindlichkeit Straßenreinigung zugeführt wurde. Zum 31. Dezember 2018 beläuft sich die Gebührenausgleichsverbindlichkeit Straßenreinigung auf insgesamt 279.666,21 €.

In der Sparte Friedhofswesen ergab sich - unter Berücksichtigung einer planmäßigen Entnahme in Höhe von 90.000,00 € - eine gebührenrechtliche Überdeckung in Höhe von 230.540,82 €, die der Gebührenausgleichsverbindlichkeit Friedhofswesen zugeführt wurde. Zum 31. Dezember 2018 beläuft sich die Gebührenausgleichsverbindlichkeit Friedhofswesen auf insgesamt 447.203,74 €.

Der gebührenrechtliche Abschluss 2011 im Bereich Winterdienst wies eine Überdeckung in Höhe von 52.817,24 € aus. Aufgrund der Beschlüsse des Rates der Kreisstadt Unna vom 10. November 2011, die Finanzierung des Winterdienstes ab dem Wirtschaftsjahr 2012 von einer Gebührenfinanzierung auf eine Grundsteuerfinanzierung umzustellen (Vorlage Nr. 0381/11 und Vorlage Nr. 0381/11/1), konnte dieser Überschuss nicht mehr der Gebührenausgleichsverbindlichkeit Straßenreinigung zugeführt werden. Der Überschuss in Höhe von 52.817,24€ wurde daher zweckgebunden in die Rücklage Risikovorsorge Winterdienst eingestellt.

Aufgrund deutlich erhöhter Aufwendungen für den Winterdienst im Wirtschaftsjahr 2010 hatte sich im Rahmen des Jahresabschlusses 2010 trotz der Auflösung einer 2007 gebildeten Winterdienstrückstellung eine Unterdeckung in Höhe von 290.834,02 € ergeben.

Im Rahmen der Umstellung der Finanzierung des Winterdienstes auf eine Grundsteuerfinanzierung im Rahmen des Wirtschaftsplanes 2012 wurde diese Unterdeckung in die Kalkulation einbezogen und sollte durch eine jeweils hälftige Berücksichtigung in den Wirtschaftsjahren 2012 und 2013 abgebaut werden; darüber hinaus hatte sich der Rat der Kreisstadt Unna seinerzeit dafür ausgesprochen, eine Risikovorsorge für zukünftige Starkwinter anzusparen.

In der Sparte Winterdienst hatte sich im Jahresabschluss 2017 eine Überdeckung in Höhe von 85.157,17€ ergeben, die entsprechend der vom Rat der Kreisstadt Unna in seiner Sitzung 15. Dezember 2011 beschlossenen Vereinbarung zwischen der Kreisstadt Unna und den Stadtbetrieben Unna über die Verwendung des Teilbetrages des Aufkommens aus der Grundsteuer B an die Kreisstadt Unna abgeführt werden sollte - siehe auch Vorlage Nr.

1.276/18. Die zweckgebundene Rücklage Winterdienst belief sich damit zum 31. Dezember 2017 auf insgesamt 641.905,53 €.

Abweichend von diesem Beschlussvorschlag hat der Betriebsausschuss Stadtbetriebe Unna dem Rat einstimmig empfohlen, den Überschuss der Sparte Winterdienst in Höhe von 85.157,17 € der zweckgebundenen Rücklage Winterdienst zuzuführen - siehe auch Vorlage Nr. 1.276/18/1. Dieser Beschlussempfehlung des Betriebsausschusses ist der Rat in seiner Sitzung am 27. September 2018 einstimmig gefolgt.

Im Rahmen der Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzeptes 2019/2020 hat der Rat der Kreisstadt Unna in seiner Sitzung am 13. Dezember 2018 beschlossen (Vorlage Nr. 1.408/18 und Vorlage Nr. 1.351/18/2), der zweckgebundenen Rücklage Winterdienst im Jahr 2020 70.000 € und in den Jahren 2021 bis 2023 jeweils 110.000 € zu entnehmen, wodurch die Zahlungen des 18 v. H-Punkte-Anteils der Kreisstadt an die Stadtbetriebe Unna für den Winterdienst entsprechend reduziert werden.

Dadurch würde sich der Bestand der zweckgebundenen Rücklage Winterdienst von 641.905,53 € zum 31.12.2017 auf 241.062,70 € zum 31.12.2023 reduzieren

Nach der Zuführung des Überschusses 2017 in Höhe von 85.157,17 € beläuft sich die Rücklage auf 727.062,27 €, von denen 400.000,00 € durch den Ratsbeschluss zum Haushaltssicherungskonzept 2019/2020 bereits verfügt sind.

Aufgrund der seinerzeitigen Festlegung des Rates, eine Risikovorsorge für zukünftige Starkwinter anzusparen, soll nach Abstimmung mit der Kreisstadt Unna die sich im Jahresabschluss 2018 ergebende Überdeckung der Sparte Winterdienst in Höhe von 116.396,56 € der zweckgebundenen Rücklage zugeführt werden, die sich nach dieser Zuführung auf 843.459,26 € zum 31.12.2018 und auf 443.459,26 € zum 31.12.2023 - nach den vom Rat beschlossenen Entnahmen - beliefe.

Im Rahmen des Jahresabschlusses 2016 hatte die Betriebsleitung in Abstimmung mit der Kreisstadt Unna vorgeschlagen, wegen der bestehenden besonderen Problematiken des Ententeiches im Bornekamp (Undichtigkeiten, Verschlammung, Teich im Hauptschluss, Änderung der Rechtslage) und des Teiches des Hochwasserrückhaltebeckens Bornekamp II (Verschlammung), für die Sanierung des Ententeiches im Bornekamp 400 T€ und als Anspargung für die Entschlammung des Hochwasserrückhaltebeckens Bornekamp II ca. 155 T€ in zweckgebundene Rücklagen einzustellen (Vorlage Nr. 0933/17). Dieser Empfehlung sind der Betriebsausschuss Stadtbetriebe Unna und der Rat der Kreisstadt Unna gefolgt; der Rat der Kreisstadt Unna hat in seiner Sitzung am 06. Juli 2017 die Zuführungen beschlossen.

Die Gesamtkosten für die Abarbeitung der Problematiken des Ententeiches im Bornekamp werden sich voraussichtlich auf rd. 900 T€ belaufen; in Abstimmung mit der Kreisstadt Unna als Eigentümerin des Ententeiches schlägt die Betriebsleitung daher vor, der zweckgebundenen Rücklage Ententeich im Rahmen des Jahresabschlusses 2018 einen weiteren Betrag in Höhe von 500.000,00 € zuzuführen. Damit beläuft sich die zweckgebundene Rücklage - nach einer Entnahme in 2018 in Höhe von 32.428,37 € - zum 31.12.2018 auf 867.571,63 €.

Die zweckgebundenen Rücklage Teich Hochwasserrückhaltebecken Bornekamp II wurde im Rahmen des Jahresabschlusses 2017 um weitere ca. 301 T€ auf rd. 456 T€ erhöht. Ausgehend von einem Gesamtbedarf in Höhe von ca. 900 T€ schlägt die Betriebsleitung in Abstimmung mit der Kreisstadt Unna vor, der zweckgebundenen Rücklage Teich Hochwasser-

rückhaltebecken Bornekamp II im Rahmen des Jahresabschlusses 2018 einen weiteren Betrag in Höhe von 444.158,88 € zuzuführen. Damit beläuft sich die zweckgebundene Rücklage zum 31.12.2018 auf 900.000,00 €.

Aufgrund der intensiven Diskussion um die Weiterentwicklung der Stadtbetriebe Unna, die sowohl die Standort-, die bauliche als auch die konzeptionelle Situation umfasst, wurde den Stadtbetrieben Unna im Rahmen des Jahresabschlusses 2017 ein Betrag in Höhe von 170 T€ zur Verfügung gestellt, um die mittelfristige Zukunft der Stadtbetriebe Unna planen, gestalten und optimieren zu können. Zahlreiche Untersuchungsaufträge wurden mittlerweile vergeben; die entsprechenden Ausgaben werden ab 2019 fällig werden. Der Bestand der zweckgebundenen Rücklage beläuft sich zum 31.12.2018 auf 170.000,00 €.

II.3 Finanzielle und nicht finanzielle Leistungsindikatoren

II.3.1 Kennzahlen

	<u>31.12.2016</u>	<u>31.12.2017</u>	<u>31.12.2018</u>	<u>Veränderung</u>
<u>Anlagevermögen</u>				
<u>Gesamtvermögen</u>				
Anlagenintensität in %	97,8 %	98,6 %	98,7 %	+ 0,1%-Punkte
<u>Wirtschaftliches Eigenkapital</u>				
<u>Gesamtkapital</u>				
Eigenkapitalquote in %	23,1 %	24,0 %	24,6 %	+ 0,6%-Punkte
<u>Wirtschaftliches Eigenkapital und Lang- und Mittelfristiges Fremdkapital</u>				
<u>Anlagevermögen</u>				
Anlagendeckungsgrad II in %	90,1 %	87,0 %	83,5 %	- 3,5%-Punkte
<u>Liquidität zum Bilanzstichtag</u>	<u>31.12.2016</u>	<u>31.12.2017</u>	<u>31.12.2018</u>	<u>Veränderung</u>
	T€	T€	T€	T€
Kurzfristige Fremdkapital	- 10.982	- 13.383	- 16.930	- 3.547
Liquide Mittel I. und II. Ordnung	1.916	1.196	1.130	- 66
Unterdeckung (-)/Überdeckung I	- 9.066	- 12.187	- 15.800	- 3.613
Liquide Mittel III. Ordnung	78	80	76	- 4
Unterdeckung (-)/Überdeckung II	- 8.988	- 12.107	- 15.724	- 3.617

II.3.2 Umweltschutz, Nachhaltigkeit und Verantwortungsbewusstsein

Im Rahmen der Aufgabenwahrnehmung in allen Sparten stehen Verantwortung und Nachhaltigkeit gegenüber den Kundinnen und Kunden, den Bürgerinnen und Bürgern, unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern und der Umweltschutz im Mittelpunkt unseres Handelns.

Wichtige Stichwörter in diesem Zusammenhang sind Kundenzufriedenheit, Gesundheitsvorsorge und Arbeitsschutz (Erhaltung und Förderung der Gesundheit und Leistungsfähigkeit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter), Weiterbildung und Qualifizierung sowie das Qualitäts- und Umweltmanagement im Bereich Abwasserwirtschaft.

Die Stadtbetriebe Unna sind seit 2003 im Bereich Abwasserwirtschaft nach der Qualitätsmanagement-Norm DIN EN ISO 9001 sowie der Umweltmanagement-Norm DIN EN ISO 14001 zertifiziert.

Die Qualitätsmanagement-Zertifizierung dient

- der nachhaltigen Qualitätssicherung
- dem Aufspüren von Verbesserungs- und Einsparungspotenzialen
- der höheren Zufriedenheit von Kundinnen und Kunden sowie von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern
- der Risikominimierung
- der höheren Wirtschaftlichkeit durch Prozessverbesserung
- der Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit sowie
- der Erfüllung spezifischer Kundenanforderungen.

Eine Umweltmanagement-Zertifizierung dient

- der Reduzierung von Emissionen
- dem gezielten und sparsamen Umgang mit Ressourcen
- der Verringerung von Umweltauswirkungen
- der Verbesserung der Rechtssicherheit
- der Sicherung der Erfüllung der Anforderungen von Kundinnen und Kunden und Behörden
- der Förderung des umweltbewussten Verhaltens der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter
- dem Erreichen selbst gesetzter Umweltziele
- der kontinuierlichen Verbesserung der Umweltleistungen
- dem frühzeitigen Erkennen von Fehlerquellen und deren Beseitigung
- der Verbesserung des Images bei Kundinnen und Kunden und in der Öffentlichkeit.

Die internationale Organisation für Normung (ISO — international Organization for Standardization, Genf) hatte im September 2015 die aktuellen Versionen der ISO 9001 und der ISO 14001 veröffentlicht. Sie sind das Resultat einer dreijährigen Revision von Experten und Beobachtern aus 95 bzw. 63 Ländern. Dabei wurden die Normen inhaltlich überarbeitet und den weltweiten gesellschaftlichen Entwicklungen angepasst.

Eine bedeutende Änderung der DIN EN ISO 9001, Stand 2015, war die Stärkung des risikobasierten Ansatzes. So fordert die Norm, dass die Organisation auf Basis der Untersuchung ihres Kontexts, also ihres internen und externen Umfelds, Risiken und Chancen bestimmt und entsprechende Maßnahmen plant. Der risikobasierte Ansatz zieht sich jetzt durch das gesamte Dokument.

In der geänderten DIN EN ISO 14001, Stand 2015, kommt im Vergleich zur Vorgängerversion dem Umweltmanagement innerhalb eines Unternehmens eine höhere Bedeutung zu. So

werden Organisationen jetzt aufgefordert, den Kontext der Organisation und das darin befindliche Umweltmanagementsystem strategisch zu betrachten und zu verstehen. Dabei richtet sich der Blick nicht nur auf die Organisation selbst, sondern geht über deren Grenzen hinaus: zum Beispiel durch die Einbeziehung der Kundinnen und Kunden, der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, der Lieferantinnen und Lieferanten, der Kooperationspartnerinnen und Kooperationspartner sowie der Kostenträger.

Darüber hinaus wird die Rolle der Führungskräfte eines Unternehmens stärker betont, ebenso wie proaktive Initiativen zum Schutz der Umwelt, zum Beispiel durch den Einsatz nachhaltiger Ressourcen und die Vermeidung von Klimarisiken. Die revidierte Norm hebt zudem die Bedeutung effektiver Kommunikation hervor und die Betrachtung der Lebenszyklen eines Produktes, von der Entwicklung über die Produktion bis zur Wiederverwertung oder endgültigen Entsorgung.

Unternehmen oder Organisationen, die nach DIN EN ISO 9001, Stand 2008, bzw. DIN EN ISO 14001, Stand 2008, zertifiziert sind, haben drei Jahre Zeit, sich nach der aktuellen Version der Norm zertifizieren zu lassen. Das Internationale Akkreditierungsforum (IAF) hat — wie auch bei der Fassung aus dem Jahr 2008 — eine dreijährige Übergangsfrist beschlossen. Damit verlieren bestehende Zertifikate spätestens im September 2018 ihre Gültigkeit.

Die Stadtbetriebe Unna hatten sich dafür entschieden, sich nach den neuen Normen zertifizieren zu lassen und eine entsprechende Anpassung der Regelwerke und Arbeitsweisen durchzuführen. Der Übergang auf die neuen Normen erfolgte in einem zweistufigen Verfahren, bestehend aus einer Bereitschaftsbewertung und dem eigentlichen Systemaudit / Rezertifizierungsaudit.

Die Bereitschaftsbewertung sowie die Anpassung der Regelwerke und Arbeitsweisen waren bereits erfolgt, das Rezertifizierungsaudit erfolgte vom 04. bis 06. Juli 2018 und konnte erfolgreich abgeschlossen werden.

III. Feststellungen im Rahmen der Prüfung nach § 53 HGrG

Die Prüfung nach § 53 Haushaltsgrundsätzegesetz (HGrG) wird als Erweiterung im Rahmen der Jahresabschlussprüfung vorgenommen. Dabei wird der vom IDW (Institut der Wirtschaftsprüfer in Deutschland e.V.) nach Abstimmung mit dem Bundesministerium der Finanzen, dem Bundesrechnungshof und den Landesrechnungshöfen veröffentlichte IDW PS 720 - Fragenkatalog zur Prüfung nach § 53 HGrG - beachtet. Die erforderlichen Feststellungen werden im Prüfungsbericht dargestellt.

Die Prüfung hat keine Feststellungen oder Besonderheiten ergeben, die für die Beurteilung der Ordnungsmäßigkeit der Betriebsleitung von Bedeutung waren.

IV. Risikomanagement

Gemäß § 10, I Eigenbetriebsverordnung NRW ist für die dauernde technische und wirtschaftliche Leistungsfähigkeit einer eigenbetriebsähnlichen Einrichtung zu sorgen. Hierzu ist u. a. ein Überwachungssystem einzurichten, das es ermöglicht, etwaige bestandsgefährdende Entwicklungen frühzeitig zu erkennen. Zur Risikofrüherkennung gehören insbesondere

- die Risikoidentifikation,
- die Risikobewertung,
- Maßnahmen der Risikobewältigung einschließlich der Risikokommunikation,

- die Risikoüberwachung / Risikofortschreibung und
- die Dokumentation.

Die Kommunalagentur NRW (bis 2012: Kommunal— und Abwasserberatung NRW) hatte im Auftrag der Stadtbetriebe Unna eine Risikobewertung durchgeführt. Hierbei hatten sich keine wesentlichen entwicklungsbeeinträchtigenden Risiken und keine konkreten bestandsgefährdenden Risiken für die Stadtbetriebe Unna ergeben.

Die Stadtbetriebe Unna haben zu diesem Thema in der Sitzung des Betriebsausschusses Stadtbetriebe Unna am 06. Dezember 2010 umfassend berichtet (siehe Vorlage Nr. 0057/10).

Durch das Risikomanagement soll sichergestellt werden, dass Risiken umfassend und zeitnah erkannt und somit frühzeitig Gegenmaßnahmen zur Risikominimierung eingeleitet werden können. Ziel ist dabei nicht die Vermeidung aller potenziellen Risiken, sondern der bewusste und verantwortungsvolle Umgang mit denselben aufgrund einer umfassenden Kenntnis der Risiken und der zugrundeliegenden Risikozusammenhänge.

Die Fortschreibungen der Risikobewertung 2011, 2012, 2013, 2014, 2015, 2016, 2017 und 2018 bestätigen die seinerzeit getroffenen Feststellungen.

Im Jahr 2013 wurden in Folge des Defektes des Festplattenverbundes im Datenverarbeitungssystem der Stadtbetriebe Unna und dem damit verbundenen Datenverlust im Buchhaltungssystem KIRP im Zeitraum Dezember 2012 bis Anfang Mai 2013 umfangreiche Untersuchungen wesentlicher Teile des gesamten IT-Systems durch ein externes Fachunternehmen durchgeführt. Auf Grundlage des im August 2013 vorgelegten Untersuchungsberichts wurde ein nach Prioritäten gestuftes Maßnahmenpapier erarbeitet, wodurch das gesamte IT-System sukzessive optimiert wurde. Die letzten Maßnahmen wurden im Wirtschaftsjahr 2016 umgesetzt. Die Funktionsfähigkeit wird regelmäßig überprüft.

Im Oktober 2015 wurde bei Luftmessungen festgestellt, dass einige Räumlichkeiten der Stadtbetriebe Unna mit Aluminiumsilikatfasern belastet sind. Diese Belastung kam durch den unsachgemäßen Umgang mit Aluminiumsilikatfasern in den angrenzenden Betrieben und Undichtigkeiten in den Gebäuden zustande. Bei Aluminiumsilikatfasern handelt es sich um Fasern, die bezüglich ihrer gesundheitlichen Gefährdung zwischen Asbestfasern und künstlichen Mineralfasern (KMFFasern) einzustufen sind. Aluminiumsilikatfasern wurden nach der Richtlinie 67/548/EWG der europäischen Gemeinschaft als karzinogen der Kategorie 2 klassifiziert: „Stoffe, die anzusehen sind, als wären sie für Menschen karzinogen“. Dies wurde durch die Internationale Agentur für Krebsforschung der Weltgesundheitsorganisation (IARC) bestätigt. Die Technischen Regeln für Gefahrstoffe (TRGS) 558 — Tätigkeiten mit Hochtemperaturwolle — definieren Faserstäube, die bei Tätigkeiten mit Aluminiumsilikatwolle freigesetzt werden, als Faserstäube mit krebserzeugendem Wirkprinzip.

Die Technischen Regeln für Gefahrstoffe (TRGS) geben den Stand der Technik, Arbeitsmedizin und Arbeitshygiene sowie sonstige gesicherte arbeitswissenschaftliche Erkenntnisse für Tätigkeiten mit Gefahrstoffen, einschließlich deren Einstufung und Kennzeichnung, wieder.

Sie werden vom Ausschuss für Gefahrstoffe (AGS) ermittelt bzw. angepasst und vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales nach @ 21 Abs. 4 der Gefahrstoffverordnung im Gemeinsamen Ministerialblatt bekannt gegeben.

Aufgrund der festgestellten Belastungen wurden einige Räumlichkeiten entmietet und die verbleibenden Räumlichkeiten einer Feinreinigung unterzogen, bei der die angefallenen keramikfaserhaltigen Stäube entfernt wurden. Nach Abschluss der Reinigungsmaßnahme wurden sämtliche Räume mit Raumluftmessungen auf ihre Belastungen beprobt; dabei wurden keine Keramikfasern mehr nachgewiesen.

Seitdem wurden in regelmäßigen Abständen Kontrollmessungen durchgeführt, die — falls erneute Messungen minimale Belastungen mit Keramikfasern nachwiesen — zu Nachreinigungen der betroffenen Bereiche führten.

Im Februar 2019 wurden die bisher letzten Kontrollmessungen durchgeführt; dabei wurde in einem Flur und einem Raum erneut eine minimale Belastung mit Keramikfasern festgestellt. Die Nachreinigung erfolgte am 13. und 14. April 2019.

Die nächsten Kontrollmessungen werden im September 2019 erfolgen.

Um für die Zukunft eine Belastung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie der Besucherinnen und Besucher auszuschließen, enthielt der Vermögensplan 2017 einen Planungskostenansatz in Höhe von 140 T€, um eine alternative Unterbringung auf dem Betriebsgelände planen zu können.

Zwischenzeitlich wurde ein Architekt mit der Grundlagenermittlung, der Vorplanung, der Entwurfsplanung und einer Kostenschätzung für die Verlagerung der Verwaltung auf das Betriebsgelände beauftragt. Die Ergebnisse (Vorlage Nr. 1.046/17) wurden dem Betriebsausschuss Stadtbetriebe Unna in seinen Sitzungen am 21. November 2017 und 13. Dezember 2017 vorgestellt und intensiv diskutiert. Die beschlossenen Empfehlungen an den Rat der Kreisstadt Unna lauteten,

1. den Standort des Betriebshofes der Stadtbetriebe Unna an der Viktoriastraße 11 beizubehalten und dort ein neues Verwaltungsgebäude für die Stadtbetriebe Unna zu errichten,
2. das als Verwaltung genutzte Wohnhaus mit der dahinterliegenden Fahrzeughalle abzureißen und
3. eine Fahrzeughalle mit 5 LKW—Stellplätzen zu errichten.
4. Das gesamte Betriebsgelände solle überplant werden, um künftige Entwicklungen des Betriebes zu ermöglichen. Die beschlossenen Bauvorhaben sollten so ausgerichtet werden, dass sie zukünftigen baulichen Weiterentwicklungen nicht entgegenstehen. Das neu zu errichtende Verwaltungsgebäude solle in der Statik so ausgerichtet sein, das zum Beispiel Dachbegrünung und Fotovoltaik möglich seien.

Der Rat der Kreisstadt Unna ist in seiner Sitzung am 14. Dezember 2017 mit 43 zu 2 Stimmen dieser Empfehlung gefolgt und hat in selber Sitzung den Wirtschaftsplan der Stadtbetriebe Unna, in dem die Plankosten für den Verwaltungsneubau und die Fahrzeughalle entsprechend der Kostenaufstellung gemäß der Vorlage Nr. 1.046/17 für die Planjahre 2018 und 2019 mit 3.225 T€ veranschlagt waren, einstimmig beschlossen. Einschließlich der Planungskosten aus dem Wirtschaftsjahr 2017 in Höhe von 140 T€ sollten sich die voraussichtlichen Gesamtkosten auf 3.365 T€ belaufen.

Nachdem der Architekt in der Sitzung des Betriebsausschusses Stadtbetriebe Unna am 18. September 2018 eine fortgeschriebene Kostenübersicht vorgelegt hatte, die von einer Erhöhung der Baukosten von 3.365 T€ auf ca. 3.824 T€ ausging, wurde vom Rat der Kreisstadt Unna im Rahmen des Wirtschaftsplanes 2019 aufgrund zu erwartender Baupreissteigerun-

gen der Gesamtkostenrahmen für den Neubau von Verwaltungsgebäude und Fahrzeughalle auf 4.580 T€ angepasst.

Mittlerweile sind von Dezember 2018 bis Februar 2019 die Abrissarbeiten erfolgt, die Baugenehmigung für das neue Verwaltungsgebäude und die Fahrzeughalle erfolgte am 25. Februar 2019.

Die Betriebsleitung berichtete in der Sitzung des Betriebsausschusses am 03. Juli 2019, dass die Ausschreibungen für Erdarbeiten, Rohbau, Aufzug, Gerüst, Hallenbau, Fassade, Estrich, Heizung/Sanitär, Naturstein, Trockenbau, Putzarbeiten, Elektro, Maler, Blitzschutz, Fliesen, Bodenbeläge, Lüftungs-/Kältetechnik und Gebäudetechnik erfolgt seien. Weitere Ausschreibungen würden vorbereitet.

Da das Ergebnis der Ausschreibung der Erdarbeiten aufgrund der erheblichen Abweichung des einzigen abgegebenen Angebots von der Kostenschätzung (Kostenschätzung ca. 550 T€, Angebotspreis ca. 1.079 T€) nicht zufriedenstellend gewesen sei, habe man in Abstimmung mit dem Architekten, der Vergabestelle und dem Rechnungsprüfungsamt entschieden, diese Ausschreibung aufzuheben.

Nachdem die Leistungen der Erdarbeiten in mehrere kleine Leistungsverzeichnisse aufgeteilt worden sind, soll eine erneute Ausschreibung für den ersten Abschnitt der Erdarbeiten erfolgen.

Die wirtschaftliche Entwicklung der Stadtbetriebe Unna ist wesentlich geprägt durch die Erhebung der Gebühren nach dem Kommunalabgabensetz NRW. Es sind Tendenzen erkennbar, dass insbesondere die bisherigen obergerichtlich festgelegten Grundsätze zur Ermittlung und zum Umfang der ansatzfähigen kalkulatorischen Kosten obergerichtlich neu überprüft und gegebenenfalls korrigiert werden. Folge wäre, dass wirtschaftliche Spielräume der Stadtbetriebe Unna minimiert würden.

Für die Zukunft sind die Risiko- und Gefährdungspotentiale weiterhin regelmäßig zu überprüfen und an sich ergebende aktuelle Notwendigkeiten anzupassen.

Die Chancen, die sich für den Betrieb im Hinblick auf die Eröffnung und Positionierung zu neuen Geschäftsfeldern ergeben könnten, werden seitens der Betriebsleitung in einem kontinuierlichen Prozess unterjährig überprüft.

V. Prognosebericht

V.1 Ausblick auf das Geschäftsjahr 2019

Als rechtlich unselbstständiges Sondervermögen der Kreisstadt Unna sind die Stadtbetriebe Unna nicht insovenzgefährdet.

Der 1. Nachtrag zum Doppelhaushalt 2015 / 2016 (Vorl.—Nr. 0430/15/3) mit der Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzeptes der Kreisstadt Unna für die Jahre 2015 bis 2020, die vom Rat der Kreisstadt Unna in seiner Sitzung am 17. Dezember 2015 beschlossen wurde, ging in seinem Haushaltssicherungsvorschlag 1 davon aus, dass aufgrund der Ausweisung eines Gewinns von rd. 954 T€ im testierten Jahresergebnis der Stadtbetriebe Unna für das Jahr 2013 und der Ausweisung eines Gewinns von über 1.600 T€ im Entwurf des Jahresabschlusses 2014 es durchaus realistisch sei, mit einer dauerhaften Ergebnisabführung in Höhe von 1.200 T€ pro Jahr zu rechnen.

Dabei ist folgende Veränderung zu beachten: Bis einschließlich der Veranschlagung im Ursprungs - Haushaltsplan 2015 / 2016 der Kreisstadt Unna bezog sich die veranschlagte Ergebnisabführung der Stadtbetriebe Unna des jeweiligen Haushaltsjahres auf das gleichlautende Wirtschaftsjahr der Stadtbetriebe Unna.

Mit dem 1. Nachtrags-Haushaltsplan 2015 / 2016 wurde dieser Gleichklang aufgegeben.

Die Veranschlagung im Haushaltsjahr 2015 der Kreisstadt Unna bezog sich auf die Ergebnisabführungen der Wirtschaftsjahre 2013 und 2014 der Stadtbetriebe Unna und ab dem Haushaltsjahr 2016 der Kreisstadt Unna jeweils auf das vorangegangene Wirtschaftsjahr der Stadtbetriebe Unna.

Die Fortschreibungen der Haushaltssicherungskonzepte der Kreisstadt Unna für die Jahre 2017 bis 2020 und für die Jahre bis 2023, die vom Rat der Kreisstadt Unna in seinen Sitzungen am 01. Dezember 2016 bzw. 13. Dezember 2018 beschlossen wurden, führen diese Ergebnisabführung in Höhe von 1.200 T€ bis ins Jahr 2022 fort.

Damit ergaben sich für die Wirtschaftsplanjahre 2018 bis 2023 der Stadtbetriebe Unna nachfolgende Ergebnisabführungen:

	2018	2019	2020	2021	2022	2023
Ergebnisabführung	1.200 T€					

Das Wirtschaftsjahr 2023 enthält keine Gewinnabführungsveranschlagung, da über die in 2024 gegebenenfalls zu erfolgende Gewinnabführung für das Wirtschaftsjahr 2023 im Haushaltssicherungskonzept der Kreisstadt Unna keine Angaben vorliegen.

Der am 13. Dezember 2018 vom Rat der Kreisstadt Unna beschlossene Wirtschaftsplan 2019 der Stadtbetriebe Unna weist einen Planüberschuss in Höhe von 1.448 T€ (davon Saldo Gewinn Originärer Bereich in Höhe von 4.685 T€ abzüglich Verlust Auftragsbereich in Höhe von 3.240 T€ in Höhe von 1.445 T€) aus und erfüllt damit die Vorgabe des Haushaltssicherungskonzeptes für das Wirtschaftsplanjahr 2019.

Wesentliche Ursache für die planerische Zielerreichung in 2019 ist die Ausweitung des bilanziellen Überschusses im Bereich Abwasserwirtschaft auf 5.217 T€, die sich aus der Anpas-

sung der bilanziellen Abschreibung an die kalkulatorische Abschreibung im Rahmen des Jahresabschlusses 2018 ergibt. Die Abschreibungen werden vom Restbuchwert errechnet, der Abschreibungssatz für das Kanalvermögen betrug handelsbilanzrechtlich bislang 2,00 v. H., die Abschreibung erfolgte über 50 Jahre. Im Rahmen des Jahresabschlusses 2018 wurde dieser Abschreibungssatz an den kalkulatorischen Abschreibungssatz in Höhe von 1,49 v. H. angepasst, sodass die handelsbilanzrechtliche Abschreibung ebenfalls über 67 Jahre erfolgt.

Die Veranschlagung der bilanziellen Abschreibungen Abwasserwirtschaft im Wirtschaftsplan 2019 weist diese Veränderung ebenfalls aus.

Mittelfristig muss weiterhin davon ausgegangen werden, dass die Belastungen aus der Zahlungsübernahme für die Kreisstadt Unna für die Niederschlagswassergebühren Straßen aufgrund mittelfristig steigender Abwassergebühren sich weiter erhöhen werden.

Ausgehend von den Planzahlen 2019, den Entwicklungen in den Monaten Januar bis Juni 2019 sowie den voraussichtlichen Entwicklungen der kommenden Monate kann zurzeit von folgenden Prognosen ausgegangen werden:

	Plan 2019	Prognose 2019	Ergebnis 2018	Ergebnis 2017
	€	€	€	€
Abwasserwirtschaft	+ 5.217.000	+ 6.321.000	+ 6.321.646,59	+ 4.800.713,94
Abfallwirtschaft	+ 18.000	+ 18.000	+ 44.860,95	+ 50.651,92
Straßenreinigung	+ 15.000	+ 15.000	+ 19.571,31	+ 28.023,02
Städtische Friedhöfe	- 83.000	- 83.000	- 35.196,82	- 29.584,81
Gewässerunterhaltung	- 133.000	- 113.000	- 124.961,73	- 38.533,48
Hochwasserschutz	- 349.000	- 299.000	- 189.707,29	- 61.529,91
Summe Originärer Bereich	+ 4.685.000	+ 5.769.000	+ 6.036.213,01	+ 4.749.740,68
Straßenunterhaltung	+ 0	- 80.000	+ 43.899,87	+ 52.087,24
Anteile Kreisstadt Unna	- 3.127.000	- 3.127.000	- 3.101.026,15	- 3.001.862,60
Grünflächenpflege	+ 0	+ 0	+ 188.892,73	+ 218.625,71
Anteil Kreisstadt Unna	- 113.000	- 113.000	- 112.463,66	- 112.373,12
Winterdienst	+ 0	+ 0	+ 0,00	+ 0,00
Sonstige Auftragsleistungen	+ 0	+ 20.000	+ 25.087,39	+ 35.208,11
Summe Auftragsbereich	- 3.240.000	- 3.300.000	- 3.043.409,56	- 2.808.314,66
Gewinn (+) / Verlust (-)	+ 1.445.000	+ 2.469.000	+ 2.992.803,45	+ 1.941.426,02
Duale Systeme	+ 1.000	- 50.000	- 39.649,80	- 20.854,95
Grabpflege	+ 1.000	+ 2.000	+ 3.419,29	+ 2.785,35
Sonstige Drittleistungen	+ 1.000	+ 0	- 3.905,09	- 1.234,63
Summe Drittbereich	+ 3.000	- 48.000	- 40.135,60	- 19.304,23
Gesamtergebnis	+ 1.448.000	+ 2.421.000	+ 2.952.667,85	+ 1.922.121,79

Die Gebührenkalkulation 2019 im Bereich **Abwasserwirtschaft** berücksichtigte eine gebührenrechtliche Kostendeckung von 100 v. H. und prognostizierte eine Unterdeckung in Höhe von 0 T€.

Die Entwicklung des Gebührenbereichs verläuft im Wesentlichen planungskonform im Rahmen der Kalkulation. Nach den derzeit vorliegenden Zahlen kann davon ausgegangen werden, dass eine 100%-ige Kostendeckung erreicht werden kann.

Das bilanzielle Ergebnis gemäß Wirtschaftsplan 2019 beläuft sich auf 5.217 T€ und aufgrund der Anpassung der Laufzeit der bilanziellen Verzinsung an die Laufzeit der kalkulatorischen

Verzinsung (von 50 Jahren auf 67 Jahre) in 2018 kann von einer Verbesserung von rd. 1.014 T€ ausgegangen werden.

Die Gebührenkalkulation 2019 im Bereich **Abfallwirtschaft** berücksichtigte eine gebührenrechtliche Kostendeckung von 100 v. H. und prognostizierte eine Unterdeckung in Höhe von 0 T€.

Aufgrund gegenüber der Kalkulation erhöhter Gefäßzahlen ist davon auszugehen, dass sich Gebührenmehreinnahmen ergeben werden. Da sich die Kosten zurzeit im Rahmen der Kalkulation bewegen, kann für den Gebührenabschluss 2019 mit einer leichten Überdeckung des Gebührenhaushaltes gerechnet werden, die der Gebührenausgleichsverbindlichkeit zugeführt werden wird.

Das bilanzielle Ergebnis gemäß Wirtschaftsplan 2019 beläuft sich auf 18 T€ und wird voraussichtlich erreicht werden können.

Die Gebührenkalkulation 2019 im Bereich **Straßenreinigung** berücksichtigte eine gebührenrechtliche Kostendeckung von 100 v. H. und prognostizierte eine Unterdeckung in Höhe von 0 T€. Nach den derzeit vorliegenden Zahlen kann davon ausgegangen werden, dass eine 100%-ige Kostendeckung erreicht werden kann.

Das bilanzielle Ergebnis gemäß Wirtschaftsplan 2019 beläuft sich auf 15 T€ und wird voraussichtlich erreicht werden können.

Die Gebührenkalkulation 2019 im Bereich **Friedhofswesen** berücksichtigte — ausgehend von den Ergebnissen der Vorjahre — eine gebührenrechtliche Kostendeckung von 100 v. H., einen grünpolitischen Anteil von 110 T€ und prognostizierte eine Unterdeckung in Höhe von 0 T€.

Nach den zurzeit vorliegenden Zahlen könnten sich im Jahresabschluss niedrigere Bestattungszahlen (500 statt 515) sowie Verschlechterungen bei den Verlängerungen (1.858 statt 2.400 Jahre) ergeben, denen Verbesserungen bei den Graberwerben (304 statt 295) und den Trauerfeiern (240 statt 230) gegenüberstehen. Aufgrund der starken Fluktuation im Friedhofswesen (monatliche Höchst- und Tiefstwerte für 2018 / 2019: Bestattungen 62 bzw. 22, Graberwerbe 35 bzw. 13, Verlängerungen 365 bzw. 101 Jahre, Trauerfeiern 31 bzw. 14) ist davon auszugehen, dass zum Jahresende insgesamt mit einem ausgeglichenen Gebührenhaushalt bzw. einer leichten Gebührenunterdeckung gerechnet werden kann.

Das bilanzielle Ergebnis gemäß Wirtschaftsplan 2019 beläuft sich auf— 83 T€ und ist stark davon abhängig, in welcher Höhe aus den vereinnahmten Erwerbsgebühren Friedhof Beträge im Rahmen der passiven Rechnungsabgrenzung für die Nutzungszeiten abgegrenzt werden müssen.

Die jährlichen Abgrenzungsbeträge für die Jahre 2012 bis 2018 variieren zwischen 361 T€ und 486 T€. Für die Wirtschaftsplanung 2019 wurde eine passive Rechnungsabgrenzung in Höhe von 525 T€ zugrunde gelegt.

Nach den zurzeit vorliegenden Daten kann davon ausgegangen werden, dass das bilanzielle Planergebnis in Höhe von — 83 T€ erreicht werden wird.

Die Veranschlagung 2019 des Bereiches **Gewässerunterhaltung** enthält unter Berücksichtigung von Sondermaßnahmen in Höhe von 411 T€ sowie von Entnahmen aus der zweckge-

bundenen Rücklage für den Ententeich Bornekamp in Höhe von 400 T€ ein Plandefizit in Höhe von 133 T€. Es kann davon ausgegangen werden, dass diese Vorgaben um ca. 20 T€ unterschritten werden.

Die Veranschlagung 2019 des Bereiches **Hochwasserschutz** enthält unter Berücksichtigung von Sondermaßnahmen in Höhe von 5 T€ ein Plandefizit in Höhe von 349 T€. Es kann davon ausgegangen werden, dass diese Vorgaben um ca. 50 T€ unterschritten werden.

Für das Wirtschaftsjahr 2019 ist für den Bereich **Straßenunterhaltung (Unterhaltungsaufwand)** unter Berücksichtigung von städtischen Leistungsentgelten in Höhe von 11305 T€ sowie von zusätzlichen Entgelten in Höhe von 300 T€ zur Verbesserung des Erscheinungsbildes des Straßenbegleitgrüns ein ausgeglichenes Planergebnis ausgewiesen. Aufgrund der Trockenheit des letztjährigen und auch dieses Sommers sind die Aufwendungen für Baumfällungen und die Beseitigung von Totholz deutlich gestiegen. Zurzeit muss davon ausgegangen werden, dass sich für den Bereich Straßenunterhaltung (Unterhaltungsaufwand) eine Unterdeckung von rund 60 T€ bis 80 T€ ergeben könnte.

Der Wirtschaftsplan 2019 weist im Bereich **Straßenunterhaltung (Anteile Kreisstadt Unna)** ein Defizit in Höhe von 3.127,0 T€ aus. Die Stadtbetriebe Unna leisten hier für die Kreisstadt Unna die durch die Stadtbetriebe Unna nicht beeinflussbaren Niederschlagswassergebühren Straße in Höhe von 29979 T€ (2.925,0 T€ Niederschlagswassergebühren zuzüglich 72,9 T€ Umlagen) und den kommunalen Anteil Straßenreinigung in Höhe von 129,1 T€ (126,0 T€ Anteil Straßenreinigung zuzüglich 3,1 T€ Umlagen).

Aufgrund der Veranlagung und Zahlung für 2019 ist davon auszugehen, dass das Planergebnis erreicht werden wird.

Für das Wirtschaftsjahr 2019 ist für den **Grünbereich (Unterhaltungsaufwand)** unter Berücksichtigung von städtischen Leistungsentgelten in Höhe von 980 T€ sowie von zusätzlichen Entgelten in Höhe von 50 T€ für die verbesserte Grünpflege der Spielplätze ein ausgeglichenes Planergebnis veranschlagt. Aufgrund der Trockenheit des letztjährigen und auch dieses Sommers sind die Aufwendungen für Baumfällungen und die Beseitigung von Totholz (z. B. für den Bereich der Park- und Grünanlagen sowie auch für die Bereiche Immobilienmanagement, Schulen und Spielplätze) in 2019 deutlich angestiegen. Durch vorhandene Rückstellungen für den Bereich Park- und Grünanlagen sowie höhere Erlöse der Bereiche Immobilienmanagement, Schulen und Spielplätze könnte es gelingen, den Jahresabschluss 2019 ausgeglichen zu gestalten.

Der Wirtschaftsplan 2019 weist für den **Grünbereich (Anteil Kreisstadt Unna)** ein Defizit in Höhe von 113,0 T€ aus. Die Stadtbetriebe Unna leisten hier für die Kreisstadt Unna die durch die Stadtbetriebe Unna nicht beeinflussbaren Zahlungen des grünpolitischen Anteils für die Funktion des West- und Südfriedhofs als öffentliche Park- und Grünanlage in Höhe von 113,0 T€ (110 T€ grünpolitischer Anteil zuzüglich 3,0 T€ Umlagen). Es ist davon auszugehen, dass das Planergebnis erreicht werden wird.

Für das Wirtschaftsjahr 2019 ist für den Bereich **Winterdienst** unter Berücksichtigung von städtischen Leistungsentgelten in Höhe von 409 T€ ein ausgeglichenes Planergebnis veranschlagt. Da das Altdefizit aus dem Jahr 2010 in Höhe von 290 T€ in den Jahren 2012 und 2014 abgebaut werden konnte, konnte der Grundsteueranteil zur Finanzierung des Winterdienstes von 25 v. H. Punkten zum 01.01.2015 auf 18 v. H.-Punkte zurückgeführt werden.

Der Bestand der bestehenden zweckgebundenen Rücklage für den Winterdienst beläuft sich zum 31.12.2018 — nach der Zuführung der Überdeckungen 2017 und 2018 in Höhe von ca. 201 T€ auf ca. 843 T€. Nach dem Beschluss zum Doppelhaushalt 2019/2020 der Kreisstadt Unna (Vorlage Nr. 1.408/18 und Vorlage Nr. 1.351/18/2) sollen dieser Rücklage im Jahr 2020 70 T€ und in den Jahren 2020 bis 2023 jeweils 110 T€ entnommen werden, wodurch die Zahlungen des 18 v. H-Punkte-Anteils der Kreisstadt an die Stadtbetriebe Unna für den Winterdienst entsprechend reduziert werden. Der verfügbare Bestand der zweckgebundenen Rücklage für den Winterdienst beläuft sich daher zum 31.12.2018 auf ca. 443 T€.

Aufgrund dieser bestehenden zweckgebundenen Rücklage für den Bereich Winterdienst kann davon ausgegangen werden, dass das Planergebnis — auch bei einem Starkwinter in der zweiten Jahreshälfte 2019 — erreicht werden wird.

Der Bereich **Sonstige Auftragsleistungen** hat sich in den vergangenen Jahren positiv entwickelt. Ausgehend von einer Unterdeckung in 2007 von 4 T€ konnten in den Folgejahren Überdeckungen zwischen 16 T€ und 61 T€ erzielt werden. Für 2019 kann von einer Überdeckung von rund 20 T€ ausgegangen werden.

Bei der Aufstellung des Wirtschaftsplanes 2019 wurde für den Bereich **Duale Systeme** eine Überdeckung in Höhe von 1 T€ eingeplant. Aufgrund des seit 2017 überproportional gestiegenen Aufwandes und der reduzierten Altpapiererlöse muss damit gerechnet werden, dass sich für 2019 eine Unterdeckung in Höhe von ca. 50 T€ ergeben könnte.

Da mittelfristig aufgrund der geänderten Marktsituation nicht mit einem Anstieg der Altpapiererlöse gerechnet werden kann, sollte versucht werden, den Aufwand entsprechend anzupassen.

Der Bereich **Grabpflege** hatte sich in den letzten Wirtschaftsjahren deutlich verschlechtert, was im Wesentlichen auf Mehrbelastungen im Rahmen der innerbetrieblichen Leistungsverrechnung (Personal) zurückzuführen war. Seit dem 01. Januar 2009 werden keine neuen Dauergrabpflegeverträge abgeschlossen, die bestehenden Jahrespflegeverträge wurden zum 31.12.2008 gekündigt. Ziel war es, das Defizit gegenüber den Vorjahren deutlich zu reduzieren.

Die Unterdeckungen haben sich von 39 T€ in 2007, über 29 T€ in 2008, 14 T€ in 2009 auf 1 T€ in 2010 reduziert. Im Jahresabschluss 2011 konnte erstmals ein Überschuss in Höhe von 10 T€ ausgewiesen werden. Die Überschüsse belaufen sich im Jahresabschluss 2012 auf 8,4 T€, im Jahresabschluss 2013 auf 5,6 T€, im Jahresabschluss 2014 auf 3,5 T€, im Jahresabschluss 2015 auf 1,5 T€, im Jahresabschluss 2016 auf 8,3 T€, im Jahresabschluss 2017 auf 2,8 T€ und im Jahresabschluss 2018 auf 3,4 T€. Für das Wirtschaftsjahr 2019 kann davon ausgegangen werden, dass sich trotz der seit mehreren Jahren rückläufigen Verzinsung eine Überdeckung von ca. 2 T€ ergeben wird.

Die Ergebnis-Entwicklung im Bereich **Sonstige Drittleistungen** war in den letzten Jahren positiv verlaufen. Ausgehend von einer Unterdeckung von 6 T€ in 2007 hatten sich für 2008 Überdeckungen von 10 T€, für 2009 von 17 T€, für 2010 von 7 T€, für 2011 von 9 T€, für 2012 von 9,8 T€, für 2013 von 5,4 T€, für 2014 von 6,6 T€, für 2015 von 2,1 T€ und für 2016 von 0,5 T€ ergeben; das Jahr 2017 schloss mit einer Unterdeckung von 1,2 T€ ab. Nachdem schon im letzten Jahresabschluss festzustellen war, dass die Umsätze im Bereich sonstige Drittleistungen von 119 T€ in 2007 auf 1,9 T€ in 2017 zurückgegangen waren, sind sie in 2018 auf nur noch 1,6 T€ gesunken. Unter Berücksichtigung von Abschluss— und Prüfungs-

kosten in Höhe von insgesamt 4,1 T€ ergab sich für 2018 eine Unterdeckung in Höhe von 3,9 T€. Es ist auch für 2019 davon auszugehen, dass das Planergebnis in Höhe von 1 T€ nicht erreicht werden kann.

Zusammenfassend kann damit zurzeit davon ausgegangen werden, dass der im Wirtschaftsplan 2019 veranschlagte Gewinn im Originären Bereich in Höhe von 4.685 T€ um 1.084 T€ überschritten werden wird. Im Auftragsbereich werden sich aller Voraussicht nach Verschlechterungen gegenüber der Planung (— 3.240 T€) um 60 T€ auf — 3.300 T€ ergeben. Saldiert wird sich damit das Ergebnis 2019 voraussichtlich auf + 2.469 T€ (5.769 T€ Gewinn Originärer Bereich abzüglich Verlust Auftragsbereich 3.300 T€) belaufen, so dass damit das Ziel einer Gewinnabführung für 2019 in Höhe von 1.200 T€ erreicht werden kann.

Im Rahmen des Finanzcontrollings werden alle relevanten Aufgaben und Prozesse überprüft, um entsprechende Gegensteuerungen im Hinblick auf die Zielerreichung zu ermöglichen.

Weitere Vorgänge von besonderer Bedeutung, die nach dem Schluss des Geschäftsjahres eingetreten sind und wesentliche Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz— und Ertragslage haben, sind derzeit nicht zu erkennen.

V.2 Weitere Entwicklung der Stadtbetriebe

In den vergangenen Jahren wurden — um den finanziellen Vorgaben entsprechen zu können freierwerdende Stellen nicht extern, sondern intern besetzt. Diese internen Besetzungen erfolgten zu Lasten des Bereichs Grünflächenpflege, der damit personell ausgedünnt wurde. In einem ersten Schritt wurden 2015 dem Immobilienmanagement, dem Sport8serviceUnna und dem Bereich Schulen mitgeteilt, dass die Stadtbetriebe Unna ab dem Jahre 2016 aus personellen und organisatorischen Gründen nicht mehr in der Lage sind, Pflegemaßnahmen für diese Bereiche durchzuführen.

Im Laufe der Wirtschaftsjahre 2016, 2017 und 2018 wurden Teilleistungen der Grünflächenpflege für den Bereich Schulen bzw. den Bereich Immobilienmanagement ausgeschrieben bzw. fremdvergeben; die Leistungen für den Bereich Sport8serviceUnna verblieben in wesentlichen Teilen bei den Stadtbetrieben Unna.

Teilleistungen der Grünflächenpflege für die Bereiche Straßenbegleitgrün, Schulen und Immobilienmanagement wurden für die Wirtschaftsjahre 2017 und 2018 ebenfalls ausgeschrieben und fremdvergeben. Im Bereich Schulen wurden bzw. werden in den Jahren 2017 und 2018 drei Objekte durch die Stadtbetriebe Unna, die übrigen Objekte durch Fremdfirmen gepflegt —; Ziel ist es, die Leistungen und Kosten der Stadtbetriebe Unna und der Fremdfirmen konkret miteinander vergleichen zu können, um Grundsatzentscheidungen über eine Eigen erledigung oder eine Fremderledigung von Grünflächenleistungen treffen zu können.

Unna, den 22. August 2019

gez. Frank Peters
Kaufmännischer Betriebsleiter

gez. Ferdinand Blex
Technischer Betriebsleiter

1.3 Wirtschaftsbetriebe der Stadt Unna GmbH

Anschrift: Heinrich-Hertz-Str. 2 59423 Unna	Kontakt: Telefon: 02303 2001-0 Fax: 02303 2001-22 E-Mail: office@wirtschaftsbetriebe-unna.de Internet: www.wirtschaftsbetriebe-unna.de	Gründung: Gesellschaftsvertrag vom: 20.12.1991 in der Fassung vom: 16.12.2010
--	---	--

Öffentlicher Zweck/Beteiligungsziel

Die Wirtschaftsbetriebe der Stadt Unna GmbH ist als Holdinggesellschaft an verschiedenen Gesellschaften, wie der Stadtwerke Unna GmbH, der Logistikzentrum RuhrOst GmbH sowie der Antenne Unna Betriebsgesellschaft mbH & Co. KG beteiligt.

Die Gesellschaft ist operativ tätig auf den Gebieten der Informations- und Kommunikationstechnologie, des Beschaffungs- und des Fuhrparkmanagements sowie der Vermietung und Verpachtung.

Zu den weiteren Tätigkeiten gehören die Errichtung und der Betrieb von Einrichtungen des ruhenden Verkehrs, die Wahrnehmung von Aufgaben des öffentlichen Verkehrs sowie der Bau und Betrieb von Sport- und Freizeitanlagen und die kleinräumige Wirtschaftsförderung.

Gesellschafter	Anteile am Stammkapital in	
	%	€
Kreisstadt Unna	100,00	4.650.000,00
Gesamt	100,00	4.650.000,00

Beteiligungen der WBU	Anteile am Grundkapital in	
	%	€
Stadtwerke Unna GmbH	76,00	4.666.400,00
Logistikzentrum RuhrOst GmbH	50,00	50.000,00
Antenne Unna Betriebsgesellschaft mbH & Co. KG	4,95	12.362,63

Organe der Gesellschaft

Geschäftsführung
Aufsichtsrat
Gesellschafterversammlung

Geschäftsführung

Karl-Gustav Mölle

Vergütung der Geschäftsführung

Gemäß Punkt 3.3.4 des Public Corporate Governance Kodexes der Kreisstadt Unna ist die Vergütung bzw. sind die Bezüge der Mitglieder der Geschäftsführung im Beteiligungsbericht aufgeteilt nach Fixum, erfolgsbezogenen Komponenten und Sachleistungen auszuweisen.

Erfolgsabhängige Bezüge	Sachleistungen	Erfolgsunabhängige Bezüge	Gesamtbezüge
0,00 €	7.846,80 €	5.322,21 €	13.169,01 €

Von den 13.169,01 € hat Herr Mölle den ihm über 9.600,00 € hinaus zugeflossenen Betrag an die Kreisstadt Unna abgeführt.

Aufsichtsrat			
Der Aufsicht besteht aus 18 Mitgliedern. Folgende Mitglieder waren für die Kreisstadt Unna im Aufsichtsrat vertreten:			
Lfd. Nr.	Fraktion	Ordentliches Mitglied	Stellvertretendes Mitglied
1.	SPD	NN	RM Peter Glowalla
2.	SPD	RM Ingrid Kroll	RM Djawad Tadayyon
3.	SPD	RM Klaus Tibbe	RM Michael Tietze
4.	SPD	RM Brigitte Wass	RM Gudrun Friese-Kracht
5.	SPD	RM Wolfgang Ahlers	RM Heike Gutzmerow
6.	SPD	RM Bernd Dreisbusch	RM Susanne Herzog
7.	SPD	RM Volker König	RM Sebastian Laaser
8.	CDU	RM Frank-Holger Weber	RM Rainer Engel
9.	CDU	RM Gerhard Heckmann	RM Christa Gosing
10.	CDU	RM Gabriele Meyer	RM Rudolf Fröhlich
11.	CDU	RM Bernhard Albers	RM Erich Kreß
12.	CDU	RM Werner Clodt	RM Franz Rottinger
13.	GRÜNE	RM Ismet Sacit Soyubey	RM Ines-Carola Nieders-Mollik
14.	GRÜNE	RM Michael Sacher	RM Karl Dittrich
15.	FLU	RM Klaus Göldner	RM Franz-Josef Klems
16.	FDP	RM Günter Schmidt	RM Sven Albert
17.	Fraktionslos	RM Christoph Tetzner	RM Silke Hähnel (LINKE)
18.		BM Werner Kolter	TBg Ralf Kampmann

Unterjährige Veränderung	Ordentliches Mitglied	Stellvertretendes Mitglied
bis 01.10.2018	NN	RM Günter Schmidt
ab 01.10.2018	RM Günter Schmidt	NN
bis 01.12.2018	RM Günter Schmidt	NN
ab 01.12.2018	RM Günter Schmidt	RM Sven Albert

Vergütung des Aufsichtsrates

Gemäß Punkt 2.7.2 des Public Corporate Governance Kodexes der Kreisstadt Unna sind die Gesamtbezüge des Aufsichtsrates und die Vergütungssätze der von der Kreisstadt Unna entsandten Aufsichtsratsmitglieder individualisiert im Beteiligungsbericht auszuweisen.

Der Jahresabschluss 2018 der WBU weist für die Tätigkeiten der Aufsichtsratsmitglieder Gesamtbezüge in Höhe von 36.825,00 € (Vorjahr: 34.250,00 €) aus. Davon entfallen auf die Vertreter der Kreisstadt Unna folgende Beträge:

RM Frank Holger Weber (Vorsitzender)	2.700,00 €
RM Bernd Dreibusch (stv. Vorsitzender)	2.325,00 €
RM Wolfgang Ahlers	1.950,00 €
RM Bernhard Albers	1.950,00 €
RM Werner Clodt	2.100,00 €
RM Klaus Göldner	1.800,00 €
RM Gerhard Heckmann	1.800,00 €
RM Werner Kolter	2.100,00 €
RM Volker König	2.100,00 €
RM Ingrid Kroll	1.950,00 €
RM Gabriele Meyer	2.100,00 €
RM Michael Sacher	2.100,00 €
RM Günter Schmidt	450,00 €
RM Ismet Sacit Soyubey	1.950,00 €
RM Christoph Tetzner	1.800,00 €
RM Klaus Tibbe	2.100,00 €
RM Brigitte Wass	2.100,00 €
RM Erich Kreß	150,00 €
RM Rainer Engel	150,00 €
RM Peter Glowalla	150,00 €
RM Christa Gosing	150,00 €
RM Susanne Herzog	150,00 €
RM Franz-Josef Klems	300,00 €
RM Günter Schmidt	300,00 €
RM Djawad Tadayyon	150,00 €

Gesellschafterversammlung:

Die Gesellschafterversammlung der Wirtschaftsbetriebe Unna GmbH entspricht dem Rat der Kreisstadt Unna der jeweiligen Wahlperiode.

Anzahl der Mitarbeiter

Die Gesellschaft beschäftigt wie im Vorjahr einen nebenamtlichen Geschäftsführer sowie eine kaufmännische Prokuristin und einen technischen Prokuristen.

Ansonsten hat die Gesellschaft kein eigenes Personal. Zur Erfüllung der übrigen Aufgaben bedient sie sich im Wesentlichen der Dienste der Stadtwerke Unna GmbH im Rahmen eines Betriebsführungsvertrages.

Bilanz der letzten drei Geschäftsjahre

	2018	2017	2016
	in €	in €	in €
Aktiva:			
A. Anlagevermögen			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	0	0	0
II. Sachanlagen	17.321.869	17.648.424	18.051.873
III. Finanzanlagen	9.821.800	9.335.600	8.867.711
Summe Aktiva	27.143.669	26.984.024	26.919.584
B. Umlaufvermögen			
I. Vorräte	965.465	950.948	948.789
II. Forderungen	4.471.360	4.975.876	5.022.728
III. Kassenbestand	417.825	497.520	536.743
Summe Umlaufvermögen	5.854.650	6.424.344	6.508.260
C. Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0
Summe Aktiva	32.998.320	33.408.368	33.427.844
Passiva:			
A. Eigenkapital			
I. Gezeichnetes Kapital	4.650.000	4.650.000	4.650.000
II. Kapitalrücklage	278.683	278.683	278.683
III. Gewinnrücklage	3.073.131	2.519.932	1.966.732
IV. Gewinn-/Verlustvortrag	1.861.335	397.645	196.911
V. Jahresüberschuss/ Jahresfehlbetrag	837.566	2.016.890	753.934
Summe Eigenkapital	10.700.715	9.863.150	7.846.260
B. Rückstellungen	1.254.906	1.212.514	2.049.517
C. Verbindlichkeiten	20.990.783	22.332.705	23.532.067
D. Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0
Summe Passiva	32.998.320	33.408.368	33.427.844

Kennzahlen

Vermögens-, Finanz- und Kapitalstruktur	2018	2017	2016
	in %	in %	in %
Anlagenintensität	82,3	80,8	80,5
Eigenkapitalquote	32,4	29,5	23,5
Fremdkapitalquote	67,4	70,5	76,5
Anlagendeckungsgrad	39,4	36,6	29,1
Investitionen	2018	2017	2016
	in T€	in T€	in T€
Investitionsvolumen	1.089	980	656

Gewinn- und Verlustrechnung der letzten drei Geschäftsjahre

	2018	2017	2016
	in €	in €	in €
Umsatzerlöse	3.669.691	3.942.472	4.821.334
Erhöhung/Verminderung des Bestandes	14.517	2.158	- 735.184
Andere aktivierte Eigenleistungen	-	-	-
sonstige betriebliche Erträge	79.457	52.696	45.787
Materialaufwand	- 1.548.126	- 1.784.923	- 1.783.544
Personalaufwand	- 156.468	- 153.533	- 149.198
Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	- 842.249	- 830.167	- 839.802
Sonstige betriebliche Aufwendungen	- 2.959.620	- 2.182.166	- 2.347.605
Erträge aus Beteiligungen	30.103	16.094	6.916
Erträge aus Gewinnabführungsverträgen	3.510.813	4.066.055	3.918.471
Erträge aus Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	1.457	1.575	1.876
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	12.327	6.836	57.536
Aufwendungen aus Verlustübernahmen	- 89.309	- 86.495	- 93.824
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	- 218.575	- 354.578	- 519.834
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	- 666.453	- 533.325	- 1.472.666
Ergebnis nach Steuern	969.566	2.162.699	910.263
Sonstige Steuern	- 132.000	- 145.810	- 156.329
Jahresüberschuss/-fehlbetrag (-)	837.566	2.016.889	753.934

Finanzielle Verpflichtungen

Zwischen der WBU (Organträgerin) und der SWU (Organgesellschaft) wurde ein Ergebnisabführungsvertrag abgeschlossen, wonach die SWU verpflichtet ist, ihren gesamten Gewinn an die WBU abzuführen. Im Gegenzug verpflichtet sich die WBU, die Verluste der Organgesellschaft abzudecken. Zudem besteht eine ertragsteuerliche Organschaft mit der SWU.

Darüber hinaus übernimmt die SWU auf Grundlage eines Betriebsführungsvertrages die technische und kaufmännische Betriebsführung der WBU. Der hierdurch entstandene Aufwand beträgt wie im Vorjahr 222 T€.

Verwendung des Jahresergebnis 2018

Die Gesellschafterversammlung hat den Jahresabschluss 2018 der WBU am 04.07.2019 festgestellt und beschlossen, den Jahresüberschuss in Höhe von 837.565,83 € auf neue Rechnung vorzutragen.

Einzahlung in die Kapitalrücklage der SWU

In der Gesellschafterversammlung der WBU am 28.06.2018 wurde beschlossen, einen Betrag von 553 T€ in die Kapitalrücklage der SWU einzuzahlen.

Ausleihungen

Zum Bilanzstichtag 31.12.2018 hat die WBU ein kurzfristiges Liquiditätsdarlehen in Höhe von 3.500 T€ (Vorjahr: 3.500 T€) bei der Kreisstadt in Anspruch genommen. Hierfür wurde der Gesellschaft 853,43 € an Zinsen in Rechnung gestellt.

Darüber hinaus wurden bei der Kreisstadt Unna langfristige Darlehen für Investitionen in Höhe von 16.496 T€ (Vorjahr: 17.507 T€) in Anspruch genommen. Die WBU hat für die gegebenen Darlehen Zinsen von 213.207,40 € gezahlt.

Logistikzentrum RuhrOst GmbH

Die WBU weist zum Bilanzstichtag 31.12.2018 ein an die LZR gewährtes Darlehen in Höhe von 153 T€ (Vorjahr: 220 T€) aus.

Lagebericht der Geschäftsführung für das Geschäftsjahr 2018

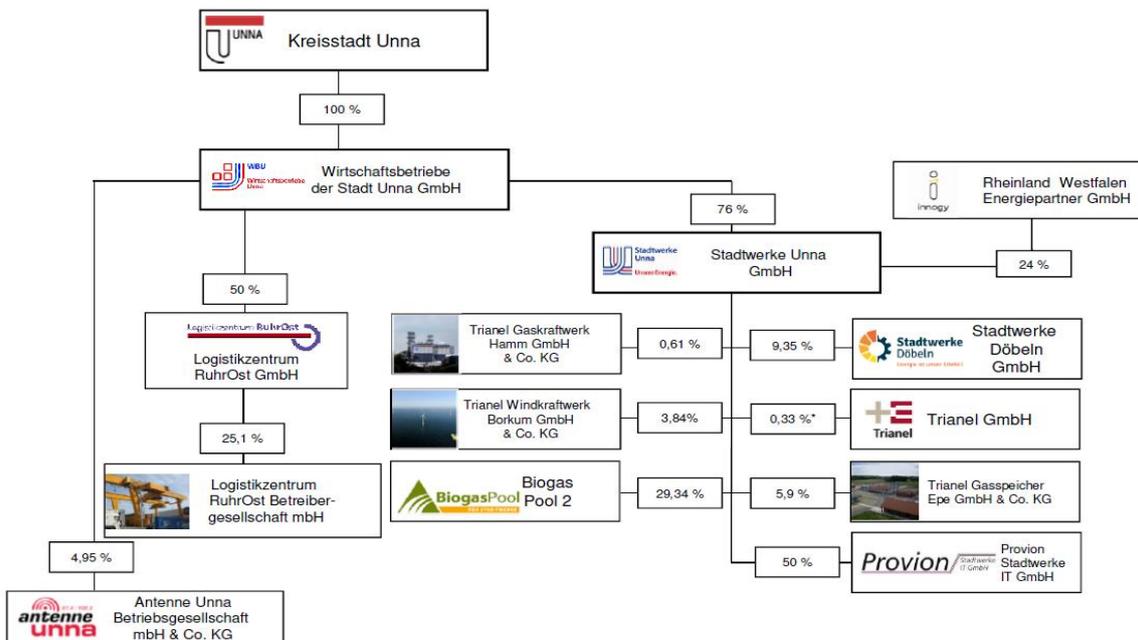
I. Gesellschaftsstruktur und Geschäftsfelder

Gegenstand der Wirtschaftsbetriebe der Stadt Unna GmbH (WBU) ist die Energieerzeugung, die Wassergewinnung und -versorgung, die Errichtung und der Betrieb von Einrichtungen des ruhenden Verkehrs, die Wahrnehmung von Aufgaben des öffentlichen Verkehrs, die Errichtung, der Betrieb und die Unterhaltung von Gleisanlagen in der Kreisstadt Unna, die Beteiligung an der Lokalrundfunk-KG, der Bau und Betrieb von Sport- und Freizeitanlagen, die Übernahme weiterer Leistungen für die Kreisstadt Unna, insbesondere auf dem Gebiet der Informations- und Kommunikationstechnologie, des Beschaffungsmanagements und des Fuhrparkmanagements sowie die kleinräumige Wirtschaftsförderung und die Erfüllung weiterer Aufgaben, die von der Kreisstadt Unna als 100%iger Gesellschafterin zugewiesen werden können.

Aufgrund dieser zahlreichen Geschäftsfelder im Bereich der Daseinsvorsorge ist die WBU mit ihren Tochtergesellschaften als Erbringer vielfältiger Dienstleistungen ein wesentlicher Treiber des öffentlichen Lebens in der Kreisstadt und trägt in besonderem Maße zur Haushaltskonsolidierung der Kreisstadt Unna bei.

Mit der Organgesellschaft Stadtwerke Unna GmbH (SWU) besteht ein Ergebnisabführungsvertrag, der die Gewinnabführung an die Wirtschaftsbetriebe der Stadt Unna GmbH bzw. die Übernahme von Verlusten durch die WBU sowie Ausgleichszahlungen an den Minderheitsgesellschafter der Stadtwerke Unna GmbH regelt.

Die Beteiligungsstruktur zum 31. Dezember 2018 kann dem nachfolgenden Schaubild entnommen werden:



* = per 31.12.2016

Wesentliche Veränderungen hat es im Jahresverlauf nicht gegeben.

II. Wirtschaftsbericht

1. Wirtschaftliche Lage und Geschäftsverlauf

Die wirtschaftliche Entwicklung der WBU ist insbesondere von der Nutzung der Infrastruktureinrichtungen, des Verkaufs von Grundstücken in den Industriegebieten UN-70 und UN-104 sowie von der Ergebnisabführung der Stadtwerke Unna GmbH abhängig.

Die Vermarktung der noch bei der WBU im Bestand befindlichen Grundstücke ist von der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung abhängig. Im Berichtsjahr wurde kein Grundstück veräußert. Die Nutzung der eigenen Infrastruktureinrichtungen ist unabhängig von der wirtschaftlichen Entwicklung, da zum Beispiel für die Immobilien langfristige Miet- bzw. Pachtverträge vorliegen. Bei den Einrichtungen wurden im Wirtschaftsjahr keine Anpassungen bei den Eintritts- bzw. Parkpreisen vorgenommen, da diese letztmalig zum 01.07.2017 erfolgten. Die Ergebnisentwicklung der Tochtergesellschaft Stadtwerke Unna GmbH hängt neben der wirtschaftlichen Entwicklung insbesondere von der energiepolitischen und -wirtschaftlichen Entwicklung ab.

Ziel ist es weiterhin, die wirtschaftliche Lage der WBU durch gezielte Maßnahmen zu verbessern.

Eissporthalle

Auf Beschlussempfehlung des Aufsichtsrates der WBU vom 25. Juni 2018 hat die Gesellschafterversammlung der WBU am 28. Juni 2018 beschlossen, den Pachtvertrag vom 05.12.2005 zwischen der Ice & Fun GmbH und der WBU einvernehmlich zum 01.07.2018 aufzuheben. Der diesbezüglich abgeschlossene Aufhebungsvertrag beinhaltet dabei eine einmalige Abstandszahlung an die ehemalige Pächterin von T€ 650.

Der Rat der Kreisstadt Unna hat in seiner Sitzung am 28.06.2018 unter anderem beschlossen, von einem Weiterbetrieb der Eissporthalle durch die WBU in Eigenregie abzusehen, die aufstehenden Gebäude zu beseitigen und die jetzigen Betriebsgrundstücke einer Wohnbebauung zuzuführen.

Diese Beschlüsse wurden bis zum Jahresende 2018 ausgesetzt. Die Verwaltung wurde beauftragt bis dahin bauliche, organisatorische, finanzielle und förderrechtliche Rahmenbedingungen für den Betrieb einer Eissporthalle zu prüfen. Parallel dazu wurden in der Eissporthalle entsprechende Sicherungsmaßnahmen vorgenommen.

In der Ratssitzung vom 13.12.2018 wurde festgelegt, dass der Beschluss vom 28.06.2018 bis zum endgültigen Ergebnis des Bürgerbegehrens weiter auszusetzen ist.

Ergebnisabführungsvertrag

Der zwischen der WBU und der Stadtwerke Unna GmbH bestehende Ergebnisabführungsvertrag vom 01.01.2012 wurde im Jahr 2018 geändert, um möglichen steuerlichen Risiken entgegenzuwirken. Er gilt seit dem 01.01.2018 und hat eine Laufzeit bis zum 31.12.2023.

2. Bauabschnitt auf der Tiefgarage am Bahnhof

Nachdem im Jahr 2017 erfolgreich ein europaweit ausgeschriebener Architekturwettbewerb stattgefunden hat, wurden vom 1. Preisträger des Wettbewerbs für den Neubau des Büro- und Geschäftshauses im 1. Halbjahr 2018 Pläne und eine Kostenberechnung erstellt. Aufgrund der deutlichen Budgetüberschreitung des Projektes wurde Mitte des Jahres 2018 von einer Realisierung des Neubaus abgesehen. Die erstellten Planentwürfe ermöglichen jederzeit die Aufnahme und Weiterführung der Umsetzung des Projektes. Gleichwohl besteht darüber hinaus die Möglichkeit, das Bauvorhaben weiter am Markt anzubieten. Sollte dies nicht

realisierbar sein, so würden sich die bis heute angefallenen Aufwendungen in Höhe von rd. 500 T€ negativ auf das Ergebnis auswirken.

3. Lage der Gesellschaft

Umsatz- und Ergebnisentwicklung

Die WBU schließt das Geschäftsjahr 2018 mit einem Jahresüberschuss von 838 T€ ab und liegt damit deutlich über den Erwartungen der prognostizierten Entwicklung im Nachtrag zum Wirtschaftsplan 2018 (Jahresfehlbetrag 150 T€). Der Jahresüberschuss entspricht einer Ergebnisverschlechterung von 1.179 T€ gegenüber dem Vorjahr. Weitere Erläuterungen gibt die Beschreibung der Ertragslage.

Ertragslage

Im Vorjahresvergleich verschlechterte sich das negative ordentliche Betriebsergebnis um 644 T€ auf -1.743 T€.

Die Umsatzerlöse sind im Vergleich zum Vorjahr um 272 T€ gesunken.

Die Umsatzerlöse aus dem IT-Konzept Unit.21 (-171 T€) und aus dem Beschaffungsmanagement (-79 T€) sind im Vorjahresvergleich leicht gesunken. Der Materialaufwand ist, analog zu den Umsatzerlösen aus dem IT- Konzept Unit.21 und dem Beschaffungsmanagement, im Vergleich zum Vorjahr entsprechend gesunken (- 236 T€).

Die Erlöse aus Vermietung und Verpachtung sind im Vorjahresvergleich um 44 T€ gestiegen. Die Parkerlöse sind im Vergleich zum Vorjahr konstant.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen sind im Vergleich zum Vorjahr deutlich gestiegen (-632 T€). Dies hängt im Wesentlichen mit der o.g. Abstandszahlung für die Eissporthalle zusammen.

Der Dienstleistungsvertrag zwischen der WBU und der DasDies Service GmbH bezüglich der Betriebsführung des Parkhauses Massener Straße wurde für den Zeitraum 01.01.2018 – 31.12.2023 verlängert.

Das Beteiligungsergebnis liegt mit 3.454 T€ um 543 T€ unter dem Niveau des Vorjahres und wird unverändert von der Ergebnisabführung der SWU geprägt.

Das negative Zinsergebnis konnte um weitere 141 T€ reduziert werden; die in den Vorjahren vorgenommene Neu- bzw. Umstrukturierung von Darlehen wurde erfolgreich im Jahr 2017 abgeschlossen. Sämtliche Darlehensaufnahmen erfolgen nunmehr ausschließlich über die Kreisstadt Unna.

Im Jahr 2018 hat sich der Steueraufwand im Vergleich zum Vorjahr erhöht (133 T€).

Zusammengefasst ergeben die beschriebenen Effekte eine Reduzierung des Jahresergebnisses vor Ertragsteuern um 1.046 T€ auf 1.504 T€ gegenüber 2.550 T€ im Vorjahr. Unter Berücksichtigung des Steueraufwandes in Höhe von 666 T€ beläuft sich der Jahresüberschuss 2018 auf 838 T€.

Finanzlage

Der Gesamtfinanzierungsbedarf wird neben der Ergebnisabführung der SWU aus externen Finanzierungsquellen gedeckt. Im Rahmen der Außenfinanzierung stehen der WBU Bankdarlehen sowie Finanzierungsmöglichkeiten im Bereich des Konzerns Kreisstadt Unna zur Verfügung.

Der Gesamtbestand an langfristigen Darlehen beträgt zum Stichtag 31. Dezember 2018

16.495 T€ (Vorjahr: 17.507 T€).

Die Veränderung des Finanzmittelbestandes sowie der Bewegungen innerhalb der operativen Investitions- und Finanzierungstätigkeit werden anhand der nachfolgenden Kapitalflussrechnung dargestellt.

	2018	2017
	T€	T€
Periodenergebnis	838	2017
+ Abschreibungen auf Gegenstände des Anlagevermögens	842	830
+/- Zunahme/Abnahme der Rückstellungen	86	-664
- Sonstige zahlungswirksame Erträge	-1	0
-/+ Zunahme/Abnahme der Vorräte, der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Aktiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	-90	492
+/- Zunahme/Abnahme der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Passiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	472	111
- Gewinn aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens	0	-37
+/- Zinsaufwendungen/Zinserträge	217	332
- Sonstige Beteiligungserträge	-4.236	-5.015
+/- Ertragsteueraufwand/-ertrag	666	533
-/+ Ertragsteuerzahlungen/-erstattungen	-856	-1.004
Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit	-2.062	-2.405
- Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen	-516	-426
- Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	-573	-554
+ Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Finanzanlagevermögens	87	122
+/- Einzahlungen/Auszahlungen aufgrund von Finanzmittelanlagen im Rahmen der kurzfristigen Finanzmitteldisposition	0	500
+ Erhaltene Zinsen	2	8
+ Erhaltene Dividenden	4.964	4.866
Cashflow aus der Investitionstätigkeit	3.964	4.516
- Auszahlungen Ergebnisausschüttung an Gesellschafter	0	0
- Auszahlungen Minderheitenanteil RWE GmbH	-803	-817
+ Einzahlungen aus der Aufnahme von Krediten	0	7.466
- Auszahlungen aus der Tilgung von Krediten	-1.012	-8.460
- gezahlte Zinsen	-219	-340
Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit	-1.981	-2.151
Zahlungswirksame Veränderungen des Finanzmittelfonds	-79	-40
Finanzmittelfonds am Anfang der Periode	497	537
Finanzmittelfonds am Ende der Periode	418	497

Vermögenslage

Im Jahr 2018 betrug das Investitionsvolumen insgesamt 1.089 T€; hiervon entfallen 516 T€ auf das Sachanlagevermögen.

Die Finanzanlagen haben sich um 486 T€ erhöht. Aufgrund der Einzahlung in die Kapitalrücklage der SWU erhöhte sich der Beteiligungsansatz um 553 T€. Die SWU realisiert aus ausgereichten Gesellschafterdarlehen an die Trianel Windkraftwerk Borkum GmbH & Co. KG nicht liquiditätswirksame Zinserträge, die aufgrund des bestehenden Gewinnabführungsvertrags ausgeschüttet werden. Die Gesellschafter der SWU haben sich darauf verständigt, diese nicht liquiditätswirksamen Zinserträge nach Ausschüttung in die Kapitalrücklage einzuzah-

len.

Die Ausleihungen an das Beteiligungsunternehmen Logistikzentrum RuhrOst GmbH haben sich um 67 T€ reduziert.

Die Restbuchwerte des Anlagevermögens betragen zum Bilanzstichtag 27.144 T€ und haben sich somit um 160 T€ gegenüber dem Vorjahr erhöht.

Die Darlehensverbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern belaufen sich zum Bilanzstichtag auf insgesamt 19.995 T€ (Vorjahr 21.007 T€).

Die Eigenkapitalquote zum Bilanzstichtag betrug 32,4 % (Vorjahr 29,5 %).

4. Finanzielle Leistungsindikatoren

Die Steuerung der Gesellschaft erfolgt auf Basis der handelsrechtlichen Rechnungslegung, wobei das Ergebnis vor Ertragsteuern der zentrale Leistungsindikator ist.

5. Nicht finanzielle Leistungsindikatoren

Wesentliche, nicht finanzielle Leistungsindikatoren kommen bei der WBU nicht zum Einsatz.

6. Berichterstattung nach § 108 Abs. 3 Nr. 2 GO NRW

Die Gesellschafterin Kreisstadt Unna hat mit dem Unternehmensgegenstand im Gesellschaftsvertrag der WBU die öffentliche Zwecksetzung vorgeschrieben. Die im Anhang und Lagebericht gegebenen Erläuterungen und Daten legen dar, dass das Unternehmen der öffentlichen Zwecksetzung entsprochen hat.

III. Chancen- und Risikobericht

Das frühzeitige Erkennen und Bewerten der Risiken sowie ein effizientes Gegensteuern sind wichtige Voraussetzungen für die Steuerung des Unternehmensergebnisses. Daher wurde als Ziel des Risikomanagements definiert, sowohl strategische als auch geschäftsspezifische Risiken zu identifizieren, zu analysieren, zu überwachen und durch geeignete Maßnahmen zu kompensieren bzw. zu reduzieren.

Um auf die spezifischen Risiken, denen der Konzern Kreisstadt Unna ausgesetzt ist, frühzeitig reagieren zu können, wird eine Reihe von Management- und Kontrollsystemen angewendet. Hierzu gehören Halbjahresberichte über die Geschäftsentwicklung der Gesellschaft sowie regelmäßige Berichterstattungen der Tochtergesellschaften SWU und Logistikzentrum RuhrOst GmbH.

Bei der WBU bestehen Risiken im Bereich der Grundstücksvermarktung für die verbleibenden Restflächen. Es muss damit gerechnet werden, dass die insgesamt im Eigentum der Gesellschaft befindlichen und vermarktbar Grundstücksflächen zum 31. Dezember 2018 von 15.610 m² im Bereich des Bebauungsplanes UN-70 und UN-104 nicht zu dem notwendigen Verkaufspreis veräußert werden können. Im Berichtsjahr wurde kein Grundstück veräußert. Der Verkauf von kleineren Flächen kann dazu führen, dass nicht zu vermarktende Restflächen entstehen. Hier besteht das Risiko, dass Korrekturen hinsichtlich der Werthaltigkeit des Vorratsvermögens vorgenommen werden müssen.

Die Liquidität wird laufend beobachtet. Zur Sicherstellung der aktuellen Liquidität hat die WBU die Möglichkeit, sowohl kurzfristige als auch langfristige Kredite bei der Kreisstadt Unna aufzunehmen.

Technischen Risiken im Bereich der Immobilien, insbesondere bei den Parkeinrichtungen und der Schwimmsporthalle, wird mit regelmäßigen Wartungs- und Instandhaltungsarbeiten begegnet. Gleichzeitig bietet sich hier die Chance, die Attraktivität der Einrichtungen zu stei-

gern. Bei den Parkeinrichtungen bestehen aufgrund der baulichen Gegebenheiten, insbesondere durch niedrigere Einfahrtshöhen oder schmale Parkplätze, Risiken, die die Attraktivität der Parkeinrichtungen beeinträchtigen könnten. Gegenüber den oberirdischen und sonstigen Parkeinrichtungen von Dritten zeichnen sich die Parkimmobilien durch ihre sehr zentrumsnahe Lage aus. Altersbedingt kommen in den Parkeinrichtungen Sanierungsmaßnahmen auf die Gesellschaft zu. Entsprechende Konzepte liegen vor bzw. werden derzeit erstellt.

Die Nutzung der Schwimmsporthalle ist insbesondere in den Sommermonaten geringer, da in dieser eher warmen Periode des Jahres weniger die Hallenbäder, sondern eher die Freibäder in der Region von der Bevölkerung genutzt werden.

Die umliegenden Kommunen verfügen ebenfalls über Schwimmeinrichtungen, so dass hier eine grundsätzliche Konkurrenzsituation herrscht.

Über die Tochtergesellschaft SWU bestehen mittelbare Risiken. Die SWU als Energieversorgungsunternehmen unterliegt insbesondere branchenspezifischen Risiken. Aufgrund der stetig komplexeren und dynamischeren Unternehmensumwelt steigen die Anforderungen an das Unternehmen entlang der Wertschöpfungskette (Erzeugungskapazitäten, Netze und Vertrieb). Neben dem allgemeinen Risikomanagementhandbuch für das Gesamtunternehmen wurden spezielle Risikomanagementhandbücher für die Strom- sowie Gas- und Wärmebeschaffung im Unternehmen etabliert. Die Implementierung der Beschaffungsrisikohandbücher führt dazu, dass sich die SWU den Anforderungen der marktorientierten Beschaffungsvorgänge leichter stellen kann.

Für die Gesamtbeurteilung der Risikolage kann zusammengefasst werden, dass Risiken, die den Fortbestand der WBU gefährden könnten, weder im Geschäftsjahr 2018 eingetreten noch für das Geschäftsjahr 2019 gegenwärtig erkennbar sind.

IV. Prognosebericht

Die zukünftige Entwicklung wird durch eine weitere Konsolidierung im Bereich des Konzerns Kreisstadt Unna geprägt sein. Die bereits seit 2012 aktiv betriebene Entschuldungspolitik soll auch in der Zukunft weiter fortgeführt werden, so dass die Ergebnisse der Gesellschaft nachhaltig verbessert werden und zu entsprechenden Konsolidierungsbeiträgen führen können.

Neben der Entschuldung wurde in den letzten Jahren die Restrukturierung des Kreditportfolios betrieben. Aufgrund des aktuellen Kapitalmarktniveaus boten sich hier Chancen und Möglichkeiten zur Verbesserung des Finanzergebnisses. Die Umstrukturierung des Kreditportfolios kurz-, mittel- und langfristig wurde im Jahr 2017 erfolgreich abgeschlossen, wirkt nachhaltig positiv auf das Unternehmensergebnis und trägt so zu einer Verbesserung des Jahresergebnisses bei.

Darüber hinaus soll durch eine aktive Ertragspolitik bei gleichzeitiger Reduzierung der Aufwendungen durch entsprechende Konsolidierungsmaßnahmen eine Verbesserung im Bereich des Eigengeschäftes der WBU vorangetrieben werden. Hierunter fallen geplante Preis Anpassungen sowohl im Bereich der Parkeinrichtungen als auch im Bereich der Schwimmsporthalle, so dass mit Mehrerlösen zu rechnen ist. Eine Anpassung der Schul- und Vereinsentgelte in der Schwimmsporthalle erfolgte zum 01.01.2019.

Diese Vorgehensweise soll sich – bedarfsgerecht – in regelmäßigen Abständen wiederholen.

Grundstücksverkäufe werden nicht geplant, so dass außerplanmäßige Verkäufe das geplante Jahresergebnis zusätzlich beeinflussen.

Daneben erfolgt eine Portfolio-Optimierung im Immobilienbereich im Rahmen einer permanenten Betreuung und Bestandspflege der Immobilien der WBU. Schwerpunkt hierbei wird ein Gebäudemonitoring für sämtliche Immobilien sein. Für das Jahr 2019 sind Investitionen in Höhe von 75 T€ geplant.

Insgesamt sollen durch die an den unterschiedlichen Stellen eingeleiteten Maßnahmen die Ergebnisse der WBU weiterhin verbessert werden, um das langfristige Ziel einer Gewinnabführung an die Kreisstadt Unna erfüllen zu können.

Im Februar 2019 hat das Bürgerbegehren das Quorum erreicht und es kam zum Bürgerentscheid. Beim Bürgerentscheid vom 26.05.2019 ist die erforderliche Mehrheit erreicht worden, so dass die Kreisstadt Unna verpflichtet ist, für den Erhalt der Eissporthalle zu sorgen; die weitere Entwicklung auf Basis der noch zu treffenden Ratsbeschlüsse bleibt abzuwarten.

Aufgrund der deutlichen Budgetüberschreitung wurde Mitte des Jahres 2018 von einer Realisierung des 2. Bauabschnitts auf der Tiefgarage am Bahnhof abgesehen. Die erstellten Planentwürfe ermöglichen jederzeit die Aufnahme und Weiterführung der Umsetzung des Projektes. Gleichwohl besteht darüber hinaus die Möglichkeit, das Bauvorhaben weiter am Markt anzubieten.

Im Rahmen der Betrachtung der zukünftigen Entwicklung muss auch die Marktsituation der SWU berücksichtigt werden. Die ersten Monate des Geschäftsjahres 2019 zeigen einen den Planungen entsprechenden Geschäftsverlauf. Der genehmigte Wirtschaftsplan 2019 der SWU sieht eine Gewinnabführung in Höhe von 3.230 T€ vor.

Die WBU plant für das Geschäftsjahr 2019 ein operatives Ergebnis von -788 T€. Unter Berücksichtigung des Finanzergebnisses (2.151 T€) wird ein Ergebnis vor Ertragsteuern von 1.363 T€ erwartet. Das geplante Jahresergebnis liegt bei -50 T€.

Unna, 05. Juni 2019

Wirtschaftsbetriebe der Stadt Unna GmbH

gez.

Ines Brüggemann

Achim Thomae

2. Gesellschaften mit fremden Anteilseignern

Im zweiten Kapitel werden die Unternehmen dargestellt, bei denen die Kreisstadt Unna neben anderen Anteilseignern Gesellschafter ist. Hierzu zählt folgendes Unternehmen:

2.1 Partnerschaft Deutschland GmbH

Anschrift:	Kontakt:	Gründung:
Friedrichstr. 149 10117 Berlin	Telefon: 030 25 76 79-0 Fax: 030 25 76 79-199 E-Mail: info@pd-g.de Internet: www.pd-g.de	Gesellschaftsvertrag vom: 29.10.1982 in der Fassung vom: 07.07.2016

Öffentlicher Zweck/Beteiligungsziel

Gegenstand des Unternehmens ist die Investitions- und Modernisierungsberatung der Öffentlichen Hand, ausländischer Staaten und internationaler Organisationen, die die Voraussetzungen eines öffentlichen Auftraggebers i. S. d. § 99 Nr. 1 bis 3 GWB in seiner jeweils gültigen Fassung erfüllen sowie alle damit zusammenhängenden Geschäfte und Dienstleistungen.

Durch diese Leistungen sollen die öffentlichen Stellen unterstützt werden, ihre Investitions- und Modernisierungsziele möglichst wirtschaftlich zu erreichen. Die Gesellschaft ist auch Kompetenzzentrum für langfristige Kooperationsmodelle sowohl der öffentlichen Hand mit privaten Unternehmen als auch zwischen öffentlichen Verwaltungen sowie für die Weiterentwicklung ihrer Grundlagen und Anwendungsbereiche.

Die Partnerschaft Deutschland wird zu 100 % von öffentlichen Gesellschaftern getragen, welche die angebotenen Leistungen Inhouse, d. h. ausschreibungsfrei, beauftragen können. Neben zahlreichen kommunalen Anteilseignern halten der Bund, einige Länder sowie die kommunalen Spitzenverbände Anteile an der Partnerschaft Deutschland GmbH.

Gesellschafter	Anteile am Stammkapital in	
	%	€
Kreisstadt Unna	0,06	1.000,00
Weitere öffentliche Gesellschafter	99,94	1.769.000,00
	100,00	1.770.000,00

Organe der Gesellschaft

Geschäftsführer
Aufsichtsrat
Gesellschafterversammlung

Geschäftsführung

Stéphane Beemelmans

Claus Wechselmann

Vergütung der Geschäftsführung				
Gemäß Punkt 3.3.4 des Public Corporate Governance Kodexes der Kreisstadt Unna ist die Vergütung bzw. sind die Bezüge der Mitglieder der Geschäftsführung im Beteiligungsbericht aufgeteilt nach Fixum, erfolgsbezogenen Komponenten und Sachleistungen auszuweisen.				
Mitglied	Erfolgsabhängige Bezüge	Sachleistungen	Erfolgsunabhängige Bezüge	Gesamtbezüge
Beemelmans	13.100,00	10.500,00	220.000,00	243.600,00
Wechselmann	40.300,00	12.000,00	223.200,00	275.500,00

Anzahl der Mitarbeiter (ohne Geschäftsführer)	2018	2017
	160	105

Aufsichtsrat
Die Partnerschaft Deutschland verfügt über einen fakultativen Aufsichtsrat. Die Verteilung der Aufsichtsratsmandate erfolgt nicht entsprechend dem Umfang der Beteiligung sondern nach Gesellschaftsgruppen. Hierfür ist durch alle Gesellschafter eine Gesellschaftervereinbarung unterzeichnet worden. Mit dieser wird auch die Stimmkraft des Bundes als Mehrheitsgesellschafter in der Gesellschafterversammlung begrenzt.
Die Kommunen werden über die kommunalen Spitzenverbände im Aufsichtsrat vertreten.

Bilanz der letzten drei Geschäftsjahre

	2018	2017	2016
	in €	in €	in €
Aktiva:			
A. Anlagevermögen			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	229.689	87.537	26.969
II. Sachanlagen	903.692	634.296	158.737
III. Finanzanlagen	1.133.381	2.000.000	4.500.000
Summe Anlagevermögen	2.266.762	2.721.833	4.685.705
B. Umlaufvermögen			
I. Vorräte	2.311.376	1.278.383	619.426
II. Forderungen	11.110.473	8.496.872	2.763.381
III. Kassenbestand	11.770.086	5.343.513	2.437.522
Summe Umlaufvermögen	25.191.936	15.118.768	5.820.329
C. Rechnungsabgrenzungsposten	287.903	215.190	83.391
Summe Aktiva	26.613.219	18.055.791	10.589.448
Passiva:			
A. Eigenkapital			
I. Gezeichnetes Kapital	1.002.000	1.002.000	1.002.000
II. Kapitalrücklage	3.608.073	3.608.073	3.608.073
III. Gewinnrücklage	3.617.824	1.725.623	1.063.847
IV. Gewinn-/Verlustvortrag	0	0	0
V. Jahresüberschuss/ Jahresfehlbetrag	3.858.143	2.838.302	1.323.552
Summe Eigenkapital	12.086.040	9.173.998	6.997.472
B. Rückstellungen	8.677.546	3.855.259	1.713.415
C. Verbindlichkeiten	5.849.633	5.026.534	1.878.561
D. Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0
Summe Passiva	26.613.219	18.055.791	10.589.448

Gewinn- und Verlustrechnung der letzten drei Geschäftsjahre

	2018	2017	2016
	in €	in €	in €
Umsatzerlöse	42.435.159	25.301.928	11.637.726
sonstige betriebliche Erträge	90.523	101.899	56.661
Materialaufwand	19.973.479	9.773.885	3.401.897
Personalaufwand	13.567.361	9.422.293	4.948.197
Abschreibungen	357.906	206.428	77.993
Sonstige betriebliche Aufwendungen	4.104.965	2.570.623	1.611.185
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	7.010	38.069	62.338
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	3.233	2.449	4.831
Ergebnis nach Steuern	3.858.450	2.838.729	1.323.596
Sonstige Steuern	307	427	44
Erträge aus Verlustübernahme	0	0	0
Jahresüberschuss/ Jahresfehlbetrag (-)	3.858.143	2.838.302	1.323.552

Verwendung des Jahresergebnis 2018

Die Gesellschafterversammlung hat den Jahresabschluss 2018 der Partnerschaft Deutschland am 18.06.2019 festgestellt und beschlossen, 2/3 des Jahresüberschusses (2.806.095,54 €) der Gewinnrücklage zuzuführen. Der Restbetrag von 1.052.047,77 € wird an die gewinnbezugsberechtigten Gesellschafter ausgeschüttet.

Lagebericht der Geschäftsführung für das Geschäftsjahr 2018

Gesellschaftsstruktur und Geschäftsfelder

Die Gesellschaft liegt zu 100 Prozent in den Händen öffentlicher Gesellschafter. Gesellschafter der PD sind ausschließlich Körperschaften der öffentlichen Hand oder deren Einrichtungen. Den Gesellschaftern der PD steht die Möglichkeit der Inhouse-Vergabe ebenso wie den ihnen unterstellten und nachgeordneten Behörden und Institutionen offen. Die PD kann damit ohne Ausschreibung durch öffentliche Auftraggeber beauftragt werden (vergabefreie Beauftragung nach § 108 GWB). Gesellschafter können die PD für ein breites und umfassendes Portfolio an Beratungsfeldern beauftragen und deren Beratung zu und in allen Projektphasen in Anspruch nehmen. Die Zusammenarbeit zwischen der PD und ihren Gesellschaftern ist in der im Dezember 2016 geschlossenen Eckpunktevereinbarung geregelt, die - wie vormals die Rahmenvereinbarung – vertragliche Regelungen, das Leistungsangebot und das Vergütungsmodell regelt.

Gegenstand des Unternehmens ist die Beratung der Öffentlichen Hand, ausländischer Staaten und internationaler Organisationen zu Investitions- und Modernisierungsvorhaben sowie allen damit zusammenhängenden Geschäften und Dienstleistungen. Die Gesellschaft ist Kompetenzzentrum für langfristige Kooperationsmodelle sowohl der Öffentlichen Hand mit privaten Unternehmen als auch zwischen öffentlichen Verwaltungen sowie für die Weiter-

entwicklung ihrer Grundlagen und Anwendungsbereiche (§ 2 des Gesellschaftsvertrages).

Die PD ist beratend tätig für den Bund, Bundesländer, Kommunen und sonstige öffentliche Auftraggeber in den Bereichen strategische Verwaltungsmodernisierung sowie Hochbau und Infrastruktur. Sie unterstützt Ihre Mandanten dabei in der Strategie- und Organisationsberatung, im Großprojektmanagement, steuert Vergabeverfahren und Projekte und leistet Investitionsberatung zur Wirtschaftlichkeit von Infrastruktur- und Immobilienvorhaben.

Zum 31.12.2018 betrug das gezeichnete Kapital der Gesellschaft 1.770.000 € und war eingeteilt in 17.700 Geschäftsanteile, die sie wie folgt auf die Gesellschafter verteilen:

Gesellschafter	Anzahl der Geschäftsanteile im Nennwert von je 100 Euro
Bundesrepublik Deutschland	8.335
PD – Berater der öffentlichen Hand GmbH	7.680
PD – Beteiligungsverein „Forschung und Medizin“	180
Land Mecklenburg – Vorpommern	100
Land Nordrhein – Westfalen	100
Land Baden – Württemberg	100
Land Bremen	100
Land Hamburg	100
Land Hessen	100
Land Niedersachsen	100
Land Schleswig – Holstein	100
Republik Zypern	100
Kreis Mettmann	25
Kreis Paderborn	25
Stadt Bremen	25
Stadt Duisburg	25
Stadt Nürnberg	25
Stadt Wuppertal	25
Bundesanstalt für Immobilienaufgaben Anstalt des öffentlichen Rechts	20

Dataport Anstalt des öffentlichen Rechts	20
Deutsche Gesetzliche Unfallversicherung e.V. (DGUV)	20
LifBi – Leibniz – Institut für Bildungsverläufe e.V.	20
Regio iT Gesellschaft für Informationstechnologie mbH	20
Stiftung Preußischer Kulturbesitz	20
Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder	20
Hochsauerlandkreis	15
Kreis Herzogtum Lauenburg (Ratzeburg)	15
Landkreis Celle	15
Landkreis Dachau	15
Landkreis Dahme – Spreewald	15
Landkreis Nienburg/Weser	15
Main – Taunus – Kreis	15
Stadt Braunschweig	15
Stadt Aachen	15
Stadt Recklinghausen	15
Stadt Remscheid	15
Landkreis Lichtenfels	10
Stadt Castrop - Rauxel	10
Stadt Dormagen	10
Stadt Hürth	10
Stadt Lüneburg	10
Stadt Ratingen	10
Stadt Unna	10

Stadt Bad Hersfeld	5
Stadt Barsinghausen	5
Stadt Ennepetal	5
Stadt Dillenburg	5
Stadt Erkrath	5
Stadt Halle (Westfalen)	5
Stadt Himminkeln	5
Stadt Kamp – Lintfort	5
Stadt Lengerich (Westfalen)	5
Stadt Monheim	5
Stadt Papenburg	5
Stadt Sehnde	5
Stadt Taunusstein	5
Gemeinde Holzkirchen	2
Gemeinde Merzenich	2
Samtgemeinde Lachendorf	2
Stadt Hünfeld	2
Stadt Brake	2
Stadt Pattensen	2
Deutscher Landkreistag e.V.	1
Deutscher Städte- und Gemeindebund e.V.	1
Deutscher Städtetag (OST)	1

Der Aufsichtsrat der Gesellschaft besteht aus 4 Vertretern des Bundes, zwei Vertretern der Kommunen bzw. kommunalen Spitzenverbände, einem Vertreter der Länder sowie zwei Vertretern der Privatwirtschaft.

Die Gesellschaft verfügt über einen Beirat, dessen Ziel es ist, die Geschäftsführung und den Aufsichtsrat der Gesellschaft auf deren Verlangen in strategischen Fragen, bei der Entwicklung und Evaluierung neuer Geschäftsideen für die Gesellschaft, der Entwicklung neuer Kooperationsmodelle und der Öffentlichkeitsarbeit insbesondere in den Bereichen Gesundheit,

Bau, Infrastruktur, IT und Verwaltungsmodernisierung zu beraten. Der Beirat bestand zu Beginn des Jahres 2018 aus 18 Mitgliedern. Diese Anzahl reduzierte sich im 2. Quartal 2018 auf 17 Mitglieder. Die Mitglieder haben sich in den Fachausschüssen Bau / Infrastruktur und Strategische Verwaltungsmodernisierung organisiert.

Unternehmenssteuerung

Die Steuerung des Unternehmens erfolgt auch im Geschäftsjahr 2018 unverändert durch regelmäßige vergleichende Analyse von Wirtschaftsplanung, Forecast und Ist-Entwicklung auf Basis der Finanzbuchhaltung und Kostenrechnung der Gesellschaft einerseits betreffend das Gesamtunternehmen sowie andererseits für die einzelnen Unternehmensbereiche. Die Einhaltung von Einzelansätzen des Wirtschaftsplanes wurde im Rahmen von Soll-Ist- Vergleichen vorgenommen. Abweichungen von den Erwartungswerten der Projekte werden laufend zeitnah beobachtet, analysiert und in regelmäßigen Besprechungen zwischen Geschäftsführung/ Geschäftsleitung und kaufmännischer Leitung erörtert. Gleiches gilt für nicht projektbezogene Planabweichungen. Die Ergebnisentwicklung des Unternehmens wird monatlich anhand des Ergebnisses vor Zinsen und Steuern (EBIT) und die Liquidität anhand der Entwicklung des Cash-Flows verfolgt.

Wirtschaftsbericht

Branchenbezogene Rahmenbedingungen

Markt für Beratung der öffentlichen Hand im Bereich strategische Verwaltungsmodernisierung

Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen wünschen sich Verwaltungen als moderne Dienstleister, die zuverlässigen Service bieten und effizient haushalten. Um dieses Qualitätsniveau zu erreichen, müssen Strukturen und Abläufe häufig neu ausgerichtet werden. Demografische und regulatorische Rahmenbedingungen sind hierbei ebenso zu berücksichtigen wie der von der Digitalisierung vorangetriebene Wandel, der viele Lebensbereiche erfasst.

In einer Umfrage unter deutschen Behördenleitern und Entscheidungsträgern im Frühjahr 2016 gaben diese an, dass die größten Herausforderungen der kommenden fünf Jahre in der Weiterentwicklung des EGovernments, in Maßnahmen zur Digitalisierung und in der demographieorientierten Personalpolitik liegen werden. Immer häufiger muss die öffentliche Verwaltung mit neuen Strategien und Organisationsmodellen auf solche Anforderungen reagieren. Dieser Trend wird sich sowohl für den Bund als auch für die Länder und Kommunen fortsetzen. Gründe dafür liegen in der stärkeren Fokussierung der Verwaltung auf (hoheitliche) Kernaufgaben, der Schwierigkeit, junge Talente zu gewinnen, und der steigenden Inanspruchnahme von Angeboten und Dienstleistungen kommerzieller Anbieter.

Zentrale Anforderungen für die Bundesverwaltung sind im E-Government-Gesetz (EGovG) und im Regierungsprogramm „Digitale Verwaltung 2020“ beschrieben. Darin werden die Bundesbehörden u. a. verpflichtet, bis 2020 ihre Akten elektronisch zu führen (§ 6 EGovG) sowie ihre Verwaltungsabläufe im Zuge der Digitalisierung unter Nutzung gängiger Methoden zu dokumentieren, analysieren und optimieren (§ 9 EGovG). Darüber hinaus hat die Erweiterung des Artikels 91 zum Onlinezugangsgesetz (OZG) geführt und die Bundesregierung hat eine KI-Strategie vorgelegt, die die zunehmende Bedeutung neuer Technologien unterstreicht.

Aufgrund der großen Nachfrage nach Unterstützung bei der Bearbeitung vorgenannter Aspekte wächst der Bereich mit Projekten auf allen drei föderalen Ebenen und hat sich als anerkannter Berater für Organisations- und Strategieberatung etabliert.

Markt für Beratung der öffentlichen Hand im Bereich Hochbau / Infrastruktur

Auch im Bereich Bau / Infrastruktur steht die öffentliche Hand vor großen Herausforderungen, um öffentliche Infrastruktur und Immobilien mit begrenzten Haushaltsmitteln zu modernisieren, instand zu halten und zu pflegen. Auf Bundes-, Landes- und besonders auf kommunaler Ebene sind in den letzten Jahren die Nettoinvestitionen zum Teil drastisch gesunken. Auf kommunaler Ebene wird eine Investitionslücke von 126 Milliarden Euro eingeräumt¹. Dabei ist die Situation einerseits durch einen eklatanten Fachkräftemangel in den zuständigen Ämtern, andererseits aber durch eine große Verfügbarkeit an staatlichen Fördermitteln gekennzeichnet. Unterstützungs- und Beratungsbedarf der öffentlichen Hand besteht daher insbesondere bei Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen, beim Projektcontrolling, bei der Vertragsgestaltung und Vergabeverfahren, bei der effektiven und effizienten Steuerung von aufwendigen Infrastrukturprojekten sowie deren kosten-, termin- und qualitätsgerechter Realisierung, was angesichts einer sehr hohen Auslastung der Bauwirtschaft eine große Herausforderung darstellt.

Diese Themen sind zentrale Felder unseres Beratungsangebotes, sodass die PD auf allen drei föderalen Ebenen ihre Marktposition ausbauen konnte. Nach wie vor besonders ausgeprägt ist die Marktposition der PD im Segment der Großprojekte insbesondere auf Bundesebene; jedoch hat die Gesellschaft ihre Beratungstätigkeit im kommunalen Umfeld und im Bereich Gesundheitswesen deutlich ausgebaut. Der Geschäftsbereich hat sich insbesondere durch seine Projektvielfalt in Verbindung mit der Erweiterung des Unternehmensgegenstandes von der Marktentwicklung im ÖPP-Markt im Bereich Hochbau / Infrastruktur im positiven Sinne durch deutliches Wachstum entkoppelt.

Wettbewerb

Die PD steht als Beratungsunternehmen im Wettbewerb mit anderen Beratern. Hierzu gehören neben großen internationalen Wirtschaftsprüfungs- und Strategieberatungsgesellschaften auch kleinere, vor allem regionale Berater. Da diese Berater - im Gegensatz zur PD - neben der öffentlichen Hand auch private Unternehmen beraten können, ist ihr Marktpotential deutlich höher. Trotzdem konnten beide Geschäftsbereiche der PD gegenüber dem Vorjahr ein sehr dynamisches Umsatzwachstum verzeichnen. Neben erfolgreicher Projektarbeit haben sich hier auch die Vorteile der Inhouse-Vergabe, die jeder Gesellschafter nutzen kann, positiv ausgewirkt.

Geschäftsentwicklung der PD

Die Geschäftsentwicklung der PD verlief in 2018 ausgesprochen erfolgreich. Die Gesellschaft konnte wie bereits in den letzten Geschäftsjahren die im Wirtschaftsplan 2018 zum Ausdruck gekommenen Wachstumserwartungen deutlich übertreffen. Es ist der Gesellschaft zudem gelungen, im Bereich Bau / Infrastruktur und im Bereich Strategische Verwaltungsmodernisierung ihre Marktposition weiter zu stärken. Anfang 2018 wurde eine Betriebsstätte in Nordrhein-Westfalen, in Düsseldorf, gegründet. Damit hat die Gesellschaft auf veränderte Markt- und Kundenanforderungen reagiert. Die Schaffung einer größeren Kundennähe und die Möglichkeit einer kurzfristigen und unmittelbaren Ansprache waren dabei ebenso wichtige Beweggründe wie die Tatsache, dass insbesondere regionale Kunden Berater mit ent-

sprechender Regionalkompetenz bevorzugen und eine verstärkte Vernetzung der PD in kommunal- und landespolitischen Netzwerken als notwendig erachtet wurde. Die wirtschaftlichen Planvorgaben, die an die Gründung der Betriebsstätte geknüpft waren, wurden im Berichtsjahr deutlich übertroffen.

Im Zuge des Wachstums der Gesellschaft wurden auch die Corporate Functions neu strukturiert. Neben den bereits bestehenden Bereichen Marketing /Kommunikation und interne IT wurden die Bereiche Recht, Organisation und Gesellschafterbetreuung etabliert. Darüber hinaus wurden die Personalthemen aus der kaufmännischen Abteilung in einen eigenständigen Personalbereich überführt.

Die Geschäftsführer Herr Stéphane Beemelmans und Herr Claus Wechselmann zeichneten im Geschäftsjahr 2018 für folgende Bereiche Verantwortung:

Stéphane Beemelmans	Claus Wechselmann
Bundesbau, Kommunalberatung, Gesundheitswesen	Strategische Verwaltungsmodernisierung
Finanzen, Recht, IT, Organisation, Gesellschafterbetreuung	Personal, Marketing/ Kommunikation

Darüber hinaus gehören Frau Britta Thiel (CFO) seit 2015, aus dem Bereich Strategische Verwaltungsmodernisierung Herr Dr. Peter-Roman Persch (seit 2016) und Herr Dr. Norbert Ahrend (seit 2017) sowie aus dem Bereich Bundesbau, Kommunalberatung, Länderberatung und Gesundheitswesen Herr Karl-Heinz Heller (seit 2018) zur Geschäftsleitung.

Das Leistungsangebot sowie das Vergütungsmodell der Gesellschaft sind in der im Dezember 2016 mit den Gesellschaftern für einen unbefristeten Zeitraum geschlossenen Eckpunktevereinbarung festgelegt. Es ist beabsichtigt, die Gesellschafterzahl in den Folgejahren weiterhin durch den Verkauf von Anteilen des Bundes an interessierte öffentliche Auftraggeber aus Ländern (Gruppe 2), Kommunen (Gruppe 3), öffentlich-rechtlichen Körperschaften (Gruppe 4) sowie öffentlichen Unternehmen und sonstigen öffentlichen Auftraggebern (Gruppe 5) zu steigern.

Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Die Gesellschaft hat das Jahr 2018 mit einem Jahresüberschuss von rd. 3.858 T€ abgeschlossen und liegt damit um rund 1.036 T€ über Plan. Gegenüber dem Vorjahr konnte das Jahresergebnis um rd. 1.020 T€ gesteigert werden. Das zurückliegende Geschäftsjahr kann daher insgesamt als sehr erfolgreich eingeschätzt werden.

Die nachfolgende Tabelle verdeutlicht den soliden Entwicklungskurs der Gesellschaft:

Geschäftsjahr	2014	2015	2016	2017	2018
Gesamtleistung (T€) Ohne sonstige betriebliche Erträge	6.300	9.286	11.396	25.961	43.468
Deckungsbeitrag 1 (T€)	5.458	6.327	8.051	16.289	23.585
Jahresüberschuss (T€)	685	1.064	1.324	2.838	3.858

Ein wesentlicher Einflussfaktor für den signifikanten Anstieg der Gesamtleistung gegenüber dem Vorjahr ist die deutliche Ausweitung der Beratungstätigkeit der Gesellschaft in der Berichtsperiode, u.a. aufgrund der immer stärker werdenden Kundenbindung und der Positionierung als profilierter Projektberater. Nach mehrjähriger vertrauensvoller Zusammenarbeit und zahlreichen erfolgreich abgeschlossenen Beratungsprojekten wachsen die Auftragsvolumina der Hauptkunden kontinuierlich. Zudem ist es gelungen, den Kundenstamm, insbesondere im kommunalen Bereich, auszuweiten.

Mit der Steigerung der Gesamtleistung einhergehend sind auch die Kosten in Summe angestiegen. Wesentliche Einflussfaktoren sind die Steigerung der Personalkosten aufgrund Personalaufbaus, damit einhergehend erhöhte Mietkosten für zusätzliche Büroräume in Berlin und Düsseldorf, gestiegene sonstige betriebliche Aufwendungen und höhere Aufwendungen für bezogene Fremdleistungen für rechtliche und technische Beratungsleistungen, für spezialisierte Fremdleistungen bzw. zum Kapazitätsausgleich gegenüber dem Vorjahr.

Im abgelaufenen Geschäftsjahr 2018 ergab sich im Vergleich zur Wirtschaftsplanung folgendes Bild:

	PLAN (T€)	IST (T€)	Σ (T€)
Gesamtleistung (einschl. sonstige betriebliche Erträge)	31.834	43.559	11.724
Kosten	-27.801	-38.004	-10.203
davon Personalkosten	-14.423	-13.574	849
Zinsergebnis, Steuern	-1.212	-1.697	-485
Jahresüberschuss	2.822	3.858	1.036

Neben den direkten Geldmitteln in Höhe von 11,8 Mio. € war eine Liquiditätsreserve in Höhe von rund 0,3 Mio. € in Tagesgeldern angelegt. Die angelegte Liquiditätsreserve ist gegenüber dem Vorjahr um rd. 2,0 Mio. € zurückgegangen und liegt zum Bilanzstichtag bei rund 1% der Bilanzsumme und dem 0,02-fachen der Summe aus Rückstellungen und Verbindlichkeiten. Im Gegenzug dazu haben sich die direkten Geldmittel gegenüber dem Vorjahr um rd. 6,4 Mio. € erhöht, da aufgrund des Zinsniveaus keine Neuanlage ausgelaufener Anlagen erfolgte.

Forderungen und Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie die Rückstellungen erhöhten sich vor allem im Zusammenhang mit der Ausweitung des Geschäftsvolumens.

Das Eigenkapital liegt mit rund 12,1 Mio. € bei rund 45% der Bilanzsumme und dem 10,7-fachen des Anlagevermögens.

Prognose-Ist-Vergleich: Die Entwicklung der Gesellschaft im Berichtsjahr hat die im Lagebericht des Vorjahres abgegebene Prognose für die Entwicklung von Gesamtleistung und operativem Jahresergebnis deutlich übertroffen. Der ausschlaggebende Faktor dafür ist - wie vorstehend ausgeführt - der deutliche Anstieg der Gesamtleistung. Damit einhergehend sind gegenüber der Prognose deutliche höhere Aufwendungen für bezogene Fremdleistungen angefallen; dies insbesondere vor dem Hintergrund, dass der Personalkörper nicht wie geplant aufgebaut werden konnte. Die Personalkosten liegen insofern unterhalb der Annahmen der Wirtschaftsplanung. Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen in der Berichtsperiode entsprechen im Wesentlichen der Vorjahresprognose.

Die Berichterstattung zu Vorgängen von besonderer Bedeutung nach dem Bilanzstichtag erfolgt im Anhang.

Finanzielle und nicht finanzielle Leistungsindikatoren

Das Ergebnis vor Zinsen und Steuern betrug im Geschäftsjahr 2018 rund 5.555 T€ und liegt damit um rund 1.521 T€ über Plan. Gegenüber dem Vorjahr wurde das Ergebnis vor Zinsen und Steuern um rund 1.466 T€ gesteigert.

Der Cash-Flow betrug insgesamt 6.427 T€. Die Finanzmittel liegen damit am Ende des Berichtszeitraums bei 11.770 T€. Der Cash-Flow aus der laufenden Geschäftstätigkeit betrug 6.101 T€, aus der Investitionstätigkeit 1.265 T€ und der Cash-Flow aus Finanzierungstätigkeit 939 T€, bedingt durch die Gewinnausschüttung 2017 an die Gesellschafter.

Die PD hat während des Geschäftsjahres ohne die Geschäftsführer durchschnittlich 160 Arbeitnehmer beschäftigt, gegenüber durchschnittlich 105 Arbeitnehmern im Geschäftsjahr 2017.

Zur Förderung einer positiven Arbeitsumgebung und zur Mitarbeiterförderung wurden zahlreiche Maßnahmen ergriffen, z.B.

- Das bestehende Personalentwicklungskonzept wird weiterhin zielgerichtet angewendet um attraktive Karriere- und Weiterentwicklungsmöglichkeiten zu bieten.
- Die PD fördert die Gleichstellungskultur um - insbesondere im Beratungsbereich - den Anteil von Frauen zu steigern, vor allem durch die Förderung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf; z. B. durch Teilzeitmöglichkeiten oder Entwicklungspläne die Unterbrechungen wegen Elternzeit berücksichtigen.
- Es finden jährliche Zielvereinbarungs-/ Personalentwicklungsgespräche mit allen Beschäftigten statt.
- Als Bestandteil einer gezielten Personalentwicklung finden regelmäßig Weiterbildungen zum Auf- /Ausbau allgemeiner Beraterkompetenzen sowie fachlich-methodischen Themen statt, die durch zahlreiche individuelle Weiterbildungsmaßnahmen ergänzt werden, die sich i.d.R. aus den Personalentwicklungsgesprächen ergeben.
- In Kooperation mit der Hertie School of Governance wurde eine Einführungsveranstaltung für neue Mitarbeiter entwickelt, die diesen an 2,5 Tagen die Herausforderungen und Besonder-

heiten der öffentlichen Verwaltung vermittelt und somit einen guten Einstieg in dieses besondere Beratungsumfeld ermöglicht.

- Als zusätzlichen Baustein der beruflichen Fortbildung und in weiterer Ausgestaltung des Weiterbildungskonzepts fördert die Gesellschaft seit 2014 berufsbegleitende Studien bzw. den Erwerb sonstiger zertifizierter Zusatzqualifikationen auf der Basis der dazu formulierten Leitlinien.
- Das bestehende System zum betrieblichen Gesundheitsmanagement wurde fortgeführt. Die Maßnahmen dienen dem Ziel, die langfristige Erhaltung der Arbeits- und Leistungsfähigkeit der Mitarbeiter zu fördern und damit krankheitsbedingte Abwesenheiten oder Einschränkungen in der Produktivität zu reduzieren. Darüber hinaus sollen die Motivation und Zufriedenheit der Mitarbeiter und damit die Mitarbeiterbindung erhöht werden.
- Es wurde in 2018 ein StaffDay veranstaltet, bei dem sich die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter an zwei Tagen mit dem Thema „ZusammenWachsen!“ beschäftigt haben und eine weitergehende Bearbeitung wichtiger Themen verabredet wurde.
- Die Gesellschaft erfüllt die Entschärfungserklärung des Deutschen Nachhaltigkeitskodexes seit 2013 und unterstützt andere öffentliche Unternehmen als Mentor. Der Austausch in weiteren Netzwerken trägt zum Aufbau und der Verbreitung der Initiativen bei.
- Die PD hat die Charta der Vielfalt unterzeichnet und lebt und fördert die Vielfalt des Zusammenlebens.
- Im Rahmen unseres ökologischen Engagements haben wir seit 2016 jährlich heimische Bäume in der Region Brandenburg gepflanzt.
- Während unserer Büro- und Beraterarbeit achten wir auf einen sparsamen Umgang mit Ressourcen wie Papier und Energie und nutzen – wenn möglich – alternative Besprechungsmedien.
- Mitte 2018 wurden zusätzliche Flächen in der Büroliegenschaft angemietet, um dem erhöhten Platzbedarf aufgrund des Unternehmenswachstums Rechnung zu tragen und eine attraktive und den Bedürfnissen entsprechende Arbeitsumgebung zur Verfügung zu stellen.

Prognose-, Chancen- und Risikobericht

Prognose- und Chancenbericht

Die Gesellschaft sieht ihre strategischen Wachstumschancen zum Einen in einer Vertiefung der Wertschöpfung in ihren Kernbereichen Strategische Verwaltungsmodernisierung und Bau/ Infrastruktur/ Kommunalberatung und zum Anderen im weiteren Ausbau der Beratungskompetenzen in den thematischen Schwerpunkten Verwaltungsmodernisierung, öffentliche IT, Immobilien und Infrastruktur sowie im Gesundheitswesen auf allen föderalen Ebenen.

Die Gesellschaft bietet umfangreiche Beratung und Lösungsansätze für strategische und organisatorische Veränderungsvorhaben oder zu Beschaffungsalternativen an. Das Leistungsspektrum der PD erstreckt sich darüber hinaus als wirtschaftlicher Berater auf den gesamten Projektlebenszyklus. In integrierten Projektansätzen werden vertikale und horizontale

Kooperationen innerhalb der Verwaltung wie auch Kooperationen mit Privaten oder gemeinnützigen Organisationen beraten.

Eine ganzheitliche Projektherangehensweise zeichnet unsere Beratungstätigkeit aus und ermöglicht, in laufenden Projekten sowie bei grundsätzlichen Vorüberlegungen, Lösungsmöglichkeiten systematisch zu prüfen und zu besseren Ergebnissen zu gelangen.

Neben der Umsetzungsbegleitung von Großprojekten und komplexen Immobilienvorhaben steht die Strategie- und Organisationsberatung der Verwaltung bei strategisch wichtigen Innovations-, Modernisierungs- und Beschaffungsprojekten im Fokus. Darüber hinaus werden die Kommunalberatung und der Gesundheitswesen einen Schwerpunkt der Beratungstätigkeit bilden. Im Bereich Gesundheitswesen steht die Umsetzung von baulichen Masterplänen oder die Ausstattung mit innovativer Medizintechnik im Mittelpunkt, die häufig durch komplexe Partnerschaftsmodelle abgebildet werden. Einen weiteren Schwerpunkt bildet die Investitionsberatung, da der immense Investitionsbedarf der öffentlichen Infrastruktur zunehmend an Bedeutung für die Haushaltsplanung der öffentlichen Hand gewinnt.

Die Regionalisierungsstrategie der Gesellschaft soll mit der Gründung einer weiteren Betriebsstätte im Bundesland Hessen in 2019 fortgesetzt werden.

Der Wirtschaftsplan für das Jahr 2019, der vom Aufsichtsrat in seiner Sitzung am 5. Dezember 2018 beschlossen wurde, und die mittelfristige Planung für die Geschäftsjahre 2020-2023 sehen für das Gesamtunternehmen ein kontinuierliches Wachstum und stetig steigende positive Unternehmensergebnisse vor. Dabei erwarten wir im Zeitraum 2019 – 2023 eine Steigerung der Gesamtleistung von rd. 50%.

Für 2019 wird gegenüber dem Berichtsjahr mit einer moderat steigenden Gesamtleistung bei einer gleichzeitig signifikanten Reduzierung der projektbezogenen Fremdleistungen, jedoch nach Plan mit einem deutlich niedrigeren operativ positiven Jahresergebnis als in 2018 geplant. Ausschlaggebende Faktoren hierbei sind höhere Kosten im Personalbereich (Mitarbeiteranstieg im operativen und nicht operativen Bereich, Personalentwicklung) und im Bereich der sonstigen betrieblichen Aufwendungen (i. W. Raumkosten, Marketingkosten, Weiterbildung, Personalsuche, nicht projektbezogene Reisekosten, interne Beratungskosten).

Risikomanagement, Risikobericht

Das von der PD bearbeitete Geschäftsfeld ist verschiedenen Risiken ausgesetzt, die untrennbar mit dem unternehmerischen Handeln verbunden sind.

Risiken im Beratungsgeschäft können in zwei Fallgruppen eingeteilt werden:

- Externe Risiken: Externe Risiken ergeben sich für Beratungsunternehmen in Form von Rahmenbedingungen und Markteinflüssen, die nicht unmittelbar beeinflusst werden können. In erster Linie sind dies Auswirkungen aufgrund von Veränderungen in der Marktlage, dem Wettbewerb und der Konjunktur.
- Interne Risiken: Im Gegensatz zu den externen Risiken sind die internen Risiken durch Entscheidungen und Handlungen des Beratungsunternehmens selbst bedingt. Risiken aus der Leistungserstellung, im finanzwirtschaftlichen Bereich, aus der Organisation und dem Management des Unternehmens bzw. der einzelnen Projekte gehören in diese Kategorie. Sie sind meist durch operative Entscheidungen und Maßnahmen direkt beeinflussbar und steuerbar. Daneben zählen zu den internen Risiken der Gesellschaft auch informationstechnische

Risiken, wie die IT-Verfügbarkeit (Havarie) oder die Abhängigkeit von „Schlüsselpersonen“ in bestimmten Projektphasen (Mitarbeiterabhängigkeit).

Um eine Auswirkung von Risiken auf eine Unternehmung abschätzen zu können, müssen die identifizierten Risiken bewertet werden. Die Bewertung erfolgt üblicherweise in den Dimensionen der Eintrittswahrscheinlichkeit und der möglichen Schadenshöhe bei Eintritt.

Um Risiken frühzeitig zu erkennen, zu bewerten und konsequent zu handhaben, setzt die Gesellschaft wirksame Steuerungs- und Kontrollsysteme ein.

Das Risikomanagementsystem der PD besteht aus mehreren Modulen.

Das Projektmanagementsystem stützt sich auf eine Software für Projektplanung, Projektsteuerung, Projektüberwachung, Zeiterfassung, durch die die Geschäftsführung automatisch über die Erreichung von definierten Schwellenwerten gegenüber kalkulierten Budgets bei einzelnen Projekten informiert wird.

Es besteht sowohl eine Jahres- als auch eine mittelfristige Unternehmensplanung und eine unterjährige Prognoseberichterstattung, die es erlaubt, bezüglich der Markt- und Wettbewerbsrisiken verschiedene Szenarien zu simulieren und Soll/Ist-Abweichungen zu analysieren. Da sich die Vorbereitung und Umsetzung von ÖPP- und konventionellen Großprojekten über längere Zeiträume - bis zur abschließenden Vergabe der Projekte teilweise über zwei Jahre - erstreckt, ist die mittelfristige Marktentwicklung in der Risikoanalyse zu berücksichtigen.

Daneben wird auch die operative Risikostruktur in regelmäßigen Abständen einer Überprüfung und Bewertung unterzogen sowie im Management der Risiken eine Überprüfung von Mitigationmöglichkeiten (z. B. Versicherbarkeit) durchgeführt. Die Risikogewichtung und deren Eintrittswahrscheinlichkeit werden nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung unter Einbeziehung von Erfahrungswerten und Prognosen vorgenommen. Über das Ergebnis der Prüfung wird dem Aufsichtsrat regelmäßig berichtet.

Bei der vorliegenden Relation zwischen Kosten, Risikostruktur und Eigenkapital sind den Fortbestand der Gesellschaft gefährdende Entwicklungen nicht zu erkennen. Im Vergleich zum Vorjahr hat sich die Gesamtrisikoposition im Berichtsjahr stabil entwickelt.

Berlin, den 29. März 2019

PD – Berater der öffentlichen Hand GmbH, Berlin

Stéphane Beemelmans
Geschäftsführer

Claus Wechselmann
Geschäftsführer

3. Beteiligungen der Wirtschaftsbetriebe der Stadt Unna GmbH

Die Wirtschaftsbetriebe der Stadt Unna GmbH ist an folgenden Unternehmen beteiligt:

- Stadtwerke Unna GmbH
- Logistikzentrum RuhrOst GmbH
- Antenne Unna Betriebsgesellschaft mbH & Co. KG

Im Rahmen des Gesamtabschlusses sind die Gesellschaften Stadtwerke Unna GmbH und Logistikzentrum RuhrOst GmbH von wesentlicher Bedeutung und werden entsprechend im dritten Kapitel dargestellt. Die Gesellschaft Antenne Unna Betriebsgesellschaft mbH & Co. KG wird aus Wesentlichkeitsgründen nicht dargestellt.

3.1 Stadtwerke Unna GmbH

Anschrift:	Kontakt:	Gründung:
Heinrich-Hertz-Str. 2 59423 Unna	Telefon: 02303 2001-0 Fax: 02303 2001-22 E-Mail: office@sw-unna.de Internet: www.stadtwerke-unna.de	Gesellschaftsvertrag vom: 20.12.1991 in der Fassung vom: 10.04.2014

Öffentlicher Zweck/Beteiligungsziel
Die Gesellschaft hat als Aufgabe die Energieversorgung und -Erzeugung sowie die Telekommunikation. Dazu gehören die Errichtung, der Erwerb und der Betrieb von Anlagen, die der Versorgung mit Strom, Gas und Wärme dienen, sowie die Vornahme aller damit im Zusammenhang stehender Geschäfte und Dienstleistungen. Darüber hinaus hat sie die Übernahme von Betriebsführungsaufgaben für Einrichtungen der Kreisstadt Unna sowie für Gesellschaften, an denen die Kreisstadt Unna beteiligt ist, als Aufgabe.

Gesellschafter	Anteile am Stammkapital in	
	%	€
Wirtschaftsbetriebe der Stadt Unna GmbH	76,00	4.666.400,00
Rheinland Energiepartner GmbH	24,00	1.473.600,00
Gesamt	100,00	6.140.000,00

Beteiligungen der SWU	Anteile am Grundkapital in	
	%	€
Provision Stadtwerke IT GmbH	50,00	25.000,00
Biogas Pool 2 für Stadtwerke GmbH & Co. KG	29,35	300.000,00
Stadtwerke Döbeln GmbH	9,35	207.600,00
Trianel Gasspeicher Epe GmbH & Co. KG	5,90	826.000,00
Trianel Windkraftwerk Borkum GmbH & Co. KG	3,69	704.428,04
Trianel Gaskraftwerk Hamm GmbH & Co. KG	0,61	258.741,00
Trianel GmbH	0,35	66.503,50
Trianel Energieprojekte GmbH & Co KG	0,33	49.125,24
Aus Wesentlichkeitsgründen wird auf die Darstellung der einzelnen Enkelgesellschaften der Stadtwerke Unna GmbH verzichtet.		

Organe der Gesellschaft
Geschäftsführung Aufsichtsrat Gesellschafterversammlung

Geschäftsführung			
Jürgen Schäpermeier			
Vergütung der Geschäftsführung			
Gemäß Punkt 3.3.4 des Public Corporate Governance Kodexes der Kreisstadt Unna ist die Vergütung bzw. sind die Bezüge der Mitglieder der Geschäftsführung im Beteiligungsbericht aufgeteilt nach Fixum, erfolgsbezogenen Komponenten und Sachleistungen auszuweisen.			
Erfolgsabhängige Bezüge	Sachleistungen	Erfolgsunabhängige Bezüge	Gesamtbezüge
0,00 €	7.000,00 €	195.000,00 €	202.000,00 €

Aufsichtsrat			
Der Aufsichtsrat besteht aus 18 Mitgliedern. Folgende Mitglieder waren für die Kreisstadt Unna im Aufsichtsrat vertreten:			
Lfd. Nr.	Fraktion	Ordentliches Mitglied	Stellvertretendes Mitglied
1.	SPD	RM Anja Kolar	RM Michael Tietze
2.	SPD	RM Gudrun Friese-Kracht	RM Heike Gutzmerow
3.	SPD	RM Ralph Bürger	RM Volker König
4.	SPD	RM Wolfgang Ahlers	RM Brigitte Wass
5.	CDU	RM Rolf-Dieter Beyersdorf	RM Gerhard Heckmann
6.	CDU	RM Gabriele Meyer	RM Bernhard Albers
7.	CDU	RM Franz Rottinger	RM Wolf-Rüdiger Schmidt
8.	GRÜNE	RM Ismet Sacit Soyubey	RM Björn Merkord
9.	Piraten	RM Christoph Tetzner	RM Michael Sacher (GRÜNE)
10.		BM Werner Kolter	1.Bg Karl-Gustav Mölle
Folgende Mitglieder waren als Arbeitnehmervertreter im Aufsichtsrat vertreten:			
11.	SWU	Dirk Brämer	Petra Wiechert
12.	SWU	Roland Flack	Kristina Krüger
13.	SWU	Frank Weiland	Achim Schwirkmann
14.	SWU	Peter Espeloer	Karsten Pfütznier
15.	SWU	Oliver Kolb	Jan-Christof Kornatz
16.	SWU	Olaf Kikul	Dennis Scheuer
Folgende Vertreter der Rheinland Westfalen Energiepartner GmbH waren im Aufsichtsrat vertreten:			
17.	RWE	Ulrich Hüsken	
18.	RWE	Frank Kramer	

Unterjährige Veränderung	Ordentliches Mitglied	Stellvertretendes Mitglied
bis 01.03.2018	Olaf Kikul	Thomas Hönig-Heinemann
ab 01.03.2018	Olaf Kikul	Dennis Scheuer
bis 01.12.2018	Ralph Bürger	NN
ab 01.12.2018	Ralph Bürger	Volker König

Vergütung des Aufsichtsrates	
<p>Gemäß Punkt 2.7.2 des Public Corporate Governance Kodexes der Kreisstadt Unna sind die Gesamtbezüge des Aufsichtsrates und die Vergütungssätze der von der Kreisstadt Unna entsandten Aufsichtsratsmitglieder individualisiert im Beteiligungsbericht auszuweisen.</p> <p>Der Jahresabschluss 2018 der SWU weist für die Tätigkeiten der Aufsichtsratsmitglieder Gesamtbezüge in Höhe von 13.575,00 € (Vorjahr 16.425,00 €) aus. Davon entfallen auf die Vertreter der Kreisstadt Unna folgende Beträge:</p>	
BM Herr Werner Kolter	1.500,00 €
Frau Gabriele Meyer	1.125,00 €
Herr Wolfgang Ahlers	750,00 €
Herr Rolf-Dieter Beyersdorf	600,00 €
Herr Ralph Bürger	450,00 €
Frau Gudrun Friese-Kracht	600,00 €
Frau Anja Kolar	600,00 €
Herr Franz Rottinger	600,00 €
Herr Ismet Sacit Soyubey	450,00 €
Herr Christoph Tetzner	600,00 €
Herr Björn Merkord	150,00 €
Herr Wolf-Rüdiger Schmidt	150,00 €

Gesellschafterversammlung:
Die Gesellschafterversammlung der Stadtwerke Unna GmbH entspricht dem Haupt- und Finanzausschuss der jeweiligen Wahlperiode.

Anzahl der Mitarbeiter (ohne Geschäftsführer)	2018	2017
Angestellte		
in Vollzeit	124	125
in Teilzeit	21	20
Auszubildende	8	8
Aushilfen	2	2
Gesamt	155	155

Bilanz der letzten drei Geschäftsjahre

	2018	2017	2016
	in €	in €	in €
Aktiva:			
A. Anlagevermögen			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	1.101.071	1.119.533	1.136.201
II. Sachanlagen	48.984.919	45.757.150	43.853.714
III. Finanzanlagen	18.090.548	18.877.838	18.893.338
Summe Aktiva	68.176.538	65.754.521	63.883.253
B. Umlaufvermögen			
I. Vorräte	544.286	557.339	456.326
II. Forderungen	13.969.587	11.811.825	15.923.567
III. Kassenbestand	1.990.555	2.343.187	2.296.345
Summe Umlaufvermögen	16.504.428	14.712.351	18.676.238
C. Rechnungsabgrenzungsposten	2.571.270	3.012.341	386.545
Summe Aktiva	87.252.236	83.479.213	82.946.036
Passiva:			
A. Eigenkapital			
I. Gezeichnetes Kapital	6.140.000	6.140.000	6.140.000
II. Kapitalrücklage	7.134.338	6.406.443	5.678.549
III. Gewinnrücklage	3.291.820	3.291.820	3.291.820
Summe Eigenkapital	16.566.158	15.838.263	15.110.369
B. Empfangene Ertragszuschüsse	7.901.967	7.384.777	7.293.360
C. Investitionszuschüsse	110.628	101.762	-
D. Rückstellungen	5.164.213	3.666.324	3.739.105
E. Verbindlichkeiten	57.509.271	56.488.087	56.803.202
F. Rechnungsabgrenzungsposten	-	-	-
Summe Passiva	87.252.236	83.479.213	82.946.036

Kennzahlen

Vermögens-, Finanz- und Kapitalstruktur	2018	2017	2016
	in %	in %	in %
Anlagenintensität	78,1%	80,0%	77,0%
Eigenkapitalquote	19,0%	18,9%	18,2%
Fremdkapitalquote	71,8%	81,0%	81,8%
Anlagendeckungsgrad	24,3%	24,0%	23,7%
Investitionen	2018	2017	2016
	in T€	in T€	in T€
Investitionsvolumen	6.417	6.343	5.767

Gewinn- und Verlustrechnung der letzten drei Geschäftsjahre

	2018	2017	2016
	in €	in €	in €
Umsatzerlöse	72.112.339	78.419.137	82.476.570
Andere aktivierte Eigenleistungen	1.205.813	1.224.315	815.336
sonstige betriebliche Erträge	198.836	388.463	599.686
Materialaufwand	- 48.946.172	- 53.938.953	- 57.891.180
Personalaufwand	- 10.685.345	- 10.373.386	- 9.948.235
Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	- 3.188.001	- 4.341.865	- 4.234.329
Sonstige betriebliche Aufwendungen	- 6.621.674	- 6.528.964	- 6.586.627
Erträge aus Beteiligungen	484.414	543.697	272.035
Erträge aus Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	746.373	748.153	748.304
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	43.323	22.385	24.714
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	- 1.011.429	- 1.222.043	- 1.350.051
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	- 739.823	- 660.669	- 1.665.597
Ergebnis nach Steuern	3.598.655	4.280.270	3.260.626
Sonstige Steuern	-	36.228	43.502
Aufgrund eines Gewinnabführungsvertrages abgeführter Gewinn	- 3.598.655	- 4.244.042	- 3.217.124
Jahresüberschuss/ Jahresfehlbetrag (-)	-	-	-

Verwendung des Jahresergebnisses 2018

Die Gesellschafterversammlung hat am 27.06.2019 den Jahresabschluss 2018 festgestellt. Das Jahresergebnis belief sich vor Gewinnabführung auf 3.599 T€. Auf Grund des bestehenden Ergebnisabführungsvertrages wurde der Gewinn im Jahr 2018 an die WBU abgeführt.

Einzahlung Kapitalrücklage

Gemäß Beschluss der Gesellschafterversammlung am 27.06.2019 wurde ein Betrag in Höhe von 728 T€ in die Kapitalrücklage der Gesellschaft eingezahlt. Zweck dieser Maßnahme ist die Sicherstellung einer angemessenen Liquiditätsausstattung der SWU. Die Höhe der Einzahlung bemisst sich nach den ertragswirksam vereinnahmten Zinsgutschriften aus der Ausleihung an die TWB.

Bürgschaften

Der von der Kreisstadt Unna verbürgte Betrag zugunsten der Stadtwerke Unna GmbH beläuft sich zum 31.12.2018 auf 6.859 T€ (Vorjahr: 7.554 T€).

Für die von der Kreisstadt Unna hingegebenen Kommunalbürgschaften wurde im Wirtschaftsjahr 2018 eine Avalprovision in Höhe von 35.234,99 € gezahlt.

Darlehen

Zum Bilanzstichtag 31.12.2018 hat die SWU ein kurzfristiges Liquiditätsdarlehen in Höhe von 3.800 T€ bei der Kreisstadt in Anspruch genommen. Hierfür wurde der Gesellschaft 607,81 € an Zinsen in Rechnung gestellt.

Die SWU weist zum Bilanzstichtag 31.12.2018 langfristige Darlehen bei der Kreisstadt Unna in Höhe von 10.903 T€ (Vorjahr:11.718 T€) aus. Die SWU hat für die gegebenen Darlehen Zinsen von 161.447,72 € gezahlt.

Ausleihungen

Zum Bilanzstichtag 31.12.2018 weist die SWU unverändert ein Darlehen in Höhe von insgesamt 5.666 T€ an die Trianel Windkraftwerk Borkum GmbH & Co. KG sowie an die Trianel Gaskraftwerk Hamm GmbH & Co. KG aus.

Haftungsverhältnisse

Die Stadtwerke Unna GmbH hat eine Patronatserklärungen zugunsten der Verpflichtungen der Trianel GmbH in Höhe von insgesamt 779 T€ abgegeben.

Konzessionsabgaben

Aufgrund der zwischen der Kreisstadt Unna und der Stadtwerke Unna GmbH geschlossenen Konzessionsabgabeverträge erhält die Kreisstadt Unna jährlich Konzessionsabgaben für Strom, Gas und Fernwärme.

Folgende Konzessionsabgaben wurden von der Stadtwerke Unna GmbH gezahlt:

Konzessionsabgabe	2018	2017
Strom	1.812.227,67 €	1.863.897,78 €
Gas	228.997,16 €	281.949,78 €
Fernwärme	54.965,54 €	55.400,46 €
Gesamt	2.096.190,37 €	2.201.248,02 €

Lagebericht der Geschäftsführung für das Geschäftsjahr 2018

I. Gesellschaftsstruktur und Geschäftsfelder

Die Stadtwerke Unna GmbH ist Dienstleisterin für rund 60.000 Einwohner des Versorgungsgebietes sowie für eine wachsende Zahl externer Kunden. Gesellschafter der Stadtwerke sind die Wirtschaftsbetriebe der Stadt Unna GmbH mit einem Anteil von 76 Prozent sowie die Rheinland Westfalen Energiepartner GmbH mit einem Anteil von 24 Prozent.

Als kommunaler Energiedienstleister bieten die Stadtwerke Unna GmbH mit ihrem Produktportfolio den 32.500 Kunden einen maßgeschneiderten Service in den Versorgungsbereichen Strom, Erdgas und Wärme. Die Breitbandversorgung wird als eine weitere wichtige Säule des Produktportfolios gesehen und entsprechend weiterentwickelt. Das Versorgungsnetz erstreckt sich über das gesamte Stadtgebiet von Unna. Den größten Teil der Energie beziehen die Stadtwerke Unna von Vorlieferanten, wobei ein Teil auch regenerativ vor Ort erzeugt wird. Um diese Aufgaben zu bewältigen, sind die Stadtwerke Unna GmbH an Erzeugungs- und Speicherkapazitäten und Handels- und Dienstleistungsgesellschaften beteiligt.

II. Wirtschaftsbericht

Nach Berechnungen des Statistischen Bundesamts betrug der preisbereinigte Anstieg des Bruttoinlandsprodukts für 2018 1,5 Prozent. Gestützt wurde die wirtschaftliche Entwicklung im Berichtsjahr von privaten Konsumausgaben sowie gestiegene Investitionen vieler Unternehmen. Auch die Konsumausgaben des Staates, zu denen unter anderen soziale Sachleistungen und Gehälter der Mitarbeiter zählen, legten zu. Der Export fiel als Wachstumstreiber aus. Nach vorläufigen Berechnungen gab es weniger Ausfuhren, aber mehr Importe als im Vorjahr. Die von den USA angeheizten Handelskonflikte belasten das Exportgeschäft. Hinzu kamen Probleme der deutschen Autoindustrie bei der Einführung des neuen Abgas- und Verbrauchsstandards WLTP. Die Hersteller mussten deswegen zeitweise ihre Produktion drosseln. Das hatte die Wirtschaftsentwicklung im dritten Quartal belastet.

Neben der konjunkturellen Entwicklung sind für die Geschäftsführung der Stadtwerke Unna GmbH auch die energiepolitischen Rahmenbedingungen und die damit verbundenen Auswirkungen auf die Energiemärkte, die alle Wertschöpfungsstufen betreffen, von besonderer Bedeutung.

2. Energiepolitische Lage

Die energiepolitische Lage ist insbesondere durch die Gesetzgebung und Eingriffe des Regulators geprägt. Die EEG-Umlage sank leicht auf 6,792 ct/kWh; dies entspricht einem Rückgang um 1,3 Prozent gegenüber dem Vorjahr.

Als Folge einer Änderung von § 4 Abs. 7 StromStV müssen mit Rückwirkung zum 01.01.2018 auf den Stromrechnungen an bestimmte gewerbliche Letztverbraucher Steuerbegünstigungen nach § 9 StromStG ausgewiesen werden. Dies soll die Transparenz für Letztverbraucher und Hauptzollämter verbessern.

Die beiden größten deutschen Energieversorger RWE und Eon haben am 11.03.2018 verkündet, sich komplett neu aufzustellen. Danach wird das gerade einmal zwei Jahre alte Ökostromun-

ternehmen innogy zerschlagen. RWE wird alle Aktivitäten im Bereich der erneuerbaren Energie übernehmen. Eon will sich künftig vor allem auf Energienetze und den Vertrieb konzentrieren.

Die Durchführung der gesamten Transaktion sei in mehreren Schritten geplant und stehe unter dem Vorbehalt der kartellrechtlichen Zustimmung.

Die Reform des Emission Trading Systems (ETS) für die 4. Handelsperiode im Emissionshandel ist beschlossen, die entsprechende Richtlinie (RL 2018/410) wurde am 19.03.2018 im Amtsblatt veröffentlicht.

Nachdem das Oberlandesgericht Düsseldorf am 22.3.2018 verkündet hat, dass die von der Bundesnetzagentur (BNetzA) für die 3. Regulierungsperiode ermittelten EK-Zinssätze zu niedrig sind, hat die BNetzA gegen die Entscheidung Revision eingelegt. Somit muss der Bundesgerichtshof entscheiden.

Am 29.3.2018 haben die Verbände BDEW, VKU und GEODE die 10. Fassung der Kooperationsvereinbarung der Gasnetzbetreiber „KoV X“ veröffentlicht. Am 1.10.2018 ist das Regelwerk in Kraft getreten.

Die Kommission für Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung wurde am 6.6.2018 von der deutschen Bundesregierung eingesetzt. Der Abschlussbericht soll im ersten Quartal 2019 der Bundesregierung übergeben werden. Ziele sind Empfehlungen für den schrittweisen Ausstieg aus der Kohleverstromung und die Bestimmung eines Enddatums, zu dem der Kohleausstieg abgeschlossen sein soll.

Die neuen Bilanzierungsumlagen für den Zeitraum vom 01.10.2018 bis zum 01.10.2019 im Marktgebiet der NCG wurden von 0,00 EUR/MWh auf 1,20 EUR/MWh für SLP-Entnahmestellen und für RLM-Entnahmestellen von 0,00 EUR/MWh auf 0,60 EUR/MWh erhöht. Gaspool erhöht die SLP-Bilanzierungsumlage für denselben Zeitraum von 0,20 EUR/MWh auf 0,73 EUR/MWh und die RLM-Bilanzierungsumlage von 0,08 EUR/MWh auf 0,26 EUR/MWh.

Die Übertragungsnetzbetreiber TenneT, Amprion, 50Hertz und TransnetBW veröffentlichten die neue EEG-Umlage für das Jahr 2019. Die EEG-Umlage sinkt im Vergleich zum Vorjahr um 5,7 Prozent und beträgt damit 6,405 ct/kWh.

Am 21.12.2018 ist das Energiesammelgesetz, welches verschiedene Änderungen an energiebezogenen Gesetzestexten wie dem EEG und dem Kraft-Wärme-Kopplung-Gesetz (KWKG) vorsieht, in Kraft getreten. Neben der Verlängerung der privilegierten Eigenversorgungsregelung für KWK-Neuanlagen, enthält das Energiesammelgesetz auch Änderungen, die Sonderausschreibungen im Onshore- und Photovoltaikbereich in Höhe von 4 GW beinhalten. Diese Ausschreibungen werden in den Jahren 2019 bis 2021 durchgeführt. Weiterhin wird mit dem Energiesammelgesetz die Vergütung von Solaranlagen mit einer Größe zwischen 40 kW und 750 kW bis April 2019 schrittweise auf 8,9 ct/kWh reduziert.

3. Energiewirtschaftliche Lage

Der Energieverbrauch in Deutschland ging 2018 nach vorläufigen Berechnungen der Arbeitsgemeinschaft Energiebilanzen (AG Energiebilanzen) um 3,5 Prozent auf 442,3 Millionen Tonnen Steinkohleneinheiten (Mio. t SKE) zurück. Damit fiel der Energieverbrauch in Deutschland auf den niedrigsten Stand seit Anfang der 1970er Jahre. Für den gesunkenen Energieverbrauch in Deutschland sind vor allem die gestiegenen Energiepreise, die milde Witterung sowie Verbesserungen bei der Energieeffizienz verantwortlich. Die Bruttostromerzeugung verminderte sich 2018 um etwa 1,2 Prozent auf rund 646 Mrd. kWh etwas stärker als der Bruttostromver-

brauch. Spürbar geändert hat sich die Struktur der Stromerzeugung nach Energieträgern. Die Stromerzeugung aus Steinkohle (-10,4 Prozent), Erdgas (-3,9 Prozent) und Braunkohle (-1,9 Prozent) verminderte sich, während die Erzeugung aus erneuerbaren Energieträgern sich erneut mit einem deutlichen Plus von 4,3 Prozent erhöhte. Die erneuerbaren Energien trugen mit insgesamt fast 226 Mrd. kWh und einem Anteil von knapp 35 Prozent vor der Braunkohle (22,5 Prozent), dem Erdgas und der Steinkohle mit jeweils 12,9 Prozent sowie der Kernenergie (11,8 Prozent) zur Stromerzeugung bei. Am Stromverbrauch waren die erneuerbaren Energien 2018 mit rund 38 % beteiligt.

Die Importe an den ARA-Häfen (Amsterdam, Rotterdam, Antwerpen) wurden im Jahr 2018 am Spotmarkt inklusive Fracht und Versicherung mit durchschnittlich 92 US-Dollar/t abgerechnet. Der Preis liegt damit um rund 7 US-Dollar höher als in 2017. Der Forward API#2 wurde mit 87 US-Dollar/t gehandelt. Hier spiegelt sich insbesondere die wirtschaftliche Entwicklung im asiatisch-pazifischen Raum wieder.

Nachdem sich die OPEC im Dezember 2016 geeinigt hatte, eine Förderkürzung umzusetzen, stiegen die Ölpreise zunächst nachhaltig über 50 US-Dollar/Barrel. Im Frühjahr 2017 mehrten sich dann jedoch die Zweifel daran, dass der erhebliche Lagerüberhang zügig abgebaut werden würde. Zudem konnten die OPEC-Länder Libyen und Nigeria, die von den Förderkürzungen ausgenommen waren, ihre Förderung im zweiten Quartal des Kalenderjahres 2017 kräftig erhöhen. In Folge fielen die Preise bis Mitte Juli 2017 deutlich unter 50 US-Dollar/Barrel. Danach führten ein schwächerer US-Dollar sowie ein spürbarer Lagerabbau in den USA zu einer Erholung der Preise über die Marke von 50 US-Dollar/Barrel.

Im zweiten Quartal 2018 erfuhren die Ölpreise einen deutlichen Preisanstieg. Der Ausstieg der USA aus dem Iran-Atomdeal schürte das Ölpreinsniveau. Zur Jahresmitte erreichten die Rohölnotierungen neue Preishochmarken. Saudi-Arabien lieferte erheblich mehr Öl, vor allem auch in die USA. Auch der entfachte Handelskrieg USA/China und USA/EU hatte preisdämpfenden Einfluss. Im Zeitraum August-September legten die Rohöl-Future-Kontrakte um rund 15 Prozent zu. Im Oktober und November schwanden die Unterversorgungsängste und die Ölpreise rutschten extrem steil abwärts. Die OPEC beschloss am 7. Dezember die Ölproduktion um 1,2 Mio. Barrel/Tag wieder zu kürzen, um dem eklatanten Preisverfall zu stoppen. Der Ölpreis beendete das Jahr 2018 bei 70 US-Dollar/Barrel.

Die Notierungen der EUA Emissionszertifikate stiegen von 8 EUR/t Ende 2017 deutlich auf bis zu 25 EUR/t erholen. Der Durchschnittspreis lag 2018 bei 16 EUR/t und damit 10 EUR über von 2017. Im November 2017 haben sich EU-Kommission, EU-Parlament und Europäischer Rat auf die

Neuregelung des Europäischen Emissionshandelssystems (ETS) geeinigt. Damit wurden neue Rahmenbedingungen für das ETS festgelegt, unter anderem das Abschmelzen der CO₂-Gesamtemissionen ab 2021 jährlich um 2,2 %. Ein weiterer Grund ist die sogenannte Marktstabilisierungsreserve. Diese wurde bereits 2015 von der EU verabschiedet, tritt aber nun zum 1. Januar

2019 in Kraft. Bis zu 25 % der Zertifikate können dadurch aus dem Markt genommen werden, sodass die Nachfrage bereits vor dem Datum gestiegen ist.

Die Preisanstiege von Brennstoffen und Emissionsrechten spiegeln sich auch in der Entwicklung der Stromgroßhandelspreise wider. Der Preis für Strom Base 2019 lag bei durchschnittlich 44 EUR/MWh. Damit lag er rund 10 EUR höher als im Vorjahr.

4. Geschäftsverlauf

Das Geschäftsjahr 2018 verlief planmäßig. Der Ergebnisrückgang gegenüber dem Vorjahr wurde bereits bei der Planung des Geschäftsjahres berücksichtigt. Die als open-access betriebene Breitbandinfrastruktur wurde in Unna weiter ausgebaut und soll zu einer Stärkung der Ertragskraft führen. Um diese Entwicklung zu fördern, haben sich die Stadtwerke Unna GmbH an der BREKO-Einkaufsgemeinschaft eG beteiligt, um neben dem Einkauf vergünstigter Hardware sowie diverser Dienstleistungen auch White-Label-Vorleistungsprodukte wie z.B. IPTV oder Mobilfunkangebote einkaufen zu können. Im Bereich der kundenindividuellen Energielösungen wie Photovoltaik- und Heizungsanlagen wurden ebenfalls weitere Fortschritte erzielt.

5. Lage der Gesellschaft

Umsatz- und Ergebnisentwicklung

Die Stadtwerke Unna GmbH schließt das Geschäftsjahr 2018 mit einem Jahresüberschuss vor Gewinnabführung von 3.599 T€ ab. Dies entspricht einer planmäßigen Reduzierung der Gewinnabführung von rund 645 T€ im Vergleich zum Vorjahr. Das gesteckte Wirtschaftsplanziel wurde erreicht. Weitergehende Erläuterungen werden in der Beschreibung der Ertragslage gegeben.

Die gesamten Umsatzerlöse des Berichtsjahres sind gegenüber 2017 um insgesamt 6,3 Mio. € auf 72,1 Mio. € gesunken.

Die nachfolgenden Grafiken zeigen die Entwicklung der Abgabemengen seit 2013 und die Veränderungen der Mengen und der dazugehörigen Umsatzerlöse in den Versorgungsbereichen Strom, Erdgas und Wärme im Berichtsjahr gegenüber dem Vorjahr:

	Abgabemenge		Umsatzerlöse gem. GuV	
	2018	Änderung VJ	2018	Änderung VJ
Stromversorgung	151.124 MWh	-27 %	46.842 T€	-11 %
Erdgasversorgung	376.343 MWh	- 1%	18.568 T€	0 %
Wärmeversorgung	40.754 MWh	-1 %	3.659 T€	-1 %

Tabelle 1: Abgabemengen und Umsatzerlöse 2018

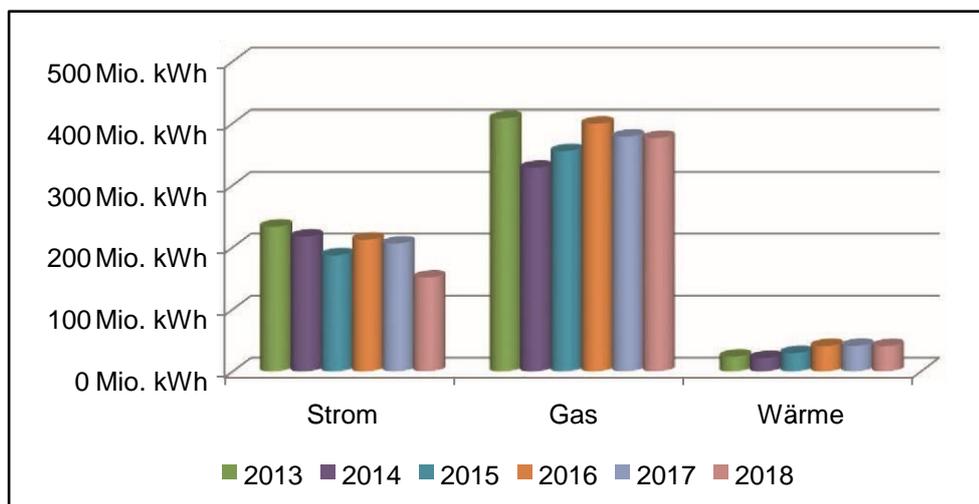


Abbildung 1: Entwicklung der Abgabemengen 2013 – 2018

3

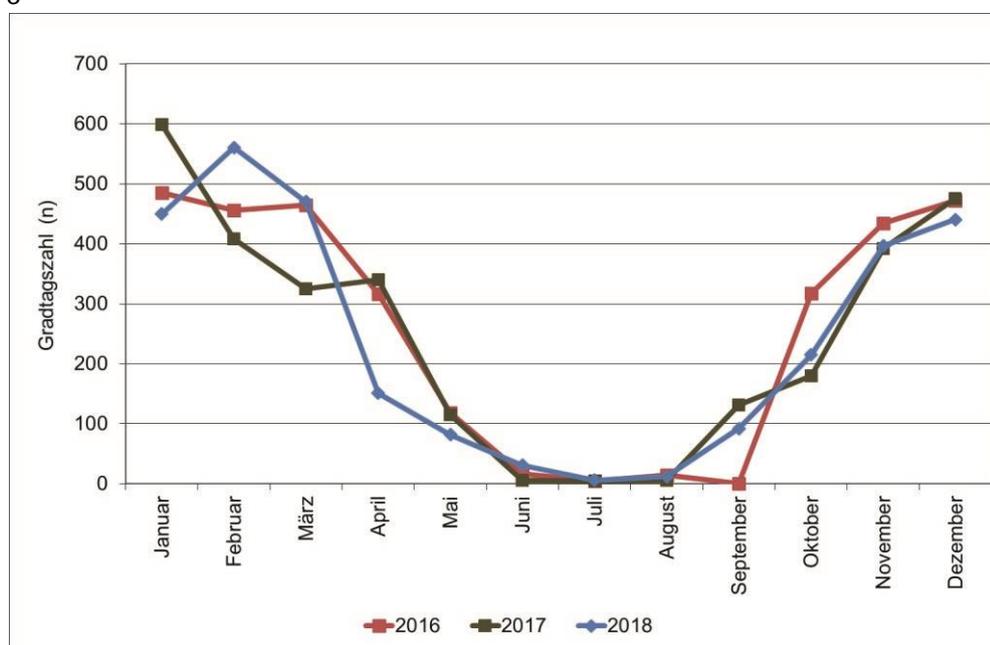


Abbildung 2: Gradtagszahlen 2016 - 2018

Im Bereich der Stromversorgung sind die Absatzmengen und Umsatzerlöse im Tarifkundenbereich leicht und im Sondervertragskundenbereich aufgrund von Kundenverlusten stark rückläufig. Die Gradtageszahlen des Geschäftsjahres 2018 liegen leicht unter denen des Vorjahres. Die Absatzmengen und Umsatzerlöse im Gas- und Wärmebereich sind gegenüber dem Vorjahr nahezu unverändert.

Ertragslage

Die Stadtwerke Unna realisierten ein Ergebnis vor Ertragsteuern von 4.338 T€ (finanzieller Leistungsindikator). Unter Berücksichtigung der Steuern entspricht dies einer Gewinnabführung von 3.599 T€. Die Gewinnabführung reduzierte sich um 645 T€ gegenüber dem Vorjahr. Das Vorsteuerergebnis entspricht den Erwartungen.

	2018	2017	Veränderung zum Vorjahr	
Betriebserträge	73.318 T€	79.643 T€	-6.325 T€	-8 %
Material- und Fremdleistungen	-48.946 T€	-53.939 T€	4.993 T€	-9 %
Rohrertrag	24.372 T€	25.704 T€	-1.333 T€	-5 %

Tabelle 2: Rohrertrag

Der Rohrertrag des Berichtsjahres ist gegenüber dem Vorjahr um -1.333 T€ bzw. 5 Prozent gesunken. Der Rückgang bei den Betriebserträgen konnte durch die Reduzierung der Materialaufwendungen nicht kompensiert werden.

	2018	2017	Veränderung zum Vorjahr	
Rohrertrag	24.372 T€	25.704 T€	-1.333 T€	-5 %
Betriebsaufwendungen	-20.495 T€	-21.280 T€	785 T€	+4 %
sonstige betriebliche Erträge	199 T€	388 T€	-190 T€	-49 %
Ordentliches Betriebsergebnis	4.076 T€	4.813 T€	-737 T€	-15 %

Tabelle 3: ordentliches Betriebsergebnis

Das ordentliche Betriebsergebnis von 4.076 T€ entspricht einer Reduzierung um 15 Prozent bzw. 737 T€ gegenüber dem Vorjahr. Insbesondere haben sich die Abschreibungen aufgrund der Änderung der Nutzungsdauern gegenüber dem Vorjahr deutlich reduziert, so dass die Betriebsaufwendungen insgesamt um 785 T€ gesunken sind. Diese Entwicklung konnte jedoch den Rückgang des Rohertrages nicht kompensieren.

	2018	2017	Veränderung zum Vorjahr	
Erträge aus Beteiligungen	484 T€	544 T€	-60 T€	-11 %
Erträge aus Ausleihungen	746 T€	748 T€	-2 T€	0 %
sonstige Zinsen	43 T€	22 T€	21 T€	94 %
Zinsaufwand	-1.011 T€	-1.222 T€	211 T€	-17 %
Finanzergebnis	262 T€	92 T€	170 T€	185 %

Tabelle 4: Finanzergebnis

Das Finanzergebnis hat sich gegenüber dem Vorjahr deutlich um 170 T€ verbessert und ist wie im Vorjahr positiv. In den Erträgen aus Beteiligungen ist neben den ausgezahlten Gewinnanteilen der Trianel Gasspeicher Epe GmbH & Co. KG und der Biogaspool II für Stadtwerke GmbH & Co. KG auch eine Zahlung der Trianel Windkraftwerk Borkum GmbH & Co. KG für Vorleistungen, die die zweite Ausbaustufe betreffen, enthalten. In den Erträgen aus der Ausleihung des Finanzanlagevermögens sind die Zinserträge aus den ausgereichten Gesellschafterdarlehen an die Trianel Windkraftwerk Borkum GmbH & Co. KG und die Trianel Gaskraftwerk Hamm GmbH

& Co. KG, die insgesamt nicht liquiditätswirksam realisiert wurden, enthalten. Der Zinsaufwand ist durch das niedrige Zinsniveau bei Neuaufnahmen oder Prolongationen und die vorangetriebene Entschuldung weiter rückläufig.

Finanzlage

Im Rahmen des Finanzmanagements der Stadtwerke Unna GmbH wird das Ziel einer langfristigen und stabilen Unternehmensfinanzierung sowie die Sicherstellung der kurzfristigen Liquidität der operativen Geschäftstätigkeit unter Berücksichtigung der Kapitalkosten verfolgt. Dabei wird eine möglichst fristenkongruente Finanzierung des Vermögens angestrebt.

Der Gesamtfinanzierungsbedarf wird aus den Mittelzuflüssen aus der laufenden Geschäftstätigkeit und externen Finanzierungsquellen gedeckt. Das Innenfinanzierungspotenzial umfasste einen operativen Cashflow in Höhe von 6.946 T€ (Vorjahr: 6.453 T€). Im Rahmen der Außenfinanzierung stehen der Stadtwerke Unna GmbH Bankdarlehen, kurzfristige Kreditlinien und die Finanzierungsmöglichkeiten im Bereich des Konzerns Kreisstadt Unna zur Verfügung.

Der Cashflow aus Finanzierungstätigkeit in Höhe von -3.735 T€ resultiert hauptsächlich aus der Gewinnabführung (4.244 T€) sowie aus Zins- (1.001 T€) und Tilgungszahlungen (4.762 T€). Zuflüsse lassen sich auf die Aufnahmen langfristiger Darlehen von 4.700 T€ und die Einzahlung der Gesellschafter in die Kapitalrücklage von 728 T€ zurückzuführen.

Die Veränderung des Finanzmittelbestandes sowie der Bewegungen innerhalb der operativen Investitions- und Finanzierungstätigkeit werden anhand der nachfolgenden Kapitalflussrechnung dargestellt.

	2018	2017
Periodenergebnis	3.599 T€	4.244 T€
+/- Abschreibungen/Zuschreibungen auf Gegenstände des Anlagevermögens	3.188 T€	4.342 T€
+/- Zunahme/Abnahme der Rückstellungen	1.498 T€	-73 T€
+/- Sonstige zahlungsunwirksame Aufwendungen/Erträge	-318 T€	-588
-/+ Zunahme/Abnahme der Vorräte, der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Aktiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	-1.679 T€	T€ 552
+/- Zunahme/Abnahme der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Passiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	1.072 T€	T€
-/+ Gewinn/Verlust aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens	2 T€	-1.331 T€ -50 T€
+/- Zinsaufwendungen/Zinserträge	216 T€	447 T€
- +/- Sonstige Beteiligungserträge	-484 T€	-544 T€
-/+ Ertragsteueraufwand/-ertrag Ertragsteuerzahlungen	740 T€ -888 T€	661 T€ - 1.207 T€
Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit	6.946 T€	6.453 T€
- Auszahlungen für Investitionen in das immaterielle Anlagevermögen	-309 T€	-312 T€
+ Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Sachanlagevermögens	18 T€	164 T€
- Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen	-6.108 T€	-6.031 T€
- Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	-5 T€	0 T€
+ Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Finanzanlagevermögens	793 T€	15 T€
+/- Einzahlungen/Auszahlungen aufgrund von Finanzmittelanlagen im Rahmen der kurzfristigen Finanzmitteldisposition	800 T€	0 T€
+ Erhaltene Zinsen	812 T€	1.658 T€
+ Erhaltene Dividenden	436 T€	490 T€
Cashflow aus der Investitionstätigkeit	-3.563 T€	-4.016T€
+ Einzahlungen aus Eigenkapitalzuführungen	728 T€	727 T€
+ Einzahlungen aus der Aufnahme von Finanzkrediten	4.700 T€	5.900 T€
- Auszahlungen Ergebnisabführung an Gesellschafter	-4.244 T€	-3.217 T€
+ Einzahlungen aus erhaltenen Zuschüssen/Zuwendungen	844 T€	781 T€
- Auszahlungen aus der Tilgung von Krediten	-4.762 T€	-5.373 T€
- gezahlte Zinsen	-1.001 T€	-1.208 T€
Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit	-3.735 T€	-2.390 T€
Zahlungswirksame Veränderungen des Finanzmittelfonds	-352 T€	47 T€
Finanzmittelfonds am Anfang der Periode	2.343 T€	2.296 T€
Finanzmittelfonds am Ende der Periode	1.991 T€	2.343 T€

Tabelle 5: Kapitalflussrechnung

Vermögenslage

	2018	2017	Veränderung VJ	
Aktiva				
Anlagevermögen	68.176 T€	65.755 T€	2.421 T€	4 %
Umlaufvermögen, übrige Aktiva	19.076 T€	17.724 T€	1.352 T€	8 %
Bilanzsumme	87.252 T€	83.479 T€	3.773 T€	5 %
Passiva				
Eigenkapital	16.566 T€	15.838 T€	728 T€	5 %
langfristige Mittel	46.534 T€	46.070 T€	464 T€	1 %
kurzfristige Mittel	24.152 T€	21.571 T€	2.581 T€	12 %
Bilanzsumme	87.252 T€	83.479 T€	3.773 T€	5 %

Tabelle 5: Bilanzstruktur

Im Vergleich zum Vorjahr hat sich die Bilanzsumme um 5 Prozent erhöht.

Die Anlagenquote liegt im Berichtsjahr bei rund 78 % und hat sich gegenüber dem Vorjahr leicht reduziert. Das Investitionsvolumen betrug insgesamt 6.417 T€ (Vorjahr: 6.343 T€). Im Sachanlagevermögen betrafen 2.697 T€ Investitionen für Erneuerungs- und Erweiterungsmaßnahmen in das Strom- und Gasnetz. Rund 823 T€ wurde in die Breitbandinfrastruktur investiert. Die Restbuchwerte des Sachanlagevermögens betragen zum Bilanzstichtag 48.985 T€ und haben sich gegenüber dem Vorjahr um rund 3.228 T€ erhöht. Ursächlich ist auch die Reduzierung des Abschreibungsvolumens durch die Änderung der Nutzungsdauern.

Die Trianel Windkraftwerk Borkum GmbH & Co. KG hat im Berichtsjahr mit der Tilgung der ausgereichten Gesellschafterdarlehen begonnen. Insgesamt wurden 790 T€ getilgt. An Zinsen wurden 55 T€ zurückgezahlt. Demgegenüber steht ein neuer Zinsanspruch von 726 T€.

Das Eigenkapital hat sich im Berichtsjahr auf Grund der Einzahlung in die Kapitalrücklage der unbaren Zinsgutschriften des Geschäftsjahres 2017 aus den ausgereichten Gesellschafterdarlehen an die Trianel Windkraftwerk Borkum GmbH & Co. KG um 728 T€ erhöht. Die Eigenkapitalquote liegt unverändert bei rund 19 Prozent. Dieser Wert liegt deutlich unter der angestrebten Eigenkapitalquote von 30 Prozent.

Das gesamte Rückstellungsvolumen hat sich um 1.498 T€ auf 5.164 T€ erhöht, wovon 2.291 T€ auf Drohverluste entfallen. Für noch nicht abgerechnete Gasmengen wurde eine Rückstellung von 1.422 T€ gebildet.

Im Berichtsjahr 2018 wurden Darlehen in Höhe von 5.500 T€ aufgenommen. Die Darlehensverbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten haben sich im Vergleich zum Vorjahr um insgesamt 752 T€ erhöht. Insgesamt wurden Kredite in Höhe von 4.762 T€ getilgt.

6. Berichterstattung nach § 6b Energiewirtschaftsgesetz

Die Stadtwerke Unna GmbH stellt Tätigkeitsabschlüsse für die Tätigkeiten Stromverteilung sowie Gasverteilung auf. Mit den Tätigkeitsabschlüssen 2018 erfüllt die Stadtwerke Unna GmbH die Berichtspflicht nach § 6b EnWG. In der Rechnungslegung führen wir nach § 6b EnWG jeweils getrennte Konten für die Tätigkeiten der Strom- und Gasverteilung sowie für andere Tätigkeiten. Für die Strom- und Gasverteilung erstellen wir darüber hinaus jeweils eine Bilanz und eine Gewinn- und Verlustrechnung.

Grundsätzlich werden die Kosten und Erlöse der jeweiligen Tätigkeiten direkt über Kostenstellen zugeordnet. Sofern dies nicht möglich ist oder nur mit unverhältnismäßig hohem Aufwand realisierbar wäre, erfolgt eine sachgerechte Aufteilung mittels Schlüsselung. Bei der Zuordnung und bei der Wahl der Kostenschlüssel wurde das Stetigkeitsgebot beachtet.

Der Gesamtumsatz der Stadtwerke Unna beträgt im Berichtsjahr 72.112 T€. Davon entfallen auf den Tätigkeitsbereich Stromverteilung 25.332 T€ sowie auf die Gasverteilung 8.782 T€.

Das jeweilige Ergebnis vor Gewinnabführung betrug für die Stromverteilung 1.359 T€ sowie für die Gasverteilung 1.036 T€.

Zum Bilanzstichtag 31.12.2018 betrug die Bilanzsumme des Tätigkeitsbereichs Stromverteilung 39.140 T€, die des Tätigkeitsbereichs Gasverteilung 19.174 T€.

7. Finanzielle Leistungsindikatoren

Die Steuerung der Gesellschaft erfolgt auf Basis der handelsrechtlichen Rechnungslegung, wobei das Ergebnis vor Ertragsteuern der zentrale Leistungsindikator ist. Daneben werden eine

Reihe von weiteren Steuerungsgrößen definiert, um im Rahmen der Risikoberichterstattung auf wesentliche finanzielle Frühindikatoren reagieren zu können.

8. Nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Neben den finanziellen Leistungsindikatoren spielen nichtfinanzielle Leistungsindikatoren ebenfalls eine wichtige Rolle bei der Stadtwerke Unna GmbH.

So wird das Umweltmanagementsystem nach dem EU-Ökoaudit und der ISO 14001 jährlich zertifiziert. Was die einzelnen Aktivitäten der Stadtwerke und ihrer Kunden bewirken, wird transparent auf der Homepage als sogenannter „Klimazähler“ dargestellt. Detailliert informiert die Umwelterklärung über die Ziele der Umweltpolitik, die Kennzahlen und die Maßnahmen.

Aber auch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter stehen im Mittelpunkt. Die betriebliche Ausbildung hat bei den Stadtwerken Unna traditionell einen hohen Stellenwert. Die fortschreitende Digitalisierung der Energiewirtschaft und der angestrebte Ausbau der Breitbandinfrastruktur machen es erforderlich, auch für einen mittelständischen Energieversorger neue Berufsbilder auszubilden. So werden neben dem klassischen Anlagenmechaniker (Versorgungstechnik) und Elektroniker (Betriebstechnik) auch die Ausbildungen zum Informations- und Telekommunikationssystemelektroniker sowie zum Fachinformatiker Systemintegration angeboten. Die Nachwuchsförderung ist daher fest in den Unternehmenszielen verankert, so dass viele Mitarbeiter ihre Berufslaufbahn mit einer Ausbildung im Hause begonnen haben.

Neben der Ausbildung von Mitarbeitern muss dem beständig an Komplexität gewinnenden Arbeitsumfeld und dem Wandel der wirtschaftlichen und rechtlichen Rahmenbedingungen Rechnung getragen werden. Die Qualifikationen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind zielgerichtet und umfassend den jeweils gegebenen Herausforderungen anzupassen. Hier investieren die Stadtwerke Unna gezielt in bedarfsgerechte Qualifizierungsmaßnahmen. Im Zuge des eingeleiteten Generationenwechsels insbesondere im technischen Bereich werden Mitarbeiter konsequent auf die neuen Führungsaufgaben vorbereitet. Der kontinuierliche Ausbau der Attraktivität als Arbeitgeber steht bei allen personalwirtschaftlichen Maßnahmen im Vordergrund.

Da die Mitarbeiter ein wichtiges Gut für die Stadtwerke Unna darstellen, ist die Arbeitssicherheit und das Gesundheitsmanagement ebenfalls ein wichtiger Baustein der personalwirtschaftlichen Arbeit. Neben sehr hohen Standards der Arbeitssicherheit haben die Stadtwerke Unna ein aktives sowie gleichsam facettenreiches und systematisches Gesundheitsmanagement eingeführt.

III. Chancen- und Risikobericht

Die Stadtwerke Unna GmbH hat seit dem Jahre 2002 ein Risikomanagementsystem, welches die Anforderungen des Gesetzes zur Kontrolle und Transparenz im Unternehmensbereich (KonTraG) erfüllt, implementiert. Dieses Risikomanagement ist kein statisches Berichtssystem, sondern unterliegt vielmehr einem ständigen kontinuierlichen Verbesserungsprozess. Aufgrund der stetig komplexeren und dynamischeren Unternehmensumwelt steigen die Anforderungen an das Unternehmen entlang der Wertschöpfungskette (Erzeugungskapazitäten, Netze und Vertrieb), denen das Unternehmen mit einer überarbeiteten Risikoberichterstattung begegnet. Neben dem allgemeinen Risikomanagementhandbuch für das Gesamtunternehmen wurden spezielle Risikomanagementhandbücher für die Strom- sowie die Gas- und Wärmebeschaffung im Unternehmen etabliert. Die Implementierung der Beschaffungsrisikohandbücher führt dazu, dass sich die Stadtwerke Unna GmbH den Anforderungen der marktorientierten Beschaffungsvorgänge leichter stellen kann. Aus den identifizierten Einzelrisiken wurde die nachfolgende Risikosystematik entwickelt:



Ziel des Risikomanagements ist einerseits die systematische Identifikation der Einzelrisiken, deren Bewertung hinsichtlich der Eintrittswahrscheinlichkeit sowie ihrer Auswirkungen, um durch die frühzeitige Erkennung sowie Bewältigung bestandsgefährdender Entwicklungen deren Vermeidung oder Begrenzung zu gewährleisten sowie einen Risikotransfer zu ermöglichen. Es soll die Steuerung der Risiken sowie der damit verbundenen Chancen im Rahmen einer ganzheitlichen Unternehmenssteuerung ermöglichen. Das Risikomanagement beinhaltet somit die

Gesamtheit aller organisatorischen Maßnahmen, Regelungen und Reaktionen zur Risikoerkennung, -erfassung, -analyse, -bewertung und -bewältigung sowie -akzeptanz.

Fair-Value-Risiken bestehen im Wesentlichen im Bereich der Beteiligungen der Stadtwerke Unna GmbH. Beteiligungsrisiken werden durch eine enge Begleitung der erweiterten Geschäftsführung begegnet. In diesem Zusammenhang ist die wesentliche Beteiligung an der Trianel Windkraftwerk Borkum GmbH & Co. KG zu nennen. Im September 2015 erfolgte die verzögerte offizielle Inbetriebnahme des Windparks. Der Baubeginn der 40 Windenergieanlagen startete im September 2011 mit der Errichtung der Fundamentstrukturen und dem Setzen der Tripods. Mit der Inbetriebnahme und Überführung der Anlagen in den Regelbetrieb erfolgt die Vergütung nun vollständig gemäß den Vergütungssätzen des EEG. Die Unsicherheiten hinsichtlich der Vermarktungserlöse nach Auslaufen der EEG-Vergütungen und der Risiken aus der Betriebsphase (Regelbetrieb) bestehen weiter. Die Produktion des Windparks lag im Jahr 2018 unter den Erwartungen. Es wurden 610 GWh Strom produziert. Die geringe Produktionsmenge ist auf einen Safety Standdown, der durch einen Gondelabsturz beim Windpark alpha ventus angeordnet wurde, und Netzausfällen von Tennet zurückzuführen. Im Jahr 2018 hat die Gesellschaft begonnen, die ausgereichten Gesellschafterdarlehen zurückzuführen. Die Tilgung der von der Stadtwerke Unna GmbH ausgereichten Darlehen soll bis spätestens 2023 vollständig erfolgt sein. Neben Tilgungs- und Zinszahlungen wurden auch weitere Mittel für Vorleistungen für den zweiten Bauabschnitt an die Gesellschafter ausgezahlt. Die Bewertung der Beteiligung ist stark von den nach dem Auslaufen der EEG-Vergütung erzielbaren Vermarktungserlösen abhängig. Nominal erwirtschaftet die Gesellschaft eine positive Rendite und die ausgegebenen Gesellschafterdarlehen und das eingezahlte Eigenkapital fließen an die Gesellschafter zurück. Da der Abzinsungsfaktor einen erheblichen Einfluss auf den Barwert aus den abgezinsten Cash-Flows hat, bestehen zukünftig in der Bewertung erhebliche Risiken. Insgesamt ist die Beteiligung als werthaltig anzusehen.

Die Beteiligung an der Trianel Erdgasspeicher Epe GmbH & Co. KG stellt kein Fair-Value-Risiko dar, da über den abgeschlossenen Speichernutzungsvertrag die Ertragssituation der Gesellschaft gesichert ist. Die Geschäftsführung der Gesellschaft ist sehr bemüht, die wirtschaftliche Situation der Gesellschaft zu verbessern und so die Kosten auf Seiten der Speichernutzer zu reduzieren.

Die Kraftwerksgesellschaft Trianel Gaskraftwerk Hamm GmbH & Co. KG profitiert von der derzeitigen Marktentwicklung und sieht Chancen, ab 2022/2023 wieder positive Deckungsbeiträge zu erwirtschaften. Die derzeit bestehende Warmreserve wird durch Gesellschafterdarlehen abgesichert, so dass kein Abwertungsbedarf besteht.

Ausfallrisiken bestehen insbesondere im Bereich des Endkundengeschäfts und zwar sowohl im Vertriebsbereich als auch im Netzbereich durch den Ausfall von Transportkunden. Das am 05.04.2017 in Kraft getretene neue Anfechtungsrecht nach der Insolvenzordnung hat hierbei zukünftig eine entscheidende Bedeutung.

Da sich die Stadtwerke Unna GmbH an einer Reihe von Projekten im Bereich der Erzeugung beteiligt hat und die Anforderungen im Bereich der Regulierung hinsichtlich der garantierten Eigenkapitalverzinsung erfüllen muss, ist die eigene Eigenkapitalausstattung der Stadtwerke Unna GmbH zu überprüfen. Im Berichtsjahr 2013 wurde mit den Gesellschaftern vereinbart, dass der auszuschüttende aber nicht liquiditätswirksam realisierte Zinsertrag aus den Gesellschafterdarlehen der Trianel Windkraftwerk Borkum GmbH & Co. KG zur Stärkung des Eigenkapitals in die Kapitalrücklage zurückgeführt wird. Im Jahr 2018 wurden dem Unternehmen 728 T€ zur Eigenkapitalstärkung zur Verfügung gestellt. Dieser Betrag entspricht den unbaren Zinserträgen aus den Gesellschafterdarlehen der Trianel Windkraftwerk Borkum GmbH & Co. KG.

Die Fair-Value-Risiken haben in ihrer Klassifizierung der Eintrittswahrscheinlichkeit die Einstufung unwahrscheinlich und hinsichtlich des Nettorisikos ein Volumen zwischen 580 T€ und 1.300 T€.

Cash-Flow-Risiken bestehen insbesondere im Bereich der Mengen- und Margenplanung. Aufgrund des Wettbewerbs und den effizienteren Einsatz von Energie gehen die Stadtwerke Unna von einem geringeren Mengen- und Umsatzvolumen aus.

Die derzeitige Situation an den Energiemärkten führt dazu, dass der Erdgasspeicher nicht profitabel bewirtschaftet werden kann. Die durch den Erdgasspeicher bereitgestellte mögliche energiewirtschaftliche Leistung wird im Erdgasmarkt nicht vergütet. Seit April 2013 erfolgt keine eigenständige Bewirtschaftung des Erdgasspeichers mehr, da das Arbeitsgasvolumen und die Ein- sowie Ausspeicherleistung verpachtet ist. Hier besteht das Risiko, dass der Speicherkunde die angepachteten Kapazitäten nach Ende der Vertragslaufzeit nicht mehr benötigt oder der

Pachtzins deutlich unter den Erwartungen liegt. Um diesem Risiko zu begegnen, wurde ein Pachtvertrag mit einer Laufzeit bis 01.04.2020 abgeschlossen. Die Risikovorsorge für den Speichernutzungsvertrag bildet die gesamte Laufzeit des mit der Projektgesellschaft abgeschlossenen Speichernutzungsvertrages ab. Insgesamt wurden 1.890 T€ zurückgestellt.

Risiken aus der Umstrukturierung der Trianel Gaskraftwerk Hamm GmbH & Co. KG bestehen nicht. Das Kraftwerk wird in Abhängigkeit der Marktentwicklung im Rahmen eines flexiblen Minimalbetriebs eingesetzt. Die Gesellschaft kann zur Finanzierung der Warmreserve Gesellschafterdarlehen bei den Gesellschaftern abrufen.

Zinsrisiken aus langfristigen Finanzierungen auf Basis variabler Zinssätze sind mit Zinsfestschreibungen begrenzt worden. Im Berichtsjahr wurden neue Kredite von insgesamt 5.500 T€ aufgenommen. Wenn es möglich ist, werden die bestehenden Kredite umfinanziert, um das aktuell niedrige Zinsniveau mit Festzinsvereinbarungen zu sichern. Die gute Bonität der Stadtwerke Unna führt dazu, dass sie auch weiterhin ihren Kapitalbedarf durch Kredite decken kann.

Marktpreisrisiken im Strom- und Gasgeschäft werden durch eine strukturierte Beschaffung unter Zuhilfenahme von externen Anbieter begegnet. Hierfür werden verschiedene Techniken der Portfolioverwaltung angewendet. Die Preisentwicklung an der Strombörse für die Lieferjahre 2018 – 2024 schafft im Portfolio Risiken, da bereits beschaffte Mengen mit niedrigen Marktpreisen bewertet werden müssen. Im Berichtsjahr wurde für die Gasbeschaffung ebenfalls die strukturierte Beschaffung für die Lieferjahre 2021 und 2022 eingeführt und mit der Bewirtschaftung begonnen.

Die Cash-Flow-Risiken haben in ihrer Klassifizierung der Eintrittswahrscheinlichkeit die Einstufung wahrscheinlich und hinsichtlich des Nettorisikos im Mittel ein Volumen zwischen 1.400 T€ und 3.500 T€.

Operationelle Risiken bestehen im Betrieb der technischen Anlagen, die das Risiko von Nichtverfügbarkeiten bergen. In den Verteilnetzen können ungeplante Versorgungsunterbrechungen auftreten, denen mit gezielten Wartungs- und Instandhaltungsarbeiten begegnet wird. Die bestehenden Risiken können jedoch nicht ausgeschlossen werden. Die Gesellschaft lässt sich alle fünf Jahre nach dem Branchenstandard „Technisches Sicherheitsmanagement (TSM)“ zertifizieren.

Die operationellen Risiken haben in ihrer Klassifizierung der Eintrittswahrscheinlichkeit die Einstufung wahrscheinlich und hinsichtlich des Nettorisikos im Mittel ein Volumen zwischen 720 T€ und 1.600 T€.

Sonstige Risiken stellen vor allem das Regulierungsrisiko und das rechtliche/politische Risiko dar. Dem internen Regulierungsmanagement kommt in einer immer komplexer werdenden Regulierungspraxis eine besondere Bedeutung zu. Hier erfolgt ein hoher fachlicher Austausch mit anderen Netzbetreibern vergleichbarer Größe und eine energiewirtschaftliche und juristische Beratung. Rechtliche oder politische Risiken werden über die Verbände (insbesondere dem Verband kommunaler Unternehmen) beobachtet.

Aufgrund der unterjährig zufließenden Liquidität und der verfügbaren Kreditlinien konnten die Stadtwerke Unna ihren Mittelbedarf jederzeit decken. Die Liquiditätsplanung ist ein wesentliches Instrument, um weiterhin allen notwendigen Zahlungsverpflichtungen nachzukommen.

Neben den dargestellten Risiken bieten sich den Stadtwerken Unna in diesem Marktumfeld Chancen im Bereich der Energiedienstleistungen und des Breitbandausbaus. Mit energieeffizienten Lösungen und maßgeschneiderten Produkten sowie zusätzlichen Dienstleistungen begegnen die Stadtwerke Unna den Herausforderungen des Marktes. So können neben der Energielieferung zusätzliche Deckungsbeiträge erwirtschaftet werden.

Aufgrund eines BGH-Urteils aus dem Jahre 2015 wurden einem Netzkunden aufgrund seiner Anschlusssituation überhöhte Netzentgelte für den nicht verjährten Zeitraum 2015-2017 und das Jahr 2018 erstattet. Der erstattete Betrag wird dem Regulierungskonto gutgeschrieben und in den nächsten drei Jahren ab 2020 aufgelöst.

Die sonstigen Risiken haben in ihrer Klassifizierung der Eintrittswahrscheinlichkeit die Einstufung wahrscheinlich und hinsichtlich des Nettorisikos im Mittel ein Volumen zwischen 130 T€ und 380 T€.

Für die Gesamtbeurteilung der Risikolage kann zusammengefasst werden, dass bestandgefährdende Risiken, die den Fortbestand der Stadtwerke Unna GmbH gefährden könnten, weder im Geschäftsjahr 2018 eingetreten noch für das Geschäftsjahr 2019 gegenwärtig erkennbar sind. Die derzeitige energiewirtschaftliche Lage zwingt die Stadtwerke Unna jedoch dazu, die eingesetzten Methoden des Risikomanagements ständig weiter zu entwickeln.

Der Stärkung des Eigenkapitals und der weiteren Entschuldung sollte weiter vorangetrieben werden, um die Stadtwerke Unna vor den weiteren zukünftigen Herausforderungen sicher aufzustellen. Dabei spielen Investitionen in zukunftssträchtige Geschäftsbereiche ebenfalls eine wesentliche Rolle.

V. Prognosebericht

Die Energiewende schafft einen Umbruch in den tradierten Unternehmensplanungen. Der Ausbau der Erzeugung aus erneuerbaren Energien hat zu einem starken Druck auf die Börsennotierungen für Strom geführt. Nach dem massiven Preisverfall der letzten Jahre ist im Berichtsjahr bereits eine Erholung eingetreten. Fraglich bleibt, in wie weit diese Erholung in den nachfolgenden Jahren fortgesetzt wird. Neben den wettbewerblichen Implikationen hat die zunehmende Regulierung wesentlichen Einfluss auf die zukünftige Entwicklung. Fraglich sind hierbei die Netzentgeltmodernisierung einschließlich der zunehmenden Anforderungen zur Wahrung der Systemstabilität und Versorgungssicherheit.

Die langfristige Strombeschaffung wird weiterhin die Ergebnislage der Stadtwerke Unna beeinflussen, da die fixierte Beschaffung für mögliche Preisreaktionen im Endkundenmarkt nicht die notwendige Flexibilität bereitstellt. Die eingetretene Markterholung wirkt dieser Entwicklung entgegen.

Die Beteiligung an der Trianel Gasspeicher Epe GmbH & Co. KG wird für die Stadtwerke Unna GmbH auch zukünftig eine Herausforderung bleiben. Es wird weiter damit gerechnet, dass sich eine Trendwende, in der die energiewirtschaftliche Leistung wieder vergütet wird, am Erdgasmarkt mittelfristig nicht einstellen wird. Erst mit Auslaufen der Projektfinanzierung wird sich die Situation hinsichtlich der Fixkosten verbessern.

Die ersten Monate des Geschäftsjahres 2019 zeigen einen den Planungen entsprechenden Geschäftsverlauf. Für das gesamte Geschäftsjahr 2019 sieht die Wirtschaftsplanung ein erwartetes Jahresergebnis vor Ertragsteuern von 4.500 T€ vor. Die erwartete Gewinnabführung liegt bei 3.230 T€.

Unna, 4. Juni 2019

Stadtwerke Unna GmbH

Jürgen Schäpermeier

3.2 Logistikzentrum RuhrOst GmbH

Anschrift:	Kontakt:	Gründung:
Heinrich-Hertz-Str. 2 59423 Unna	Telefon: 02303 2001-0 Fax: 02303 2001-22 E-Mail: office@logistikzentrum-ruhrost.de Internet: www.logistikzentrum-ruhrost.de	Gesellschaftsvertrag vom: 12.10.2004 in der Fassung vom: 07.08.2006

Öffentlicher Zweck/Beteiligungsziel

Gegenstand des Unternehmens ist die Verbesserung der Wirtschaftsstruktur durch Errichtung, Unterhaltung und Verpachtung von Umschlagterminals und Gleisanlagen mit dem gesamten erforderlichen beweglichen Anlagevermögen in der Kreisstadt Unna und in der Gemeinde Bönen.

Gesellschafter	Anteile am Stammkapital in	
	%	€
Wirtschaftsbetriebe der Stadt Unna GmbH	50,00	50.000,00
Gemeinde Bönen	50,00	50.000,00
	100,00	100.000,00

Beteiligungen der	Anteile am Grundkapital in	
	%	€
Logistikzentrum RuhrOst Betreibergesellschaft	25,10	12.550,00
Aus Wesentlichkeitsgründen wird auf die Darstellung der Beteiligung der LZR verzichtet.		

Organe der Gesellschaft

Geschäftsführung
Gesellschafterversammlung

Geschäftsführung

Die Geschäftsführung der Gesellschaft besteht aus folgenden Personen:

Uwe Kutter
Jürgen Schäpermeier

Vergütung der Geschäftsführung

Gemäß Punkt 3.3.4 des Public Corporate Governance Kodexes der Kreisstadt Unna ist die Vergütung bzw. sind die Bezüge der Mitglieder der Geschäftsführung im Beteiligungsbericht aufgeteilt nach Fixum, erfolgsbezogenen Komponenten und Sachleistungen auszuweisen.

Mitglied	Erfolgsabhängige Bezüge	Sachleistungen	Erfolgsunabhängige Bezüge	Gesamtbezüge
Kutter	0,00 €	0,00 €	8.450,00 €	8.450,00 €
Schäpermeier	0,00 €	0,00 €	8.450,00 €	8.450,00 €

Gesellschafterversammlung

Die Gesellschafterversammlung besteht aus sechs Mitgliedern. Folgende Mitglieder waren für die Kreisstadt Unna in der Gesellschafterversammlung vertreten:

Lfd. Nr.	Fraktion	Ordentliches Mitglied	Stellvertretendes Mitglied
1.	SPD	RM Klaus Tibbe	RM Volker König
2.	CDU	RM Erich Kreß	RM Franz Rottinger
3.		TBg Ralf Kampmann	Dez Matthias Immick

Anzahl der Mitarbeiter

Die LZR GmbH arbeitete im Jahr 2018, wie auch im Jahr 2017, mit zwei nebenamtlich bestellten Geschäftsführern. Die operativen Tätigkeiten kaufmännischer und technischer Art werden über Dienstleistungsverträge geregelt.

Bilanz der letzten drei Geschäftsjahre

	2018	2017	2016
	in €	in €	in €
Aktiva:			
A. Anlagevermögen			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	-	-	-
II. Sachanlagen	2.280.366	2.435.466	2.590.998
III. Finanzanlagen	12.550	12.550	12.550
Summe Aktiva	2.292.916	2.448.016	2.603.548
B. Umlaufvermögen			
I. Vorräte	-	-	-
II. Forderungen	295.327	234.968	254.317
III. Kassenbestand	53.215	5.605	34.412
Summe Umlaufvermögen	348.542	240.573	288.729
C. Rechnungsabgrenzungsposten		-	-
Summe Aktiva	2.641.458	2.688.589	2.892.277
Passiva:			
A. Eigenkapital			
I. Gezeichnetes Kapital	100.000	100.000	100.000
II. Kapitalrücklage	50.000	50.000	50.000
III. Gewinn-/Verlustvortrag	-	-	-
IV. Jahresüberschuss/ Jahresfehlbetrag	-	-	-
Summe Eigenkapital	150.000	150.000	150.000
B. Sonderposten für Zuschüsse und Zulagen	276.312	305.655	334.998
C. Rückstellungen	230.400	105.127	86.000
D. Verbindlichkeiten	1.980.593	2.124.237	2.321.279
E. Rechnungsabgrenzungsposten	4.153	3.570	-
Summe Passiva	2.641.458	2.688.589	2.892.277

Gewinn- und Verlustrechnung der letzten drei Geschäftsjahre

	2018	2017	2016
	in €	in €	in €
Umsatzerlöse	817.967	754.820	753.044
sonstige betriebliche Erträge	337.696	822.842	32.189
Materialaufwand	- 803.579	- 1.268.339	- 556.724
Personalaufwand	- 20.894	- 20.953	- 20.944
Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	- 155.100	- 155.532	- 155.917
Sonstige betriebliche Aufwendungen	- 264.999	- 213.136	- 127.370
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	-	-	3.554
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	- 67.463	- 87.667	- 96.965
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	14.320	2.901	- 11.037
Ergebnis nach Steuern	170.692	- 165.064	- 180.170
Sonstige Steuern	-7.926	- 7.926	- 7.477
Erträge aus Verlustübernahme	178.618	172.990	187.647
Jahresüberschuss/-fehlbetrag (-)	-	-	-

Jahresergebnis 2018

Gemäß dem Gesellschaftsvertrag sind festgestellte Verluste, soweit eine Deckung nicht anderweitig sichergestellt werden kann, durch die Gesellschafter, bemessen am Verhältnis ihrer Gesellschaftsanteile, auszugleichen. Dabei beschränkt sich die Verlustübernahme für jeden Gesellschafter auf jeweils den zweifachen Wert des jeweiligen Anteils am Stammkapital. Für die WBU bedeutet dies eine maximale Verlustübernahme von 100 T€ je Geschäftsjahr.

Das Jahresergebnis 2018 vor Verlustausgleich beläuft sich auf -179 T€. Entsprechend der Regelung im Gesellschaftsvertrag gleicht die WBU einen Betrag von 89 T€ (Vorjahr: 86 T€) aus.

Bürgschaften

Die Kreisstadt Unna hat für die LZR GmbH Bürgschaften mit einem Ursprungsbetrag von 5.177 T€ übernommen. Zum Bilanzstichtag 31.12.2018 beläuft sich der verbürgte Restbetrag auf 1.355 T€ (Vorjahr: 1.559 T€). Hierfür hat die Gesellschaft der Kreisstadt Unna im Geschäftsjahr 2018 eine Avalprovision in Höhe 8.017,69 € gezahlt.

Ausleiherung

Die LZR weist zum Bilanzstichtag 31.12.2018 ein von der WBU gewährtes Darlehen in Höhe von 153 T€ (Vorjahr: 220 T€) aus.



**Lagebericht
der Geschäftsführung für das Geschäftsjahr
vom 1. Januar 2018 bis zum 31. Dezember 2018
der Logistikzentrum RuhrOst GmbH**

A. Wirtschaftsbericht

1 Darstellung des Geschäftsverlaufs

1.1 Tätigkeitsschwerpunkte gemäß Gesellschaftsvertrag

Die Logistikzentrum RuhrOst GmbH verfolgt das Ziel, in der Kreisstadt Unna und der Gemeinde Bönen Umschlagterminals und Gleisanlagen mit dem gesamten erforderlichen Anlagevermögen zu errichten, zu unterhalten und zu verpachten. Die Gesellschaft ist zu allen Maßnahmen und Geschäften berechtigt, durch die der Gesellschaftszweck gefördert werden kann. Sie kann sich zur Erfüllung ihrer Aufgaben anderer Unternehmen bedienen, sich an ihnen beteiligen oder solche Unternehmen sowie Hilfs- und Nebenbetriebe erwerben, errichten oder pachten.

1.2 Investitionen

Im Geschäftsjahr 2018 wurden keine Investitionen getätigt.

1.3 Operative Aktivitäten

Das operative Geschäft war im Verlauf des Geschäftsjahres wieder besser als im Vorjahr. Die Anzahl der Kranungen stellten das beste Kranungsergebnis seit Bestehen der Gesellschaft dar (65.543; VJ: 59.054). Die Umsatzerlöse im KV-Terminal Bönen beliefen sich auf rund 447,5 T€ und lagen damit 42,6 T€ über den Vorjahreserlösen (Vorjahr: 404,9 T€). Der Kran im KV-Terminal Unna befindet sich weiterhin in einer Vorhaltefunktion (seit Anfang 2015). Bedingt durch die Sanierungsmaßnahme der Brücke „Zechenstraße“ in Königsborn waren die abgerechneten Achsmengen im Bereich der Gleisanlagen Unna-Nord geringer ausgefallen als im Vorjahr (40,3 T€; VJ: 46,0 T€). Für die Gleisanlagen in Bönen konnten höhere Gleiserlöse generiert werden als im Vorjahr (187,5 T€; VJ: 1753 T€). In Summe ist somit der Gleisverkehr zum Vorjahr somit auch gestiegen (227,8 T€; VJ: 221,3 T€). In Folge der hohen Inanspruchnahme der Kräne stieg auch der Aufwand bei den Unterhaltungs- und Instandsetzungsmaßnahmen. Die Geschäftsführung hatte sich mit der Betreibergesellschaft darauf geeinigt, dass diese sich stärker an den laufenden Unterhaltungskosten beteiligt. Dieses wurde durch eine Erweiterung des bestehenden Vertrages schriftlich fixiert.

1.4 Personelle Ausstattung

Die LZR GmbH arbeitete im Jahr 2018 mit zwei nebenamtlich bestellten Geschäftsführern. Im November wurde Herr Dietmar Biermann mit Beschluss in der Gesellschafterversammlung zum technischen Prokuristen ernannt. Die operativen Tätigkeiten kaufmännischer und technischer Art werden über Dienstleistungsverträge geregelt.

1.5 Berichterstattung nach § 108 Abs. 3 Nr. 2 GO NW

Die Gesellschafter haben mit dem Unternehmensgegenstand im Gesellschaftsvertrag der Logistikzentrum RuhrOst GmbH die öffentliche Zwecksetzung vorgeschrieben. Gegenstand des Unternehmens ist die Errichtung, die Unterhaltung und die Verpachtung der Umschlagterminals und Gleisanlagen mit dem gesamten erforderlichen beweglichen Anlagevermögen. Die Gesellschaft ist zu allen Maßnahmen und Geschäften berechtigt, durch die der Gesellschaftszweck gefördert werden kann. Sie kann sich zur Erfüllung ihrer Aufgaben anderer Unternehmen bedienen, sich an ihnen beteiligen oder solche Unternehmen sowie Hilfs- und Nebenbetriebe erwerben, errichten oder pachten. Die im Anhang und Lagebericht gegebenen Erläuterungen und Daten legen dar, dass das Unternehmen der öffentlichen Zwecksetzung entsprochen hat.

2. Ertragslage

Das Geschäftsjahr 2018 schließt mit einem Jahresfehlbetrag vor Verlustübernahme von 178,6 T€ ab. Zum Vorjahresergebnis (- 173,0 T€ vor Verlustübernahme) bedeutet das eine leichte Ergebnisverschlechterung (- 5,6 T€). Die Jahresergebnisse spiegeln das atypische (ungewöhnliche) Geschäftsmodell der LZR „Zuständigkeiten und Risikoverteilung“ zu Lasten der Besitzgesellschaft wider.

Die folgende Übersicht zeigt die wichtigsten Ertrags- und Aufwandspositionen:

	2017	2018	Veränderung
	TEUR	TEUR	Vorjahr
			TEUR
1. Umsatzerlöse	754,8	818,0	63,2
2. sonstige betriebliche Erträge	822,8	337,7	-485,1
Betriebserträge	1.577,6	1.577,6	-421,9
3. Material- und Fremdleistungen	1.268,3	803,6	-464,7
4. Personalaufwendungen	-21,0	-20,9	-0,1
5. Abschreibungen	-155,5	-155,1	-0,4
6. Sonstige Steuern	-7,9	-7,9	0,0
7. Sonstige betriebliche Aufwendungen	-213,1	-265,0	51,9
Betriebsaufwendungen	-1.665,8	-1.252,5	-413,3
Ordentliches Betriebsergebnis	-88,2	-96,8	-8,6
8. Erträge aus Beteiligungen	0,0	0,0	0,0
9. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0,0	0,0	0,0
10. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	87,7	67,5	-20,2
Finanzergebnis	-87,7	-67,5	20,2
Ergebnis vor Steuern	-175,9	-164,3	11,6
11. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	2,9	-14,3	-17,2
Jahresfehlbetrag vor Verlustübernahme	-173,0	-178,6	-5,6

Bei den Umsatzerlösen handelt es sich im Wesentlichen um kranungsabhängige Erlöse aus der Verpachtung des KV-Terminals in Bönen. Des Weiteren wurden Erlöse aus Gleisnutzungsgebühren, aus der Vermietung einer gewerblichen Immobilie und aus einer Stellflächenvermietung im KV-Terminal Unna erzielt. In Summe belaufen sich die Umsatzerlöse auf 818,0 T€ (VJ: 754,8 T€). Die sonstigen betrieblichen Erträge beinhalten die erfolgswirksame ratierliche Auflösung des Zuschusses durch das Eisenbahnbundesamt (29,3 T€), die vertraglich vereinbarten Erträge als Instandhaltungsbeteiligung der Krananlage in Bönen seitens der Betreibergesellschaft (70,0 T€), die erfolgswirksame Teilauflösung der im Vorjahr gebildeten Rückstellung für die Fahrbahnoberflächensanierung im Industriegebiet Unna-Ost (41,6 T€), eine Versicherungserstattung für technische Module des Fahrwerkes von Kran II in Bönen (187,5 T€) sowie sonstige Erträge (9,3 T€).

Der Materialaufwand umfasst neben den Kosten für die Infrastrukturanschlussverträge mit der DB Netz AG und den Energiebezugsaufwendungen für die Lichtsignalanlagen der beiden Bahnübergänge in Unna sowie die Instandhaltungsaufwendungen für beide Terminals (wobei der wesentliche Anteil beim Terminal in Bönen liegt). Im Geschäftsjahr 2018 wurde am Kran II in Bönen die im Jahr 2017 begonnene Sanierungsmaßnahme mit der Behebung der Absenkung der Kranbahn und der Sanierung der Überfahrt abgeschlossen (73,0 T€). Weitere größere Aufwendungen entfielen auf die Erneuerung der Katzfeder beider Kräne (70,5 T€), die Überholung von Motoren und Bremsen (40,2 T€). Der restliche Betrieb- und Unterhaltungsaufwand für das Terminal in Bönen, die Gleisanlagen in Unna und Bönen, die Immobilie Otto-Hahn-Str. 22, die Schrankenanlagen betrug 268,2 T€. Neben den geplanten Aufwendungen kam es auch zu nicht geplanten aufwandsverursachenden Maßnahmen (Kransicherung, Reparatur Kranschiene, Kanalsanierung Spedition Zufall, Kauf eines gebrauchten Spreaders für Kran II, Pflasterarbeiten Terminaleinfahrt, Permanentschmierung beider Kräne (in Summe 174,8 T€).

Für unterlassene Instandhaltungsmaßnahmen in 2018 wurden zwei Rückstellungen für einen ordnungsgemäßen Betrieb des Terminal Bönen in einer Gesamthöhe von 173,0 T€ (Kranräder Kran I (98,0 T€) und Motoren für Kran I (75,0 T€) gebildet. Insgesamt weist der Materialaufwand einen Betrag von 803,6 T€ aus. Der Materialaufwand macht deutlich, dass sich die sehr hohen Umschlagszahlen im Terminal Bönen auf die Materialintensität entsprechend auswirkt.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen betreffen eine Rückstellungsverpflichtung an die beiden Gesellschafter von 111,4 T€. Bedingt durch eine nachträgliche Erstattung von der Provinzialversicherung für einzelne technische Bauteile am Kran II in Bönen kam es in Verbindung mit dem in 2017 erhaltenen Gesellschafterzuschuss und den IST-Ausgaben für die Sanierungsmaßnahme von Kran II zu einer Überkompensation. Des Weiteren wurde eine Zuführung zur bestehenden Rückstellung für die verpflichtende Kostenbeteiligung der LZR an der Erneuerung der Straßen im Bereich der Bahnübergänge (Ausbaubeiträge) im Industriegebiet Unna-Ost (15,0 T€) getätigt. Weitere sonstige Aufwendungen entfielen auf Pacht-aufwendungen für die Gleisanlagen in Bönen (33,0 T€), Grundbesitzabgaben (19,6 T€), Versicherungsbeiträge (13,0 T€), Prüfung- und Beratungskosten (8,5 T€) und Aufwendungen für Rufbereitschaftsdienst und kaufmännische Betriebsführung (45,1 T€). In Summe belaufen sich diese Aufwendungen auf 265,0 T€ (Vorjahr: 213,1 T€). Der höhere Aufwand ist bedingt durch Einmaleffekte (Verpflichtung gegenüber der Gesellschafter aus Zuschuss-Überkompensation (111,4 T€) und Zuführung zur Fahrbahnoberflächensanierungs-Rückstellung (15,0 T€).

3. Finanzlage

Die Eigenkapitalquote der LZR ist im Berichtsjahr auf 5,7 % (Vorjahr 5,6 %) gestiegen. Die Fremdkapitalquote beträgt 94,3 % (Vorjahr 94,4 %).

Die jederzeitige Zahlungsfähigkeit der Gesellschaft war durch ein Darlehen des Gesellschafters Wirtschaftsbetriebe der Stadt Unna GmbH gegeben.

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten sind durch Ausfallbürgschaften der Gemeinde Bönen und der Kreisstadt Unna sowie einer Grundschuld gesichert.

Die Veränderung des Finanzmittelbestandes sowie der Bewegungen innerhalb der operativen Investitions- und Finanzierungstätigkeit werden anhand der nachfolgenden Kapitalflussrechnung dargestellt.

	2017	2018
	T€	T€
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag (-)	-173	-179
Abschreibungen (+) / Zuschreibungen (-) auf Gegenstände des Anlagevermögens	156	155
Zunahme (+) / Abnahme (-) der Rückstellungen	19	125
sonstige zahlungswirksame Aufwendungen (+) / Erträge (-) (operative Tätigkeit)		
- Auflösung Sonderposten für Zuschüsse	-29	-29
Veränderung des Saldos folgender Aktiva:		
Forderungen, Rechnungsabgrenzungsposten	19	-61
Veränderung des Saldos folgender Passiva:		
Kurzfristige Verbindlichkeiten, Rechnungsabgrenzungsposten	8	108
Mittelzufluss / -abfluss aus laufender Geschäftstätigkeit (1)	0	119
Anlageninvestitionen lt. Anlagenspiegel		
Anlageninvestitionen (-)	0	0
Mittelzufluss / -abfluss aus Investitionstätigkeit (2)	0	0
Verlustübernahme (+) des Geschäftsjahres	173	179
Einzahlungen aus Eigenkapitalzuführungen (Kapitalerhöhungen, Verkauf eigener Teile, usw.) (+)	0	0
Darlehenaufnahme	0	741
Darlehensstilgung	-201	-992
Mittelzufluss / -abfluss aus Finanzierungstätigkeit (3)	-28	-72
Veränderung des Bestandes an liquiden Mitteln (1) + (2) +(3)	-28	47
Finanzmittelbestand am 1.1.	34	6
Finanzmittelbestand am 31.12.	6	53

4. Vermögenslage

Im Sachanlagevermögen sind im Wesentlichen die Anschaffungs- und Herstellungskosten für Grundstücke, Gebäude und technische Anlagen enthalten (2.280,4 T€). Das Sachanlagevermögen hat sich im Geschäftsjahr um die Abschreibungen von 155,1 T€ verringert.

Im Jahr 2006 wurde die LZR Betreibergesellschaft mbH gegründet. An dieser Gesellschaft ist die LZR mit 25,1 % (12,5 T€) beteiligt. Es handelt sich um die einzige Beteiligung im Finanzanlagevermögen.

Im Vergleich zum Vorjahr (240,6 T€) ist das Umlaufvermögen zurückgegangen. Zum Jahresende werden 348,5 T€ in der Bilanz als Umlaufvermögen ausgewiesen. Die Forderungen beinhalten u. a. die Forderung gegenüber den Gesellschaftern aus der Verlustübernahme in Höhe von 178,6 T€ (Vorjahr: 173,0 T€).

Die Verbindlichkeiten in Höhe von 1.980,6 T€ sind mit Blick auf das Vorjahr rückläufig (Vorjahr: 2.124,2 T€). Grund hierfür sind überwiegend die planmäßigen Tilgungen der Darlehen.

5. Fazit zur Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage

Die Entwicklung der Geschäftstätigkeit in 2018 zeigt, dass eine Verbesserung der Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage der Gesellschaft in diesem volatilen Geschäftsfeld als herausfordernd zu bewerten ist.

B. Nachtragsbericht

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach Schluss des Geschäftsjahres sind nicht eingetreten.

C. Prognose-, Chancen- und Risikobericht

Prognosebericht

Die grundlegende strategische Ausrichtung der LZR wurde in den vergangenen Jahren mit den Gesellschaftern diskutiert und beschlossen. Die Geschäftsaktivitäten werden aus betriebswirtschaftlichen und logistischen Gründen auf der Terminal- und Gleisbetrieb in Bönen und auf den Gleisbetrieb in Unna-Nord konzentriert. Zur Aufrechterhaltung eines sicheren Betriebs werden hierfür vorausschauende Sanierungsmaßnahmen an den vorhandenen Infrastruktureinrichtungen vorgenommen. Der Terminalbetrieb in Unna wird nach wie vor vorgehalten, Teile des Gleiskörpers in Unna-Süd wurden in Abstimmung mit der Bezirksregierung freigestellt.

Durch die Konzentration der Geschäftstätigkeit werden notwendige Finanzmittel zielorientiert eingesetzt. Gleichwohl wird es in den kommenden Jahren für einen ordnungsgemäßen Betrieb erforderlich sein. Bauteile und technische Einrichtungen an den Kränen zu erneuern und in größerem Umfang Bahnschwellen in den Gleisanlagen zu ersetzen. Dies führt dazu, dass in dem mittelfristigen Betrachtungszeitraum bis 2023 mit Jahresfehlbeträgen in den Größenordnungen der vergangenen Jahre gerechnet wird, die von den Gesellschaftern auszugleichen sein werden.

Die Nachfrage nach logistischen Konzepten im kombinierten Verkehr Schiene/Straße wird sich auch im nächsten Jahr voraussichtlich auf hohem Niveau bewegen. Die LZR Betreiber-gesellschaft erwartet eine stabile Beschäftigung. Trotz eines erhöhten Verkehrsaufkommens auf den Straßen ist eine rein schienengebundene Nachfrage nach logistischen Lösungen nicht zu erwarten, weil die an das Gleisnetz angeschlossenen Kunden ihre Warenströme individuell nach Zeit- und Kostengesichtspunkten planen. Hierauf hat die Gesellschaft keinen Einfluss. Insgesamt bewegen sich die Angebote der LZR damit im Spannungsfeld zwischen standort-politischen Zielsetzungen, konjunkturellen Einflüssen und wirtschaftlichem Geschäftsbetrieb.

Für das Geschäftsjahr 2019 sieht die Wirtschaftsplanung einen erwarteten Jahresfehlbetrag - vor Verlustübernahme – in Höhe von 192,7 T€ vor.

Chancen- und Risikobericht

Die Geschäftsführung definiert seit langem Risiken (strategische und operative) für die Gesellschaft. Die ermittelten 16 Einzelrisiken wurden bewertet (niedrig/mittel/hoch) und Maßnahmen zur Minimierung des Risikos festgelegt. Des Weiteren dienen das Rechnungswesen und die laufende Kontrolle des Geschäftsverlaufs zur rechtzeitigen Erkennung von be-

standsgefährdenden Risiken. Die Geschäftsführung verfügt über eine adäquate Liquiditätssteuerung und kann über die im Rahmen des kaufmännischen Betriebsführungsvertrages bei den Stadtwerken Unna angekauften Finanzierungs- und Finanzplanungssysteme gewährleisten, dass die Risiken für die Unternehmung sorgfältig beobachtet und gesteuert werden können.

Durch die erweiterte, regelmäßige und weitsichtige Sanierungsstrategie an den Infrastruktureinrichtungen besteht die Chance, den Betriebsaufwand in den kommenden Jahren planmäßig steuern zu können, wodurch die Unternehmensergebnisse stabilisiert werden können. Es ist jedoch zu betonen, dass das Vorhalten einer funktionstüchtigen logistischen Infrastruktur trotz aller Anstrengungen in der jetzigen Konstellation nicht kostendeckend erfolgen kann. Spätestens bis zum Ablauf des Förderzeitraums für die Krananlagen in Bönen und Unna ist zu entscheiden, ob und wie das Geschäftsmodell für die Gesellschaft zu einem wirtschaftlichen Erfolg transformiert werden kann.

Unna, 05. März 2019

Logistikzentrum RuhrOst GmbH

gez. Jürgen Schäpermeier
Geschäftsführer

gez. Uwe Kutter
Geschäftsführer

4. Beteiligungen auf Kreisebene

Die Kreisstadt Unna ist zusammen mit anderen Städten und Gemeinden aus dem Kreis Unna an folgenden Gesellschaften beteiligt:

- Unnaer Kreis-Bau- und Siedlungsgesellschaft mbH
- Verkehrsgesellschaft Kreis Unna mbH
- Wirtschaftsförderungsgesellschaft für den Kreis Unna mbH

Die Unternehmen werden im vierten Kapitel dargestellt.

4.1 Unnaer Kreis-Bau- und Siedlungsgesellschaft mbH

Anschrift	Kontakt	Gründung
Friedrich-Ebert-Straße 32 59425 Unna	Telefon: 02303 28270 Fax: 02303 2827-99 E-Mail: info@ukbs.de Internet: www.ukbs.de	Gründung am: 19.08.1939 Letzte Änderung des Gesellschaftsvertrages am: 20.06.2006

Öffentlicher Zweck/Beteiligungsziel
Die Gesellschaft errichtet und bewirtschaftet Wohnungen im Kreis Unna und in der Stadt Hamm. Sie kann zur Ergänzung der wohnlichen Versorgung ihrer Mieter Gemeinschaftsanlagen und Folgeeinrichtungen, Läden und Räume für Gewerbebetriebe bereitstellen. Daneben kann sie die Errichtung von Wohnungsbauten betreuen und fremde Wohnungen bewirtschaften. Außerdem kann die Gesellschaft alle im Bereich der Wohnungswirtschaft, des Städtebaues und der Infrastruktur anfallenden Aufgaben übernehmen.

Gesellschafter	Anteile am Stammkapital in	
	%	€
Kreis Unna	40,8	1.061.850,00
Kreisstadt Unna	14,7	381.150,00
Stadt Bergkamen	14,0	364.000,00
Stadt Kamen	11,0	286.000,00
Stadt Hamm	6,6	171.600,00
Stadt Fröndenberg	4,9	127.400,00
Gemeinde Bönen	3,0	78.000,00
Stadt Selm	3,0	78.000,00
Gemeinde Holzwickede	2,0	52.000,00
Gesamt:	100,0	2.600.000,00

Organe der Gesellschaft
Geschäftsführer
Aufsichtsrat
Gesellschafterversammlung

Geschäftsführung
Matthias Fischer

Vergütung der Geschäftsführung
Gemäß Punkt 3.3.4 des Public Corporate Governance Kodexes der Kreisstadt Unna ist die Vergütung bzw. sind die Bezüge der Mitglieder der Geschäftsführung im Beteiligungsbericht aufgeteilt nach Fixum, erfolgsbezogenen Komponenten und Sachleistungen auszuweisen.
Gemäß § 286 Abs. 4 HGB macht der Geschäftsführer, Herr Fischer, bezüglich der Geschäftsführerbezüge von der Schutzklausel Gebrauch.

Aufsichtsrat			
Der Aufsichtsrat besteht aus 17 Mitgliedern. Folgende Mitglieder waren für die Kreisstadt Unna im Aufsichtsrat vertreten:			
Lfd. Nr.	Fraktion	Ordentliches Mitglied	Stellvertretendes Mitglied
1.	SPD	RM Volker König	RM Gerhard Heckmann (CDU)
2.		BM Werner Kolter (Verw.)	TBg Ralf Kampmann (Verw.)

Vergütung des Aufsichtsrates
Gemäß Punkt 2.7.2 des Public Corporate Governance Kodexes der Kreisstadt Unna sind die Gesamtbezüge des Aufsichtsrates und die Vergütungssätze der von der Kreisstadt Unna entsandten Aufsichtsratsmitglieder individualisiert im Beteiligungsbericht auszuweisen.
Der Jahresabschluss 2018 der UKBS weist für die Tätigkeiten der Aufsichtsratsmitglieder Gesamtbezüge in Höhe von 49.100,00 € aus.

Gesellschafterversammlung			
Folgendes Mitglied war für die Kreisstadt Unna in der Gesellschafterversammlung vertreten:			
Lfd. Nr.	Fraktion	Ordentliches Mitglied	Stellvertretendes Mitglied
1.	SPD	RM Ingrid Kroll	RM Gerhard Heckmann (CDU)

Anzahl der Mitarbeiter (ohne Geschäftsführer)	2018	2017
Angestellte		
in Vollzeit	24	24
in Teilzeit	4	6
Auszubildende	2	2
Aushilfen	0	0
Gesamt	30	32

Bilanz der letzten drei Geschäftsjahre

	2018	2017	2016
	in €	in €	in €
Aktiva:			
A. Anlagevermögen			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	29.514	40.140	63.603
II. Sachanlagen	102.386.842	102.243.375	97.916.925
III. Finanzanlagen	4.160	4.160	4.160
Summe Aktiva	102.420.516	102.287.675	97.984.688
B. Umlaufvermögen			
I. Vorräte	6.181.345	6.341.497	5.943.774
II. Forderungen	76.905	91.657	115.012
III. Kassenbestand	1.616.119	849.729	2.510.332
Summe Umlaufvermögen	7.874.369	7.282.883	8.569.118
C. Rechnungsabgrenzungsposten	-	-	45.132
Summe Aktiva	110.294.885	109.570.558	106.598.938
Passiva:			
A. Eigenkapital			
I. Gezeichnetes Kapital	2.600.000	2.600.000	2.600.000
II. Kapitalrücklage	-	-	-
III. Gewinnrücklage	21.259.425	20.970.439	20.655.849
IV. Gewinn-/Verlustvortrag	-	-	-
V. Jahresüberschuss/ Jahresfehlbetrag	944.960	912.986	938.590
Summe Eigenkapital	24.804.384	24.483.425	24.194.439
B. Rückstellungen	478.605	384.802	231.122
C. Verbindlichkeiten	84.735.030	84.404.168	82.173.377
D. Rechnungsabgrenzungsposten	276.865	298.163	-
Summe Passiva	110.294.884	109.570.558	106.598.938

Gewinn- und Verlustrechnung der letzten drei Geschäftsjahre

	2018	2017	2016
	in €	in €	in €
Umsatzerlöse	18.157.575	17.878.071	17.152.308
Erhöhung des Bestandes	177.463	360.162	58.352
Andere aktivierte Eigenleistungen	291.239	270.214	257.680
sonstige betriebliche Erträge	262.621	234.946	283.935
Aufwendungen f. Hausbewirtschaftung	- 8.383.990	- 8.869.587	- 8.410.196
Personalaufwand	- 2.113.988	- 1.953.199	- 1.757.670
Abschreibung	- 3.556.493	- 3.536.635	- 3.393.499
Sonstige betriebliche Aufwendungen	- 1.213.843	- 1.225.399	- 928.310
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	1.094	872	1.182
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	1.582.312	- 1.478.150	- 1.554.269
Steuern vom Einkommen und Ertrag	- 175.732	- 66.546	- 140.430
Ergebnis nach Steuern	1.663.383	1.614.749	1.569.083
Sonstige Steuern	- 718.424	- 701.763	- 630.493
Jahresüberschuss/ Jahresfehlbetrag (-)	944.960	912.986	938.590

Verwendung des Jahresergebnisses 2018

Die Gesellschafterversammlung hat den Jahresabschluss 2018 der UKBS am 22.05.2019 festgestellt und beschlossen, vom Jahresüberschuss in Höhe von 944.959,52 € eine Gewinnausschüttung in Höhe von 624.000 € (= 24% der Stammeinlage) vorzunehmen und den Restbetrag in Höhe von 320.959,52 € in die anderen Gewinnrücklagen einzustellen. Bezogen auf die Stammeinlage (381.150 €) hat die Kreisstadt Unna im Jahr 2018 einen Bruttobetrag von 91.476 € erhalten.

Lagebericht der Geschäftsführung für das Geschäftsjahr 2018

Geschäfts- und Rahmenbedingungen

Darstellung des Geschäftsverlaufes und des Geschäftsergebnisses

Allgemein

Die konjunkturelle Lage in Deutschland stellt sich zum Jahreswechsel 2018/2019 weiterhin gut dar. Seit nunmehr neun Jahren ist das Bruttoinlandsprodukt (BIP) kontinuierlich angewachsen. Dies ist die längste Aufschwungsphase seit der deutschen Wiedervereinigung. Nach ersten Berechnungen des Statistischen Bundesamtes legte das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2018 um 1,5 % zu. Die beiden vorangegangenen Jahre war das Bruttoinlandsprodukt noch um 2,2 % gestiegen. Damit normalisiert sich das Wachstumstempo der deutschen Wirtschaft nach Jahren der Expansion in etwa auf Höhe der Potentialrate.

Der kräftige globale Aufschwung hat sich gegen Ende 2018 etwas abgeschwächt. 2018 expandierte die Weltwirtschaft nach vorläufigen Zahlen um 4,3 %. Im Jahr 2019 wird sich die globale konjunkturelle Dynamik im Durchschnitt der Erwartungen der führenden Wirtschaftsforschungsinstitute in Deutschland mit 3,6 % abermals leicht verlangsamen. Die derzeit großen politischen Unwägbarkeiten bergen Risiken für die Investition sowie den Konsum und im Falle einer Eskalation des Handelsstreits mit den USA besteht auch die Gefahr einer weltwirtschaftlichen Rezession. Die hohe Verschuldung des Unternehmenssektors in China stellt zudem die Finanzstabilität des Landes vor erhebliche Probleme, die durch den Zollstreit mit den USA verschärft werden.

Im Euroraum hat sich der Aufschwung 2018 flächendeckend fortgesetzt. Die wirtschaftliche Entwicklung im Euroraum insgesamt war mit 2,1 % wieder dynamischer als in Deutschland. Für das Jahr 2019 erwarten die Institute für die Eurozone im Durchschnitt eine weitere Dämpfung des Wachstumstempos auf dann 1,7 %. Trotz des Wachstums ging die Arbeitslosigkeit in einigen Euroländern (insbesondere in Italien und Frankreich) nur wenig zurück und dämpfte die konjunkturelle Erholung.

Die Wirtschaftsleistung ist 2018 in nahezu allen Wirtschaftsbereichen in Deutschland gestiegen. Nur die Land- und Forstwirtschaft verzeichnete einen Rückgang der Wertschöpfung. Überdurchschnittlich stark entwickelten sich die Wirtschaftsbereiche Information und Kommunikation mit +3,7 % und das Baugewerbe mit +3,6 %. Die Grundstücks- und Wohnungswirtschaft, die im Jahr 2018 rund 10,6 % der gesamten Bruttowertschöpfung erzeugte, konnte ihre Bruttowertschöpfung deutlich um 1,1 % erhöhen.

Die Zahl der Erwerbstätigen erreichte 2018 den höchsten Stand seit 1991. Rund 44,8 Millionen Erwerbstätige trugen zur Wirtschaftsleistung in Deutschland bei. Wie schon in den Vorjahren glichen eine höhere Erwerbsbeteiligung sowie die Zuwanderung von Arbeitskräften aus dem Ausland die altersbedingten demografischen Effekte aus.

Damit das Erwerbspersonenpotenzial auch in Zukunft nicht schrumpft, müsste die Netozuwanderung nach Modellrechnungen des IAB im Zeitraum 2015 bis 2025 einen Zugewinn von rund 450.000 erwerbsfähigen Personen pro Jahr, zwischen 2026 bis 2035 etwa 600.000 zugewanderte Erwerbsfähige pro Jahr und zwischen 2036 bis 2050 rund 550.000 zugewanderte Erwerbsfähige pro Jahr netto betragen.

Mittel- bis langfristig droht die Nettozuwanderung in Deutschland auf ein Niveau abzusinken, welches das natürliche Geburtendefizit nicht mehr ausgleichen kann.

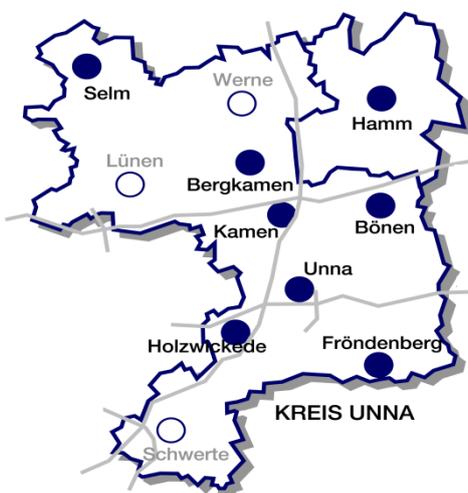
Wohnungsverwaltung

Die Vermietungssituation der UKBS hat sich gegenüber dem Vorjahr nicht verändert.

Die UKBS bewirtschaftete den eigenen Hausbesitz, der zum 31.12.2018

2.963	Wohnungen und
39	Büro- und sonstige Einheiten
	in insgesamt 415 Häusern
1	Parkhaus mit 81 Stellplätzen
472	Garagen

mit einer Gesamtwohn-/nutzfläche von 207.919,77 m² umfasst.



	Anzahl Wohnungen
Bergkamen	410
Bönen	254
Fröndenberg	187
Hamm	283
Holzwickede	184
Kamen	360
Selm	56
Unna	1.229
Gesamt	2.963

Für die Mieter bestand auch 2018 ein günstiges Preis- / Leistungsverhältnis. Die Mieten lagen auch in 2018 überwiegend unterhalb der ortsüblichen Vergleichsmieten.

Im Berichtsjahr waren 252 Mieterwechsel (2017: 247 Mieterwechsel) zu verzeichnen. Dies entspricht einer Fluktuationsrate von 8,2 % (2017: 8,1 %).

Am Bilanzstichtag lag der Leerstand bei 63 Wohnungen (2017: 45 Wohnungen) mit einer Leerstandsquote in Höhe von 2,1 % (2017: 1,5%). Der modernisierungs-/abrissbedingte Leerstand davon betrug 27 Wohnungen (2017: 1 Wohnung).

Die durch vorübergehenden Leerstand entstandenen Kosten betragen 253,3 T€ (2017: 205,7 T€). Von den Kosten entfallen 35,9 T€ (2017: 4,5 T€) auf modernisierungs-/abrissbedingten Leerstand; die restlichen Kosten sind bedingt durch Mieterwechsel. In den Leerstandskosten sind 62,9 T€ (2017: 61,6 T€) Betriebskosten enthalten. Gegenüber Beihilfeempfängern wurden im Jahr 2018 36,3 T€ (2017: 51,8 T€) Mietverzichtes gewährt.

Die Erlösausfälle, ohne WFB-Verzichte, betragen in 2018 unter Berücksichtigung von Eingängen auf abgeschriebene Mietforderungen 1,8 % (= 333,1 T€), gegenüber 2017 1,6 % (= 292,3 T€) des Miet- und Umlagensolls. In den Erlösausfällen sind Forderungsausfälle in Höhe von 94,2 T€ (2017: 99,3 T€) enthalten. Diese Kosten für Abschreibungen und Wertberichtigungen resultieren im Wesentlichen daraus, dass viele Haushalte oft

überschuldet sind, von Arbeitslosigkeit betroffen oder finanzielle Unterstützung durch das Jobcenter erhalten. Die Rückzahlung ist oft nur in kleinen Raten und über einen längeren Zeitraum möglich.

Die Verbesserung unseres Wohnungsbestandes in Qualität und Attraktivität wurde in erheblichem Maße fortgesetzt. Für die Modernisierungs-, Instandhaltungs- und Reparaturmaßnahmen wurden 3.592 T€ (201: 3.920 T€) ausgegeben.

Für Modernisierung, geplante und ungeplante Instandhaltungsmaßnahmen wurden in 2018 in Relation zur Sollmiete rd. 29,3 % (Vorjahr: 32,9 %) verausgabt. Dies sind 17,28 € pro durchschnittliche m² Wohn- und Nutzfläche (Vorjahr: 18,96 € pro durchschnittliche m²)

Neubautätigkeit

Bergkamen

Im Januar 2015 wurde ein 2.974 m² großes Grundstück in Bergkamen, Rathausplatz 4, erworben. Der Baubeginn erfolgte Ende 2017. Es entsteht ein Wohnhaus mit 30 WE sowie 5 Gewerbeeinheiten. Fertigstellung ist geplant Ende 2. Quartal 2020.

Kamen

Im November 2018 wurde ein 5.450 m² großes Grundstück in Kamen, Wilhelm-Bläser-Str./Eilater Weg erworben. Vorgesehen ist eine Bebauung mit 30 WE sowie einer Tiefgarage. Der Baubeginn ist geplant im 4. Quartal 2019.

In Bauvorbereitung befinden sich:

- Erweiterungsanbau an bestehender KITA in Unna
- 4 KITA-Neubauten in Unna, Holzwickede und Bergkamen
- Neubau eines Bestandsobjektes in Unna

Betriebliche Organisation

Die Geschäftsräume befinden sich im gesellschaftseigenen Verwaltungsgebäude Friedrich-Ebert-Str. 32, 59425 Unna.

Übersicht Stellenbesetzung	31.12.2018	31.12.2017
Geschäftsführer	1	1
Prokurist	2	1
Sekretariat	1	1
Rechnungswesen	5	5
Wohnungsverwaltung		
Team Süd	5	5
Team Nord	5	4
Mieterbetreuung	2	2
Technische Abteilung	3	3
Information / Service-team	5	5
Auszubildende	2	2
Servicetechniker	4	4
	35	33

Die Wohnungsverwaltung umfasst sowohl die kaufmännische, wie auch die technische Betreuung des Wohnungsbestandes. Von den 35 Mitarbeitern befindet sich 1 Mitarbeiterin im Erziehungsurlaub.

Jahresdurchschnitt	Vollzeit	Teilzeit
Kaufmännische Mitarbeiter	17	3,5
Technischer Mitarbeiter	4	0
Servicetechniker	3	0,5
	24	4,0

Außerdem wurden durchschnittlich 2 Auszubildende beschäftigt.

Finanzielle Leistungsindikatoren

Kennzahlen	in	2018	2017	2016
Gesamtkapitalrentabilität	%	2,4	2,2	2,5
Eigenkapitalrentabilität	%	4,5	4,0	4,5
Eigenkapitalquote	%	2,5	22,3	22,7
Fremdkapitalquote	%	70,2	69,6	70,2
Cashflow	T€	4.470	4.431	4.331
Durchschnittliche Sollmiete	€/m ² /mtl.	4,97	4,84	4,73
Modernisierung und Instandhaltung	€/m ²	17,28	18,96	18,36
Erlösschmälerungen Sollmiete	%	1,5	1,2	1,3
Fluktuationsquote	%	8,2	8,1	8,5
Leerstandsquote am Bilanzstichtag	%	2,1	1,5	1,2
- davon mod./abrissbed. Leerstand	%	0,9	0,0	0,0

Darstellung der Lage

Ertragslage

Im Geschäftsjahr wird ein Jahresüberschuss von 945,0 T€ (2017: 912,9 T€) ausgewiesen. Dieser wurde im Wesentlichen durch das Ergebnis der Hausbewirtschaftung erzielt.

Übersicht Ertragslage	2018 T€	2017 T€	Veränd. T€
Hausbewirtschaftung	1.918	1.416	502
Sonstige betriebliche Geschäftsvorfälle	-374	-196	-178
= Betriebsergebnis	1.544	1.220	324
Zzgl. Finanzergebnis	-5	-5	0
neutrales Ergebnis	-418	-235	-183
Abzgl. Steuern vom Einkommen und Ertrag	-176	-67	-109
= Jahresüberschuss	945	913	32

Vermögens- und Finanzlage

Die Bilanzsumme beträgt am 31.12.2018 110,3 Mio. € (2017: 109,6 Mio. €).

Den Vermögenswerten des Anlagevermögens in Höhe von 102,4 Mio. € (2017: 102,2 Mio. €) standen langfristige Deckungsmittel aus Eigen- und Fremdkapital in Höhe von 102,7 Mio. € (2017: 101,2 Mio. €) gegenüber.

Der Anteil des Anlagevermögens am Gesamtvermögen beträgt 92,8% (2017: 93,3%). Die Eigenkapitalquote beträgt 22,5%.

Übersicht Deckungsverhältnisse	2017 T€	2016 T€
Lang- und mittelfristiger Bereich		
Vermögenswerte	102.421	102.288
Finanzierungsmittel	102.666	101.194
Überdeckung	245	-1.094
Kurzfristiger Bereich		
Finanzmittelbestand	1.138	-210
Übrige Vermögenswerte	6.736	6.815
Verbindlichkeiten	7.629	7.699
Überdeckung	245	-1.094

Bei der z.Zt. vorhandenen Liquidität ist die ordentliche Bewirtschaftung und Durchführung geplanter Bauvorhaben gesichert.

Die Gesellschaft war jederzeit in der Lage, ihren finanziellen Verpflichtungen termingerecht nachzukommen.

Zweckerreichung

Mit der umfangreichen Neubau- und Investitionstätigkeit im Wohnungsbestand hat die UKBS der im Gesellschaftsvertrag festgelegten Zielsetzung „die Errichtung und Bewirtschaftung von Wohnungen in allen Rechts- und Nutzungsformen“ auch im Jahr 2018 voll entsprochen.

Risikobericht

Risikomanagement

Wesentliche Elemente des von der Geschäftsführung entwickelten Risikomanagementsystems sind:

- Risikohandbuch
- Risikokennzahlen mit Festlegung kritischer Werte
- mehrjährige Finanz- und Ertragsplanung
- regelmäßige Berichterstattung an den Aufsichtsrat

Die Geschäftsführung ist der Auffassung, dass durch das bestehende System Risiken frühzeitig erkannt und entsprechende Gegenmaßnahmen ergriffen werden können.

Risiken der künftigen Entwicklung

Ein wesentlicher Teil der derzeitigen Nachfragesituation richtet sich an 1- und 2-Zimmer-Wohnungen sowie bezahlbaren Wohnraum. Dieser Entwicklung werden wir u.a. dadurch Rechnung tragen, dass beim Neubau überwiegend kleinere Wohnungen errichtet werden. Da das Angebot an Grundstücken sich deutlich verringert hat, prüfen wir die Möglichkeiten von Erweiterungen und Aufstockungen von Gebäuden im Bestand.

Gerade als kommunales Unternehmen beobachten wir die Entwicklung in den verschiedenen Quartieren, in denen wir mit Wohnungen vertreten sind, sehr genau. Um eine langfristige Vermietung zu gewährleisten, ist es notwendig, zusammen mit anderen Partnern für die Erhaltung der Wohn- und Lebensqualität zu sorgen.

Das Thema Neubau von Wohnraum ist verbunden mit der Entwicklung von Baukosten. Die Baukosten sind in den letzten Jahren deutlich gestiegen und steigen weiter. Hinzu kommt, dass sich die Bauunternehmen aufgrund der sehr guten Auftragslage zum Teil nicht mehr an Ausschreibungen beteiligen.

Die Erhaltung der Wirtschaftlichkeit von Bauprojekten und der Bezahlbarkeit von Wohnraum wird nicht nur für unser Wohnungsunternehmen eine Herausforderung. Daher wird die Finanzierung über den Kapitalmarkt eine wichtige Komponente sein. Daneben gilt es zu prüfen, ob serieller und modularer Wohnungsbau eine zukünftige Alternative wird.

Chancen der künftigen Entwicklung

Die Marktfähigkeit unseres Wohnungsbestands bleibt auch zukünftig von hoher Bedeutung.

Auch im Jahr 2018 wurde durch die regelmäßigen Modernisierungen unseres Hausbestandes gewährleistet, dass unser Wohnungsangebot am Markt weiterhin gute Chancen haben wird.

Wir haben beschlossen, Objekte mit Ausstattungsstandards, die vom Markt langfristig nicht mehr akzeptiert werden, rückzubauen oder durch Neubauten zu ersetzen, damit langfristig die Wirtschaftlichkeit und Vermietbarkeit erhalten werden kann.

Grundsätzlich aber wollen wir die Attraktivität unseres Wohnungsbestandes erhalten und verbessern. Der zukünftige Schwerpunkt soll auf barrierefreien und -armen Maßnahmen liegen. Dazu gehört weiterhin die Schaffung eines ansprechenden Wohnumfeldes.

Ergänzt werden diese zeitgemäßen Optimierungen durch Service-Angebote rund um das Wohnen und die verschiedensten Projekte für alle Mietergruppen. Das Ziel der Gesellschaft wird es sein, den älteren Mietern durch verschiedenste Maßnahmen zu ermöglichen, so lange wie möglich in den eigenen 4 Wänden zu verbleiben.

Eine weitere Herausforderung sind die Anforderungen der Digitalisierung („Wohnungswirtschaft 4.0“). In diesem Zusammenhang haben wir bereits verschiedene Projekte umgesetzt, wie z.B. eine Kunden-App, Handwerker-Kopplung und die digitale Wohnungsabnahme. Wir beschäftigen uns intensiv mit den Möglichkeiten und Nutzen der Digitalisierung für unsere Mitarbeiter und unser Unternehmen.

Des Weiteren übernehmen wir eine wichtige gesamtgesellschaftliche Aufgabe und sorgen als kommunales Wohnungsunternehmen durch eine moderate Mietzinspolitik dafür, dass qualitativer Wohnraum für breite Schichten der Bevölkerung auch künftig bezahlbar bleibt.

Finanzierungsmaßnahmen

Das Modernisierungs- und Instandhaltungsprogramm konnte mit eigenen Mitteln durchgeführt werden.

Zum Bilanzstichtag des Geschäftsjahres besteht ein Finanzderivat (Zinsswap). Im Rahmen der Absicherung des Zinsänderungsrisikos wurde eine Bewertungseinheit nach § 254 HGB gebildet, bestehend aus dem variabel verzinslichen Darlehen (Grundgeschäft) und einem Zinsswap (Sicherungsgeschäft). Des Weiteren wurde ein Forward-Darlehen in Höhe von 2.500 T€ zur Anschlussfinanzierung aufgenommen.

Ein Ausfallrisiko besteht nur bei einem Teil von Mietforderungen. Diesem Risiko wird durch ausreichend bemessene Wertberichtigungen Rechnung getragen.

Prognosebericht

Auch im bisherigen Verlauf des Geschäftsjahres 2019 stellt sich die wirtschaftliche Lage unseres Unternehmens weiterhin positiv dar. Der Wirtschaftsplan für das Jahr 2019 weist einen Jahresüberschuss in Höhe von 980 T€ aus.

Die Modernisierung und Wohnwertverbesserung des eigenen Mietwohnungsbestandes bleibt auch in den nächsten Jahren, gerade bei einem Mietermarkt, von großer Bedeutung. Bei der Planung von Sanierungsmaßnahmen werden die Ergebnisse des Portfoliomanagements und die Auswirkungen des demografischen Wandels einfließen.

Ein Bedarf an Wohnformen für Senioren (z.B. Mehrgenerationenwohnen, Betreutes Wohnen, Senioren-Wohngemeinschaften) ist weiterhin vorhanden. Bei der Planung von Neubauobjekten orientiert sich unsere Gesellschaft an den Bedürfnissen des Marktes, sowie an den Interessen ihrer Gesellschafter.

Die Gesellschaft wird ihre erfolgreichen Anstrengungen fortsetzen, um sich auf die Veränderungen des Wohnungsmarktes, unter besonderer Berücksichtigung der lokalen wirtschaftlichen und demografischen Entwicklung, einzustellen und um die Herausforderung des Marktes zukunftsorientiert zu bewältigen.

Unna, den 25.02.2019

gez. Fischer

Geschäftsführer

Unnaer Kreis-Bau- und Siedlungsgesellschaft mbH

4.2 Verkehrsgesellschaft Kreis Unna mbH

Anschrift	Kontakt	Gründung
Lünener Str. 13 59174 Kamen	Telefon: 02307 209-0 Fax: 02307 209-35 E-Mail: info@vku-online.de Internet: www.vku-online.de	Gründung im Jahr: 1909 in der Fassung vom: 24. April 2017

Öffentlicher Zweck/Beteiligungsziel

Gegenstand des Unternehmens ist die Förderung und Verbesserung des öffentlichen Verkehrs im Sinne des § 107 Abs. 1 GO NRW im Kreis Unna sowie in angrenzenden Verkehrsgebieten, insbesondere durch Einrichtung und Betrieb von Linien- und Freistellungsverkehren (z.B. Bussen, Kleinbussen, Taxen), die Durchführung von Gelegenheitsverkehr mit Kraftfahrzeugen, ferner die Beteiligung an Unternehmungen, die diese Zwecke fördern.

Gesellschafter	Anteile am Stammkapital in	
	%	€
Verwaltungs- und Beteiligungsgesellschaft Kreis Unna mbH	50,19	1.935.170,00
Stadt Lünen	16,39	632.050,00
Kreisstadt Unna	9,18	353.910,00
Stadt Kamen	8,07	311.320,00
Stadt Bergkamen	7,68	296.030,00
Stadt Werne	5,13	197.970,00
Gemeinde Bönen	1,38	53.220,00
Gemeinde Holzwickede	1,10	42.280,00
Stadt Selm	0,88	34.150,00
Gesamt	100,00	3.856.100,00

Beteiligungen der VKU	Anteile am Grundkapital in	
	%	€
Westfälische Verkehrsgesellschaft mbH	14,29	316.360,00
Tarifgemeinschaft Münsterland – Ruhr-Lippe GmbH	3,57	1.000,00
Aus Wesentlichkeitsgründen wird auf die Darstellung der einzelnen Tochtergesellschaften der Verkehrsgesellschaft Kreis Unna mbH verzichtet.		

Organe der Gesellschaft

Geschäftsführer
Aufsichtsrat
Gesellschafterversammlung

Geschäftsführung

Dipl.-Wirtsch.-Ing. (FH) André Pieperjohanns

Vergütung der Geschäftsführung		
Gemäß Punkt 3.3.4 des Public Corporate Governance Kodexes der Kreisstadt Unna ist die Vergütung bzw. sind die Bezüge der Mitglieder der Geschäftsführung im Beteiligungsbericht aufgeteilt nach Fixum, erfolgsbezogenen Komponenten und Sachleistungen auszuweisen.		
Erfolgsabhängige Bezüge	Erfolgsunabhängige Bezüge	Gesamtbezüge
25.000,00 €	184.855,61 €	209.855,61 €
Der Geschäftsführer erhält seine Bezüge von der Westfälischen Verkehrsgesellschaft mbH, welche die Geschäfte der Gesellschaft im Rahmen eines Geschäftsführungsvertrages führt.		
Zugunsten Herrn Pieperjohanns wurde im Geschäftsjahr ein Betrag von 12.000,00 € in eine Unterstützungskasse sowie ein Betrag von 1.752,00 € in eine Direktversicherung eingezahlt. Die Beträge sind in den erfolgsunabhängigen Bezügen mit enthalten.		
Weitere Altersversorgungszusagen bestehen gegenüber Herrn Pieperjohanns nicht.		

Aufsichtsrat		
Der Aufsichtsrat besteht aus 18 Mitgliedern. Folgendes Mitglied war für die Kreisstadt Unna im Aufsichtsrat vertreten:		
Lfd. Nr.	Fraktion	Ordentliches Mitglied
1.	SPD	BM Werner Kolter (Verw.)

Vergütung des Aufsichtsrates		
Gemäß Punkt 2.7.2 des Public Corporate Governance Kodexes der Kreisstadt Unna sind die Gesamtbezüge des Aufsichtsrates und die Vergütungssätze der von der Kreisstadt Unna entsandten Aufsichtsratsmitglieder individualisiert im Beteiligungsbericht auszuweisen.		
Der Jahresabschluss 2018 der Verkehrsgesellschaft Kreis Unna mbH weist für die Tätigkeiten der Aufsichtsratsmitglieder Gesamtbezüge in Höhe von 3.960,00 € aus.		
Davon entfällt auf den Vertreter der Kreisstadt Unna, Herrn Bürgermeister Kolter, ein Betrag in Höhe von 180,00 €.		

Gesellschafterversammlung		
Folgende Mitglieder waren für die Kreisstadt Unna in der Gesellschafterversammlung vertreten:		
Lfd. Nr.	Fraktion	Ordentliches Mitglied
1.	SPD	RM Wolfgang Ahlers
2.		1.Bg Karl-Gustav Mölle (Verw.)

Anzahl der Mitarbeiter (ohne Geschäftsführer)	2018	2017
Angestellte		
in Vollzeit	241	120
in Teilzeit	41	20
Auszubildende	5	0
Aushilfen	34	16
Gesamt	321	156

Hinweis: Die deutliche Veränderung der Mitarbeiterzahl resultiert aus der Verschmelzung der VKU-Verkehrsdienst GmbH auf die Verkehrsgesellschaft Kreis Unna mbH (VKU) zum 01.01.2018.

Bilanz der letzten drei Geschäftsjahre

	2018	2017	2016
	in €	in €	in €
Aktiva:			
A. Anlagevermögen			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	104.237	66.793	55.032
II. Sachanlagen	14.071.670	13.527.289	11.742.128
III. Finanzanlagen	337.414	360.961	363.224
Summe Aktiva	14.513.321	13.955.043	12.160.384
B. Umlaufvermögen			
I. Vorräte	239.824	167.932	162.339
II. Forderungen	7.538.425	11.693.105	11.939.368
III. Kassenbestand	882.321	1.041.232	430.298
Summe Umlaufvermögen	8.660.570	12.902.269	12.532.005
C. Rechnungsabgrenzungsposten	513	429	4.487
Summe Aktiva	23.174.404	26.857.741	24.696.876
Passiva:			
A. Eigenkapital			
I. Gezeichnetes Kapital	3.856.100	3.856.100	3.856.100
II. Kapitalrücklage	792.496	792.496	792.496
III. Gewinnrücklage	-	-	-
IV. Gewinn-/Verlustvortrag	- 152.946	- 152.946	- 152.946
V. Jahresüberschuss/ Jahresfehlbetrag	-	-	-
Summe Eigenkapital	4.495.650	4.495.650	4.495.650
B. Rückstellungen	2.792.797	2.533.616	2.785.191
C. Verbindlichkeiten	15.574.435	19.422.414	17.064.829
D. Rechnungsabgrenzungsposten	311.522	406.061	351.206
Summe Passiva	23.174.404	26.857.741	24.696.876

Gewinn- und Verlustrechnung der letzten drei Geschäftsjahre

	2018	2017	2016
	in €	in €	in €
Umsatzerlöse	31.192.468	29.494.212	29.009.576
sonstige betriebliche Erträge	400.237	398.522	166.351
Materialaufwand	- 18.139.329	- 18.767.248	- 18.037.182
Personalaufwand	- 9.634.274	- 7.629.899	- 7.822.596
Abschreibung	- 2.152.351	- 1.989.699	- 1.863.694
Sonstige betriebliche Aufwendungen	- 1.486.142	- 1.334.083	- 1.267.246
Erträge aus Beteiligungen	60	60	61
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	329	258	1.427
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	- 160.590	- 154.731	- 168.943
Steuern vom Einkommen und Ertrag	-	-	-
Ergebnis nach Steuern	20.410	17.392	17.754
Sonstige Steuern	- 20.410	- 17.392	- 17.754
Jahresüberschuss/-fehlbetrag (-)	0	0	0

Refinanzierungsvereinbarung

Zwischen dem Kreis Unna und den weiteren Gesellschaftern besteht eine Refinanzierungsvereinbarung, wonach der jährliche Fehlbedarf der VKU über den Kreishaushalt abgewickelt wird. Vom Fehlbetrag werden, nach Abzug der individuellen Abrechnungen für z.B. Ortslinien-, Regional- oder Schülerverkehre, 50% von den beteiligten Gemeinden nach einem Betriebsleistungsschlüssel erstattet.

Der Kreis Unna hat mit Schreiben vom 18.06.2019 den Kommunen die Aufwandsersatzleistungen in Rechnung gestellt. Der Anteil der Kreisstadt Unna für das Geschäftsjahr 2018 beträgt 717.851,84 € (Vorjahr: 657.760,87 €). Im Vergleich zum Vorjahr steigt der Refinanzierungsanteil um 60.090,97 €.

Lagebericht der Geschäftsführung für das Geschäftsjahr 2018

I. Grundlagen des Unternehmens

1. Öffentliche Zwecksetzung

Das Geschäftsmodell der Gesellschaft besteht in der Förderung und Verbesserung der Verkehrsverhältnisse im Kreis Unna sowie in angrenzenden Verkehrsgebieten. Sie erfüllt diesen Zweck durch die Einrichtung und den Betrieb von Linien- und Freistellungsverkehren im öffentlichen Personennahverkehr und die Durchführung von Gelegenheitsverkehren mit Omnibussen.

Die Versorgung mit Leistungen des öffentlichen Personennahverkehrs gehört zum Kernbereich kommunaler Daseinsvorsorge und damit übt die Gesellschaft die Tätigkeit im Interesse der Bevölkerung des Verkehrsgebietes aus.

Die Öffentliche Zwecksetzung wird durch diese Geschäftstätigkeit erfüllt.

2. Geschäftsmodell des Unternehmens

Die Betätigung im öffentlichen Personennahverkehr mit Omnibussen geschieht in enger Abstimmung mit den Städten und Gemeinden des Bedienungsgebiets sowie mit dem Kreis Unna, der gemäß § 3 Abs. 1 des Gesetzes über den öffentlichen Personennahverkehr in Nordrhein-Westfalen als Aufgabenträger Sorge für die Planung, Organisation und Ausgestaltung des öffentlichen Personennahverkehrs trägt.

Grundlage der Betriebs- und Geschäftsführung ist der seit 2006 geltende Betriebs- und Geschäftsführungsvertrag mit der Westfälische Verkehrsgesellschaft mbH, Münster (WVG). Darin ist die Rolle der WVG als Servicegesellschaft der VKU eindeutig definiert.

Auf einer Linienlänge von rd. 2.000 km wird öffentlicher Linienverkehr gemäß § 42 und § 43 PBefG betrieben.

Bei der Angebots- und Tarifgestaltung ist die Gesellschaft in die Verkehrsgemeinschaft Ruhr-Lippe integriert.

Die Geschäftstätigkeit hat sich im Berichtsjahr nur unwesentlich verändert.

Die Leistungserbringung erfolgt in enger Kooperation mit rd. 25 regionalen privaten Omnibusunternehmen, die ca. 49,9 % (Vorjahr: 48,4 %) der Gesamtleistung im Auftrag der VKU erbringen.

II. Wirtschaftsbericht

1. Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen

Die Wirtschaft in Deutschland hat den moderaten Wachstumskurs auch in 2018 fortgesetzt. Das reale Bruttoinlandsprodukt ist gegenüber dem Vorjahr um 1,4 % gestiegen. Damit lag es allerdings auf einem niedrigeren Niveau als in 2017 mit einem Wachstum von 2,2 %. In der gesamten Eurozone betrug das Wachstum 1,8 % für 2018 und 2,4 % für 2017 (Eurostat). Die rd. 450 ÖPNV-Unternehmen im Verband Deutscher Verkehrsunternehmen (VDV), dazu gehört auch die WVG Unternehmensgruppe, beförderten ca. 10,4 Mrd. Fahrgäste in 2018. Busse und Bahnen ersetzen lt. VDV damit jeden Tag 20

Mio. Autofahrten auf deutschen Straßen. Die Erträge der VDV-Unternehmen betragen im Berichtsjahr inkl. Ausgleichszahlungen etwa 12,8 Mrd. EUR.

Die VKU verzeichnete im Berichtsjahr einen leichten Rückgang der Fahrgastzahlen von 0,9 %. Bei den Erträgen hingegen erzielte das Unternehmen eine Steigerung von 0,3. Der Rückgang der Fahrgastzahlen konnte durch die Tarifierhöhung kompensiert werden.

Die allgemeine wirtschaftliche Entwicklung stellt zwar einen Einflussfaktor für die Gesellschaft dar, weitaus bedeutender sind jedoch für die Entwicklung der VKU die branchenspezifischen Rahmenbedingungen im wettbewerblichen und rechtlichen Umfeld.

Seit 2011 gilt für den Kreis Unna die Direktvergabe von Linienverkehren gem. Art. 5 Abs. 2 VO (EG) NR 1370/2007 an die VKU als internen Betreiber.

Mit der Direktvergabe wurde der notwendige finanzielle Ausgleich für die vergebenen Linienverkehre bis 2020 sichergestellt.

2. Geschäftsverlauf

Weiterhin anhaltende Kostensteigerungen insbesondere für das Personal, eingekaufte Fahrleistungen sowie Dieseltreibstoff, rückläufige Schülerzahlen und gesunkene Fahrgastzahlen im Bereich der Sozialtickets prägen den Geschäftsverlauf im Berichtsjahr.

Linienverkehrserlöse blieben auf dem Vorjahresniveau. Nachzahlungen aus dem Einnahmenausgleich und Ausgleichsleistungen durch die AusbildungsverkehrPauschale nach § 11a ÖPNVG sowie gemäß SGB für Vorjahre waren positive Einflussfaktoren im Berichtsjahr.

Die wirtschaftliche Entwicklung wird durch den unterjährig durchgeführten Plan-IstVergleich überwacht.

Aufgrund der im Jahr 2017 in Kraft getretenen Änderungen des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes (AÜG) wurde die VKU-VD mit der VKU verschmolzen. Die Umsetzung erfolgte mit wirtschaftlicher Wirkung zum 01.08.2018.

Die VKU beschäftigte im Berichtsjahr durchschnittlich rd. 185 Mitarbeiter und 5 Auszubildende. Davon waren 24 Teilzeitbeschäftigte. Das Unternehmen hat mit einem aufgestockten Schulungsbudget auch in diesem Berichtsjahr die Weiterbildung der Mitarbeiter zielgerichtet gefördert.

Als Mobilitätsdienstleister transportierte die VKU im Berichtsjahr rd. 15,3 Mio. Fahrgäste und leistet damit einen aktiven Beitrag zum Klima- und Umweltschutz. Das Nachtbusprojekt erfreut sich seit Jahren einer großen Beliebtheit. Weitere Projekte wie NimmBus im Rahmen des Kreisentwicklungsprogramms oder die Einführung von Fahrradbuslinien im Freizeitverkehr und Echtzeitinformation auf Kundensmartphones sind lediglich einige Beispiele dafür, wie sehr sich die VKU an den Kunden, deren Mobilität und Umweltschutz orientiert.

Die WVG-Unternehmensgruppe, dazu gehört auch die VKU, hat die bereits im Berichtsjahr 2013 begonnene und in 2015 abgeschlossene Sanierung der IT-Infrastruktur aller angeschlossenen Unternehmen weiter optimiert. In den Folgejahren wird die Harmonisierung der IT-Landschaft durch die Einführung eines ERPSystems im Vertrieb fortgesetzt.

3. Lage

a) Ertragslage

Die Erträge im Linienverkehr gemäß Ertragsstatistik stiegen leicht um 0,3 %. Während diese im Jedermannverkehr um rd. 0,9 % stiegen, ging der Ausbildungsverkehr um rd. 1,0 % zurück.

Das Ergebnis des Berichtsjahres wurde durch nachträgliche Einnahmenezuscheidungen (603 TEUR) sowie Abgeltungszahlungen gemäß §11 a (583 TEUR) und SGB (162 TEUR) für Vorjahre begünstigt.

Die Betriebsleistung betrug im Berichtsjahr rd. 8.146 Tsd. km und ist damit um rd. 1,5 % gestiegen.

Bei den Kosten der Fahrleistungen wirkte sich der im Jahresvergleich mit durchschnittlich rd. 11,3 % gestiegene Dieseltreibstoffpreis negativ aus. Weiterhin gab es Tarifierhöhungen für Mitarbeiterentgelte sowie Vergütungsanhebungen für eingekaufte Fahrleistungen. Die VKU unternahm auch in diesem Berichtsjahr wirksame Gegensteuerungsmaßnahmen (z.B. Fahr- und Dienstplanoptimierung), um die Gesamtkosten den wirtschaftlichen Erfordernissen anzupassen.

Im Berichtsjahr wird insgesamt ein Fehlbetrag von rd. 7,6 Mio. EUR vor Ausgleichsleistungen ausgewiesen (wesentlicher finanzieller Leistungsindikator).

b) Finanzlage

Die Zahlungsfähigkeit der Gesellschaft ist im Rahmen des zentralen Liquiditätsmanagements aufgrund der Rahmenvereinbarungen mit den angeschlossenen Unternehmen, gesichert. Das Finanzergebnis hat sich gegenüber dem Vorjahr um ca. 5,8 TEUR verschlechtert. Das Unternehmen investierte rd. 2,7 Mio. EUR in umweltfreundliche Omnibusse sowie Betriebs- und Geschäftsausstattung.

c) Vermögenslage

Die Bilanzsumme der VKU ging im Geschäftsjahr im Wesentlichen durch die Verschmelzung der VKU-VD im Vergleich zum Vorjahr um 3.683 TEUR auf 23.174 TEUR zurück.

Das Anlagevermögen stieg leicht um 558 TEUR auf 14.513 TEUR. Die Zunahme ist hauptsächlich durch die Investitionen in Grundstücke, neue Omnibusse sowie Betriebs- und Geschäftsausstattung begründet.

Das Umlaufvermögen ging um rd. 4.242 TEUR auf 8.661 TEUR zurück. Ursache hierfür war im Wesentlichen niedrigere Forderungen aus Kassenhilfen gegen verbundene Unternehmen durch Verschmelzung der VKU –VD.

Das Eigenkapital blieb mit einem Betrag von 4.496 TEUR unverändert. Das entspricht einer Eigenkapitalquote von 19,4 %.

Bei den Rückstellungen war eine Steigerung um rd. 259 TEUR auf 2.793 TEUR zu verzeichnen.

Die Verbindlichkeiten gingen um rd. 3.848 TEUR auf 15.574 TEUR zurück. Zu Beginn des Geschäftsjahres 2018 wurde ein Darlehen in Höhe von 2.600 TEUR ausgezahlt.

4. Prognose, Chancen und Risiken

4.1 Prognose

Trotz veränderter Rahmenbedingungen durch die weiterhin begrenzten Ertragssteigerungspotenziale, den demografisch bedingten Schülerrückgang, noch nicht planbarer Effekte aus dem Einnahmenausgleich sowie Kostensteigerungstendenzen in den Bereichen Energie und Personal rechnet das Unternehmen mit einem Defizit von rd. 8,2 Mio. EUR vor Ausgleichsleistungen.

4.2 Risiken und Chancen

Das vorhandene zentrale Risiko- und Chancenmanagement der WVG-Unternehmensgruppe ermöglicht, Risiken der betrieblichen Tätigkeit systematisch zu identifizieren und erforderliche Gegensteuerungsmaßnahmen einzuleiten. Es ist ein wesentliches Steuerungsinstrument und integraler Bestandteil des internen Kontrollsystems, um im Umgang mit identifizierten Risiken innerhalb der Gruppe auch die Chancen zu erkennen und umzusetzen.

Die Risiken werden systematisch dokumentiert. Soweit erforderlich, wird für die aus den unterschiedlichen Bereichen stammenden Risiken durch Rückstellungen Vorsorge getragen. Für potenzielle Schadensfälle und Haftungsrisiken bestehen adäquate Versicherungsverträge, welche die finanziellen Auswirkungen von eintretenden Schäden in Grenzen halten oder ausschließen. Der Umfang dieser Versicherungen wird für die gesamte WVG-Gruppe laufend optimiert.

Die Risiko- und Chancenberichterstattung erfolgt jährlich an die Geschäftsführung und den Aufsichtsrat. Sie wird stets gemäß den aktuellen Anforderungen weiterentwickelt. Die Effizienz und Wirksamkeit des Systems werden regelmäßig durch die interne Revision überwacht.

Durch die abgeschlossene Umsetzung der 2010 beschlossenen Direktvergaben für die VKU und die zwei anderen ÖPNV-Unternehmen der WVG-Gruppe, ist die Grundlage für den Hauptzweck der VKU und damit der Erhalt der Gruppenstruktur mit der synergetischen Erledigung von Managementaufgaben für die Gesellschafterunternehmen bis 2020 gesichert.

Als strukturelles Problem aller ÖPNV-Unternehmen der Gruppe zeichnet sich die demografische Entwicklung im Bedienungsgebiet ab, die zu bedeutenden Verringerungen und Veränderungen der heutigen Schülerströme führen wird, mit möglicherweise deutlichen Auswirkungen auf das wichtige Geschäftsfeld „Ausbildungsverkehr“. Der sich abzeichnende Fachkräftemangel in vielen Geschäftsbereichen der WVG und der angeschlossenen ÖPNV-Unternehmen sowie die in den nächsten Jahren erfolgende Pensionierung zahlreicher Fach- und Führungskräfte stellen eine Herausforderung an die Aufrechterhaltung des ordentlichen Geschäftsbetriebs dar. Diese Herausforderung liegt insbesondere in der rechtzeitigen, angemessenen und wirtschaftlichen Neubesetzung sowie Einarbeitung von neuen Mitarbeitern und Schaffung adäquater Vertretungsstrukturen.

Die Geschäftsführung sieht sowohl in Summe als auch einzeln keine bestandgefährdende Risiken.

Für die Fahrzeugförderung nach §11 Abs. 2 ÖPNVG gelten konkrete Fördervoraussetzungen. Danach müssen 50% der Fahrplankilometer (ohne Schülerverkehre) von Fahrzeugen erbracht werden, die nicht älter als 78 Monate sind. Wenn die Gesellschaft Investitionen nicht durchführen würde, wäre künftig diese Fördervoraussetzung nicht erfüllbar. Hier wird die VKU durch Anpassung des eigenen Investitionsprogramms und Verpflichtung der Anmietunternehmer, richtlinienkonforme Fahrzeuge einzusetzen, gegensteuern.

Wirtschaftliche Risiken aus der Planung, insbesondere für die Fahrgeldeinnahmen, bestehen darin, dass für die VKU auf Basis der Vorjahre und bekannter Entwicklungen Annahmen getroffen werden. Aufgrund unerwarteter Veränderungen bei den Fahrgastzahlen sind Abweichungen bei den künftigen Fahrgeldeinnahmen gegenüber den Erwartungen möglich. Insbesondere die im Wirtschaftsplan getroffenen Annahmen basieren z.T. auf vorläufigen Ergebnissen der Fremdnutzerzahlungen und der Auswertung der Relationslisten für das Firmenabo sowie den Schulträgerkarten der Vorjahre, welche Unschärfen beinhalten könnten.

Kamen, den 17.05.2018

Verkehrsgesellschaft Kreis Unna mbH

gez. Dipl.-Wirtsch.-Ing. (FH) André Pieperjohanns

4.3 Wirtschaftsförderungsgesellschaft für den Kreis Unna mbH

Anschrift:	Kontakt:	Gründung:
Kreishaus Unna Fr.-Ebert-Str. 19 59425 Unna	Telefon: 02303 27-1690 Fax: 02307 27-1490 E-Mail: post@wfg-kreis-unna.de Internet: www.wfg-kreis-unna.de	Gründung am: 21.07.1961 Letzte Änderung des Gesellschaftsvertrages am: 13.12.2017

Öffentlicher Zweck/Beteiligungsziel
<p>Gegenstand des Unternehmens ist die Verbesserung der sozialen und wirtschaftlichen Struktur des Kreises Unna durch Förderung der Wirtschaft, insbesondere durch Industrieansiedlung, Schaffung neuer Arbeitsplätze und Sanierung von Altlasten.</p> <p>Zur Erreichung dieses Ziels werden grundsätzlich folgende Tätigkeiten schwerpunktmäßig verfolgt:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Planen, Erschließen und Vermarkten von Gewerbe- und Industriegebieten • Standortmarketing für den Kreis Unna • Beschaffen und Verteilen von wirtschaftsrelevanten Informationen an die kreisangehörigen Kommunen und die Unternehmen • Fördern von Existenzgründungen und der Entwicklung des Unternehmensbestands • Wissens- und Technologietransfer in kleinen und mittleren Betrieben • Fördern der beruflichen Bildung, Weiterbildung und Qualifizierung im Kreis Unna

Gesellschafter	Anteile am Stammkapital in	
	%	€
Kreis Unna	40,00	1.213.000,00
Stadt Bergkamen	7,37	223.600,00
Gemeinde Bönen	3,05	92.500,00
Stadt Fröndenberg	3,31	100.300,00
Gemeinde Holzwickede	3,80	115.100,00
Stadt Kamen	5,56	168.500,00
Stadt Lünen	13,78	418.000,00
Stadt Schwerte	7,23	219.300,00
Stadt Selm	3,65	110.800,00
Kreisstadt Unna	8,11	245.800,00
Stadt Werne	4,14	125.600,00
Gesamt	100,00	3.032.500,00

Beteiligungen der WFG	Anteile am Grundkapital in	
	%	€
Technopark Kamen GmbH	24,00	25.200,00
LÜNTEC GmbH Lünen	24,00	122.710,05
Wirtschaftsförderungszentrum Lünen GmbH	16,00	8.320,00
Technopark und Wirtschaftsförderung Schwerte GmbH	14,25	228.000,00
newPark Planungs- und Entwicklungsgesellschaft mbH	10,00	55.900,00
<p>Aus Wesentlichkeitsgründen wird auf die Darstellung der einzelnen Tochtergesellschaften der Wirtschaftsförderung für den Kreis Unna GmbH verzichtet.</p>		

Organe der Gesellschaft
Geschäftsführer
Aufsichtsrat
Gesellschafterversammlung

Geschäftsführung
Dr. Michael Dannebom

Vergütung der Geschäftsführung		
Gemäß Punkt 3.3.4 des Public Corporate Governance Kodexes der Kreisstadt Unna ist die Vergütung bzw. sind die Bezüge der Mitglieder der Geschäftsführung im Beteiligungsbericht aufgeteilt nach Fixum, erfolgsbezogenen Komponenten und Sachleistungen auszuweisen.		
Erfolgsabhängige Bezüge	Erfolgsunabhängige Bezüge	Gesamtbezüge
127.000,00 €	0,00 €	127.000,00 €

Aufsichtsrat			
Der Aufsichtsrat besteht aus 15 Mitgliedern. Folgendes Mitglied war für die Kreisstadt Unna im Aufsichtsrat vertreten:			
Lfd. Nr.	Fraktion	Ordentliches Mitglied	Stellvertretendes Mitglied
1.	SPD	BM Werner Kolter (Verw.)	RM Gerhard Heckmann (CDU)

Vergütung des Aufsichtsrates:
Gemäß Punkt 2.7.2 des Public Corporate Governance Kodexes der Kreisstadt Unna sind die Gesamtbezüge des Aufsichtsrates und die Vergütungssätze der von der Kreisstadt Unna entsandten Aufsichtsratsmitglieder individualisiert im Beteiligungsbericht auszuweisen.
Der Jahresabschluss 2018 der Verkehrsgesellschaft Kreis Unna mbH weist für die Tätigkeiten der Aufsichtsratsmitglieder Gesamtbezüge in Höhe von 8.000,00 € aus.
Davon entfällt auf den Vertreter der Kreisstadt Unna, Herrn Bürgermeister Kolter, ein Betrag in Höhe von 500,00 €.

Gesellschafterversammlung			
Folgendes Mitglied war für die Kreisstadt Unna in der Gesellschafterversammlung vertreten:			
Lfd. Nr.	Fraktion	Ordentliches Mitglied	Stellvertretendes Mitglied
1.	SPD	RM Michael Tietze	RM Gerhard Heckmann (CDU)

Anzahl der Mitarbeiter (ohne Geschäftsführer)	2018	2017
Angestellte		
in Vollzeit	19	18
in Teilzeit	3	3
Auszubildende	2	2
Aushilfen	0	0
Gesamt	24	23

Bilanz der letzten drei Geschäftsjahre

	2018	2017	2016
	in €	in €	in €
Aktiva:			
A. Anlagevermögen			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	5.068	8.476	5.330
II. Sachanlagen	2.365.662	3.167.843	2.547.571
III. Finanzanlagen	610.173	440.130	416.130
Summe Aktiva	3.014.496	3.616.449	2.969.031
B. Umlaufvermögen			
I. Zum Verkauf bestimmte WFG-Grundstücke	31.576.339	39.413.409	10.544.204
II. Treuhandgrundstücke	10.633.784	12.587.877	13.786.491
III. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	6.153.513	11.572.792	15.943.861
IV. Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten	1.526.317	298.527	2.781.901
Summe Umlaufvermögen	49.889.953	63.872.605	43.056.457
C. Rechnungsabgrenzungsposten	785	596	1.131
Summe Aktiva	53.350.433	67.489.650	46.026.619
Passiva:			
A. Eigenkapital			
I. Gezeichnetes Kapital	3.032.500	3.032.500	3.032.500
II. Kapitalrücklage	7.215.441	7.215.441	7.215.441
III. Gewinnrücklage	2.200.000	2.200.000	2.200.000
IV. Gewinn-/Verlustvortrag	70.644	-163.429	-174.513
V. Jahresüberschuss/ Jahresfehlbetrag	52.464	234.073	11.084
Summe Eigenkapital	12.569.049	12.518.585	12.284.512
B. Ausgleichsposten zu Grundstücken und Beteiligungen	10.994.014	12.948.107	14.146.721
C. Rückstellungen	2.096.388	1.479.077	1.015.350
D. Verbindlichkeiten	27.690.982	40.543.881	18.580.036
E. Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0
Summe Passiva	53.350.433	67.489.650	46.026.619

Gewinn- und Verlustrechnung der letzten drei Geschäftsjahre

	2018	2017	2016
	in €	in €	in €
Umsatzerlöse	18.012.509	5.856.860	686.072
Erhöhung des Bestandes	- 7.837.070	28.869.205	3.436.219
sonstige betriebliche Erträge	731.985	570.680	613.661
Aufwendungen für bezogene Lieferungen und Leistungen	- 9.994.235	- 32.968.884	- 3.817.923
Personalaufwand	- 1.752.018	- 1.628.195	- 1.500.986
Abschreibungen	- 168.670	- 87.780	- 86.471
Sonstige betriebliche Aufwendungen	- 553.625	- 561.675	- 411.670
Erträge aus Beteiligungen	8.004	10.630	3.419
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	23.380	5.372	21.522
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	- 170.351	- 39.235	- 42.138
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	- 2.115	- 1.753	- 1.450
Ergebnis nach Steuern	- 1.090.657	25.225	- 1.099.745
Sonstige Steuern	- 9.379	- 9.305	- 11.663
Erträge aus Verlustübernahme	1.150.500	218.152	1.122.493
Jahresüberschuss/ Jahresfehlbetrag (-)	50.464	234.072	11.085

Verlustübernahme

Im Jahr 2018 hat die WFG ein Ergebnis von 50.463,93 € erzielt. In diesem ist eine zusätzliche Verlustabdeckung des Kreises Unna aufgrund des Jahresergebnisses 2017 in Höhe von 1.150.500,00 € enthalten. Die Gesellschafterversammlung hat den Jahresabschluss 2018 am 10.07.2018 festgestellt und beschlossen, den Überschuss in Höhe von 50.463,93 € auf neue Rechnung vorzutragen.

Lagebericht der Geschäftsführung für das Geschäftsjahr 2018

A. Wirtschaftsbericht

Geschäfts- und Rahmenbedingungen

Die WFG hat gemäß Gesellschaftsvertrag den Auftrag, die soziale und wirtschaftliche Struktur des Kreises Unna insbesondere durch Industrieansiedlungen, Schaffung neuer Arbeitsplätze und Sanierung von Altlasten zu verbessern. Aus diesem Auftrag entstand im Laufe der Zeit die folgende Vision, die die Arbeit der WFG bis heute prägt:

„Durch unsere Arbeit verbessern wir die Chancen und Perspektiven aller Menschen und Unternehmen im Kreis Unna und entwickeln diesen zu einem attraktiven und innovativen Wirtschaftsstandort.“

Im Rahmen des Ziel-Indikatoren-Systems der WFG wurden die Haupt- und Teilziele, Handlungsfelder und Indikatoren der Arbeit der WFG erarbeitet und vom Aufsichtsrat beschlossen. Die folgenden Hauptziele lauten:

- Stärkung der Wirtschaftsstruktur, der Wettbewerbsfähigkeit und des Wachstums der Unternehmen,
- Höhere Qualität und Quantität des Erwerbspersonenpotenzials,
- Schaffung moderner Infrastruktur für Unternehmen,
- Position im Wettbewerb um Unternehmen und Fachkräften stärken.

Es wird unterstellt, dass die Ergebnisse der in den Zielen angesprochenen Indikatoren durch die Arbeit der WFG positiv beeinflusst werden. Noch viel entscheidender sind jedoch die volkswirtschaftlichen Rahmenbedingungen auf Bundes- und Landesebene sowie die Entwicklungen in den einzelnen Betrieben im Kreis Unna. Das Geschäftsjahr stand wieder im Zeichen einer bundesweit stabilen Konjunktur. Das Wachstum des Bruttoinlandsproduktes lag nach Angabe des Statistischen Bundesamtes 2018 mit 1,5 Prozent zwar unter dem Vorjahresniveau, sorgte aber weiterhin für ein hohes Wachstum bei der Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten. Der Kreis Unna legte leicht überproportional zu. Die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten (SVB) am Arbeitsort stieg von 125.604 (Juni 2017) um 3.749 (+3,0 Prozent) auf 129.353 (Juni 2018), während die Zunahme im Bund und in NRW jeweils +2,3 Prozent bzw. +2,2 Prozent betrug (Quelle: Bundesagentur für Arbeit). Damit bieten die Unternehmen im Kreis Unna inzwischen 32,83 Prozent der Einwohner und 49,53 Prozent der Einwohner im Alter von 15 bis 65 Jahren einen sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplatz. Dem Ziel, diese Quote auf Landesdurchschnitt (38,26 Prozent bzw. 57,84 Prozent) anzuheben, kommt der Kreis Unna allerdings derzeit nicht näher.

Für die Wirtschaftsförderung ist jedoch neben diesem quantitativen Ziel auch die Steigerung der Qualität der Arbeitsplätze extrem wichtig. Beides zu erreichen bleibt eine große Herausforderung und ist sicherlich kurzfristig nicht realisierbar, weil die Wirtschaft in den nächsten Jahren durch die Digitalisierung enorme Veränderungsprozesse durchlaufen wird. Dennoch weisen die hochqualifizierten Beschäftigten (Akademiker) im Kreis Unna mit einem deutlich überproportionalen Wachstum von 7,6 Prozent inzwischen einen Anteil an allen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten von 9,6 Prozent auf. Dieser Anteil betrug vor 10 Jahren noch 5 Prozent bei einer deutlich niedrigeren Gesamtzahl an Beschäftigten (Quelle: Bundesagentur für Arbeit).

Die kreisweite Arbeitslosenquote im Dezember nahm im Vergleich zum Vorjahresmonat deutlich ab und lag bei 7,1 Prozent (Vorjahr 7,3 Prozent). Kreisintern stehen die größten Herausforderungen nach wie vor in Lünen (9,5 Prozent) und Bergkamen (8,2 Prozent) an gegenüber den Bestwerten in Werne (4,7 Prozent) und Schwerte (4,9 Prozent) (Quelle: Agentur für Arbeit).

Mit den Kernaufgaben Immobilienentwicklung und Unternehmensservice, bestehend aus der Immobilienvermarktung, der Kontaktstelle Wirtschaft, der Förderberatung, der Existenzgründungsberatung, der Fachkräftesicherung und der Innovationsförderung hat die WFG zu dieser positiven Entwicklung beigetragen.

Immobilienentwicklung

2018 wurden zahlreiche Treuhandverträge zwischen der WFG und den Kommunen verlängert. Zu nennen sind der Treuhandvertrag zur Entwicklung des Gewerbegebietes Schürenfeld (Fröndenberg), der Treuhandvertrag für das Gewerbegebiet Eco Port (Holzwickede) sowie Treuhandverträge mit der Gemeinde Bönen u. a. für die Gewerbegebiete Inlogparc und Am Mersch. Nicht nur die Verlängerung der Verträge belegt die gute und vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen der WFG und den Kommunen. Denn 2018 wurden auch zwei neue Projekte angegangen. So wollen die Gemeinde Holzwickede und die WFG das fünf Hektar große Gewerbegebiet Rausingen entwickeln. Gemeinsam mit der Stadt Selm plant die WFG eine acht Hektar große landwirtschaftliche Fläche am östlichen Stadtrand und nördlich der Werner Straße gewerblich zu entwickeln und zu vermarkten. Zu beiden Projekten wurden entsprechende Treuhandverträge geschlossen.

Zur Realisierung des Gewerbegebietes Schürenfeld in Fröndenberg wurden die Grunderwerbsgespräche weitergeführt. Möglicherweise kann es gelingen, passende Tauschflächen vom Land NRW zu erwerben.

Durch die Erweiterung des Gewerbegebietes Nattland in Schwerte um 11.000 Quadratmeter konnte für das Projekt „Kinderhaus Rasselbande“ in 2018 zusammen mit der Stadt Schwerte ein Grundstück zur Verfügung gestellt werden. Bezüglich der Erweiterung des Gewerbegebietes RT 85 in Bergkamen hat die WFG 2018 mit den ersten Grunderwerbsgesprächen begonnen. Zudem werden mit der Stadt im Rahmen der Aufstellung des Regionplanes weitere Optionen für ein neues Gewerbegebiet geprüft.

Die WFG betreibt das Immobilienmanagement nicht nur im Rahmen der zuvor genannten Treuhandprojekte, sondern auch im eigenen Risiko als Eigenprojekte. Auch bei den WFG-Eigenprojekten gibt es Positives zu berichten: Im Interkommunalen Gewerbegebiet Unna/Kamen (Bebauungsplan UN 87 A/B) wurde im Sommer mit den Erschließungsarbeiten begonnen, so dass die Woolworth GmbH im November mit dem Neubau der Europazentrale beginnen konnte. In diesem Zusammenhang erwarb Woolworth im Jahr 2018 die entsprechenden Flächen von der WFG. Der Bebauungsplan UN 87 C soll im Sommer 2019 Rechtskraft erlangen.

Der Grunderwerb für das Gewerbegebiet Wandhofener Bruch wurde abgeschlossen. Der Beginn der Erschließungsarbeiten ist für Februar 2019 geplant. Parallel zur Erschließung wird mit der Vermarktung begonnen, so dass sich die ersten Betriebe bereits im Sommer 2019 ansiedeln können.

Die Sicherung und Entwicklung von Gewerbegebieten genießt für die WFG besondere Priorität. Deshalb arbeitet sie intensiv an der Neuauflage des Regionplanes mit und hat in enger Abstimmung mit dem Kreis Unna und den kreisangehörigen Kommunen eine Stellungnahme zum Regionalplan Ruhr erarbeitet, die dem RVR bis zum 01.03.2019 zugestellt werden soll. Wesentliches Ziel ist es, die Kommunen bei der Ausweisung neuer Gewerbeflächen im Rahmen des kommunalen Bedarfes zu unterstützen und sogenannte regionale Kooperationsstandorte im Kreisgebiet für Großansiedlungen zu sichern.

Weil die Verfügbarkeit hoher Bandbreiten in Zeiten zunehmender Digitalisierung immer wichtiger wird und ein bedeutender Standortfaktor ist, engagiert sich die WFG mit dem beim Kreis beschäftigten und bei der WFG tätigen „Gigabit-Koordinator“ auch beim flächendeckenden Breitbandausbau im Kreis Unna. Ziel ist es u. a. bis 2022 in den Gewerbegebieten für die Verfügbarkeit von Glasfaser zu sorgen. Dazu prüfte der Gigabitkoordinator des Kreises Unna mit der WFG die betroffenen Areale. Anhand dieser Ergebnisse wird nun mit dem entsprechenden Ministerium ein Aktionsplan erarbeitet. Gleiches gilt für die Schulen im Kreis Unna. Bedauerlicherweise schreitet die Umsetzung dieser Maßnahmen nicht so zügig voran wie es sich WFG, Politik und Unternehmen wünschen. Die Gründe dafür liegen vor allem in der Administration der Förderprojekte, den Ausschreibungen und der Verfügbarkeit von Baukapazitäten und Material (Glasfaser).

Unternehmerservice

Der Vermarktungserfolg von Wirtschaftsflächen ist im abgelaufenen Geschäftsjahr gestiegen. Es konnte vierzehn Verkäufe getätigt werden (Vorjahr: neun). Auch die Gesamtverkaufsfläche hat sich mit 327.795 m² in 2018 zum Jahr 2017 etwas mehr als verdreifacht. Es lässt sich feststellen, dass die geringe Verfügbarkeit an Bestandsimmobilien dazu führt, dass verstärkt Gewerbeflächen zum Kauf nachgefragt wurden.

Über die Immobilienbörse (internes Reporting der WFG) gelangen 2019 9 Ansiedlungen durch Vermittlungstätigkeit der WFG.

Neben der Ansiedlungspolitik kümmert sich die WFG vor allem um die Bestandsentwicklung und bietet mit diesem Service den Unternehmen ein passgenaues und bedarfsgerechtes Angebot. Dieses reicht von der klassischen Förderberatung über Innovationsberatung bis zur Hilfestellung als Behördenlotse, der spezifische genehmigungstechnische Probleme der Unternehmen vor Ort löst und natürlich der lokalen Bestandsentwicklung. Die WFG-Mitarbeiter nahmen im vergangenen Jahr zu rund 312 Unternehmen direkten Kontakt auf, um sie in diesen Belangen zu unterstützen (internes Reporting der WFG).

Die WFG ist unter dem Dach des StarterCenters NRW eine wichtige Anlaufstelle für Gründungsinteressierte im Kreis Unna. Durch Partnercenter in den Technologie- und Gründerzentren Lünen, Kamen, Bönen und Schwerte wird eine hohe Beratungsdichte im Kreis Unna gewährleistet. Wiederkehrende Zertifizierungsverfahren garantieren einen hohen Beratungsstandard in der Existenzgründungsberatung. Im abgelaufenen Geschäftsjahr suchten rund 369 Gründungsinteressierte den Kontakt zum StarterCenter bei der WFG Kreis Unna. Die Vor-Ort-Beratung in den Kommunen des Kreises Unna wurde kontinuierlich weiter ausgebaut. Dadurch stiegen die Beratungszahlen gegen den Bundes- als auch im NRW-Trend.

Unter dem Dach der WFG unterstützen die Stiftung Weiterbildung, die Regionalagentur Westfälisches Ruhrgebiet und das Kompetenzzentrum Frau und Beruf (Competentia) Unter-

nehmen mit verschiedenen Projekten und einem umfassenden Beratungsangebot bei der Sicherung von Fachkräften. Wichtige Aspekte sind dabei z. B. die Qualifizierung von Mitarbeitenden, eine vorausschauende Personalentwicklung, eine familienfreundliche Arbeitsorganisation oder eine wirksame Ansprache von Fach- und Nachwuchskräften.

Im abgelaufenen Geschäftsjahr führte das Team der Abteilung Fachkräftesicherung 466 Beratungen durch, von denen 279 Unternehmen sowie 187 Einzelpersonen profitierten (internes Reporting der WFG). In erster Linie ging es dabei um die Weiterbildungsberatung oder die Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen im Hinblick auf qualifiziertes Personal. Mit der Regionalagentur Westfälisches Ruhrgebiet ermöglicht die WFG den Unternehmen aus dem Kreis Unna, von Landes-, Bundes-, oder EU-Fördermitteln zu profitieren. In den Themenfeldern weibliche Fachkräfte und familienbewusste Unternehmensführung führte die WFG Veranstaltungen und Beratungen durch, die dazu beitrugen, dass insbesondere kleine und mittlere Unternehmen eigene Strategien für eine verbesserte Vereinbarkeit von Familie und Beruf oder zur gezielten Rekrutierung und Bindung weiblicher Fachkräfte entwickeln konnten. Die erfolgreiche Competentia-Initiative, gefördert aus Mitteln des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) und des Landes Nordrhein-Westfalen, wurde hierzu bis zum Jahr 2022 verlängert. Mit dem zdi-Netzwerk Perspektive Technik, dem Berufswahl-SIEGEL oder der AzuBo-Initiative kümmert sich die WFG mithilfe der Stiftung Weiterbildung um die präventive Nachwuchssicherung. Das Projekt „Fit für die Zukunft – MINT-Nachwuchsförderung für eine digitalisierte Arbeitswelt“ setzt dabei in der Berufsorientierung neue, zukunftsgerichtete Schwerpunkte. Die Bindung qualifizierter Fachkräfte und die Kooperation mit Hochschulen forciert die WFG im Rahmen des Projektes „Wissen schafft Erfolg“.

Personalausstattung

Ende des Jahres 2018 waren bei der WFG inklusive Stiftung Weiterbildung 27 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beschäftigt (Vorjahr: 26). In der Personalentwicklung setzt die WFG weiterhin auf einen ausgewogenen Mix zwischen jungen und erfahrenen Mitarbeitern mit einem Altersdurchschnitt von nahezu 43 Jahren.

Berichterstattung nach §108 Abs. 3 Nr. 2 GO NRW

Die Gesellschafter haben mit dem Unternehmensgegenstand im Gesellschaftsvertrag der Wirtschaftsförderungsgesellschaft für den Kreis Unna mbH die öffentliche Zwecksetzung vorgeschrieben. Gegenstand des Unternehmens ist die Verbesserung der sozialen und wirtschaftlichen Struktur des Kreises Unna durch Förderung der Wirtschaft, insbesondere durch Industrieansiedlung, Schaffung neuer Arbeitsplätze und Sanierung von Altlasten. Die Gesellschaft ist zu allen Maßnahmen und Geschäften berechtigt, durch die der Gesellschaftszweck gefördert werden kann. Sie kann sich zur Erfüllung ihrer Aufgaben an anderen Unternehmen beteiligen, die der Verwirklichung der Zwecke der Gesellschaft dienen und die ebenfalls das Ziel der Strukturverbesserung verfolgen. Im Jahre 2012 wurde die WFG vom Kreis Unna im Rahmen eines Betrauungsaktes mit diesen Tätigkeiten betraut. Die in diesem Lagebericht gegebenen Erläuterungen und Daten legen dar, dass die WFG dieser öffentlichen Zwecksetzung entsprochen hat.

Ertragslage

Die WFG konnte im abgelaufenen Geschäftsjahr das positive Ergebnis des Vorjahres nicht wiederholen und schloss mit einem Jahresüberschuss von T€ 50 (Vorjahr: T€ 234) ab. Hierin ist die Verlustabdeckung des Kreises in Höhe von T€ 1.150 (Vorjahr: T€ 218) enthalten; davon sind T€ 12 noch dem Geschäftsjahr 2017 zuzurechnen (Vorjahr: T€ 218 aus 2016). Ohne die Verlustabdeckung des Kreises hätte sich somit ein Jahresfehlbetrag von T€ -1.100 (Vorjahr: Jahresüberschuss T€ 16).

Im Gesellschaftsvertrag ist geregelt, dass der Gesellschafter Kreis Unna den Verlustausgleich bis zu einer Höhe von maximal 50 Prozent des Stammkapitals leistet. Die Bemessungsgrundlage des abzudeckenden Betrages ist gemäß Betrauungsakt mit dem Kreis Unna der Jahresfehlbetrag abzüglich des mit der Bewirtschaftung der Immobilie verbundenen Ergebnisses. Es ist erklärter Wille und geübte Praxis der Vergangenheit, die Tätigkeiten der WFG, die allen Kommunen gleichermaßen zuteilwerden, über die Kreisumlage allen Kommunen entsprechend ihres Umlageanteils anzulasten. Dies ist ein sehr guter Weg, die Solidargemeinschaft und die interkommunale Zusammenarbeit im Kreis Unna zu stärken.

Die Säulen, auf die sich die Ertragslage der WFG gründeten, bestanden aus den Umsatzerlösen (T€ 18.624; Vorjahr: T€ 5.857), den Erträgen aus Zuschüssen (T€ 616, Vorjahr: T€ 546) und den sonstigen Erträgen (T€ 116, Vorjahr: T€ 25). Somit betragen die Einkünfte aus diesen Positionen T€ 19.240 (Vorjahr: T€ 6.396). Der deutliche Zuwachs bei den Umsatzerlösen resultiert insbesondere aus dem Verkauf von Grundstücksflächen des WFG-eigenen Projekts Unna/Kamen.

Die Aufwendungen für bezogene Lieferungen und Leistungen in Höhe von T€ 9.994 (Vorjahr: T€ 32.969) stellen Investitionen in Grundstücke und Erschließungsmaßnahmen in langfristige WFG-eigene Projekte dar und fielen im Vergleich zum Vorjahr – in dem wesentliche Teile des Zukaufs der Flächen Unna/Kamen erfolgte – wieder auf ein normales Maß zurück.

Durch den umfassenden Verkauf WFG-eigener Grundstücke konnte der o. g. Zugang an Grundstücken zuzüglich weiterer Investitionen in Erschließung von Grundstücken aus Eigenprojekten nicht kompensiert werden. Die Bestandsveränderungen fielen daher mit T€ -7.837 negativ aus (Vorjahr: T€ 28.869).

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen sanken von T€ 562 auf T€ 554 und können somit als nahezu konstant bezeichnet werden. Die Abschreibungen erhöhten sich aufgrund von Investitionen im Vorjahr (Photovoltaikanlagen, Windrad) auf T€ 169 (Vorjahr: T€ 88). Die Zinsaufwendungen nahmen aufgrund der erhöhten Inanspruchnahme von Fremdmitteln im Zusammenhang mit dem Erwerb von Grundstücksflächen von T€ 39 auf T€ 170 deutlich zu. Ebenso erhöhten sich die Personalaufwendungen durch die Tarifsteigerungen und zwei Neueinstellungen im Innovationsteam um ca. 7 Prozent (+T€ 124).

Im Hinblick auf die Ziele der WFG bleibt es bei der Feststellung, dass sich der Erfolg der struktur- und wirtschaftspolitischen Aktivitäten, insbesondere in der Wettbewerbs- und Leistungsfähigkeit der lokalen Wirtschaft niederschlägt und nur bedingt im Jahresabschluss der WFG. Wirtschaftsförderung kann grundsätzlich nicht auf Gewinnerzielung ausgerichtet sein, sondern auf die politisch motivierte Stärkung der heimischen Wirtschaft und damit auf die Sicherung der Entwicklungsperspektiven der Region Kreis Unna.

	2018 in T€	2017 in T€	Veränderung in T€
1. Umsatzerlöse	18.624	5.857	12.767
2. Erhöhung des Bestands	-7.837	28.869	-36.706
3. Erträge aus Zuschüssen	616	546	70
4. Sonstige Erträge	116	25	91
5. Betriebserträge (Summe 1 bis 4)	11.519	35.297	-23.778
6. Aufwendungen für bezogene Lieferungen und Leistungen	-9.994	-32.969	22.975
7. Rohergebnis	1.525	2.328	-803
8. Personalaufwand	-1.752	-1.628	-124
9. Abschreibungen	-169	-88	-81
10. Sonstige Steuern	-9	-9	0
11. Sonstige betriebliche Aufwendungen	-554	-562	8
12. Betriebsaufwendungen (Summe 6 - 11)	-12.478	-35.256	22.778
13. Ordentliches Betriebsergebnis (Differenz 5 und 12)	-959	41	-1.000
14. Erträge aus Beteiligungen	8	11	-3
15. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	23	5	18
16. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-170	-39	-131
17. Finanzergebnis (Differenz 14-16)	-139	-23	-116
18. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-2	-2	0
19. Ergebnis vor Verlustübernahme (Summe 13+17+19)	-1.100	+16	-1.116

Finanzlage

Der Liquiditätsspielraum der WFG entspricht dem Eigenkapital. Das Eigenkapital der WFG beträgt T€12.569. Es steht in erster Linie für Investitionen in die Treuhandprojekte sowie für Investitionen in die WFG-eigenen Projekte zur Verfügung und fließt in weitere Grunderwerbs- und Erschließungsaktivitäten ein. Ein Betrag von T€ 440 ist durch Finanzbeteiligungen gebunden.

Die Eigenkapitalquote der WFG stieg durch die reduzierte Bilanzsumme wieder auf 23,6 Prozent (Vorjahr: 19,0 Prozent). Die Fremdkapitalquote sank entsprechend auf 76,4 Prozent.

Im Geschäftsjahr 2018 wurde ein Cash-Flow aus laufender Geschäftstätigkeit von T€ 12.684 (Vorjahr: T€ -24.093) erwirtschaftet. Der deutlich positive Cash-Flow ist auf den Bestandsabbau bei den WFG-eigenen Grundstücken zurückzuführen. Des Weiteren betrug der Cash-Flow aus Investitionstätigkeiten T€ -12 (Vorjahr: T€ - 735) und aus Finanzierungstätigkeiten T€ -11.445 (Vorjahr: T€ 22.345). Hier wird die Neuaufnahme von langfristigen Finanzmitteln des Kreises Unna (T€ 15.800) durch die Tilgung (T€ 28.895) der Finanzierung, die insbesondere im Zusammenhang mit dem Erwerb der Grundstücksflächen Unna/Kamen stand, überkompensiert.

Die Zahlungsfähigkeit der WFG war im Geschäftsjahr jederzeit gegeben.

Vermögenslage

Die Aktivseite der Bilanz ist maßgeblich von den Posten Grundstücke im Umlaufvermögen sowie Forderungen aus Ansiedlungen bestimmt. Hier finden in der Regel die großen Bewegungen statt. Der Bestand an WFG-eigenen Grundstücken sank durch die Grundstücksverkäufe im Geschäftsjahr um T€ 8.032 auf T€ 28.848 (Vorjahr: T€ 36.941), während die darauf aktivierten Erschließungskosten auf T€ 2.728 (Vorjahr: T€ 2.394) anstiegen. Die kommunalen Grundstücke in Treuhänderschaft der WFG wurden mit T€ 10.634 (Vorjahr: T€ 12.588) bewertet und die Forderungen aus Ansiedlungen betragen T€ 5.563 (Vorjahr: T€ 11.321). Diese Veränderungen resultieren im Wesentlichen aus den Verkäufen von Treuhandgrundstücken und WFG-eigenen Grundstücken. Der in den letzten Jahren zu beobachtende Trend ist deutlich erkennbar. Danach verschiebt sich die Struktur des Umlaufvermögens sukzessive von den Treuhandprojekten zu den WFG-eigenen Projekten. Damit verbunden ist eine deutliche Steigerung des Fremdkapitalbedarfes, da die WFG diese Projekte nicht mehr aus dem Eigenkapital finanzieren kann und die Projekte die Zinsaufwendungen mitverdienen müssen.

Die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sanken um T€ 3 auf T€ 28 und die Forderungen gegen Gesellschafter nahmen um T€ 181 auf T€ 295 zu. Insbesondere deutlich höhere Ansprüche aus Projektzuschüssen (T€ 167; Vorjahr: T€ 101) sowie ein Anstieg der debitorischen Kreditoren auf T€ 25 (Vorjahr: T€ 2) führen zur Zunahme der sonstigen Vermögensgegenstände auf T€ 268 (Vorjahr: T€ 107). Der Kassenbestand erhöhte sich auf T€ 1.526 (Vorjahr: T€ 299).

Die Bilanzsumme sank um T€ 14.140 auf T€ 53.350.

Das Eigenkapital in Höhe von T€ 12.569 (Vorjahr: T€ 12.519) nahm ergebnisbedingt zu. Aufgrund der deutlichen Reduzierung der Bilanzsumme erhöhte sich die Eigenkapitalquote auf 23,6 Prozent (Vorjahr: 18,5 Prozent). Die als Sonderposten bilanzierten Ausgleichposten (T€ 10.994; Vorjahr: T€ 12.948) veränderten sich entsprechend dem Abbau des korrespondierend ausgewiesenen Vorratsvermögens (Treuhandgrundstücke). Die Rückstellungen erhöhten sich von T€ 1.479 auf T€ 2.096. Diese bestehen im Wesentlichen für Rückstellungen, die prognostizierte Kosten für die Erschließung von veräußerten Grundstücksflächen bilanziell abbilden.

Bei den Gesamtverbindlichkeiten konnte durch den Grundstücksverkauf eine deutliche Reduzierung um T€ 12.853 auf T€ 27.691 erreicht werden. Zudem konnten Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten (T€ 6.658, Vorjahr: T€ 35.053) z. T. durch die Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern bzw. durch den Kreis Unna gewährte Darlehen substituiert werden (T€ 20.815, Vorjahr: 5.022).

Fazit zur Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage

Die im Geschäftsjahr 2018 realisierten Grundstücksverkäufe sowie die durchgeführten Maßnahmen führten im Vergleich zum Wirtschaftsplan 2018 zu einer deutlich veränderten Ertragslage der WFG. Dabei belastet der Auftrag der soziokulturellen und wirtschaftlichen Fortentwicklung des Kreises Unna die Aufwandspositionen über das erwartete Maß, so dass das Jahresergebnis vor der Verlustübernahme nochmals um rd. T€ -200 vom Wirtschaftsplan abweicht. Ferner erfolgt aufgrund der handelsrechtlichen Bewertungsrestriktionen eine Rea-

lisierung der in den entwickelten Grundstücken innewohnenden Ertragsposten auch erst mit dem Verkauf dieser bzw. der vollständigen Abwicklung von Projekten.

Die Ausrichtung auf die Realisierung von Eigenprojekten führt zwangsläufig zu stark schwankenden Ergebnissen, die sich auch nicht in einem noch so präzise geplanten Wirtschaftsplan prognostizieren lassen. Die mit der Aufgabenerfüllung verbundenen Ausgaben konnten keinesfalls auch nur annähernd durch Grundstücksverkäufe oder andere Einnahmen gedeckt werden. Dennoch lässt sich konstatieren, dass die umfassenden Aufgaben und erhebliche Investitionen in Projekte und Initiativen Wirkungen erzielen, die sich positiv im Sinne des Gesellschaftszwecks auf die Wirtschafts- und Sozialstruktur im Kreis Unna (wie z.B. die gesunkene Arbeitslosenquote oder der Anstieg der Anzahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten) auswirken und sich in der Zukunft nachhaltig auszahlen werden.

Zusammenfassend lässt sich für 2017 sowohl die Finanz- und Vermögenslage als auch die Ertragslage als befriedigend bezeichnen. Das gute Gesamtergebnis des Vorjahres 2017 war vor dem Hintergrund des öffentlichen Gutes „Wirtschaftsförderung“ nicht zu erwarten und konnte im Hinblick auf die Jahre zuvor eher als Ausnahme gesehen werden. Im abgelaufenen Geschäftsjahr ist die WFG wieder in der „Realität“ angekommen.

B. Prognose-, Chancen- und Risikobericht

Prognosebericht

Die WFG ist für die Herausforderungen der nächsten Jahre gut aufgestellt. Im Bereich Immobilienentwicklung wird in den kommenden Jahren die Hauptaufgabe darin bestehen, die Gewerbeflächenpotenziale im Kreis Unna bei der Neuaufstellung des Regionalplans zu optimieren. Dies gilt sowohl für den lokalen Bedarf in den Kommunen, für die interkommunalen Standorte, als auch für die Kooperationsstandorte. Es wird keinesfalls einfach werden, da der Regionalplan nur wenige neue Gewerbeflächenpotenziale liefern wird und mit dem Interkommunalen Gewerbegebiet Unna/Kamen bereits ein Kooperationsstandort bereits 2018 vorzeitig vermarktet wurde.

Der Unternehmensservice muss zukünftig noch optimaler auf die Anforderungen der Unternehmen ausgerichtet und durch geeignete Maßnahmen des Marketings begleitet werden. Aufgrund der erhöhten Nachfrage nach Gewerbegrundstücken in den letzten Jahren ist mit einem Anstieg der Anzahl und des Volumens der Grundstücksverkäufe zu rechnen. Zukünftig werden die zu verkaufenden Grundstücke allein schon aufgrund der verfügbaren Flächen kleiner ausfallen und die Grundstückspreise deutlich steigen.

Aus den wirtschaftlichen Rahmendaten ergeben sich neben den klassischen Wirtschaftsförderungsmaßnahmen vor allem die Schwerpunkte Förderung von Existenzgründungen, Bildung und Innovationen im Unternehmensbestand. Diese Aktivitäten wird die WFG zukünftig im Rahmen ihrer Möglichkeiten und des politisch gewünschten Umfangs noch offensiver ausbauen, um die Wettbewerbsfähigkeit und Innovationskraft kleiner und mittlerer Unternehmen im Kreis Unna zu verbessern. Die dafür vorgenommenen Neueinstellungen werden gemeinsam mit den Unternehmen in den nächsten Jahren im Rahmen der Digitalisierung große Herausforderungen zu bewältigen haben. Parallel dazu wird die Geschäftsführung das beschlossene Ziel- und Indikatorensystem ständig evaluieren und auf Konsistenz prüfen.

Für das Wirtschaftsjahr 2019 wird laut Wirtschaftsplan ein Jahresfehlbetrag von T€ 769 vor Verlustübernahme des Kreises Unna erwartet.

Chancen- und Risikobericht

Durch die gesellschaftsrechtliche Regelung der Finanzierung ist sichergestellt, dass die Gesellschaft den beschriebenen Aufgabenbereich langfristig wahrnehmen kann. Darüber hinaus verfügt sie über ein Liquiditäts-, Finanzierungs- und Finanzplanungssystem, das gewährleistet, dass mit den zur Verfügung stehenden Mitteln optimal und sparsam gewirtschaftet wird. Notwendige Anpassungs- und Verbesserungsvorschläge werden laufend in das System integriert. Die Geschäftsführung hat mit Hilfe einer Software ein Risikomanagement eingerichtet. In diesem System werden u.a. Risiken, ihre Auswirkungen und Eintrittswahrscheinlichkeiten, Gegenmaßnahmen sowie die Risikoverantwortlichen festgelegt. Um die Risiken strukturiert darzustellen, wurden rund 62 Einzelrisiken in sieben Risikokategorien bzw. 26 Subkategorien eingeteilt. Risiken, die sich im Rahmen des Risikomanagements als besonders bedeutsam herausgestellt haben, stehen vor allem in engem Zusammenhang mit den WFG-eigenen Projekten, Zinsänderungsrisiken, abnehmenden Liquiditätsreserven durch langfristige Kapitalbindung oder Risiken aus der Grundstücksbevorratung. Die WFG ist im Bereich der Risikoanalyse gut aufgestellt und sorgt somit dafür, dass unliebsame Überraschungen weitgehend vermieden werden können oder sehr früh erkannt werden. Im abgelaufenen Geschäftsjahr wurden zudem Maßnahmen für eine Digitalisierungsstrategie ergriffen, mit der die WFG zukunftsfähig gemacht wird, indem Geschäftsprozesse verschlankt und Kosten eingespart werden.

Durch die Vorfinanzierung der Grundstücke und Erschließungsanlagen und der damit verbundenen Kapitalbindung besteht die Gefahr, dass ein Zahlungsengpass entstehen könnte, wenn keine Grundstücke verkauft werden. Jedoch mindern regelmäßige Liquiditätskontrollen im Rahmen der Liquiditätsplanung dieses Risiko deutlich. Im Geschäftsjahr 2018 bestand daher zu keinem Zeitpunkt ein Liquiditätsengpass. Positiv für die Zukunft lässt sich anmerken, dass der Kreis Unna in seinem Haushalt 2019 die Aufnahme und Weiterleitung von weiteren Krediten für die Grundstücksentwicklung der WFG vorgesehen hat. Damit ist eine deutliche Reduzierung der Zins- und Liquiditätsrisiken verbunden.

Es bestehen zum Zeitpunkt der Erstellung des Lageberichtes keine wirtschaftlichen oder rechtlichen Risiken, die den Fortbestand der Gesellschaft gefährden könnten.

gez. Dr. Michael Dannebom, Geschäftsführer

Unna, 28.03.2019

5. Sparkasse UnnaKamen

Im Sinne der Gemeindeordnung NRW ist die Mitgliedschaft in einem Sparkassenzweckverband mit einem Erinnerungswert zu bilanzieren und entsprechend mit in den gemeindlichen Gesamtabschluss einzubeziehen. Hingegen ist das Kreditinstitut einschließlich seiner Beteiligungen nicht mit einzubeziehen. In den Fällen, in denen die Gemeinde zusammen mit der Sparkasse an einem Unternehmen beteiligt ist, ist die Beteiligung in den Gesamtabschluss mit aufzunehmen. Zur weitergehenden Information werden die Daten des Kreditinstitutes dennoch im Beteiligungsbericht abgebildet.

Die Kreisstadt Unna ist zusammen mit dem Kreis Unna, der Stadt Kamen, der Stadt Fröndenberg und der Gemeinde Holzwickede Mitglied im Sparkassenzweckverband. Dieser ist Träger der Sparkasse UnnaKamen.

Im fünften Kapitel werden die allgemeinen Gesellschaftsdaten folgender Beteiligungen dargestellt:

- Sparkassenzweckverband
- Sparkasse UnnaKamen

5.1 Sparkassenzweckverband des Kreises Unna, der Kreisstadt Unna, der Stadt Kamen, der Stadt Fröndenberg und der Gemeinde Holzwickede

Öffentlicher Zweck

Der Verband hat die Aufgabe, das Sparkassenwesen im Gebiet seiner Mitglieder zu fördern. Die zu diesem Zweck errichtete Sparkasse führt den Namen Kreis- und Stadtparkasse UnnaKamen, Zweckverbandssparkasse des Kreises Unna, der Kreisstadt Unna, der Stadt Kamen, der Stadt Fröndenberg und der Gemeinde Holzwickede. Der Verband ist ihr Träger.

Organe der Sparkasse UnnaKamen

Verbandsversammlung
Verwaltungsrat

Vertreter der Kreisstadt Unna in der Verbandsversammlung

Die Verbandsversammlung besteht aus insgesamt 21 Vertretern der Verbandsmitglieder. Davon entsendet die Kreisstadt Unna 9 Vertreter, die Stadt Kamen 4 Vertreter, der Kreis Unna und die Gemeinde Holzwickede jeweils 3 Vertreter und die Stadt Fröndenberg 2 Vertreter.

Folgende Mitglieder waren für die Kreisstadt Unna in der Verbandsversammlung vertreten:

Lfd. Nr.	Fraktion	Ordentliches Mitglied	Stellvertretendes Mitglied
1.	SPD	RM Renate Nick	RM Susanne Herzog
2.	SPD	RM Anja Kolar	RM Heike Gutzmerow
3.	SPD	RM Klaus Tibbe	RM Sebastian Laaser
4.	CDU	RM Werner Kleinhaus	RM Rainer Engel
5.	CDU	RM Erich Kreß	RM Franz Rottinger
6.	Grüne	RM Charlotte Kunert	RM Michael Sacher
7.	FLU	RM Franz-Josef Klems	RM Jörg Hißnauer (fraktionslos)
8.	FDP	RM Andreas Tracz	sB Michael Baumhoff
9.		BM Werner Kolter (Verw.)	Bg Uwe Kutter (Verw.)

Verbandsvorsteher

Die Verbandsversammlung wählt aus dem Kreis der Hauptverwaltungsbeamten oder der allgemeinen Vertreter oder leitenden Bediensteten (§ 16 Abs. 1 GkG) der Verbandsmitglieder den **Verbandsvorsteher** und seinen Stellvertreter. Der Verbandsvorsteher vertritt den Verband gerichtlich und außergerichtlich. Er führt die laufenden Geschäfte des Verbandes.

Verbandsvorsteher 1. BG Karl-Gustav Mölle (Kreisstadt Unna)
Stellvertreter Stadtkämmerer Ralf Tost (Stadt Kamen)

Finanz- und Leistungsbeziehungen

Laut Satzung sind die Jahresüberschüsse, die dem Verband von der Sparkasse zugeführt werden, an die Mitglieder nach dem folgenden Verhältnis aufzuteilen:

Kreisstadt Unna	44,7 %
Kreis Unna	14,9 %
Stadt Kamen	17,5 %
Stadt Fröndenberg	8,0 %
Gemeinde Holzwickede	14,9 %

Die verteilten Jahresüberschüsse sind grundsätzlich von den Mitgliedern zur Erfüllung der gemeinwohlorientierten örtlichen Aufgaben des Trägers oder für gemeinnützige Zwecke zu verwenden.

5.2 Sparkasse UnnaKamen

Anschrift	Kontakt
Bahnhofstraße 37 59423 Unna	Telefon: 02303 104-0 Fax: 02303 104-268 E-Mail: info@sparkasse-unnakamen.de Internet: www.sparkasse-unnakamen.de

Gesellschaftsrechtliche Grundlagen

Die Kreis- und Stadtsparkasse UnnaKamen mit Sitz in Unna entstand am 01.01.2013 aus der Vereinigung der Kreis- und Stadtsparkasse Unna, gegründet 1839, und der städtischen Sparkasse Kamen, gegründet 1857.

Zum 01.01.2017 wurden die Kreis- und Stadtsparkasse Unna-Kamen und die Sparkasse Fröndenberg vereinigt. Das Vermögen der Sparkasse Fröndenberg ist durch Gesamtrechtsnachfolge auf die Kreis- und Stadtsparkasse Unna-Kamen übergegangen.

Im Geschäftsverkehr führt sie die Kurzbezeichnung „Sparkasse UnnaKamen“.

Öffentlicher Zweck/Beteiligungsziels

Die Sparkasse UnnaKamen ist ein regionales Wirtschaftsunternehmen mit der Aufgabe, die geld- und kreditwirtschaftliche Versorgung der Bevölkerung und der Wirtschaft insbesondere im satzungsrechtlichen Geschäftsgebiet sicherzustellen.

Die Sparkasse führt ihre Geschäfte nach kaufmännischen Grundsätzen unter Beachtung ihres öffentlichen Auftrags. Die Erzielung von Gewinn ist nicht Hauptzweck des Geschäftsbetriebes.

Rechtsform

Die Sparkasse UnnaKamen ist eine dem gemeinen Nutzen dienende rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts. Sie ist Mitglied des Sparkassenverbands Westfalen-Lippe, Münster, und über diesen dem Deutschen Sparkassen- und Giroverband e.V., Berlin und Bonn, angeschlossen.

Träger der Sparkasse Unna Kamen

Träger der Sparkasse ist der **Sparkassenzweckverband** des Kreises Unna, der Kreisstadt Unna, der Stadt Kamen, der Stadt Fröndenberg und der Gemeinde Holzwickede.

Organe der Sparkasse UnnaKamen

Vorstand
Verwaltungsrat

Beteiligungen der Sparkasse UnnaKamen

Die Sparkasse UnnaKamen ist an der Gelsenwasser AG, am Sparkassenverband Westfalen-Lippe sowie indirekt an der Landesbank Berlin Holding AG beteiligt. Auf eine Darstellung der Beteiligungen wird aus Wesentlichkeitsgründen verzichtet.

Vorstand
Der Vorstand besteht aus den folgenden vier Personen: Sparkassendirektor Klaus Moßmeier (Vorsitzender) Sparkassendirektor Jürgen Schneider Sparkassendirektor Frank Röhr Sparkassendirektor Bernd Wenge

Vergütung des Vorstandes				
Gemäß Punkt 3.3.4 des Public Corporate Governance Kodexes der Kreisstadt Unna ist die Vergütung bzw. sind die Bezüge der Mitglieder der Geschäftsführung (Vorstand) im Beteiligungsbericht aufgeteilt nach Fixum, erfolgsbezogenen Komponenten und Sachleistungen auszuweisen.				
Mitglied	Erfolgsabhängige Bezüge in TEUR	Sonstige Vergütung in TEUR	Erfolgsunabhängige Bezüge in TEUR	Gesamtbezüge in TEUR
Moßmeier	38	12	379	429
Schneider	38	12	344	394
Röhr	38	11	344	393
Wenge	38	13	300	351
Die Mitglieder des Vorstands haben für ihre Tätigkeiten im Vorstand einen Anspruch auf Ruhegehaltszahlungen. Entsprechend werden jährlich Beträge der Pensionsrückstellung zugeführt.				
Mitglied	Im Jahr 2018 der Pensionsrückstellung zugeführt in TEUR			
Moßmeier	761			
Schneider	627			
Röhr	443			
Wenge	851			

Verwaltungsrat			
Folgende Mitglieder waren für die Kreisstadt Unna im Verwaltungsrat vertreten:			
Lfd. Nr.	Fraktion	Ordentliches Mitglied	Stellvertretendes Mitglied
1.	SPD	BM Werner Kolter	
2.	SPD	RM Volker König	RM Susanne Herzog
3.	SPD	RM Ingrid Kroll	RM Gudrun Friese-Kracht
4.	CDU	RM Rainer Engel	RM Erich Kreß
5.	FLU	RM Franz-Josef Klems	RM Klaus Göldner
6.	FDP	RM Andreas Tracz	sB Michael Baumhoff

Vergütung des Verwaltungsrates

Gemäß Punkt 2.7.2 des Public Corporate Governance Kodexes der Kreisstadt Unna sind die Gesamtbezüge des Aufsichtsrates (Verwaltungsrat) und die Vergütungssätze der von der Kreisstadt Unna entsandten Aufsichtsratsmitglieder individualisiert im Beteiligungsbericht auszuweisen.

Der Jahresabschluss 2018 der Sparkasse UnnaKamen weist für die Tätigkeit des Verwaltungsrates Gesamtbezüge in Höhe von 101.600 € aus.

Davon entfallen auf die Mitglieder der Kreisstadt Unna folgende Beträge:

Werner Kolter	13.600,00 €
Rainer Engel	8.100,00 €
Franz-Josef Klems	2.700,00 €
Volker König	2.900,00 €
Ingrid Kroll	2.400,00 €
Andreas Tracz	2.700,00 €
Michael Baumhoff	300,00 €
Gudrun Friese-Kracht	500,00 €
Klaus Göldner	500,00 €
Erich Kreß	300,00 €

Anzahl der Mitarbeiter (ohne Vorstand)	2018	2017
Angestellte		
in Vollzeit	266	285
in Teilzeit	130	126
Auszubildende	23	32
Aushilfen	0	0
Gesamt	419	443

Bilanz der letzten drei Geschäftsjahre

	2018	2017	2016
	in €	in €	in €
Aktiva:			
1. Barreserve			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	38.223	26.457	25.073
II. Sachanlagen	14.291.311	15.090.785	14.600.182
III. Finanzanlagen	34.411.952	34.411.953	30.670.232
Summe Aktiva	48.741.486	49.529.195	45.295.487
B. Umlaufvermögen			
I. Vorräte	0	0	0
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	2.132.945.779	2.044.012.340	1.789.669.975
III. Wertpapiere	410.060.090	391.252.270	402.478.808
IV. Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten	41.125.935	66.992.237	32.802.122
Summe Umlaufvermögen	2.584.131.804	2.502.256.847	2.224.950.905
C. Rechnungsabgrenzungsposten	555.431	653.800	889.650
Summe Aktiva	2.632.873.290	2.552.439.842	2.271.136.042
Passiva:			
A. Eigenkapital			
I. Gezeichnetes Kapital	0	0	0
II. Kapitalrücklage	0	0	0
III. Gewinnrücklagen	158.793.429	156.725.540	141.789.698
IV. Bilanzgewinn	2.068.937	2.067.889	2.097.418
Summe Eigenkapital	160.862.366	158.793.429	143.887.116
B. Sonderposten mit Rücklagenanteil	0	0	0
C. Rückstellungen	43.845.315	42.523.422	32.764.355
D. Verbindlichkeiten	2.280.046.965	2.226.147.927	1.994.240.574
E. Fonds für allg. Rücklagenanteil	146.250.000	123.700.000	99.550.000
F. Rechnungsabgrenzungsposten	1.868.644	1.275.065	693.997
Summe Passiva	2.632.873.290	2.552.439.842	2.271.136.042

Gewinn- und Verlustrechnung der letzten drei Geschäftsjahre

	2018	2017	2016
	in €	in €	in €
Zinserträge	56.900.317	59.286.896	58.822.015
Zinsaufwendungen	- 12.865.643	- 14.646.795	- 16.591.169
Lfd. Erträge aus Aktien, Beteiligungen	5.614.069	8.315.095	6.074.798
Provisionserträge	19.800.236	18.272.313	15.941.928
Provisionsauswendungen	- 1.457.634	- 1.330.341	- 1.149.377
Nettoerträge aus Handelsbeständen und sonstigen betrieblichen Erträgen	-	-	-
Sonstige betriebliche Erträge	2.725.096	2.081.256	1.287.723
Allgemeine Verwaltungsaufwendungen	- 41.334.606	- 41.014.119	- 34.038.142
Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte	- 1.512.922	- 1.498.637	- 1.308.488
Sonstige betriebliche Aufwendungen	- 3.476.140	- 2.839.064	- 2.625.936
Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Wertpapiere sowie Forderungen	-	-	-
Erträge aus Zuschreibungen zu Forderungen und bestimmten Wertpapieren	5.197.795	1.131.601	13.124.737
Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen	-	-	- 2.203.657
Erträge aus Zuschreibungen zu Beteiligungen	295	-	-
Aufwendungen aus Verlustübernahme	-	-	-
Zuführung zum oder Entnahmen aus dem Fonds für allg. Bankrisiken	- 22.550.000	- 16.404.593	- 26.800.000
Jahresüberschuss	7.040.863	11.353.612	10.534.432
Steuern vom Einkommen und Ertrag	- 4.882.439	- 9.045.312	- 8.527.002
Sonstige Steuern	- 84.487	- 240.411	89.988
Bilanzgewinn	2.068.937	2.067.889	2.097.418

Lagebericht des Vorstandes für das Geschäftsjahr 2018

A. Grundlagen der Sparkasse

Die Kreis- und Stadtsparkasse Unna-Kamen mit Sitz in Unna entstand am 1. Januar 2013 aus der Vereinigung der Kreis- und Stadtsparkasse Unna, gegründet 1839, und der Städtischen Sparkasse Kamen, gegründet 1857.

Zum 01.01.2017 wurden die Kreis- und Stadtsparkasse Unna-Kamen und die Sparkasse Fröndenberg gemäß § 27 Abs. 1 Sparkassengesetz Nordrhein-Westfalen vereinigt.

Im Geschäftsverkehr führt die Sparkasse die Kurzbezeichnung "Sparkasse UnnaKamen".

Die Sparkasse ist gemäß § 1 SpkG eine Anstalt des öffentlichen Rechts. Sie ist Mitglied des Sparkassenverbands Westfalen-Lippe (SVWL), Münster. und über Sie ist beim Amtsgericht Hamm unter der Nummer A2364 im Handelsregister eingetragen.

Träger der Sparkasse ist der Sparkassenzweckverband, der von dem Kreis Unna, der Kreisstadt Unna, der Stadt Kamen, der Stadt Fröndenberg und der Gemeinde Holzwickede gebildet wird. Der Sparkassenzweckverband ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechts mit Sitz in Unna und ist ebenfalls Mitglied des Sparkassenverbands Westfalen-Lippe.

Satzungsgebiet der Sparkasse sind das Gebiet des Trägers, die angrenzenden Gemeindegebiete und die an die Stadt Fröndenberg angrenzenden Kreise.

Ferner ist die Sparkasse Mitglied des Sparkassenstützungsfonds des SVWL und wirkt über diesen aktiv und passiv an dem Sicherungssystem der Sparkassen-Finanzgruppe mit.

Die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) hat das institutsbezogene Sicherungssystem der Sparkassen-Finanzgruppe als Einlagensicherungssystem nach dem Einlagensicherungsgesetz (EinSiG) amtlich anerkannt. Das Sicherungssystem stellt im Entschädigungsfall sicher, dass den Kunden der Sparkassen der gesetzliche Anspruch auf Auszahlung ihrer Einlagen gemäß dem EinSiG erfüllt werden kann (gesetzliche Einlagensicherung“). Darüber hinaus ist es das Ziel des Sicherungssystems einen Entschädigungsfall zu vermeiden und die Sparkassen selbst zu schützen, insbesondere deren Liquidität und Solvenz zu gewährleisten („diskretionäre Institutssicherung“).

Die Sparkasse ist ein regionales Wirtschaftsunternehmen mit der Aufgabe, der geld- und kreditwirtschaftlichen Versorgung der Bevölkerung und der Wirtschaft insbesondere des Geschäftsgebietes und ihres Trägers zu dienen. Daneben ist das soziale und kulturelle Engagement, u. a. durch Spenden, der Sparkasse zu nennen. Im Rahmen der Geschäftsstrategie sind die Grundsätze unserer geschäftspolitischen Ausrichtung zusammengefasst und in die operativen Planungen eingearbeitet. Die übergeordneten Ziele werden im Lagebericht im Folgenden dargestellt. Durch die zielorientierte Bearbeitung der strategischen Geschäftsfelder soll die Aufgabenerfüllung der Sparkasse über die Ausschöpfung von Ertragspotenzialen sowie Kostensenkungen sichergestellt werden. Darüber hinaus hat der Vorstand die Risikostrategie überprüft und den veränderten Rahmenbedingungen angepasst. Die Strategien wurden mit dem Verwaltungsrat der Sparkasse erörtert und innerhalb des Hauses kommuniziert.

B. Wirtschaftsbericht

1. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen im Jahr 2016

Wirtschaftsentwicklung

Im Herbst 2018 waren die Unsicherheiten über den Fortgang der Weltkonjunktur groß. Bis zum Sommer expandierte die globale Produktion zwar weiterhin recht kräftig. Zuletzt hatten sich aber die Aussichten spürbar eingetrübt. Ursächlich waren die zahlreichen Risiken für die Weltwirtschaft. Hierzu zählte insbesondere eine weitere Eskalation der Handelskonflikte. Zudem gaben die Entwicklungen in einigen Schwellenländern Anlass zur Sorge. In Europa bestand weiterhin Unklarheit über den Brexit. Im Euro-Raum bargen die hohe Verschuldung und die politische Unsicherheit in Italien Risiken für die Stabilität der Währungsunion.

Die Unterschiede in der konjunkturellen Dynamik zwischen den Ländern waren in den vergangenen Monaten größer geworden. Während der Aufschwung in den USA auch aufgrund des starken Impulses durch die dortigen Steuersenkungen noch einmal an Schwung gewonnen hat und die Produktion in China weiter deutlich zulegen hat, hat die Konjunktur im Euro-Raum an Fahrt verloren. Besonders deutlich war die Verlangsamung in Frankreich und Italien.

Der Welthandel, der Ende 2017 noch kräftig gestiegen war, wurde seit Jahresbeginn kaum noch ausgeweitet. Möglicherweise spiegelte sich darin bereits die Verschlechterung der handelspolitischen Rahmenbedingungen wider. Im Laufe des Jahres 2018 ergriff die US-Regierung eine Reihe protektionistischer Maßnahmen. So wurden Zölle für eine breite Palette von Gütern erhöht oder Importquoten eingeführt. China und die Europäische Union reagierten darauf mit Vergeltungszöllen auf US-Produkte. Diese Handelskonflikte dürften die Konjunktur über die unmittelbaren Wirkungen auf den Handel hinaus gedämpft haben, da die damit verbundenen Unsicherheiten die Unternehmensinvestitionen – z. B. in den Auf- oder Ausbau von Exportstrukturen – bremsen.

Aufgrund der anziehenden Inflation hat die US-Notenbank das Tempo ihrer geldpolitischen Straffung erhöht. Sie hat ihr Zielband für die Federal Funds Rate im Jahr 2018 bereits dreimal angehoben, zuletzt im September auf 2,00 % bis 2,25 %. Bis Ende 2019 werden vier weitere Erhöhungen um jeweils 0,25 %-Punkte erwartet. Demgegenüber bleibt die Geldpolitik im Euro-Raum stark expansiv ausgerichtet.

Insgesamt kann mit einer Fortsetzung des weltweiten Aufschwungs gerechnet werden. Gleichwohl dürfte die Dynamik nachlassen. Angesichts des weitgehend expansiven geld- und fiskalpolitischen Umfelds dürfte die Binnenkonjunktur in den meisten fortgeschrittenen Volkswirtschaften zunächst recht kräftig bleiben. Belastend dürfte indes die Verunsicherung über die Zukunft der Welthandelsordnung wirken, die wiederum die Investitionsneigung der exportorientierten Unternehmen dämpfen kann. Negative Impulse für die internationale Konjunktur kommen darüber hinaus von der sich verschlechternden wirtschaftlichen Lage und der Finanzierungskonditionen in einigen Schwellenländern.

Alles in allem erwartete der Sachverständigenrat für das Jahr 2018 einen Zuwachs der weltweiten Wirtschaftsleistung von 3,3 % (Vorjahr: 3,4 %). Im Jahr 2019 dürfte die Wachstumsrate auf 3,0 % zurückgehen.

Das hier gezeichnete Bild einer weiteren, wenn auch schwächeren Expansion der Weltwirtschaft, ist allerdings mit erheblichen Risiken behaftet. Es droht nach wie vor eine Zuspitzung des Handelskonflikts zwischen den USA und China. Eine solche könnte dem Welthandelssystem großen Schaden zufügen, schon weil die USA der weltgrößte Importeur und China die größte Exportnation ist. Aufgrund der inzwischen hohen Verflechtung der Wertschöpfungsketten würden stärkere Handelsbarrieren zwischen den USA und China wohl die Produktionskosten überall auf der Welt steigen lassen. Auch die handelspolitischen Spannungen zwischen den USA und der EU sind noch nicht ausgeräumt.

Speziell für die europäische Konjunktur sind zwei Risiken zu nennen: Zum einen besteht die Möglichkeit eines ungeordneten Austritts Großbritanniens aus der EU im Frühjahr 2019. Zum anderen besteht das Risiko einer neuen Schuldenkrise, falls die aktuelle Regierung Italiens ihre expansiven fiskalpolitischen Vorhaben in großem Stil umsetzt und dabei weiter Vertrauen der Finanzmärkte in die Solvenz des italienischen Staates verspielt.

Der Konjunkturaufschwung in Deutschland geht in sein sechstes Jahr. Er hat allerdings an Fahrt eingebüßt. Nach 2,2 % im Jahr 2017 betrug der Anstieg des realen Inlandsprodukts in 2018 1,5 %. Dies hat sowohl nachfrageseitige als auch angebotsseitige Gründe. Zum einen hat sich das Auslandsgeschäft im Einklang mit der Verlangsamung der Konjunktur in wichtigen deutschen Absatzmärkten abgeschwächt. Zum anderen sahen sich Unternehmen zunehmend produktionsseitigen Engpässen gegenüber, vor allem bei Arbeitskräften. Überlagert wurde dies durch Probleme in der Automobilindustrie im Zusammenhang mit der Einführung des Prüfverfahrens WLTP. Aufgrund der hohen gesamtwirtschaftlichen Bedeutung der Branche hat dies Spuren beim Zuwachs des Bruttoinlandsprodukts hinterlassen.

Die Wirtschaft in Westfalen-Lippe blieb vorerst auf Wachstumskurs, schaltete allerdings einen Gang zurück. Ausschlaggebend war das rauer gewordene weltwirtschaftliche Umfeld. Zunehmende protektionistische Tendenzen und politische Spannungen haben zu einer Abwärtsrevision der Exportaussichten geführt. Im Zuge dessen haben die exportorientierten Unternehmen ihre Investitionsabsichten leicht zurückgeschraubt. Demgegenüber erwies sich die Binnennachfrage weiterhin als tragende Säule der Konjunktur. Die guten Einkommens- und Beschäftigungsaussichten der Privathaushalte sorgten für eine anhaltend hohe Konsumnachfrage. Die Investitionen in den Wohnungsbau blieben aufwärtsgerichtet, wenngleich die angespannte Kapazitätsauslastung die Baupreise weiter in die Höhe trieb.

Zinsentwicklung

Die Geldpolitik der EZB stützt weiterhin die Konjunktur im Euro-Raum. Die Leitzinsen liegen seit 2016 auf historischen Tiefständen. Der Hauptrefinanzierungssatz beträgt 0,0 %, der Einlagesatz -0,4 % und der Zins der Spitzenrefinanzierungsfazilität 0,25 %. Ihre monatlichen Netto-Anleihekäufe hat die EZB zum Oktober 2018 von 30 Mrd. € auf 15 Mrd. € gesenkt und zum Jahresende vollständig eingestellt. Ihren Anleihebestand von dann rund 2.600 Mrd. € will die EZB jedoch durch Reinvestitionen vorerst erhalten.

Die führenden Wirtschaftsforschungsinstitute erwarteten in ihrer „Gemeinschaftsdiagnose Herbst 2018“, dass die EZB die genannten Reinvestitionen bis Ende 2020 fortführt. Mit der

Verbesserung der gesamtwirtschaftlichen Lage dürfte die EZB langsam aus der unkonventionellen Geldpolitik aussteigen und die Leitzinsen sukzessive erhöhen.

2. Veränderungen der rechtlichen Rahmenbedingungen im Jahr 2017

Aktualisierter SREP-Bescheid

Im Rahmen des fortlaufenden aufsichtlichen Überprüfungs- und Bewertungsprozesses (SREP) wird neben der jährlichen Prüfung, ob gegenüber einem Institut zusätzliche Eigenmittelanforderungen nach § 10 Abs. 3 Satz 1 und 2 Nr. 1 KWG anzuordnen sind, für diese Institute auch eine institutsspezifische aufsichtliche Eigenmittelzielkennziffer zur Abdeckung von Risiken in Stresssituationen ermittelt. Die Sparkassen erhielten in 2018 entsprechende aktualisierte SREP-Bescheide. Für die Ermittlung der Kennziffer wurden die Ergebnisse des institutsübergreifenden Auskunftersuchens „Ertragslage und Widerstandsfähigkeit deutscher Kreditinstitute im Niedrigzinsumfeld 2017“ herangezogen. Der Eigenmittelbetrag soll zusätzlich zu den im SREP-Bescheid angeordneten Eigenmittelanforderungen vorgehalten werden, um einer Gefährdung der den Instituten anvertrauten Vermögenswerte auch in Stresssituationen weitestgehend begegnen zu können.

5. MaRisk-Novelle

Die 5. MaRisk-Novelle wurde am 27. Oktober 2017 durch die BaFin in ihrer finalen Fassung als Rundschreiben 09/2017 (BA) veröffentlicht. Die überarbeiteten MaRisk sind mit Veröffentlichung in Kraft getreten. Gemäß dem Anschreiben der BaFin wurde den Instituten für neue Anforderungen der MaRisk-Novelle eine Umsetzungsfrist bis zum 31. Oktober 2018 gewährt. Die Sparkasse hat diese fristgerecht umgesetzt.

AnaCredit

Für AnaCredit werden im Rahmen des Aufbaus eines zentralen europäischen Kreditregisters granulare Informationen (Stammdaten seit Januar 2018, Kreditdaten seit März 2018) über die nationale Aufsicht an die EZB weitergeleitet. Die Sparkasse hat die Anforderungen aus AnaCredit fristgerecht umgesetzt.

BAIT

Die Bankaufsichtlichen Anforderungen an die IT (BAIT) wurden am 3. November 2017 durch die BaFin in ihrer finalen Fassung als Rundschreiben 10/2017 (BA) veröffentlicht. Die BAIT sollen Anforderungen aus verschiedenen Themenfeldern des IT-Managements beschreiben und die MaRisk diesbezüglich konkretisieren. Im Anschreiben zur Veröffentlichung der BaFin wird ausgeführt, dass es keine Umsetzungsfristen oder Übergangsregelungen zur Anwendung der BAIT gibt, da die BAIT aus Sicht der BaFin keine neuen Anforderungen an die Institute bzw. ihre IT-Dienstleister enthalten, sondern lediglich Klarstellungen ohnehin schon vorhandener Anforderungen darstellen. Sie sind damit mit Veröffentlichung unmittelbar in Kraft getreten.

EU-Datenschutzgrundverordnung

Seit dem 25. Mai 2018 gilt die EU-Datenschutzgrundverordnung (DS-GVO) als unmittelbar geltendes Recht in Deutschland. Die Verordnung enthält insbesondere Regelungen zur Rechtmäßigkeit der Datenverarbeitung und zu Informationspflichten. In einigen Bereichen

ermöglicht es die Verordnung den Mitgliedsstaaten, nationale Regelungen zu erlassen (z. B. im Beschäftigtendatenschutz, Art. 88 Abs. 1 DS-GVO). Ferner bedarf die Verordnung in einigen Bereichen der Konkretisierung. Vor diesem Hintergrund wurde in Deutschland auf Bundesebene ein neues Bundesdatenschutzgesetz (BDSG neu) und auf Landesebene in NRW ein neues Datenschutzgesetz NRW (DSG NRW neu) erlassen. Sowohl das BDSG neu als auch das DSG NRW neu sind am 25. Mai 2018 in Kraft getreten. Das Gesetz enthält insbesondere für die Sparkassenorganisation wichtige Regelungen hinsichtlich der Datenverarbeitung zu anderen Zwecken, der Datenverarbeitung im Beschäftigungskontext, der Datenübermittlung an Auskunftsdaten und Scoring, der Einschränkungen der Rechte der betroffenen Personen sowie zur Thematik von Bußgeldern. Die Sparkasse hat diese fristgerecht umgesetzt.

MiFID II

Die Neufassung der Finanzmarkttrichtlinie MiFID II ist seit Januar 2018 anzuwenden. Aus den verschärften Beratungspflichten, strengen Dokumentationsvorgaben und Aufzeichnungspflichten, den ProductGovernance sowie weiteren Anlegerschutzregelungen resultieren zahlreiche Handlungserfordernisse für die Sparkasse.

3. Darstellung, Analyse und Beurteilung des Geschäftsverlauf

3.1. Bilanzsumme und Geschäftsvolumen

Die Bilanzsumme erhöhte sich im Jahr 2018 um 80,5 Mio. EUR bzw. 3,2 % auf 2.632,9 Mio. EUR. Damit verlief die Entwicklung positiver als geplant; erwartet worden war eine Erhöhung um 2,1 %. Das aus Bilanzsumme und Bürgschaftsverpflichtungen bestehende Geschäftsvolumen erhöhte sich um 83,6 Mio. EUR oder 3,2 % auf 2.671,1 Mio. EUR.

3.2. Kreditgeschäft

Insgesamt verlief die Entwicklung der Forderungen an Kunden gemessen an bilanziellen Werten mit einem Zugang von 3,9 % oberhalb der Planung von 1,9 %. Die Darlehenszusagen erhöhten sich im Jahr 2018 um 34,2 % auf 489,5 Mio. EUR. Die Darlehenszusagen zur Finanzierung des Wohnungsbaus stiegen im Gesamtjahr um 2,8 % auf 145,7 Mio. EUR. Der Strukturanteil der Kundenforderungen an der Stichtagsbilanzsumme stieg auf 80,0 % (Vorjahr 79,5 %).

Bei Privatpersonen konnte bei weiterhin anhaltender Nachfrage nach langfristigen Darlehen der Bestand an Forderungen mit 712,1 Mio. EUR nahezu konstant gehalten werden. Das im Jahr 2018 zugesagte Darlehensvolumen an private Haushalte weist einen Rückgang von 1,4 % auf 106,6 Mio. EUR aus. Im Kreditgeschäft mit Unternehmen und Selbstständigen erhöhte sich der Darlehensbestand infolge der weiterhin hohen Investitionsbereitschaft um 80,3 Mio. EUR. Die Darlehenszusagen stiegen um 43,8 % auf 305,4 Mio. EUR.

3.3. Wertpapiereigenanlagen

Zum Bilanzstichtag erhöhte sich der Bestand an Wertpapieren gegenüber dem Vorjahr um insgesamt 18,8 Mio. EUR auf 410,1 Mio. EUR. Die Entwicklung ist im Wesentlichen durch Kapitalaufstockungen von Immobilienspezialfondsanteilen in Höhe von 24,2 Mio. EUR geprägt. Daneben standen Käufen von festverzinslichen Wertpapieren in Höhe von 26,5 Mio. EUR Fälligkeiten von festverzinslichen Wertpapieren in Höhe von 25,6 Mio. EUR gegenüber.

Die Maßnahmen wurden im Sinne der vom Vorstand verabschiedeten Marktpreisrisikostategie der Sparkasse UnnaKamen umgesetzt.

3.4. Beteiligungen / Anteilsbesitz

Der Anteilsbesitz der Sparkasse per 31.12.2018 von 34,5 Mio. EUR entfiel mit 33,5 Mio. EUR auf die Beteiligung am SVWL und mit 0,9 Mio. EUR auf die indirekte Beteiligung an der Landesbank Berlin Holding AG.

3.5. Geldanlagen von Kunden

Die gesamte Geldvermögensbildung der Kunden (bilanziell und nicht bilanziell) entwickelte sich mit einem Ergebnis von +115,7 Mio. EUR positiv. Der Planwert von 40 Mio. EUR wurde damit übertroffen.

Der bilanzielle Einlagenbestand stieg um 2,8 % auf 1.862,8 Mio. EUR. Für 2018 wurde hier ein Wachstum von 1,4 % erwartet. Aufgrund des anhaltend niedrigen Zinsniveaus setzt sich innerhalb dieser Geldvermögensbildung die Entwicklung hin zu kurzfristigen Anlagen unvermindert fort und führte weiter zu starken strukturellen Bestandsverschiebungen. So wuchs im letzten Jahr der Bestand der Sichteinlagen um 84,7 Mio. EUR (+7,9 %). Dieser Bestandsausweitung standen Mittelabflüsse im längerfristigen Sparvolumen (Einmalanlagen, Sparkassenbriefe) in Höhe von -69,7 Mio. EUR (-29,2 %) gegenüber.

Neben der bilanziellen Vermögensbildung wird im Rahmen unserer Zielplanungen auch auf den Ausbau der Geldvermögensbildung im Kundenwertpapiergeschäft besonderer Wert gelegt. Mit einem Nettoabsatz von +65,8 Mio. EUR im Jahr 2018 entwickelten sich die Kundenwertpapierbestände deutlich stärker als der erwartete Nettoabsatz von +14 Mio. EUR. Daneben erhöhten sich die Kundenwertpapierbestände durch Depotüberträge um 21,8 Mio. EUR. Des Weiteren wurden Übertragungen an Vermögensverwaltungen in Höhe von 6,3 Mio. EUR durchgeführt.

3.6. Interbankengeschäft

Forderungen an Kreditinstitute bestehen zum Stichtag in Höhe von 17,7 Mio. EUR. Der Bestand entfällt vollständig auf bei Kreditinstituten unterhaltene Liquiditätsreserven. Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten erhöhten sich um 5,0 Mio. EUR auf 408,9 Mio. EUR.

3.7. Dienstleistungsgeschäft

Das Bruttoumsatzvolumen im Kundenwertpapiergeschäft konnte mit 183,6 Mio. EUR um 2,7 % gesteigert werden. Im Jahr 2018 lag der Umsatzschwerpunkt im Bereich Investmentfonds; hier wurden Umsätze von 105,3 Mio. EUR (+17,9 %) erzielt. Im Aktienbereich wurden hingegen mit einem Volumen von 48,7 Mio. EUR 21,7 % weniger umgesetzt als im Vorjahr.

Der Absatz von Bausparverträgen, Leasingverträgen sowie Lebensversicherungen entwickelte sich im Jahr 2018 unterschiedlich. Die vermittelten Bausparsummen stiegen um 1,5 %, das vermittelte Leasingvolumen stieg um 27,5 % während die vermittelte Beitragssumme der Lebensversicherungen um 4,3 % zurückging. Die Vermittlung von Konsumentenkrediten ist mit 19,9 Mio. EUR um 27,6 % gestiegen.

Das Interesse an Immobilien ist weiterhin groß. Der Verkaufswert der Vermittlungen (25,7 Mio. EUR) stieg gegenüber dem bereits hohen Niveau des Vorjahres nochmals um 31,4 % an.

3.8. Investitionen

Im Jahr 2018 wurden für die Modernisierung von Geschäftsstellen 940 TEUR aufgewendet.

Zur Instandhaltung unseres Selbstbedienungsangebots wurden insgesamt 75 TEUR in Soft- und Hardwarekomponenten investiert.

3.9. Personalbericht

Im Jahr 2018 beschäftigte die Sparkasse im Jahresdurchschnitt einschließlich der Aushilfen 419 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (Vorjahr 443), davon 130 Teilzeitkräfte und 23 Auszubildende.

Die Sparkasse bildet weiterhin Auszubildende aus, um auch in den kommenden Jahren auf qualifizierte Nachwuchskräfte zurückgreifen zu können.

Auch im Jahr 2018 war es Ziel der Sparkasse, das bestehende Qualifikationsniveau in allen Unternehmensbereichen zu sichern und weiter auszubauen. So wurden im letzten Jahr 272 TEUR (Vorjahr 220 TEUR) in Aus- und Fortbildungsmaßnahmen investiert. Schwerpunkte bildeten neben hausinternen Nachwuchs- und Förderprogrammen zahlreiche Schulungen und Trainings zur weiteren Stärkung der Beratungs- und Betreuungskompetenz sowie einer ziel- und leistungsorientierten Führungsarbeit.

Das Ziel, den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern eine gute Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu ermöglichen, wurde auch im Jahr 2018 verfolgt. Das im Jahr 2016 im Wege des Audits "Beruf und Familie" entsprechend erworbene Zertifikat der Hertie-Stiftung als familienfreundliches Unternehmen führten wir fort.

4. Darstellung und Analyse der Lage

4.1. Vermögenslage

Die zum Jahresende ausgewiesenen Gewinnrücklagen erhöhten sich durch die Zuführung des Bilanzgewinns des Jahres 2017. Insgesamt weist die Sparkasse inklusive des Bilanzgewinns des Jahres 2018 vor Gewinnverwendung ein Eigenkapital von 160,9 Mio. EUR (Vorjahr 158,8 Mio. EUR) aus. Neben den Gewinnrücklagen verfügt die Sparkasse über umfangreiche weitere Eigenkapitalbestandteile. So wurde der Fonds für allgemeine Bankrisiken gemäß § 340g HGB durch eine zusätzliche Vorsorge von 22,6 Mio. EUR auf 146,3 Mio. EUR erhöht.

Die Eigenkapitalanforderungen der CRR wurden jederzeit eingehalten. Das Verhältnis der angerechneten Eigenmittel bezogen auf die risikobezogenen Positionswerte (Adressenausfall-, operationelle und CVA-Risiken) übertrifft am 31.12.2018 mit 17,59 % den vorgeschriebenen Mindestwert von 8,0 % gemäß CRR zuzüglich SREP-Zuschlags und des Kapitalerhaltungspuffers sowie des Stresspuffers (Eigenmittelzielkennziffer). Die Leverage Ratio weist zum 31.12.2018 einen Wert von 9,96 % auf. Die Sparkasse weist damit eine angemessene Kapitalbasis für ein weiteres Geschäftswachstum auf.

4.2. Finanzlage

Die Zahlungsbereitschaft der Sparkasse war im abgelaufenen Geschäftsjahr aufgrund einer angemessenen Liquiditätsvorsorge jederzeit gegeben.

Die Liquidity Coverage Ratio (LCR) weist einen Wert von 156 % aus. Zur Erfüllung der Mindestreservevorschriften wurden Guthaben bei der Deutschen Bundesbank geführt. Die Kredit- und Dispositionslinien bei der Helaba wurden teilweise in Anspruch genommen. Ein Spitzenausgleich erfolgte durch Tagesgeldaufnahmen bzw. Tagesgeldanlagen. Das Angebot der Deutschen Bundesbank, Refinanzierungsgeschäfte in Form von Offenmarktgeschäften abzuschließen, wurde 2018 genutzt.

4.3. Ertragslage

4.3.1. Gewinn- und Verlustrechnung

Die wesentlichen Erfolgskomponenten lt. Jahresabschluss sind in der folgenden Tabelle aufgeführt. Die Erträge und Aufwendungen sind nicht um periodenfremde und außergewöhnliche Posten bereinigt.

	2018 Mio. EUR	2016 Mio. EUR	Veränderung Mio. EUR
Zinsüberschuss	49,6	53,0	-3,4
Provisionsüberschuss	18,3	16,9	1,4
Nettoergebnis des Handelsbestandes	0,0	0,0	0,0
Sonstige betriebliche Erträge	2,7	2,1	0,6
Personalaufwand	29,5	29,2	0,3
Anderer Verwaltungsaufwand	11,9	11,8	0,1
Sonstige betriebliche Aufwendungen	5,0	4,3	0,7
Ergebnis vor Bewertung und Risikovorsorge	24,4	26,7	-2,2
Aufwand aus Bewertung und Risikovorsorge	5,2	1,1	4,1
Zuführungen Fonds für allgemeine Bankrisiken	22,6	16,4	6,2
Ergebnis vor Steuern	7,0	11,4	-4,4
Steueraufwand	5,0	9,3	-4,3
Jahresüberschuss	2,1	2,1	0,0

Zinsüberschuss: GuV-Posten Nr. 1-4
 Provisionsüberschuss: GuV-Posten Nr. 5 und 6
 Sonstige betriebliche Erträge: GuV-Posten Nr. 8,9,20
 Sonstige betr. Aufwendungen: GuV-Posten Nr. 11,12,17,21
 Ertrag bzw. Aufwand aus
 Bewertung und Risikovorsorge: GuV-Posten Nr. 13-16

Zur weitergehenden Analyse der Ertragslage wird für interne Zwecke und für den überbetrieblichen Vergleich der bundeseinheitliche Betriebsvergleich der Sparkassenorganisation eingesetzt. Zur Ermittlung eines Betriebsergebnisses vor Bewertung werden die in der Tabelle aufgeführten Erträge und Aufwendungen um periodenfremde und außergewöhnliche Posten berichtigt, die in der internen Darstellung einem Neutralen Ergebnis zugerechnet werden.

Die wichtigste Ertragsquelle der Sparkasse ist weiterhin der Zinsüberschuss. Dieser verringerte sich im vergangenen Geschäftsjahr um 1,3 Mio. EUR auf 49,4 Mio. EUR (-2,6 %). Trotz eines weiterhin schwierigen Marktumfeldes im Bankensektor und einer anhaltenden Niedrigzinsphase fiel das Zinsergebnis damit leicht höher aus als geplant.

Demgegenüber konnte der Provisionsüberschuss um 1,5 Mio. EUR auf 18,6 Mio. EUR gegenüber dem Vorjahr gesteigert werden. Das Ziel 2018 lag bei 18,8 Mio. EUR. Höhere Erträge konnten insbesondere durch Preisanpassungen im Dienstleistungsgeschäft erzielt werden. Erfolgreich verliefen auch der Umsatz im Wertpapiergeschäft mit Kunden sowie das Vermittlungsgeschäft.

Der Verwaltungsaufwand fiel mit 39,7 Mio. EUR um 0,1 Mio. EUR geringer aus als im Vorjahr.

Während der Sachaufwand um 0,1 Mio. EUR auf 12,5 Mio. EUR leicht gestiegen ist, sind die Personalaufwendungen um 0,2 Mio. EUR auf 27,2 Mio. EUR erwartungsgemäß gesunken. Höhere Aufwendungen durch tarifliche Lohnsteigerungen wurden durch Kostenentlastungen aufgrund der verringerten Anzahl an Mitarbeitern überkompensiert.

In Summe stellen sich die gesamten Aufwendungen geringer dar als prognostiziert; am Jahresanfang wurde mit einem Anstieg des Verwaltungsaufwands von 0,8 Mio. EUR gerechnet.

Auf dieser Basis beträgt das Betriebsergebnis vor Bewertung 28,5 Mio. EUR bzw. 1,09 % (Vorjahr 1,11 %) der durchschnittlichen Bilanzsumme (DBS) des Jahres 2018. Das um 0,2 Mio. EUR gestiegene Ergebnis liegt damit über dem geplanten Wert von 26,7 Mio. EUR, und es liegt um 0,17 %-Punkte der DBS über dem Durchschnittswert der Sparkassen im SVWL (0,92 % der DBS).

Als Maßgröße der Ertragskraft ermöglicht das Betriebsergebnis vor Bewertung auch nach Berücksichtigung des Bewertungsergebnisses eine angemessene Aufstockung des Eigenkapitals als Grundlage für die künftige Geschäftsausweitung.

Das Bewertungsergebnis aus dem Kredit- und Wertpapiergeschäft sowie das sonstige Bewertungsergebnis belastet das Ergebnis etwas geringer als erwartet. Insgesamt zeigt das Bewertungsergebnis einschließlich der Veränderung des Fonds für allgemeine Bankrisiken gemäß § 340g HGB einen Aufwand von 17,4 Mio. EUR (Vorjahr 14,2 Mio. EUR).

Der Steueraufwand fiel mit 4,9 Mio. EUR gegenüber dem Vorjahr (9,0 Mio. EUR) deutlich geringer aus.

Der Jahresüberschuss beläuft sich auf 2,1 Mio. EUR (Vorjahr 2,1 Mio. EUR).

Die Eigenkapitalrentabilität vor Steuern (bezogen auf das offen ausgewiesene Kapital zum Jahresbeginn) lag im letzten Jahr mit 4,56 % unter dem Vorjahreswert von 10,42 %.

Die als weiterer wesentlicher finanzieller Leistungsindikator auf Basis der Betriebsvergleichswerte zur Unternehmenssteuerung eingesetzte Zielgröße Cost-Income-Ratio (Verhältnis von Aufwendungen und Erträgen) hat sich im Jahr 2018 wie folgt entwickelt:

Die Kostenreduzierung bewirkte eine Verbesserung der Cost-Income-Ratio/CIR (Verhältnis von Aufwendungen zu Erträgen) im Jahr 2018 von 58,5 % auf 58,2 % (Erwartungswert 60,3

%). Mit dieser Quote weist die Sparkasse UnnaKamen eine deutlich positivere CIR auf als der Durchschnitt der westfälisch-lippischen Sparkassen (63,4 %).

Die Kapitalrendite, berechnet als Quotient aus Nettogewinn (Jahresüberschuss) und Bilanzsumme, betrug im Geschäftsjahr 2018 0,08 % (Vorjahr 0,08 %).

Vor dem Hintergrund des intensiven Wettbewerbs und der ertrags- und risikoorientierten Wachstumspolitik des Instituts ist die Sparkasse mit dem Geschäftsverlauf im Jahr 2018 zufrieden. Unter den gegebenen wirtschaftlichen Bedingungen wird die Geschäftsentwicklung als günstig beurteilt.

C. Nachtragsbericht

Die Nachtragsberichterstattung erfolgt gemäß § 285 Nr. 33 HGB im Anhang.

D. Prognose-, Chancen- und Risikomanagement

1. Ziele und Strategien des Risikomanagements

Risiken werden eingegangen, wenn Chancen und Risiken in einem angemessenen Verhältnis stehen. Dies geschieht nach geschäftspolitischen und betriebswirtschaftlichen Vorgaben und unter Berücksichtigung der Risikotragfähigkeit der Sparkasse. Zur Risikosteuerung besteht ein umfassendes Risikomanagementsystem. Der Vorstand hat in der Risikogesamtstrategie und den untergeordneten Teilrisikostراتيجien die Rahmegrundsätze des Risikomanagements und die risikopolitische Ausrichtung der Sparkasse im Rahmen eines festgelegten Strategieprozesses überprüft und den aktuellen Rahmenbedingungen angepasst.

Für die bedeutendsten Risikokategorien der Sparkasse, Adressenrisiken, Marktpreisrisiken, Beteiligungsrisiken, operationelle Risiken sowie Liquiditätsrisiken, wurden die zum Teil separaten Teilrisikostراتيجien aktualisiert. Alle Geschäftsbereiche verfolgen die Zielsetzung, bei den eingegangenen Risiken die Wahrscheinlichkeit der Realisation eines Vermögensverlustes zu minimieren. Dies wird durch frühzeitiges Erkennen von Gefahrensituationen und rechtzeitige Gegenmaßnahmen sichergestellt. Das Risikomanagementsystem wird laufend weiterentwickelt.

Aus der Risikodeckungsmasse wird ein Risikobudget zur Abdeckung der potenziellen Risiken bereitgestellt. Die eingegangenen Einzelrisiken werden im Rahmen der GuV- und vermögenswertorientierten Risikotragfähigkeitsrechnung dem Risikobudget gegenübergestellt und eine Auslastungsquote ermittelt. Die Gesamtsumme der Einzelrisiken ist auf die Höhe des Risikobudgets limitiert und wird ebenso wie die Risikodeckungsmasse laufend überprüft. Begrenzt werden die eingegangenen Risiken durch den Umfang des bereitgestellten Risikodeckungspotenzials und des hieraus abgeleiteten gesamten Risikolimits. Darüber hinaus werden aus dem Risikobudget Einzellimite für einzelne Risikoarten bzw. -gruppen in der Risikotragfähigkeit abgeleitet. Daneben existieren für einzelne Risiken ergänzende Risiko- und Volumenlimite. Der Risikoausschuss der Sparkasse nimmt die Entwicklung der Risikolage regelmäßig zur Kenntnis.

Gemäß den Anforderungen der MaRisk wurde das Risikotragfähigkeitskonzept um einen zukunftsgerichteten Kapitalplanungsprozess ergänzt. Damit ist die frühzeitige Identifikation eines zusätzlichen Kapitalbedarfs (im Sinne des Risikodeckungspotenzials) möglich, der sich über den Risikobetrachtungshorizont hinaus zur Deckung künftiger Risiken ergeben könnte.

Die frühzeitige Einleitung eventuell erforderlicher Maßnahmen wäre damit möglich. Beim Kapitalplanungsprozess handelt es sich nicht um eine erweiterte Risikotragfähigkeitsbetrachtung im engeren Sinne.

2. Risikomanagementsystem

Zur Identifizierung, Bewertung und Steuerung der Risiken hat der Vorstand ein Risikomanagement- und -überwachungssystem eingerichtet. Das vorrangige Ziel des Risikomanagementprozesses besteht darin, mögliche Risiken transparent und damit steuerbar zu machen. Das Risikomanagement umfasst die Verfahren zur Identifizierung und Bewertung der Risiken, die Festlegung von geeigneten Steuerungsmaßnahmen sowie die notwendigen Kontrollprozesse. Unter dem Begriff "Risiko" wird dabei eine Verlust- oder Schadensgefahr für die Sparkasse verstanden, die entsteht, wenn eine erwartete künftige Entwicklung ungünstiger verläuft als geplant oder sogar existenzbedrohend wird. Die Verringerung oder das vollständige Ausbleiben einer Chance zur Erhöhung der Erträge oder des Sparkassenvermögens wird nicht als Risiko angesehen. Bei der Betrachtung der Risiken nimmt die Sparkasse eine Nettobetrachtung vor. Das Risikomanagementsystem ist Bestandteil einer ordnungsgemäßen Geschäftsorganisation gemäß § 25a Abs. 1 KWG und dient dem Vorstand, Verwaltungsrat sowie dem Risikoausschuss zur Überwachung der Risiken aus der geschäftlichen Tätigkeit der Sparkasse.

Für alle risikorelevanten Geschäfte ist die in den MaRisk geforderte Funktionstrennung bis in die Ebene des Vorstands zwischen Handel/Markt einerseits und Abwicklung, Kontrolle und Risikocontrolling/Marktfolge andererseits festgelegt. Risikobehaftete Geschäfte werden nur getätigt, sofern deren Risikogehalt von allen damit befassten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern beurteilt werden kann. Bevor Geschäfte mit neuen Produkten oder auf neuen Märkten regelmäßig abgeschlossen werden, ist im Rahmen einer Testphase das Risikopotenzial dieser Geschäfte zu bewerten und sind die für die Abwicklung notwendigen Prozesse in Organisationsrichtlinien festzulegen. Die Interne Revision prüft in regelmäßigen Abständen das Risikomanagementsystem. Zielsetzung der Prüfungen ist insbesondere die ordnungsgemäße Handhabung der festgelegten Regelungen sowie die Feststellung von Schwachstellen im Risikomanagementsystem und die Überwachung der Umsetzung notwendiger Anpassungen.

Gemäß den MaRisk hat jedes Institut über eine Risikocontrolling-Funktion zu verfügen, die für die unabhängige Überwachung und Kommunikation der Risiken zuständig ist. Der Vorstand der Sparkasse UnnaKamen hat die Risikocontrolling-Funktion dem Risikomanager übertragen. Der Risikocontrolling-Funktion wurden die in den MaRisk geforderten Befugnisse eingeräumt und Aufgaben übertragen.

Der Vorsitzende des Risikoausschusses kann unmittelbar beim Leiter des Risikocontrollings Auskünfte einholen. Der Leiter des Risikocontrollings muss den Vorstand hierüber hierüber unterrichten.

In der Sparkasse ist eine Compliance-Funktion eingerichtet, deren Aufgaben von den Mitarbeitern der Abteilung Vorstandssekretariat wahrgenommen werden. In der Abteilung sind die Aufgaben im Zusammenhang mit der Verhinderung der Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung sowie sonstiger strafbarer Handlungen mit der Compliance-Funktion gemäß WpHG und KWG zusammengefasst. Die Compliance-Beauftragte ist unmittelbar dem Vorstand unterstellt und ihm gegenüber berichtspflichtig.

3. Risikomanagementprozess

Aus dem Gesamtsystem hat unser Haus einen Managementprozess zur Erkennung und Bewertung von Risiken (strategische, jährliche Risikoinventur) sowie zur Messung, Steuerung und Kontrolle von Risiken (operative, dauerhafte Tätigkeiten) abgeleitet. Anhand von Risikoindikatoren erfolgen eine systematische Ermittlung der Risiken sowie deren Einordnung in einen Risikokatalog. Die Risikomessung erfolgt für die in die Risikotragfähigkeitsrechnung einbezogenen wesentlichen Risiken in zwei sich ergänzenden Konzepten:

- In der handelsrechtlichen Sichtweise werden die Risiken danach gemessen, ob und in welcher Höhe ihr Eintritt Auswirkungen auf den Jahresüberschuss der Sparkasse hat.
- Die vermögenswertorientierte Betrachtung ermittelt als Risiko die innerhalb eines festgelegten Zeitraums und mit einer bestimmten Wahrscheinlichkeit eintretende maximale Vermögensminderung.

Die Ermittlung der Risiken in der periodischen Sichtweise erfolgt grundsätzlich auf den Planungshorizont von jeweils einem Jahr. Als Risiko wird in dieser Sichtweise eine negative Abweichung von den Plan- bzw. Erwartungswerten verstanden. Als Risikomaß wird grundsätzlich der Value at Risk verwendet, wobei ein Konfidenzniveau von 95,0 % zu Grund gelegt wird. Die Ermittlung bestimmter Risiken (operationelle Risiken, Beteiligungsrisiken) erfolgt auf Basis von Schätzungen anhand von Indikatoren oder historischer Daten.

Daneben werden die aufsichtsrechtlich vorgegebenen Relationen als strenge Nebenbedingung regelmäßig ermittelt und überwacht. Unter Berücksichtigung der laufenden Ergebnisprognose sowie der vorhandenen Reserven wird ein Risikobudget festgelegt. Auf das Risikobudget werden alle wesentlichen Risiken der Sparkasse angerechnet. Mit Hilfe der handelsrechtlichen und (als Zusatzinformation) wertorientierten Betrachtung wird gewährleistet, dass die Auslastung des Risikobudgets jederzeit sowohl aus dem handelsrechtlichen Ergebnis als auch aus vorhandenem Vermögen der Sparkasse getragen werden kann. Die Sparkasse führt in der handelsrechtlichen Sichtweise eine rollierende Risikotragfähigkeitsberechnung durch. Neben der Risikotragfähigkeitsrechnung werden regelmäßig Stressszenarien berechnet, bei denen die Anfälligkeit der Sparkasse gegenüber unwahrscheinlichen, aber plausiblen Ereignissen analysiert wird. Diversifikationseffekte zwischen Risikoarten, die das Gesamtrisiko mindern würden, werden in der handelsrechtlichen Sicht nicht berücksichtigt. Die zur Steuerung bzw. Verringerung von Risiken einzusetzenden Instrumente sind vom Vorstand festgelegt worden. Die Bearbeitungs- und Kontrollprozesse sind umfassend in Organisationsrichtlinien beschrieben. Die durchgeführten Maßnahmen zur Steuerung bzw. Verringerung der Risiken werden regelmäßig überprüft. Verbesserungsmöglichkeiten fließen in den Risikomanagementprozess ein.

Die Interne Revision gewährleistet die unabhängige Prüfung und Beurteilung sämtlicher Aktivitäten und Prozesse der Sparkasse sowie von ihr ausgelagerter Bereiche. Sie achtet dabei insbesondere auf die Angemessenheit und Wirksamkeit des Risikomanagements und berichtet unmittelbar dem Vorstand.

Über die eingegangenen Risiken wird dem Gesamtvorstand und dem Verwaltungsrat bzw. dem Risikoausschuss der Sparkasse regelmäßig schriftlich im Rahmen eines vierteljährlichen Risikogesamtberichtes und unter Beachtung der aufsichtsrechtlichen Vorgaben durch

die MaRisk berichtet. Eine Ad-hoc-Berichterstattung ist bei Risikoereignissen von wesentlicher Bedeutung vorgesehen.

Der Gesamtrisikobericht enthält neben einer zusammenfassenden Beurteilung der Risiko- und Ertragssituation sowie Limitauslastungen über ein Schwellenwerte-System gegebenenfalls auch Handlungsempfehlungen zur Steuerung der Risiken, über die die Geschäftsleitung entscheidet. Dadurch kann zeitnah die Einhaltung der durch die Risikostrategie vorgegebenen Regelungen überprüft werden. Die Berichterstattung enthält auch die Auswirkungen von Stresseinflüssen auf die Risikosituation der Sparkasse. Dadurch soll die Wirkung von unwahrscheinlichen, aber plausibel möglichen Ereignissen auf die Risikotragfähigkeit der Sparkasse analysiert, transparent und steuerbar gemacht werden. Dabei wird auch das Szenario eines schweren konjunkturellen Abschwungs analysiert und es werden inverse Stresstests durchgeführt. Die dargestellten Stresstests berücksichtigen auch Risikokonzentrationen innerhalb (Intra-Risikokonzentrationen) und zwischen einzelnen Risikoarten (Inter-Risikokonzentrationen). Ferner wird über erkannte Risikokonzentrationen berichtet.

Die Berichterstattung über die wesentlichen Risikoarten wird durch eine Vielzahl regelmäßiger Berichte (wöchentlich, monatlich und quartalsweise) zeitnah und umfangreich sichergestellt. Zusätzlich sind Regeln für Ad-hoc-Berichterstattungen bei dem Eintritt von Risikoereignissen mit wesentlicher Bedeutung vorgesehen.

Die folgende Tabelle gibt einen Überblick auf das Risikoberichtswesen der Sparkasse:

Bericht	Risikobezug	Berichtsrhythmus	Berichtsempfänger
Gesamtrisikobericht	alle Risiken	vierteljährlich	Vorstand, Risikoausschuss
Adressenrisikobericht	Adressenrisiken	vierteljährlich	Vorstand, Risikoausschuss
Marktpreisrisikobericht	Marktpreisrisiken	monatlich	Vorstand
Depot A- und Liquiditätsbericht	Marktpreisrisiken	wöchentlich	Vorstand

4. Aufgabenzuordnung im Rahmen des Risikomanagements

Für alle Teilschritte des Risikomanagements sind Verantwortlichkeiten festgelegt worden. Die Ergebnisse der Risikoinventur werden zentral vom Risikomanager überprüft. Zu seinen Aufgaben gehören die Analyse und Quantifizierung der Risiken, die Überwachung der Einhaltung der vom Vorstand festgelegten Limite und die Risikoberichterstattung. Der Risikomanager ist auch für die Fortentwicklung des Risikomanagementsystems und die Abstimmung der gesamten Aktivitäten im Risikomanagement verantwortlich. Das Risikomanagementsystem ist in einem Risikohandbuch dokumentiert.

Die folgende Übersicht zeigt die im Risikohandbuch der Sparkasse beschriebenen wesentlichen Risikokategorien:



Aufbauend auf der GuV-orientierten Risikotragfähigkeitsrechnung werden im Rahmen der Gesamtbanksteuerung die wesentlichen Risiken limitiert. Ferner ist der Umgang mit wesentlichen Risiken sowie Risikokonzentrationen in der Risikostrategie und der Adressenrisikostrategie beschrieben. Darüber hinaus erfolgt zur weiteren Information eine wertorientierte Risikotragfähigkeitsrechnung.

5. Strukturierte Darstellung der wesentlichen Risikoarten

5.1. Adressenrisiken im Kreditgeschäft (Kreditrisiko)

Unter dem Adressenrisiko im Kreditgeschäft verstehen wir die Gefahr, dass ein Kreditnehmer die ihm gewährten Kredite nicht bzw. nur eingeschränkt oder nicht vollständig vertragsgemäß zurückzahlen kann oder will. Zur Steuerung der Adressenrisiken hat der Vorstand der Sparkasse eine gesonderte Adressenrisikostrategie festgelegt, die jährlich überprüft wird. Grundlage jeder Kreditentscheidung ist eine detaillierte Bonitätsbeurteilung der Kreditnehmer. Im risikorelevanten Kreditgeschäft gemäß MaRisk ist ein zweites Kreditvotum durch den vom Markt unabhängigen Marktfolgebereich notwendig.

Zum 31.12.2018 wurden etwa 47 % der zum Jahresende ausgelegten Kreditmittel an Unternehmen und wirtschaftliche selbstständige Privatpersonen vergeben, 35 % an wirtschaftlich unselbstständige und sonstige Privatpersonen. Diese Werte repräsentieren weitestgehend die im Verbandsdurchschnitt ermittelten Verhältnisse.

Das Kreditgeschäft der Sparkasse gliedert sich in zwei große Kreditnehmergruppen: Das Firmenkunden-/Kommunalkreditgeschäft und das Privatkundenkreditgeschäft.

Kreditgeschäft der Sparkasse	Buchwerte	
	31.12.2018 Mio. EUR	31.12.2017 Mio. EUR
Firmenkundenkredite	979,3	900,4
Privatkundenkredite	741,9	745,0
Weiterleitungsdarlehen	232,3	217,2
darunter: für den Wohnungsbau	915,8	873,7
Kommunalkredite und kommunalverbürgte Kredite	179,4	205,6
Gesamt	2.132,9	2.068,2

Quelle: Bilanzierung, Aktiva 4, vor Abzug von EWB und Vorsorgereserven (Brutto)

Weiterhin gliedert sich das Kreditgeschäft in folgende Kreditarten:

Kreditgeschäft der Sparkasse	Buchwerte	
	31.12.2018 TEUR	31.12.2017 TEUR
Kontokorrentkredite	84.199	92.917
Darunter:		
auf Geschäftsgirokonten	54.415	54.161
auf Privatgirokonten	29.784	28.668
auf Sonstige	0	10.088
Darlehen aus eigenen Mitteln	1.816.281	1.757.993
Darunter:		
an Geschäftskunden	925.563	846.280
an Privatkunden	712.069	716.296
an Sonstige	178.648	195.417
Weiterleitungsdarlehen	232.281	217.200
Schuldscheinforderungen und Namensschuldverschreibungen	0	0
Sonstige Forderungen	103	70
Gesamt	2.132.863	2.068.180

Quelle: Bilanzierung, Aktiva 4, vor Abzug von EWB und Vorsorgereserven (Brutto)

Die Grenze nach Artikel 395 Abs. 1 CRR (Großkredit-Obergrenze) wurde im gesamten Berichtsjahr 2018 nicht überschritten.

Gesamtbetrag der Forderungen und Hauptbranchen bzw. Schuldnergruppen nach kreditrisikotragenden Instrumenten:

Gesamtbetrag der Forderungen und Hauptbranchen bzw. Schuldnergruppen nach kreditrisikotragenden Instrumenten 31.12.2018	Kredite, Zusagen u. and. nicht derivative außerbilanzielle Aktiva TEUR
Banken / Investmentfonds	391.308
Öffentliche Haushalte	348.195
Privatpersonen	1.078.780
Unternehmen und wirtschaftlich selbstständige Privatpersonen	1.360.447
davon:	
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei und Aquakultur	18.875
Energie- und Wasserversorgung, Entsorgung, Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	73.456
Verarbeitendes Gewerbe	118.578
Baugewerbe	95.827
Handel, Instandhaltung und Reparaturen von Kraftfahrzeugen	122.715
Verkehr und Lagerei, Nachrichtenübermittlung	37.737
Finanz- und Versicherungsleistungen	83.233
Grundstücks- und Wohnungswesen	467.756
Sonstiges Dienstleistungsgewerbe	342.270
Organisation ohne Erwerbszweck	24.243
Sonstige	34.969
Gesamt	3.237.942

Die folgende Darstellung enthält den Gesamtbetrag der Forderungen zum Offenlegungstichtag, aufgeschlüsselt nach den verschiedenen Forderungsarten und verteilt auf geografische Hauptgebiete, Hauptbranchen und vertragliche Restlaufzeiten (Quelle: Tabellen der Finanz Informatik zum Offenlegungsbericht). Die bilanziellen und außerbilanziellen Geschäfte werden jeweils mit ihren Buchwerten nach Abzug der Risikovorsorge und vor Kreditrisikominderung ausgewiesen. Die Ermittlung der Zahlen wird gemäß den Vorgaben der CRR (gegliedert nach Forderungsarten) vorgenommen.

Kredite, Zusagen und andere nicht derivative außerbilanzielle Aktiva	
	TEUR
Gesamtbetrag der Forderungen (ohne Wertpapiergeschäft)	2.804.571
Verteilung der Forderungsarten nach geografischen Hauptgebieten	
Deutschland	2.748.525
EU	54.427
Sonstige	1.619
Verteilung der Forderungsarten nach Hauptbranchen	
Banken	38.479
Investmentfonds	11.140
Privatpersonen	1.078.780
Öffentliche Haushalte*	262.857
Unternehmen und wirtschaftlich selbständige Privatpersonen	1.354.103
- Land- und Forstwirtschaft, Fischerei und Aquakultur	18.875
- Energie- und Wasserversor- gung, Entsorgung, Bergbau und Gewinnung von Steinen Erden	73.456
- Verarbeitendes Gewerbe	118.578
- Baugewerbe	95.827
- Handel, Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahr- zeugen	122.715
- Verkehr und Lagerei, Nachrichtenübermittlung	37.737
- Finanz- und Versicherungs- dienstleistungen	76.889
- Grundstücks- und Wohnungs- wesen	467.756
- Sonstiges Dienstleistungs- gewerbe	342.270
Organisationen ohne Erwerbszweck	24.243
Sonstige	34.969
Verteilung der Forderungsarten nach vertraglichen Restlaufzeiten	
< 1 Jahr	656.690
1 Jahr bis 5 Jahre	333.749
> 5 Jahre bis unbefristet	1.814.132
Zu *) Hierbei handelt es sich um "öffentliche Haushalte" im Sinne der Kundensystematik der Bundesbank. Darunter fallen die Gebietskörperschaften des öffentlichen	

Rechts, kommunale Zweckverbände, Regie-/Eigenbetriebe, die Sondervermögen des Bundes und die Sozialversicherung. Davon abzugrenzen sind die "Kommunkredite" (laut Tabelle "Kreditgeschäft der Sparkasse"). Zu den Kommunalkrediten zählen neben sämtlichen Krediten an öffentliche Haushalte nach Bundesbankdefinition auch alle Kredite an Anstalten und Körperschaften des öffentlichen Rechts. In der Tabelle "Kreditgeschäft der Sparkasse" sind zusätzlich kommunal verbürgte Kredite enthalten.

Mit einem Anteil von 41 % liegt ein großer Teil der Kundenkredite in Größenklassen bis 500 TEUR und damit im diversifizierten kleinteiligen Kreditgeschäft. Demgegenüber liegen 32 % in hohen Größenklassen ab 7,5 Mio. EUR. Große Teile entfallen auf kommunale Kreditnehmer oder sind entsprechend besichert. Der Blankoanteil nach Verrechnung wirtschaftlicher Sicherheiten in diesen Größenklassen beträgt im Durchschnitt 25 % des Kreditvolumens.

Die Adressenrisikostategie ist ausgerichtet auf Kreditnehmer mit guten Bonitäten bzw. geringeren Ausfallwahrscheinlichkeiten¹. Dies wird durch die Neugeschäftsplanung unterstützt.

Ratingklasse	Volumen in %	Anzahl in %
1 bis 9	93,6	92,3
10 bis 15	5,7	6,9
16 bis 18	0,7	0,8

Quelle: Adressenrisikobericht zum 31.12.2018

Ein Schwerpunkt des Kreditgeschäftes sind Kredite und Darlehen, die mit Grundschulden abgesichert sind. Bei der Bewertung dieser Objekte legen wir vorsichtige Maßstäbe an und haben spezielle Überwachungsinstrumente implementiert, sodass sich in Verbindung mit der guten Ortskenntnis nur überschaubare Risiken ergeben. Der Schwerpunkt bei der Branchengliederung liegt im Dienstleistungssektor, darunter insbesondere im Bereich der öffentlichen Haushalte und im Grundstücks- und Wohnungswesen. Bemerkenswerte Risikokonzentrationen in Branchen sind nicht erkennbar. Im Hinblick auf den geringen Umfang der Auslandskredite ist das Länderrisiko aus dem Kreditgeschäft ohne größere Bedeutung.

Das Länderrisiko, das sich aus unsicheren politischen, wirtschaftlichen und sozialen Verhältnissen eines anderen Landes ergeben kann, ist für die Sparkasse von untergeordneter Bedeutung. Das an Kreditnehmer mit Sitz im Ausland ausgelegte Kreditvolumen einschließlich Wertpapiere betrug am 31.12.2017 2,5 % des Gesamtkreditvolumens im Sinne des § 19 Abs. 1 KWG.

Für die Risikoklassifizierung setzen wir die von der Sparkassen-Finanzgruppe entwickelten Rating- und Scoringverfahren ein. Mit diesen Verfahren werden die einzelnen Kreditnehmer zur Preisfindung und zur Steuerung des Gesamtkreditportfolios entsprechend ihren individuellen Ausfallwahrscheinlichkeiten einzelnen Risikoklassen zugeordnet. Auf dieser Basis ermittelt die Sparkasse die Adressenrisiken im Kreditgeschäft. Die Abschirmung der Adressen-

¹ Die Auswertung erfolgt auf Basis von Wirtschaftsverbänden. Der Wirtschaftsverbund geht über den § 19.2 KWG-Verbund hinaus und stellt eine Zusammenfassung von wirtschaftlich abhängigen Personen dar. Die Ratingnoten basieren auf der DSGV-Masterskala. Die Note 1 stellt dabei die bestmögliche Note dar. Ab der Note 16 beginnen die Ausfallkategorien.

risiken ist im Rahmen unserer Risikotragfähigkeitsrechnung durch das zugewiesene Risikodeckungspotenzial sichergestellt.

Zur Steuerung des Gesamtkreditportfolios werden die gerateten Kreditnehmer einzelnen Risikoklassen zugeordnet. Das Gesamtrisiko unseres Kreditportfolios wird auf der Grundlage der Risikoklassifizierungsverfahren ermittelt. Den einzelnen Risikoklassen werden jeweils von der Sparkassen Rating und Risikosysteme GmbH validierte Ausfallwahrscheinlichkeiten zugeordnet. Die Verlustverteilung des Kreditportfolios wird in einen "erwarteten Verlust" und einen "unerwarteten Verlust" unterteilt. Der "erwartete Verlust" als statistischer Erwartungswert wird im Rahmen der Kalkulation als Risikoprämie in Abhängigkeit von der ermittelten Ratingstufe und den Sicherheiten berücksichtigt. Der "unerwartete Verlust" (ausgedrückt als Value-at-Risk) spiegelt die möglichen Verluste wider, die unter Berücksichtigung eines Konfidenzniveaus von 95 % innerhalb der nächsten zwölf Monate voraussichtlich nicht überschritten werden. Mit Hilfe dieser Informationen werden auch die Veränderungen des Kreditportfolios analysiert.

Insgesamt ist unser Kreditportfolio sowohl nach Branchen und Größenklassen als auch nach Ratinggruppen gut diversifiziert. Die durchschnittlichen Ausfallwahrscheinlichkeiten des Kreditportfolios lagen 2018 auf dem Niveau des Vorjahres. Das Bewertungsergebnis Kreditgeschäft zeigt sich seit mehreren Jahren erstmals wieder negativ, es liegt damit im Rahmen erwarteter Ergebnisse.

Zur frühzeitigen Identifizierung der Kreditnehmer, bei deren Engagements sich erhöhte Risiken abzuzeichnen beginnen, setzen wir das "OSPlus-Frühwarnsystem" ein. Im Rahmen dieses Verfahrens sind quantitative und qualitative Indikatoren festgelegt worden, die eine Früherkennung von Kreditrisiken ermöglichen.

Soweit einzelne Kreditengagements festgelegte Kriterien aufweisen, die auf erhöhte Risiken hindeuten, werden diese Kreditengagements einer gesonderten Beobachtung unterzogen (Intensivbetreuung). Kritische Kreditengagements ("Problemkredite") werden im Rahmen einer Sanierung gemeinsam von Vertriebsmitarbeitern und Mitarbeitern des Kreditmanagements oder im Rahmen der Abwicklung von darauf spezialisierten Mitarbeitern auf der Grundlage eines mittelfristigen Konzepts betreut. Risikovorsorgemaßnahmen sind für alle Engagements vorgesehen, bei denen nach Prüfung der wirtschaftlichen Verhältnisse der Kreditnehmer davon ausgegangen werden kann, dass es voraussichtlich nicht mehr möglich sein wird, alle fälligen Zins- und Tilgungszahlungen gemäß den vertraglich vereinbarten Kreditbedingungen zu vereinnahmen. Bei der Bemessung der Risikovorsorgemaßnahmen werden die voraussichtlichen Realisationswerte der gestellten Sicherheiten berücksichtigt.

Der Vorstand wird vierteljährlich über die Entwicklung der Strukturmerkmale des Kreditportfolios, die Einhaltung der Limite und die Entwicklung der notwendigen Vorsorgemaßnahmen für Einzelrisiken schriftlich unterrichtet. Eine Ad-hoc-Berichterstattung ergänzt bei Bedarf das standardisierte Verfahren.

Der Gesamtbetrag der Einzelwertberichtigungen und Rückstellungen im Kundenkreditgeschäft beträgt 9,2 Mio. EUR und entfällt überwiegend auf Unternehmen und wirtschaftlich selbständige Personen des Inlandes. Auch die Direktabschreibungen, Eingänge auf abgeschriebene Forderungen, Kredite in Verzug (ohne Wertberichtigungsbedarf) und Nettozuführungen/Auflösungen von Einzelwertberichtigungen (EWB) entfallen überwiegend auf im Inland ansässige Privatpersonen und Unternehmen.

Die Gesamtinanspruchnahmen aus notleidenden und in Verzug geratenen Forderungen belaufen sich auf 31,1 Mio. EUR. Davon beträgt die Höhe der Kredite in Verzug 14,1 Mio. EUR.

In Bezug auf einzelne Branchen ergaben sich keine Auffälligkeiten.

Die direkten Forderungsabschreibungen betragen 687 TEUR. Der Anteil von Forderungen in Verzug (ohne Wertberichtigungen) weist keine Besonderheiten gegenüber dem Vorjahr auf. Wechselkursbedingte und sonstige Veränderungen lagen zum Berichtsstichtag nicht vor.

Entwicklung der Risikovorsorge:

Art der Risikovorsorge	Anfangsbestand per 01.01.2018	Zuführung	Auflösung	Verbrauch	Endbestand per 31.12.2018
	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR
EWB	5.219	6.234	1.184	1.138	9.131
Rückstellungen	75	22	0	40	57
Pauschalwertberichtigungen	2.768	0	648	0	2.120
Gesamt	8.062	6.256	1.832	1.178	11.308

Quelle: Bilanz

Nach Artikel 178 Abs. 1 CRR liegt ein Ausfall des Schuldners vor, wenn er mit einem wesentlichen Teil seiner Gesamtverbindlichkeiten gegenüber der Sparkasse an mehr als 90 aufeinanderfolgenden Kalendertagen überfällig ist, oder die Sparkasse es als unwahrscheinlich ansieht, dass der Schuldner seine Verbindlichkeiten in voller Höhe begleichen wird, ohne dass die Sparkasse auf Maßnahmen wie Verwertung von Sicherheiten zurückgreift.

Liegt ein Ausfall bei einem Engagement vor, wird nicht nur das einzelne Konto, bei dem der Ausfall aufgetreten ist, als Ausfall berücksichtigt, sondern sämtliche Forderungen gegenüber dem Kunden. Kredite, für die Risikovorsorgemaßnahmen (Einzelwertberichtigungen und Teilabschreibungen) getroffen wurden bzw. die sich in Abwicklung befinden, werden als notleidend bezeichnet.

Die Sparkasse verfügt über Steuerungsinstrumente, um frühzeitig Adressenrisiken bei Kreditengagements zu erkennen, diese zu steuern und zu bewerten sowie im Jahresabschluss durch Risikovorsorge (Einzelwertberichtigungen, Rückstellungen) abzuschirmen.

Die Kreditengagements werden regelmäßig dahingehend überprüft, ob Risikovorsorgebedarf, d. h. Bedarf an spezifischen Kreditrisikoanpassungen, besteht. Eine außerordentliche Überprüfung erfolgt, wenn der Sparkasse Informationen vorliegen, die auf eine Verschlechterung der wirtschaftlichen Verhältnisse hinweisen. Die Höhe der im Einzelfall zu bildenden spezifischen Kreditrisikoanpassungen orientiert sich zum einen an der Wahrscheinlichkeit, mit der der Kreditnehmer seinen vertraglichen Verpflichtungen nicht mehr nachkommen kann. Basis hierfür ist die Beurteilung der wirtschaftlichen Verhältnisse und das Zahlungsverhalten des Kunden. Darüber hinaus erfolgt eine Bewertung der Sicherheiten mit ihren wahrscheinlichen Realisationswerten, um einschätzen zu können, welche Erlöse nach Eintritt von Leistungsstörungen noch zu erwarten sind.

Für latente Ausfallrisiken bildet die Sparkasse Pauschalwertberichtigungen. Darüber hinaus bestehen allgemeine Kreditrisikoanpassungen in Form von Vorsorgereserven für allgemeine Bankrisiken nach § 340f HGB.

Berechnungsweisen sowie die Prozesse zur Genehmigung der Risikovorsorge sind in den Organisationsrichtlinien der Sparkasse geregelt.

Die Adressenrisiken im Kreditgeschäft bewegten sich im abgelaufenen Geschäftsjahr innerhalb der vorgegebenen und auf die Risikotragfähigkeit der Sparkasse abgestimmten Grenzen. Im Hinblick auf den geringen Umfang der Auslandskredite ist das Länderrisiko aus dem Kreditgeschäft ohne größere Bedeutung.

5.2. Adressenrisiken der Beteiligungen

Unter dem Adressenrisiko aus Beteiligungen verstehen wir die Gefahr einer Wertminderung des Unternehmenswertes.

Die Beteiligungen beziehen sich überwiegend auf Beteiligungen an der Sparkassen-Finanzgruppe und/oder beruhen auf geschäftspolitischen Überlegungen. Die Beteiligungen werden nach rechnungslegungsspezifischen Kriterien gemäß HGB bewertet. Die Bildung einer eventuell notwendigen Risikovorsorge richtet sich nach den gleichen Kriterien, die im Kreditgeschäft der Sparkasse mit Kunden zu berücksichtigen sind. Zur Überwachung der wirtschaftlichen Entwicklung der Beteiligungsunternehmen werden jährlich die Jahresabschlüsse ausgewertet und beurteilt.

Aus der Beteiligung am SVWL resultieren Risiken hinsichtlich der weiteren Wertentwicklungen der Beteiligungen des SVWL, die wir in unser Risikomanagement einbeziehen. Zum 31.12.2018 bestätigen die eingeholten Unternehmensbewertungsgutachten für die einzelnen Beteiligungen des SVWL den handelsrechtlichen Ansatz. Außerdem haftet die Sparkasse entsprechend ihrem Anteil am Stammkapital des SVWL für unerwartete Risiken aus dem Auslagerungsportfolio "Erste Abwicklungsanstalt" (EAA), in das strategisch nicht notwendige Vermögenswerte der ehemaligen WestLB AG zwecks Abwicklung übertragen wurden.

Die Sparkasse unterhält eine Beteiligung an der Erwerbsgesellschaft des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes als Eigentümerin der Landesbank Berlin Holding AG (LBBH). Diese Erwerbsgesellschaft hat den Wertansatz ihrer Beteiligung an der LBBH bestätigt.

Wertansätze für Beteiligungsinstrumente

Gruppen von Beteiligungsinstrumenten	Buchwert
	TEUR
Strategische Beteiligungen	
Börsennotiert	-
nicht börsennotiert, aber zu einem hinreichend diversifizierten Teilnehmungsportfolio gehörend	-
andere Teilnehmungspositionen	34.498
Funktionsbeteiligungen	
Börsennotiert	-
nicht börsennotiert, aber zu einem hinreichend diversifizierten Teilnehmungsportfolio gehörend	-
andere Teilnehmungspositionen	14
Kapitalbeteiligungen	
Börsennotiert	-
nicht börsennotiert, aber zu einem hinreichend diversifizierten Teilnehmungsportfolio gehörend	-
andere Teilnehmungspositionen	-

Die angegebenen Buchwerte der Beteiligungsinstrumente entsprechen den beizulegenden Zeitwerten.

5.3. Adressenrisiken und Marktpreisrisiken aus Handelsgeschäften

Zu den Handelsgeschäften zählen wir alle in den MaRisk festgelegten Geschäftsarten.

Der Vorstand der Sparkasse legte eine Risikostrategie für Handelsgeschäfte ("Marktpreisrisikostrategie") fest, die jährlich überprüft wird. Im Rahmen dieser Marktpreisrisikostrategie werden Handelsgeschäfte nur in folgendem Rahmen getätigt:

- Im Handelsbuch werden keine Geschäfte getätigt.
- Im Anlagebuch werden Geldmarktgeschäfte zur Liquiditätssteuerung getätigt, ebenso Zins-, Aktien- und Fondsgeschäfte als Eigenanlagen (zur Liquiditätssteuerung). Des Weiteren werden Zinsswaps im Rahmen des Managements der Zinsänderungsrisiken bzw. des Bilanzstrukturmanagements im Anlagebuch abgeschlossen.
- Handelsgeschäfte dürfen nur in Produkten und Märkten getätigt werden, die im vom Vorstand genehmigten Produkte- und Märkte-Katalog enthalten sind.

5.3.1. Adressenrisiken aus Handelsgeschäften

Unter dem Adressenrisiko aus Handelsgeschäften verstehen wir die Gefahr von Bonitätsverschlechterungen oder den Ausfall eines Emittenten, Kontrahenten oder eines Referenzschuldners. Für die Limitierung des Adressenausfallrisikos aus Eigenanlagegeschäften setzt die Sparkasse individuelle Emittenten- und Kontrahentenlimite fest. Des Weiteren legte die Sparkasse Volumenslimite für Risikoklassen (in Abhängigkeit von Länder- und Emittentenrisiko sowie der Art der Besicherung) fest. Die Begrenzungen für Adressenrisiken aus Handelsgeschäften schließen die in Spezialfonds geführten Papiere ein. Hierbei werden externe Ratings und die damit verbundenen Ausfallwahrscheinlichkeiten berücksichtigt.

Der Bestand der Wertpapiere entfällt im Wesentlichen auf Schuldverschreibungen und Anleihen (178,0 Mio. EUR), die beiden Wertpapierspezialfonds (178,7 Mio. EUR), sowie sonstige Investmentfonds (57,4 Mio. EUR), siehe auch Kapitel 5.3.2. Die von uns direkt gehaltenen und von Kreditinstituten und Unternehmen emittierten Wertpapiere weisen nahezu vollstän-

dig ein Rating aus dem Investmentgradebereich auf oder sind nicht geratet. Bei den Wertpapieren ohne Rating handelt es sich überwiegend um Anteile an Investmentfonds. Für die im Wertpapierspezialfonds gehaltenen Anlagen bestehen Anlagerichtlinien, die insbesondere das Anlageuniversum, die Volumina für Einzelinvestments sowie bei Rentenfonds die erlaubten Ratingstrukturen definieren. Darüber hinaus wird der Geschäftsumfang durch die vom Vorstand vorgegebene Marktpreisrisikostategie und durch Rahmengrundsätze begrenzt.

Die Wertpapieranlagen der Sparkasse verteilen sich auf folgende geografische Hauptgebiete, Hauptbranchen und Restlaufzeiten. Für die Zuordnung der Spezial- und Publikumsfonds zu den geografischen Hauptgebieten wird auf das Sitzland der Kapitalanlagegesellschaft abgestellt. Die Zuteilung zu der Kategorie Wertpapiere entspricht den Vorgaben der CRR. Die Ermittlung der Zahlen wird ebenfalls gemäß den Vorgaben der CRR (gegliedert nach Forderungsarten) vorgenommen.

Wertpapiere	
	TEUR
Gesamtbetrag der Forderungen	419.452
Verteilung der Forderungsarten nach geografischen Hauptgebieten	
Deutschland	383.305
EU	36.147
Sonstige	---
Verteilung der Forderungsarten nach Hauptbranchen	
Banken	86.309
Investmentfonds	241.460
Privatpersonen	---
Öffentliche Haushalte*	85.338
Unternehmen und wirtschaftlich selbständige Privatpersonen	6.345
- Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	6.345
Organisationen ohne Erwerbszweck	---
Sonstige	---
Verteilung der Forderungsarten nach vertraglichen Restlaufzeiten	
< 1 Jahr	25.887
1 Jahr bis 5 Jahre	88.234
> 5 Jahre bis unbefristet	305.331
Zu *) Hierbei handelt es sich um "öffentliche Haushalte" im Sinne der Kundensystematik der Bundesbank. Darunter fallen die Gebietskörperschaften des öffentlichen Rechts, kommunale Zweckverbände, Regie-/Eigenbetriebe, die Sondervermögen des Bundes und die Sozialversicherung. Davon abzugrenzen sind die "Kommunalkredite" (laut Tabelle "Kreditgeschäft der Sparkasse"). Zu den Kommunalkrediten zählen neben sämtlichen Krediten an öffentliche Haushalte nach Bundes-	

bankdefinition auch alle Kredite an Anstalten und Körperschaften des öffentlichen Rechts. In der Tabelle "Kreditgeschäft der Sparkasse" sind zusätzlich kommunal verbürgte Kredite enthalten.

Die von der Sparkasse direkt und über Spezialfonds (Anteile an Sondervermögen größer 10 %) gehaltenen und von Kreditinstituten und Unternehmen emittierten Wertpapiere verteilen sich auf folgende Ratingstufen:

Bonität	Moody's	Standard & Poors	Tageswerte 31.12.2018 in %	Tageswerte 31.12.2017 in %
Exzellent, praktisch kein Ausfallrisiko	Aaa	AAA	27,6	30,4
Sehr gut bis gut	Aa1 - Aa3	AA+ - AA-	12,0	17,5
Gut bis befriedigend	A1 - A3	A+ - A-	3,0	3,2
Befriedigend bis ausreichend	Baa1 - Baa3	BBB+ - BBB-	7,2	3,6
Mangelhaft, anfällig für Zahlungsverzug	Ba1 - Ba3	BB+ - BB-	0,0	0,0
Mangelhaft, stark anfällig für Zahlungsverzug	B1 - B3	B+ - B-	0,0	0,0
ohne Rating			50,2	45,3
Summe			100,0	100,0

Quelle: SimCorp Dimension-System

Bei den Emittenten ohne Rating handelt es sich zu 52 % um Investmentfonds-Anteile und zu 48 % um Rentenwerte (100 % öffentliche Emittenten).

Der Schwerpunkt der Wertpapieranlagen der Sparkasse (inklusive Anlagen in Wertpapierspezialfonds) liegt bei Pfandbriefen und Anleihen von Banken (34,2 %), allein die deutschen Landesbanken haben einen Anteil von 11,6 % bzw. rd. 47 Mio. EUR am Gesamtdepot. Diese Konzentration ergibt sich als Folge der Mitgliedschaft in der Sparkassenorganisation. Der Anteil der Unternehmensanleihen am Gesamtdepot beträgt 10,6 %.

Die Wertpapieranlagen bestehen zu rd. 27 % aus Papieren ausländischer Emittenten. Die Sitzländer dieser Emittenten wurden zum überwiegenden Teil mit dem Rating AA+/Aa1 und besser bewertet.

Im Rahmen der Risikoberichte wird der Vorstand vierteljährlich über das Ausfallrisiko aus Handelsgeschäften schriftlich unterrichtet. Die Quantifizierung des Adressenrisikos erfolgt auf Grundlage eines Value-at-Risk-Ansatzes (Credit Portfolio View). Als Risikoszenario wurde das 95 %-Konfidenzniveau mit 250 Tagen Haltedauer festgelegt.

Die Adressenrisiken aus Handelsgeschäften bewegten sich im abgelaufenen Geschäftsjahr innerhalb der von der Sparkasse vorgegebenen und auf die Risikotragfähigkeit abgestimmten Grenzen. Im Hinblick auf die überwiegend guten Länderratings der Wertpapiere von Emittenten mit Sitz im Ausland bewegt sich das Länderrisiko aus dem Handelsgeschäft in überschaubarem Rahmen.

5.3.2. Marktpreisrisiken aus Handelsgeschäften

Marktpreisrisiken beschreiben die Gefahren negativer Entwicklungen der Geld- und Kapitalmärkte für die Sparkasse. Diese ergeben sich aus Veränderungen der Marktpreise von z. B. Wertpapieren, Währungen, und Immobilien und Rohstoffen sowie aus Schwankungen der Zinssätze. Zur Steuerung der Marktpreisrisiken hat der Vorstand der Sparkasse eine gesonderte Marktpreisrisikostrategie festgelegt, die mindestens jährlich überprüft wird.

Der Bestand der bilanzwirksamen Handelsgeschäfte hat sich zum Bilanzstichtag wie folgt entwickelt:

Anlagekategorie	Buchwerte	
	31.12.2018 Mio. EUR	31.12.2017 Mio. EUR
Tages-/Termingelder u. ä.	5,0	5,0
Schuldscheinforderungen	0,0	0,0
Schuldverschreibungen und Anleihen	178,0	177,0
Aktien	0,1	0,1
Wertpapierspezialfonds	178,7	127,9
Sonstige Investmentfonds	57,4	90,5
Insgesamt	419,2	400,5

Der Ermittlung der Marktpreisrisiken aus Handelsgeschäften erfolgt bei Rentenpapieren vierteljährlich in Form einer integrierten Betrachtung der Risikoarten Zinsänderungs- und Spreadrisiken auf Einzelpapierebene. Für das Zinsrisiko werden Parameter für sechs verschiedene Szenarien auf Basis der risikolosen Zinskurve von der Sparkassen Rating und Risikosysteme GmbH (SR) geliefert. Die Szenarien stellen unterschiedliche Verschiebungen und Verformungen der Zinskurve dar. Diese werden in der periodischen Risikotragfähigkeit zur Berechnung des Zinsspannenrisikos sowie des Bewertungsrisikos Wertpapier herangezogen. Einmal jährlich wird im Rahmen der Risikoinventur und ggf. anlassbezogen überprüft, welches der Szenarien das schädlichste für Zinsspanne und Bewertungsergebnis Wertpapier in Summe ist. Derzeit ist das Zinsszenario „Up“ (Aufwärtsbewegung der Zinskurve) das schädlichste der sechs simulierten Szenarien. Dieses wird sowohl für die rollierende Risikotragfähigkeitsrechnung genutzt als auch für die Restjahresbetrachtung mit den Risikohorizonten 3 Monate, 6 Monate und 9 Monate.

Als Spread wird der risikoinduzierte Aufschlag auf die risikolose Zinskurve verstanden. Analog zum Zinsszenario „Up“ wird das konsistente integrierte Spreadszenario für diese Marktphase verwendet. Konservativ berücksichtigte Korrelationseffekte sind in den kombinierten Renditeszenarien enthalten.

Das Marktpreisrisiko aus Aktien wird als die Gefahr einer negativen Abweichung vom Erwartungswert des Bewertungsergebnisses aus Aktien definiert. Für das Aktienkursrisiko wird das Szenario eines Kursrückgangs für den Index Euro Stoxx 50 genutzt. Hierbei wird ein 12-monatiger Risikohorizont betrachtet und das in diesem Zeitraum geplante Neugeschäft mit

berücksichtigt. Um mit den Standardparametern neben der rollierenden Risikotragfähigkeit auch die Restjahrbetrachtung abbilden zu können, wird das Szenario darüber hinaus auch für die Risikohorizonte 3 Monate, 6 Monate, 9 Monate bereitgestellt.

Das Marktpreisrisiko aus Immobilien wird als die Gefahr einer negativen Abweichung vom Erwartungswert des Bewertungsergebnisses aus Immobilien definiert. Für die Messung des Immobilienrisikos wird ein Benchmarkportfolioansatz genutzt: Für jeden Immobilienfonds wird ein maßgeschneiderter Index (Benchmarkzeitreihe) vom Indexanbieter MSCI bereitgestellt, der den jeweiligen Fonds nach Land und Nutzungsart abbildet. Der Risikofaktor wird als Value-at-Risk über die historische Benchmarkzeitreihe ermittelt. Es wird die Wertänderungszeitreihe für die Haltedauer von einem Jahr verwendet. Wegen der möglichen Hebelung durch Fremdkapital ist der Ansatz der Immobilienposition der Fonds als Bemessungsgrundlage maßgeblich. Hierbei werden offene Kapitalzusagen mit berücksichtigt.

Für geschlossene oder in Liquidation befindliche Fonds wird ein Marktwertverlust von 25 % verwendet. Das standardisierte Konfidenzniveau der betrachteten Szenarien für den Risikofall der Marktpreisrisiken beträgt 95 %.

Zum Stichtag beträgt das Marktpreisrisiko im Depot A bei dem Zinsanstiegsszenario bei Rentenzertifikaten 12,2 Mio. EUR.

Im Rahmen der Überwachung der Marktpreisrisiken aus Handelsgeschäften werden sowohl das bereits erzielte Handelsergebnis als auch das Verlustrisiko berücksichtigt. Darüber hinaus wird eine tägliche Bewertung zu Marktpreisen (Mark-to-Market) durchgeführt.

Die Überwachung von Marktpreisrisiken wird in der Abteilung Gesamtbanksteuerung mit Hilfe des Systems für das Wertpapiercontrolling, SimCorp Dimension (SCD), unter Beachtung der Funktionstrennung zum Handelsbereich durchgeführt. Die Kursversorgung erfolgt über Reuters. Hier ist es möglich, auch in einer Phase nicht funktionierender Märkte durch die Vorgabe verschiedener Parameter theoretische Kurse zu ermitteln.

Die angewandten Risikoparameter werden mindestens jährlich einem Backtesting unterzogen, um deren Vorhersagekraft einschätzen zu können.

Limitüberwachung der Adressen- und Marktpreisrisiken

Es wird täglich geprüft, ob sich die Adressen- und Marktpreisrisiken aus Handelsgeschäften innerhalb der vorgegebenen Limite bewegen. Bei Überschreitung der Limite ist geregelt, dass der Vorstand über Maßnahmen zur Verringerung der Risiken entscheidet.

Der Gesamtvorstand wird wöchentlich über das Bewertungsergebnis und monatlich über die Risikound Ertragslage der Handelsgeschäfte der Sparkasse unterrichtet.

Die Adressenrisiken und Marktpreisrisiken aus den Handelsgeschäften bewegten sich im abgelaufenen Geschäftsjahr innerhalb der von der Sparkasse vorgegebenen und auf die Risikotragfähigkeit abgestimmten Grenzen. Es wurde bei keinem Wertpapier das Volumenslimit überschritten.

5.3.3. Gegenparteiausfallrisiken

Das Kontrahentenrisiko ist die Gefahr, dass bei Ausfall des Kontrahenten neben den möglicherweise noch ausstehenden Zinszahlungen ein Wiedereindeckungsrisiko entsteht. Ein Wiedereindeckungsrisiko besteht darin, dass durch Veränderung der Marktpreise gegenüber dem ursprünglichen Abschluss höhere oder niedrigere Zinsen für die Festzinsseite zu zahlen sind.

Im Rahmen ihrer Zinsänderungsrisikosteuerung geht die Sparkasse Adressenrisikopositionen in Form von Swapgeschäften ein. Die Risikobewertung und -überwachung erfolgen nach den gleichen Grundsätzen wie bei den übrigen Geschäften des Anlagebuchs. Die Swapgeschäfte werden ausschließlich mit als zentrale Gegenparteien fungierenden Instituten des S-Finanzverbundes abgeschlossen. Das Volumen beträgt zum Jahresende 2018 nominal 213,8 Mio. EUR. Ein Handel zur Erzielung von Gewinnen aus Preisdifferenzen wird nicht betrieben.

Die Ermittlung der Eigenmittelanforderungen für derivative Finanzinstrumente des Anlagebuchs nach Artikel 273 CRR erfolgt nach der Ursprungsrisikomethode gemäß Artikel 275 CRR. Der Risikopositionswert für eine derartige Adressenausfallrisikoposition ergibt sich durch Multiplikation des Nominalwertes mit einem von der CRR vorgegebenen (laufzeitabhängigen) Prozentsatz.

In Ergänzung zur Umsetzung von Basel III sorgt die European Market Infrastructure Regulation (EMIR) für mehr Transparenz auf den Derivatemärkten. Diese Regulierung umfasst im Wesentlichen die Pflicht zur Meldung aller Derivatetransaktionen an Transaktionsregister, die Pflicht zum Clearing von bestimmten Derivaten über zentrale Gegenparteien sowie die Anwendung bestimmter Risikominderungsstechniken bei nicht über zentrale Gegenparteien abgewickelten Derivaten. Die Sparkasse erfüllt alle bislang aus EMIR resultierenden Anforderungen.

Derivate	
	TEUR
Gesamtbetrag der Forderungen	13.919
Verteilung der Forderungsarten nach geografischen Hauptgebieten	
Deutschland	13.919
Verteilung der Forderungsarten nach Hauptbranchen	
Banken	13.919
Verteilung der Forderungsarten nach vertraglichen Restlaufzeiten	
< 1 Jahr	---
1 Jahr bis 5 Jahre	2.600
> 5 Jahre bis unbefristet	11.319

5.3.4. Aktienkursrisiken

Aktienkursrisiken beschreiben die Gefahr, dass durch Preisveränderungen auf den Aktienmärkten die jeweiligen Bestände bzw. offenen Positionen an Wert verlieren und dadurch ein Verlust entsteht.

Im Rahmen der Umsetzung der Marktpreisrisikostrategie wurde im Laufe des Jahres 2018 durch regelmäßige Transaktionen in Aktienfonds der Bestand in Höhe der strategischen Aktienzielquote gehalten. Direktanlagen in Aktien bestehen in geringem Umfang.

5.3.5. Währungsrisiken

Währungsrisiken im Kundengeschäft werden seitens der Sparkasse nicht eingegangen sondern als Botengeschäft an die S-International-Westfalen weitergeleitet. Währungsrisiken bestehen im Bestand der Wertpapierdirektanlagen nicht. Währungsrisiken innerhalb von Wertpapierspezialfonds sind von untergeordneter Bedeutung. Zudem ist das mögliche Anlagevolumen in Investments, die in Fremdwährungen notieren, durch Limite begrenzt.

5.4. Zinsänderungsrisiken

Unter dem Zinsänderungsrisiko wird in der periodisch orientierten Sichtweise die negative Abweichung des Zinsüberschusses von einem zuvor erwarteten Wert verstanden. Die Abschreibungsrisiken für festverzinsliche Wertpapiere berücksichtigen wir in den Marktpreisrisiken aus Handelsgeschäften. In der wertorientierten Sichtweise ist dieses Risiko als negative Abweichung des Barwertes am Planungshorizont vom erwarteten Barwert definiert. Die Messung und Steuerung des Zinsänderungsrisikos erfolgt primär in periodenorientierter Sicht, zur Zusatzinformation und Unterstützung der Asset Allocation auch auf wertorientierter Basis. Beide Steuerungsansätze werden eingesetzt, um Erträge zu optimieren und Risiken aus der Fristentransformation zu begrenzen. Grundlage der Wertermittlung der Zinsgeschäfte sind alle innerhalb der jeweiligen Restlaufzeit liegenden Zahlungen.

Im Rahmen der periodischen Betrachtung werden anhand verschiedener Szenariobetrachtungen, u. a. im Rahmen von Stresstests, für die Sparkasse besonders belastende bzw. günstige Konstellationen ermittelt.

Für den aus den Gesamtzahlungsströmen der Sparkasse errechneten Barwert wird das Verlustrisiko (Value-at-Risk) ermittelt. Die Berechnung des Value-at-Risk beruht auf der historischen Simulation der Marktzinsänderungen. Die Zeitreihe für die historische Simulation erstreckt sich auf einen Zeitraum von 1988 bis 2017. Die negative Abweichung der Performance innerhalb eines Jahres (Haltedauer) von diesem statistischen erwarteten Wert wird mit einem Konfidenzniveau von 99 % berechnet. Zur Beurteilung des Zinsänderungsrisikos orientiert sich die Sparkasse an einer definierten Benchmark (angelehnt an die Struktur des gleitenden 10-Jahresdurchschnitts). Abweichungen zeigen ggf. einen Bedarf an Steuerungsmaßnahmen auf und dienen als zusätzliche Information für zu tätige Neuanlagen bzw. Absicherungen.

Der ermittelte Risikowert wird im Rahmen einer vermögenswertorientierten Risikotragfähigkeitsbetrachtung zusammen mit weiteren Risikoarten im Rahmen eines Korrelationsmodells zum Gesamtrisiko der Sparkasse gerechnet.

Über die Entwicklung der Zinsänderungsrisiken wird der Gesamtvorstand monatlich unterrichtet. Zur Steuerung des Zinsänderungsrisikos werden neben bilanzwirksamen Instrumenten auch Zins-Swaps eingesetzt (vgl. Angaben im Anhang zum Jahresabschluss).

Auf Basis des Rundschreibens 9/2018 der BaFin vom 12.06.2018 (Zinsänderungsrisiken im Anlagebuch) haben wir zum Stichtag 31.12.2018 die barwertige Auswirkung einer Ad-hoc-Parallelverschiebung der Zinsstrukturkurve um + bzw. - 200 Basispunkte errechnet. Die Verminderung des Barwertes gemessen an den regulatorischen Eigenmitteln betrug 15,77 %.

Währung	Zinsänderungsrisiken	
	Zinsschock (+200 / -200 BP)	
	Vermögensrückgang	Vermögensrückgang
TEUR	-48.155	-1.734

Quelle: Marktpreisrisikobericht (S-DIS)

Zur Einhaltung von Limiten und zur Begrenzung von Zinsänderungsrisiken wurden in 2018 Festzinszahler-Swaps abgeschlossen.

Wir haben die gesamte Zinsposition des Bankbuchs nach den Vorgaben der IDW-Stellungnahme RS BFA 3 im Rahmen einer wertorientierten Berechnung untersucht. Das Bankbuch umfasst – entsprechend dem internen Risikomanagement – alle bilanziellen und außerbilanziellen zinsbezogenen Finanzinstrumente außerhalb des Handelsbestands. Bei der Beurteilung werden alle Zinserträge aus zinsbezogenen Finanzinstrumenten des Bankbuchs sowie die voraussichtlich noch zu deren Erwirtschaftung erforderlichen Aufwendungen (Refinanzierungskosten, Standard-Risikokosten, Verwaltungskosten) berücksichtigt. Die Diskontierung erfolgt auf Basis der Zinsstrukturkurve am Abschlussstichtag. Die Berechnungen zeigen keinen Verpflichtungsüberschuss. Eine Rückstellung gemäß § 249 Abs. 1 Satz 1, 2. Alternative HGB ist nicht zu bilden.

Das Zinsänderungsrisiko wird vom Vorstand als vertretbar eingeschätzt.

5.5. Liquiditätsrisiko

Das Liquiditätsrisiko bezeichnet die Gefahr, dass Zahlungsverpflichtungen im Zeitpunkt ihrer Fälligkeit nicht oder nicht vollständig erfüllt werden können (Liquiditätsrisiko im engeren Sinne), zusätzliche Refinanzierungsmittel nur zu erhöhten Marktzinsen beschafft werden können (Refinanzierungsrisiko) oder vorhandene Vermögenswerte nur mit Preisabschlägen verwertet werden können (Marktliquiditätsrisiko). Das Liquiditätsrisiko wird durch eine angemessene Liquiditätsvorsorge und eine ausgewogene Strukturierung der Fälligkeiten der Aktiva und Passiva gesteuert. Zur regelmäßigen Überwachung der Liquidität werden monatlich die Zahlungsmittel und Zahlungsverpflichtungen der Sparkasse mit Fälligkeit innerhalb des nächsten Jahres in der Liquiditätsübersicht gegenübergestellt. Zusätzlich wird die Streuung der Liquiditätsquellen mindestens vierteljährlich überprüft und die Liquiditätsressourcen der Sparkasse in der Liquiditätsliste erfasst. Zur Erfüllung der Mindestreservevorschriften werden entsprechende Guthaben bei der Deutschen Bundesbank unterhalten.

Mit der Liquidity Coverage Ratio (LCR) wird das kurzfristige Liquiditätsrisiko bewertet. Nach der ab 2018 vollumfänglich geltenden LCR müssen die hochliquiden Aktiva 100 % der Net-

tomittelabflüsse im Stressszenario abdecken. Im laufenden Jahr hat die Sparkasse zu jedem Meldestichtag die geforderte Mindestquote von 100 % übertroffen. Die Liquiditätsdeckungsquote gemäß Artikel 412 CRR beträgt zum Bilanzstichtag 156 %; sie lag im Jahr 2018 zwischen 131 % und 165 %. Die Net Stable Funding Ratio (NSFR) dient dazu, das strukturelle Liquiditätsrisiko zu messen. Sie befindet sich noch in der Beobachtungsphase. Erste Testrechnungen zeigen jedoch, dass die Sparkasse auch diese Quote bereits heute erfüllt.

Die Sparkasse hat ein "einfaches Liquiditätskostenverrechnungssystem" (BTR 3.1 TZ 5) auf Basis homogener Teilportfolien implementiert.

Die Vorgaben zur Steuerung der Liquiditätsrisiken hat der Vorstand in der Risikostrategie und internen Organisationsrichtlinien festgelegt. Über einen "Internen Liquiditätsgrundsatz" wird die jederzeitige Zahlungsbereitschaft sichergestellt. In die tägliche Berechnung des internen Liquiditätsgrundsatzes fließen ausgewählte Zahlungsmittel und Zahlungsverpflichtungen ein. Ihr Fokus liegt auf Zahlungsmitteln, die über eine hohe (Markt-)Liquidität verfügen. Bei der Disposition werden entsprechende Reserven berücksichtigt, die außergewöhnliche Liquiditätsabflüsse abdecken. Es wird auf eine ausgewogene Strukturierung der Fälligkeiten der Tages- und Termingeldeinlagen sowie der eigengemanagten Wertpapiere geachtet. Darüber hinaus bestehen zur Abdeckung eines kurzfristig auftretenden Liquiditätsbedarfs umfangreiche Refinanzierungsmöglichkeiten bei der Deutschen Bundesbank und anderen Kreditinstituten. Zu diesem Zweck führt die Sparkasse eine interne Liquiditätsliste.

Die Sparkasse hat ihre individuelle Risikotoleranz festgelegt. Diese stellt eine Verknüpfung zwischen dem Liquiditätsrisiko und der strategischen Positionierung der Sparkasse dar. Die Risikotoleranz bezieht sich für die Sparkasse aufgrund der untergeordneten Bedeutung des Refinanzierungsrisikos auf das Zahlungsunfähigkeitsrisiko. Die Festlegung der Risikotoleranz erfolgt mit der Maßgabe, wann ein Liquiditätsrisiko für die Sparkasse "akzeptierbar" oder "nicht akzeptierbar" ist. Unter diesem Aspekt definiert sich der Liquiditätsengpass über die Survival Period. Die Survival Period beschreibt dabei den Zeitraum, in dem die Sparkasse unter Heranziehung des Liquiditätspotenzials über ausreichende Liquiditätsreserven verfügt. Die Sparkasse legt als Risikotoleranz fest, ab welchem Schwellenwert ein sich abzeichnender Liquiditätsengpass (gelber Bereich) die Regelungen des Notfallkonzepts in Kraft setzen.

Folgende Schwelle hat die Sparkasse definiert:

Kennziffer	Engpass = rot	Risikotoleranz = gelb	Grüne Einstufung
Survival Period	<= 2 Monate	Zwischen 2 und 4 Monate	>= 4 Monate

Im Risikofall beträgt die Survival Period der Sparkasse zum Bilanzstichtag 4 Monate.

Des Weiteren wird als Risikotoleranzgrenze die Erfüllung des gesetzlichen Mindeststandards der LCR zuzüglich eines Puffers von 15 % definiert.

Um mögliche Liquiditätsengpässe frühzeitig erkennen zu können, hat die Sparkasse ein Frühwarnsystem eingerichtet, welches Gefahrenquellen identifiziert und das Einleiten entsprechender Gegensteuerungsmaßnahmen ermöglicht. Zusätzlich stehen täglich verfügbare freie Kreditlinien bei Landesbanken zur Verfügung. Darüber hinaus hält die Sparkasse weite-

re refinanzierungsfähige Wertpapiere, die bei der Deutschen Bundesbank hinterlegt werden können.

Die Zahlungsfähigkeit der Sparkasse war im Geschäftsjahr jederzeit gegeben.

5.6. Operationelle Risiken

Operationelle Risiken werden als Gefahr von Schäden verstanden, die infolge der Unangemessenheit oder des Versagens von internen Verfahren, Mitarbeitern, der internen Infrastruktur oder infolge externer Einflüsse eintreten.

Zur Steuerung der betrieblichen Risiken dienen Organisationsrichtlinien, Kontrollen und automatisierte Sicherheitsmaßnahmen. Eventuelle Schadensfälle sind zum Teil durch Versicherungen gedeckt. Rechtliche Risiken werden durch die Prüfung der Vertragsgrundlagen und den Einsatz von Standardverträgen reduziert. Verhaltensrisiken, die durch Betrug, Irrtum oder Fahrlässigkeit von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern oder Dritten hervorgerufen werden, begegnet die Sparkasse mit Kontrollsystemen, deren Funktionsfähigkeit laufend von den Führungskräften der jeweiligen Betriebsstellen überwacht und von der Internen Revision geprüft wird. Für technische Risiken hat die Sparkasse Notfallkonzepte entwickelt, die die Funktionsfähigkeit des Betriebsablaufs auch bei unvorhersehbaren Ereignissen sicherstellen. Die Sparkasse setzt zudem eine vom DSGVO empfohlene Schadensfalldatenbank ein, in der Schadensfälle systematisch erfasst und regelmäßig ausgewertet werden. Der Vorstand wird vierteljährlich über Art und Umfang eingetretener Schadensfälle und die eingeleiteten Maßnahmen unterrichtet. Es ist geregelt, dass bedeutende Schadensfälle im Sinne der MaRisk ad-hoc berichtet und unverzüglich analysiert werden.

Die operationellen Risiken sind nach unserer derzeitigen Einschätzung für die künftige Entwicklung der Sparkasse von untergeordneter Bedeutung. Das vorgegebene Risikolimit von aktuell 1,5 Mio. EUR wurde jederzeit eingehalten.

6. Gesamtbeurteilung der Risikolage

Die Sparkasse nimmt am Risikomonitoring des SVWL teil. Die Erhebung erfolgt dreimal jährlich. Dabei werden die wichtigsten Risikomesszahlen auf Verbandsebene ausgewertet und die Entwicklungen beobachtet. Jede Sparkasse wird insgesamt bewertet und einer von vier Monitoringstufen zugeordnet. Die Sparkasse ist der besten Bewertungsstufe zugeordnet.

Die Risikotragfähigkeitsberechnungen zeigen ein angemessenes Verhältnis zwischen eingegangenen Risiken und vorhandener Risikodeckungsmasse. Die Risikotragfähigkeit war und ist gegeben. Die aus der Risikotragfähigkeit abgeleiteten Limite für die wesentlichen Risiken wurden im Jahr 2018 eingehalten. Das von der Sparkasse zur Verfügung gestellte Risikodeckungspotential war am 31.12.2018 mit 63,1 % beansprucht. Die Risikotragfähigkeit war und ist auch in den von der Sparkasse simulierten Stresstests gegeben. Die Sparkasse ist somit in der Lage, die simulierten Krisenszenarien zu verkraften. Risiken der künftigen Entwicklung, die für die Sparkasse bestandsgefährdend sein können, sind nach der Risikoinventur nicht erkennbar.

Die zur Deckung der aufsichtsrechtlichen Anforderungen vorhandenen Eigenmittel übertreffen die Anforderungen. Die Gesamtkapitalquote gemäß Artikel 92 CRR beträgt zum Bilanzstichtag 17,6 %.

Insgesamt beurteilen wir unsere Risikolage unter Würdigung und Abschirmung aller Risiken als ausgewogen.

7. Bericht über die voraussichtliche Entwicklung mit ihren wesentlichen Chancen- und Risiken (Prognosebericht)

Die nachfolgenden Einschätzungen haben Prognosecharakter. Insofern können die tatsächlichen künftigen Ergebnisse gegebenenfalls deutlich von den zum Zeitpunkt der Erstellung des Lageberichts getroffenen Erwartungen über die voraussichtlichen Entwicklungen abweichen. Die Angaben für das Jahr 2019 beruhen auf den Budgetberechnungen 2019.

7.1. Geschäftsentwicklung

Für das Jahr 2019 erwartet der Sachverständigenrat ein reales Wirtschaftswachstum in der Euro-Zone in Höhe von 1,7 % nach voraussichtlich 2,0 % im vergangenen Jahr. Damit bleibt der Euro-Raum im Aufschwung, wenn dieser auch an Fahrt verliert. Dabei wird die Expansion weiterhin überwiegen von der Binnenwirtschaft getragen. Die sich weiter verbessernde Lage am Arbeitsmarkt und eine aufwärtsgerichtete Lohndynamik stützen den privaten Verbrauch.

Der Konjunkturaufschwung in Deutschland wird sich im Jahr 2019 aller Voraussicht nach mit leicht verlangsamtem Tempo fortsetzen. Der Sachverständigenrat rechnet mit einem Wirtschaftswachstum von 1,5 %. Die binnenwirtschaftlichen Kräfte sollten intakt bleiben und robuste Wachstumsbeiträge liefern. Aufgrund des moderater wachsenden Welthandels sind jedoch weiterhin nur gemäßigte Beiträge der Exporte zu erwarten. Zudem dürften die Investitionen aufgrund des Mangels an qualifizierten Arbeitskräften und der erhöhten Unsicherheit etwas langsamer expandieren.

Die Baukonjunktur sollte auch im Jahr 2019 sehr rege bleiben. Das gilt insbesondere für den Wohnungsbau, der um 3,2 % wachsen dürfte.

Der private Konsum sollte mit 1,8 % wieder etwas stärker wachsen. Die Inflationsrate dürfte weiter zulegen auf voraussichtlich 2,1 % in 2019. Der Beschäftigungsaufbau wird sich aller Voraussicht nach leicht abgeschwächt fortsetzen. Es wird eine Arbeitslosenquote von unter 5 % erwartet.

Vor dem Hintergrund dieser erwarteten Wirtschaftslage plant die Sparkasse UnnaKamen als Marktführer der Region ein Kreditwachstum von 57 Mio. EUR, wobei für das gewerbliche Kreditgeschäft im Jahr 2019 ein Bestandswachstum von 49 Mio. EUR und im Privatkundenbereich eine Erhöhung um 8 Mio. EUR geplant werden. Gleichzeitig wird der Bestand der Eigenanlagen (Depot A) um 10 Mio. EUR erhöht.

Unter Berücksichtigung hohen Wettbewerbs plant die Sparkasse einen Zuwachs von 41 Mio. EUR im Einlagengeschäft sowie einen Nettoabsatz im Depot B von 40 Mio. EUR, so dass sich hieraus eine positive Geldvermögensbildung von 81 Mio. EUR ergibt.

Die genannten Planungen zur Entwicklung des Kredit- und Einlagengeschäfts sowie die Planungen der Eigenanlagen und der Geschäfte mit Kreditinstituten werden insgesamt zu einer Erhöhung der Bilanzsumme um 67 Mio. EUR (rd. +2,5 %) auf etwa 2.698 Mio. EUR zum Jahresende 2019 führen.

Einen Schwerpunkt der Geschäftstätigkeit wird auch 2019 das Provisionsgeschäft darstellen. Hier planen wir eine weitere Erhöhung des Ergebnisses um ca. 0,3 Mio. EUR (+1,7 %) aus weiter steigenden Wertpapierumsätzen und Vermittlungen im Konsumentenkreditgeschäft.

Als Risiken im Sinne des Prognoseberichts werden künftige Entwicklungen oder Ereignisse gesehen, die zu einer für die Sparkasse negativen Prognose- bzw. Zielabweichung führen können.

Die Risiken liegen - neben den in der Risikoberichterstattung dargestellten unternehmerischen und banküblichen Gefahren - hauptsächlich im Nachlassen der weltwirtschaftlichen Dynamik. Aber auch politische Ereignisse im Jahr 2019 können die Märkte potenziell beeinflussen. Sowohl die Auswirkungen des Brexit als auch der Zoll-Konflikte der USA sind derzeit noch nicht abschließend abschätzbar. Ferner kann nicht ausgeschlossen werden, dass weitere Schocks im Finanzsystem die realwirtschaftliche Entwicklung beeinträchtigen können. Zudem ist eine erneute Krise im Euro-Raum aufgrund der hohen Staatsverschuldung Italiens nicht auszuschließen.

Als Chancen im Sinne des Prognoseberichts werden künftige Entwicklungen oder Ereignisse gesehen, die zu einer für die Sparkasse positiven Prognose- bzw. Zielabweichung führen können.

Chancen sehen wir vor allem in einer besser als erwartet laufenden Konjunktur aufgrund einer weiterhin schnellen Erholung von der EU-Staatenfinanzkrise, insbesondere in den Krisenländern. Dies würde zu einer stärkeren Kreditnachfrage und einem Anstieg des Zinsüberschusses und somit auch zu einem höheren Betriebsergebnis vor Bewertung führen. Aufgrund einer besser als erwarteten Wirtschaftserholung, dürfte sich das Bewertungsergebnis im Kreditgeschäft wieder verbessern, während auf der anderen Seite das Zinsniveau ansteigen und das Bewertungsergebnis Wertpapiere belasten könnte. Weiterhin sehen wir Chancen im Zinsbuch bei einer steileren Zinsstrukturkurve und einem anhaltenden relativ geringen Zinsniveau des Geldmarktes. Weitere Chancen versprechen wir uns auf dem Weg zur Multikanalsparkasse sowie der Umsetzung der "Vertriebsstrategie der Zukunft". Mit der Umsetzung der Projekte strebt die Sparkasse mit der Differenzierung des Leistungsangebots in den Geschäftsstellen und über ein wettbewerbsfähiges Multikanalangebot eine bedürfnisorientierte Kundenfokussierung an. Neukundengewinnung und Steigerung der Produktnutzung in allen Kundensegmenten könnten schneller vorangehen als geplant. Im Ergebnis dessen könnten die Provisionseinnahmen stärker steigen.

7.2. Finanzlage

Für das Jahr 2019 sind weitere Geschäftsstellenmodernisierungen geplant. Die dafür vorgesehenen Investitionen wurden in unseren Planungen berücksichtigt.

Nach unseren Planungen wird die LCR durchgängig eingehalten und über dem in der Risikostrategie festgelegten Mindestwert liegen.

7.3 Ertragslage

Die Entwicklung des Betriebsergebnisses vor Bewertung wird maßgeblich durch den Zinsüberschuss geprägt. Der Zinsüberschuss wiederum wird stark durch die Zinsentwicklung und die Zinsstruktur am Geld- und Kapitalmarkt beeinflusst. Insofern ist die weiterhin flache Zins-

strukturkurve, die sich im Vergleich zu 2018 nach unserer Erwartung nicht wesentlich verändern wird, mit der damit verbundenen geringeren Möglichkeit zur Fristentransformation von maßgeblicher Bedeutung. Die Europäische Zentralbank hat bereits angekündigt, dass die Zinsen bis mindestens Ende 2019 unverändert bleiben.

Unter dieser Prämisse eines unverändert historisch niedrigen Zinsniveaus erwarten wir einen Rückgang der Zinsspanne um -0,10 %-Punkte auf 1,80 % der DBS (Verbandsdurchschnitt: -0,11 %-Punkte auf 1,73 % der DBS). Die negativen Zinsen werden hierbei das Zinsergebnis nur unmerklich belasten.

Demgegenüber erwarten wir aufgrund der vertrieblichen Ausrichtung auf die individuellen Kundenbedürfnisse einen gegenüber dem Vorjahr höheren Provisionsüberschuss von 18,9 Mio. EUR.

Hinsichtlich der Verwaltungsaufwendungen planen wir einen Anstieg um 0,8 Mio. EUR auf 40,5 Mio. EUR, wobei die Personalkosten hierbei unter Berücksichtigung von Tarifabschlüssen und Pensionsrückstellungen konstant gehalten werden können.

Die Gesamtaufwandsquote (CIR) liegt 2019 voraussichtlich bei rd. 60,3 %.

Zusammengefasst planen wir für das Jahr 2019 ein Betriebsergebnis vor Bewertung von rd. 26,7 Mio. EUR.

Auf Jahressicht ist das Bewertungsergebnis sowohl im Wertpapier- als auch im Kreditgeschäft nur mit großen Unsicherheiten zu prognostizieren. Unter vorsichtiger Einschätzung gehen wir in den Planungen für 2019 daher von einem leicht höheren negativen Bewertungsergebnis für das Kredit- und Wertpapiergeschäft sowie dem sonstigen Bewertungsergebnis aus.

Im Ergebnis wird der Jahresüberschuss nach Steuern im Jahr 2019 rd. 2,1 Mio. EUR betragen. Bei der prognostizierten Entwicklung der Ertragslage ist eine angemessene Eigenkapitalzuführung gesichert.

Information

nach Artikel 13 Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO)
bei Erhebung personenbezogener Daten bei der betroffenen Person

Verantwortliche/r <i>(Fachbereich/Bereich/Abteilung, Anrede, Name, Funktion, Telefon, Email)</i>	Kreisstadt Unna Der Bürgermeister Bereich Finanzmanagement Herr Mark Ellerkmann Rathausplatz 1 59423 Unna Telefon: 02303 103 – 0 Fax: 02303 103 – 208 info@stadt-unna.de
Vertreter/in <i>(Fachbereich/Bereich/Abteilung, Anrede, Name, Funktion, Telefon, Email)</i>	Kreisstadt Unna Der Bürgermeister Bereich Finanzmanagement Frau Julia Heer Rathausplatz 1 59423 Unna Telefon: 02303 103 – 0 Fax: 02303 103 – 208 info@stadt-unna.de
Datenschutzbeauftragte/r <i>(Anrede, Name, Telefon, Email; Postanschrift bei externer/-m DSB)</i>	Herr Janzen, Tel. 0151 54322710, datenschutz@stadt-unna.de
Zweck/e der Datenverarbeitung <i>(Nennung der Hauptaufgaben; z.B. Erteilung und Entzug von Fahrerlaubnissen)</i>	Gemäß § 117 Gemeindeordnung i. V. m. § 52 Gemeindehaushaltsverordnung hat die Kreisstadt Unna einen Beteiligungsbericht als Anlage des Gesamtabschlusses aufzustellen. Darüber hinaus wird nach dem Public Governance Kodex der Kreisstadt Unna die jahresbezogene Vergütung der Geschäftsführungen, Betriebsleitungen und der Vorstände sowie der Mitglieder der Aufsichtsräte und Gesellschafterversammlungen abgebildet.
Wesentliche Rechtsgrundlage/n <i>(sowohl materiell-rechtlich wie auch verfahrens- und datenschutzrechtlich)</i>	- § 117 Gemeindeordnung NRW - § 52 Gemeindehaushaltsverordnung - Public Corporate Governance Kodex der Kreisstadt Unna

<p>Empfänger und Kategorien von Empfängern der Daten <i>(im Regelfall)</i></p>	<p>Die personenbezogenen Daten werden im Beteiligungsbericht abgebildet und dieser wird veröffentlicht. Die Daten sind daher öffentlich.</p>
<p>Dauer der Speicherung und Aufbewahrungsfristen <i>(aus rechtlichen Bestimmungen wie z.B. Kassen-, Handels-, Steuerrecht oder KGSt-Empfehlungen)</i></p>	<p>Die Daten werden im Ratsinformationssystem dauerhaft gespeichert.</p>
<p>Rechte der betroffenen Person <i>(allgemeine Aufzählung, Voraussetzungen)</i></p>	<p>Betroffene Personen haben folgende Rechte, wenn die gesetzlichen und persönlichen Voraussetzungen erfüllt sind:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Recht auf Auskunft über die verarbeiteten personenbezogenen Daten • Recht auf Akteneinsicht nach den verfahrensrechtlichen Bestimmungen • Recht auf Berichtigung unrichtiger Daten • Recht auf Löschung oder Einschränkung der Datenverarbeitung • Recht auf Widerspruch gegen die Datenverarbeitung wegen besonderer Umstände • Recht auf Beschwerde an die Aufsichtsbehörde bei Datenschutzverstößen
<p>Zuständige Aufsichtsbehörde <i>(Bezeichnung, Postanschrift, Telefon, Email, Homepage)</i></p>	<p>Landesbeauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit Nordrhein-Westfalen Kavalleriestr. 2-4 40213 Düsseldorf Telefon 0211 / 38424-0 Fax 0211 / 38424-10 Email poststelle@ldi.nrw.de Internet www.lds.nrw.de</p>